

Vorlesungsbegleiter „Politische Ökonomie des öffentlichen Sektors“

1. Wirtschaft und Politik: Geschehnisse und Gestaltungsentwürfe

- 1.1 Begründungen, Aufgaben und Beschränkungen staatlicher Aktivitäten
- 1.2 Wirtschaftspolitische Konzeptionen: Individuum, Markt und Staat
- 1.3 Zwischen Laissez faire und Interventionismus:
Die Soziale Marktwirtschaft

2. Motive, Willensbildungsprozesse und Aktionsfelder der Wirtschaftspolitik

- 2.1 Marktversagen: Informationsmängel, Dilemmastrukturen und externe Effekte
- 2.2 Probleme kollektiver Entscheidungen
- 2.3 Umriss einer wohlfahrtsmehrenden Defizitpolitik

Materialien:

- Industrielle Revolution(en): Transformationsprozesse des Kapitalismus
- Entwicklungslinien und Schwankungen des Sozialprodukts im Überblick
- Ausprägungen des Güterverkehrs
- Klassifikation von Informationsasymmetrien
- Öffentliche Güter
- Die freie Konkurrenz der Klassiker und das Leitbild der vollständigen Konkurrenz: Ein kritischer Vergleich
- Von der Sozialen Marktwirtschaft zum globalen Kapitalismus
- Marktmacht als Herausforderung der Wettbewerbspolitik
- Marktmacht in Aktion: Unterschiede zwischen Bietverfahren beim Verkauf und Einkauf
- Zur Theorie und Praxis des Coase-Theorems
- Kronzeugen im Gefangenendilemma
- Probleme kollektiver Entscheidungen
- Preis- und Mengensteuern auf dem Prüfstand
- Staatshaushalt und Schulden
- Staatsschulden als permanente Einnahmequelle
- Mit der Schuldenbremse zum Systemcrash
- Fragenkatalog

Literatur:

Fritsch, M., Wein, Th., Ewers, H.-J., Marktversagen und Wirtschaftspolitik, 6. Aufl., München 2005

Zinn, K. G., Soziale Marktwirtschaft, Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung, www.tu-chemnitz.de/wirtschaft/vwl2/downloads/material/KarlGeorgZinn.pdf

1. Wirtschaft und Politik: Geschehnisse und Gestaltungsentwürfe

1.1. Begründungen, Aufgaben und Beschränkungen staatlicher Aktivitäten

1.1.1. Antike Ansätze

Ein Teilgebiet der Volkswirtschaftslehre, die Finanzwissenschaft, beschäftigt sich mit der ökonomischen Aktivität der Gebietskörperschaften, insbesondere mit ihren Einnahmen und Ausgaben. Aber auch Wirtschaftstheorie und -politik widmen sich der Frage, welche Funktionen der Staat erfüllen sollte und welche Handlungsspielräume bestehen. Selbstverständlich spiegeln sich hierin verschiedene Zweckbestimmungen der öffentlichen Hand. Seit der Antike denken vorwiegend Philosophen über diesen Komplex nach.

PLATON (427-347 v. Chr.) entwirft in „Politeia“ („Der Staat“) und in seinem Alterswerk, den „Nomoi“ („Die Gesetze“), einen idealen Staat. PLATON begründet die Entstehung des Gemeinwesens nicht mit dem Trieb der Menschen, einen Staat zu bilden, sondern mit der Schwäche des Einzelnen. Der Mensch sei nur für bestimmte Tätigkeiten jeweils geeignet, daher muss er sich mit anderen zusammenschließen, um die Vorteile der Arbeitsteilung auszuschöpfen.

PLATON gliedert den Staat in drei Stände:

- Zum *Lehrstand* gehören Philosophen, die an der Spitze des Staates stehen sollen, da sie allein Sorge für die richtige Lebensweise aller Bürger tragen können.
- Dem *Wehrstand* obliegt die Verteidigung nach innen und außen.
- Der *Nährstand* umfasst Handwerker, Gewerbetreibende und Bauern, welche die Versorgung zu sichern haben.

Erziehung bildet für PLATON die Grundlage des gesamten Staatswesens. Die Philosophenkönige hätten eine 50-jährige Ausbildungszeit zu durchlaufen. Damit soll gewährleistet sein, dass in ihnen die Einsicht in das Wohl der Gesamtheit ausgeprägt ist, denn die Herrschaft unterliegt keiner verfassungsmäßigen Beschränkung. Neben fortgesetzte Prüfungen treten Regelungen, um den Eigennutz der beiden führenden Stände zu unterbinden:

- Privatbesitz ist verboten,

- Frauen und Kinder sind gemeinsam, die Fortpflanzung wird auf eine Auslese unter den Besten ausgerichtet. Die Vaterschaft könne offen bleiben, denn alle Kinder sollen zueinander wie Brüder und Schwestern sein.

Die oberen Klassen bilden somit eine große Familie. PLATON verfißt die Gleichberechtigung der Frau. Durch die Abschaffung der Ehe will er, dass die Frau ebenso ausgebildet wird wie der Mann und damit auch die gleichen Aufgaben zu erfüllen vermag. Dies verdopple die Macht der Gemeinschaft. PLATON fordert, dass die Polis 5 040 Bürger umfasse, der Handel müsse weitgehend unterdrückt werden.

PLATON ist sich bewusst, ein Wunschbild entworfen zu haben, in der wirklichen Welt gebe es Unvollkommenheit und Ungerechtigkeit. PLATON beschreibt verschiedene „Entartungen“. Die ideale Regierung wäre eine der Besseren, eine *Aristokratie* im eigentlichen Sinn. Die erste Degenerationsform sei die *Timokratie*, die Herrschaft der Krieger, die den Rest versklaven. Wenn die Militärs Gefallen am Reichtum finden, komme es zur *Oligarchie*. Die Revolte der Armen führe schließlich zur *Demokratie*. Bei aller Anziehungskraft, die sie zunächst ausübt, dürfe ihr Kardinalfehler nicht übersehen werden: Sie verleiht Ungleichem gleiche Rechte. Überdies vernachlässige die Volksherrschaft die Bildung sowie die Erziehung des Einzelnen. Der Rausch der Freiheit münde schließlich in eine Auslieferung an schlechte Menschen, die *Tyrannis* droht. PLATON betont die Notwendigkeit, die Gleichheit des Besitzes herzustellen; ein Staat, in dem es Reiche und Arme gibt, lasse sich nicht reformieren: Der *Kommunismus* ist sein sittliches Postulat.

ARISTOTELES (384-324 v. Chr.), 20 Jahre Schüler des PLATON, lehnt dessen Forderung nach Gleichheit ab. ARISTOTELES widerspricht der Auffassung, die ideale Staatsform setze Gütergemeinschaft voraus. Er begründet dies mit einem Effizienzargument: Selbst in einer Agrargesellschaft, in der alle Bürger von der Landwirtschaft lebten, gäbe es Schwierigkeiten, jedem den seiner Arbeitsleistung entsprechenden Ertrag zukommen zu lassen; Zwistigkeiten lägen in der Luft.

Allerdings sollen nach ARISTOTELES die Bürger von der Arbeit befreit sein. Die minderwertige Stellung von Sklave und Frau sieht er durchaus als natürlich an. Gleichheit gelte nur unter freien Männern. Der Besitz an sich sei angenehm und eröffne überdies die Möglichkeit, Freunden Gutes zu tun. Andererseits erwähnt er Sparta lobend, wo Eigentum gemeinsam genutzt werde. ARISTOTELES empfiehlt wie PLATON, missgestaltete Kinder auszusetzen. Bei starkem Bevölkerungswachstum befürwortet er die Abtreibung.

ARISTOTELES verachtet wie PLATON das Streben nach Reichtum als Selbstzweck. Deshalb trennt er die (hoch geschätzte) Ökonomik (Hauswirt-

schaftslehre) von der (schlecht beleumundeten) Chrematistik (Erwerbswirtschaftslehre). Diese Gebiete bilden mit der Monastik („Wie hat sich der Einzelne zu verhalten?“) und der Politik („Nach welchen Prinzipien ist das Gemeinwesen zu gestalten?“) die Ethik („Was ist gut oder schlecht?“). Dazu kommen Metaphysik und Physik als Bausteine antiker Wissenschaft.

ARISTOTELES soll 158 Verfassungsformen studiert haben, die nur z.T. erhalten sind. Die Entstehung des Staates sieht er nicht in der Schwäche des Individuums, sondern er setzt die natürliche Neigung zur Gemeinschaft an den Anfang; der Mensch sei von Natur aus ein Staaten bildendes Wesen (*Zoon politikon*). In der Sprache sieht ARISTOTELES ein weiteres Indiz dafür, dass der Mensch nicht nur zum bloßen Überleben bestimmt ist, sondern ein gesellschaftliches Wesen verkörpert.

Die Aufgabe des Staates als höchste Form der Gemeinschaft liege nicht im „Schutz wider gegenseitige Beeinträchtigungen“ oder in der „Pflege des Tauschverkehrs“, sondern richte sich auf das „vollkommene und sich selbst genügende Dasein“, das in einem „glücklichen und tugendhaften Leben besteht“. Gut sei die Staatsform, die dem allgemeinen Wohl diene, entartet jene, die nur die Interessen der jeweils Herrschenden verfolge.

1.1.2. Neuzeitliche Positionen

Mit dem Aufstieg und Fall Roms und der Verbreitung des Christentums flaut das Nachdenken über die politische Gestaltung der Gesellschaft ab. Die moderne Staatslehre ist ein Reflex auf historische Missstände und eng verbunden mit den ersten bürgerlichen Revolutionen. Die traditionelle Lehre des Naturrechts in der Antike und im christlichen Mittelalter behauptet eine göttliche Ordnung in der Welt, die die Vollkommenheit des Allmächtigen widerspiegele und auf die sich die von ihm geschaffene, jedoch unvollkommene Lebenswirklichkeit mehr oder weniger von selbst hinbewege. Nach dem Zusammenbruch des Feudalsystems und im Zuge der Entwicklung der Naturwissenschaften brach sich die Aufklärung Bahn: Der Mensch könne und solle die mangelhafte Lebenspraxis durch eine tadelfreie, vernünftige und gerechte Ordnung ersetzen. Hierfür wurden nach und nach Konzepte entwickelt. Wir beschränken uns auf die wichtigsten.

JEAN BODIN (1530-1596) entwickelte die *Souveränitätsdoktrin* („Sechs Bücher über den Staat“ [1577]). Er weist der Staatsführung zur Wahrung von Sicherheit und Ordnung das *Gewaltmonopol* zu. Seinen Erfahrungshintergrund bildet der 36-jährige Hugenottenkrieg (1562-1598), in dem die Könige über keine den Bürgerkriegsparteien überlegene Autorität verfügten. Um den Frieden zu erzwingen, war eine Loyalitätsgrundlage vonnöten, die stärker

war als die feudalständischen und söldnerischen Bindungen. Der absolute Herrscher sollte über den Gesetzen stehen.

Auch der andere große Theoretiker von Sicherheit und Ordnung, THOMAS HOBBS (1588-1679), hatte einschlägige Bürgerkriegserfahrungen, einen Kampf aller gegen alle. In seinen Hauptwerken „De cive“ (1642) und „Leviathan“ (1651) legte er eine Theorie vor, die fordert, dem Staat unbeschränkte Macht einzuräumen, um Sicherheit nach innen und außen zu schaffen. HOBBS sieht im (fiktiven) Abschluss eines Verfassungsvertrags die einzige Möglichkeit, den Zustand der Anarchie zu überwinden: Eine Übereinstimmung, „... die durch Vertrag eines jeden mit jedem zustande kam, als hätte jeder zu jedem gesagt: *Ich autorisiere diesen Menschen oder diese Versammlung von Menschen und übertrage ihnen mein Recht, mich zu regieren, unter der Bedingung, dass du ihnen ebenso dein Recht überträgst und alle ihre Handlungen autorisierst.*“¹

HOBBS sieht den Menschen als egoistisch und getrieben von Leidenschaft und Begierden: „Homo hominem lupus est“, der Mensch ist des Menschen Wolf. Erst der Staat kann durch Strafen das Fehlverhalten einschränken. Es entsteht der allmächtige Staat – *Leviathan*, ein Ungeheuer, das Schutz gewährt und zugleich die bürgerlichen Freiheiten bedroht. HOBBS meinte, der absolute Herrscher sei aufgeklärt, vernünftig und gerecht; sein Menschenbild ist mithin gespalten, der Regent bleibt vom anthropologischen Pessimismus ausgespart. HOBBS glaubte, auch eine miserable Lage unter einem schlechten Fürsten sei besser als der Bürgerkrieg.

Wie HOBBS geht JOHN LOCKE (1632-1704) in seinem Buch „Two Treatises of Government“ (1690) von einem Gesellschaftsvertrag aus. LOCKE sieht aber die Gefahr des Machtmissbrauchs. Daher postuliert er natürliche und unveräußerliche Menschenrechte, an denen alle Staatsgewalt ihre Grenze finde. Der Staat dürfe also nicht tun, was er will; er soll nur insoweit tätig werden, wie es zur Erhaltung von Leben, Eigentum und Freiheit geboten ist. Gegen staatlichen Machtmissbrauch besitze jeder Bürger ein *Widerstandsrecht*. Die wirklichen Rebellen seien diejenigen, die den Gesellschaftsvertrag gebrochen hätten. LOCKE plädiert dafür, die Gesetzgebung von der Vollziehung zu trennen. Damit ist er ein Vorläufer der Gewaltenteilung. LOCKE beeinflusste stark die Erklärung der Menschenrechte in den USA.

Voll entfaltet wurde die *Gewaltenteilung* von CHARLES DE MONTESQUIEU (1689-1755). Sein Hauptwerk „Vom Geist der Gesetze“ erscheint 1748. Wie bereits ARISTOTELES unterscheidet er drei Gewalten: Legislative, Exekutive,

¹ HOBBS, TH., *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates*, hrsg. v. Fetscher, I., Neuwied / Berlin 1966, S. 134.

Judikative. Besonderes Gewicht legt MONTESQUIEU auf die Steuerbewilligung als einen der wichtigsten Punkte der Gesetzgebung. Sie dürfe nicht ohne „Verfallsdatum“ erfolgen, sondern nur von Jahr zu Jahr. Auch MONTESQUIEU übte großen Einfluss auf die modernen Verfassungen aus.

JEAN JACQUES ROUSSEAU (1712-1778) ist ein weiterer wichtiger Wegbereiter der modernen Demokratie. Sein „Gesellschaftsvertrag“ verlässt 1762 die Druckpresse. Wie BODIN und HOBBS anerkennt ROUSSEAU die Notwendigkeit eines Staates und liefert eine theoretische Rechtfertigung des Gewaltmonopols. Aber das Volk soll die Herrschaft selbst übernehmen. Der Mensch sei von Natur aus autonom, diese Freiheit betrachtet Rousseau als unveräußerlich. Durch die Mitwirkung an der kollektiven Willensbildung entstehe eine Identität von Herrschenden und Beherrschten.

Der nahe liegende Einwand richtet sich gegen erforderliche Mehrheitsentscheidungen. ROUSSEAU lässt dies nicht gelten: Im Allgemeinen wollen die Bürger das Richtige, weil es dem Gesamtwohl diene. Wer trotz eingehender Diskussion anderer Meinung ist, sei verbohrt oder asozial – er muss überstimmt werden. Außerdem würden sich die Sonderwünsche der Individuen nach dem Gesetz der großen Zahl gegenseitig aufheben.

ROUSSEAUS Menschenbild ist ein von Natur aus guter Mensch, der erst durch die Zivilisation verdorben wurde. Sein Wahlspruch lautet: „Zurück zur Natur“. Ferner hatte ROUSSEAU offenbar die ausgeglichenen Verhältnisse seiner Vaterstadt Genf vor Augen, eine von ihm unterstellte Interessenparallelität der Bürger liegt daher nahe.

ROUSSEAU spricht sich gegen Abgeordnete, Parteien und Verbände aus; es handelt sich um das Modell einer absoluten Demokratie. Seine radikal-demokratische Konzeption birgt die Gefahr, in eine demokratische Diktatur umzuschlagen. ROBESPIERRE (1758-1794), während der französischen Revolution Wortführer der Jakobiner, beruft sich ausdrücklich auf ROUSSEAU, dessen Asche er in den Pantheon überführen lässt.

Einige weitere Staatsphilosophen seien wenigstens erwähnt:

- IMMANUEL KANT (1724-1804) sieht im Naturzustand einen Zustand der Rechtlosigkeit, erst mit dem Zusammenschluss der Menschen in dem auf dem Recht begründeten Staat werde der „Status naturalis“ überwunden.
- DAVID HUME (1711-1776) übt als Empiriker und Vertragstheoretiker einen großen Einfluss auf ADAM SMITH (1723-1790) aus.

- JOHANN GOTTLIEB FICHTE (1762-1814) beruft sich auf das Recht zur Revolution, um vom existierenden Staat zum Vernunftstaat zu gelangen.
- Nach GEORG WILHELM HEGEL (1770-1831) führt die Geschichte unweigerlich zum vernünftigen Staat, zur Verwirklichung des Volksgeistes.

Die Naturrechtstheorien entsprechen den politischen Bedürfnissen des aufstrebenden Bürgertums gegen die Feudalordnung, welche als unvereinbar mit dem Wesen der Menschen und ihren unveräußerlichen Rechten angesehen wurde. Nach der erfolgreichen „Machtübernahme“ erhält die Staatstheorie ein apologetisches Schwergewicht.

Der *Positivismus* der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts betrachtet den bestehenden Staat und die geltenden Gesetze als gegeben und lehnt die Frage nach Ursprung des Rechts sowie seine Legitimierung ab. Die Aufgaben der Staats- und Rechtswissenschaft werden allein in der logisch-formalen Bearbeitung des juristischen Materials, in der Systematisierung der Normen und in der Beschreibung ihrer äußeren Merkmale gesehen.

Schließlich lassen sich (angeblich) *neutrale* Staatstheorien ausmachen. Der *technische Staat* sei nicht mehr Ausdruck der politischen Gestaltung, sondern unterliege einer „Herrschaft der Experten“ aus Wirtschaft, Technik, Verwaltung und Wissenschaft. Die Legitimation beruht auf Fachkenntnissen; das „sachlich Notwendige“ müsse getan werden, Demokratie wird letztlich überflüssig. Die *pluralistischen Staatslehren* behaupten, der Staat habe die Aufgabe, als Mittler oder Schlichter der in eine Vielzahl „organisierter Gruppen“ mit unterschiedlicher Interessenlage gegliederten Gesellschaft aufzutreten und die Abläufe zu gestalten.

1.1.3. Gegenwärtige Strömungen

Die Suche nach optimalen Verfahrens- oder Spielregeln der Gemeinschaft kennzeichnet die moderne ökonomische Theorie der Politik. Eine wichtige Rolle spielen dabei Vertragstheorien des Staates. Als Referenz dient die *Anarchie*, die keine Institutionen kenne, welche den Akteuren äußere Handlungsbeschränkungen auferlege. Daraus resultieren aber zwei Problemkreise:

- Individuelle Freiheitsspielräume werden nicht abgegrenzt; es droht der Krieg jeder gegen jeden und
- gemeinsame Anliegen bleiben unerledigt.

JAMES M. BUCHANAN (geb. 1919, Nobelpreis 1986) und GORDON TULLOCK (geb. 1922) schlagen fast 300 Jahre nach HOBBS in ihrem Buch „The Calculus of Consent“ (1962) einen „weniger autoritären“ Verfassungsvertrag vor: die rechtsstaatliche Demokratie, in der nicht alle Rechte an den Staat abgegeben werden. Es handele sich somit um eine „geordnete Anarchie“. BUCHANAN präzisiert in seinem Buch „The Limits of Liberty, Between Anarchy and Leviathan“ (1975) diese Überlegungen mittels der Begriffe Rechts- und Leistungsstaat. Im *Rechtsstaat* („geborene Staatsaufgaben“) werden die Freiheitsspielräume abgegrenzt; dies verlangt die Zuweisung von exklusiven Verfügungsrechten über Ressourcen.

Als Nutzungsmöglichkeiten eines Gegenstandes kommen in Betracht:

- Gebrauch (usus),
- Veränderung (abusus),
- Aneignung von Erträgen (fructus) sowie
- die ganze oder teilweise Übertragung dieser Rechte.

Man spricht von Privateigentum an einer Sache, wenn alle genannten Aktivitäten ergriffen werden können, ohne die Zustimmung Dritter einholen zu müssen. Verbindet man die Vertragsfreiheit mit Nutzenmaximierung, so wird deutlich, dass der Rechtsstaat BUCHANAN'scher Prägung mit dem Tauschsystem des Marktes harmoniert.

In Wirklichkeit ist die uneingeschränkte Vertragsfreiheit nicht für alle Rechte gegeben: Die persönliche Selbstbestimmung umfasst nicht ohne weiteres die Möglichkeit, seine Autonomie abzutreten. So ist eine Abrede, sich als Sklave zu verdingen, sittenwidrig. Ferner ist es grundsätzlich nicht zulässig, sich zu Lasten Dritter, z.B. in Kartellen, zusammenzuschließen.

Institutionen des Rechtsstaats sind typischerweise Gerichte, Polizei und Streitkräfte. Ihre Macht beruht letzten Endes auf dem Gewaltmonopol. Andere Einrichtungen erleichtern den Gebrauch der Rechte und den Handel mit Rechten. Genannt seien Währungssystem, Maß- und Gewichtsordnungen, technische Standards sowie öffentliche Verzeichnisse wie Grundbücher und Handelsregister.

Im *Leistungsstaat* („gekorene Staatsaufgaben“) werden die gemeinsamen Anliegen geregelt. Hierzu gehören etwa die Felder Außenpolitik, öffentliche Gesundheit, Straßenbau, Katastrophenschutz, Wasserversorgung, Abfallbeseitigung oder die Feuerwehr. Prinzipiell wäre die Anwendung der Einstimmigkeitsregel wünschenswert, denn dann würden nur PARETO-superiore Projekte verwirklicht. Bundeskanzler HELMUT KOHL hat nach der Wende

1989 den Ostdeutschen eine solche PARETO-Verbesserung in Aussicht gestellt: Vielen werde es besser gehen und niemandem schlechter.

Um Einstimmigkeit zu erzielen, müssen aber hohe Verhandlungskosten in Kauf genommen werden. So liegt es in der Luft, sich den Nicht-Widerspruch bezahlen zu lassen, selbst wenn man in der Angelegenheit keine abweichende Meinung hegt. Daher propagieren BUCHANAN und TULLOCK ein zweistufiges Verfahren.

Ohne Gegenvotum ist der Verfassungsvertrag zu beschließen, wo insbesondere die Frage geregelt wird, welche Abstimmungsmodi auf der nachkonstitutionellen Ebene angewandt werden sollen. Für die Entscheidung über verschiedene Problemklassen sind unterschiedliche Mehrheiten vorzusehen. Ferner betonen die Autoren die Bedeutung der repräsentativen Demokratie sowie die Föderalisierung.

Bei BUCHANAN ist der öffentliche Sektor kein Instrument der allgemeinen Wohlfahrtsmaximierung, sondern gleichfalls ein *Leviathan*, ein Herrschaftsinstrument einer als in sich geschlossen betrachteten, ihren privaten Nutzen maximierenden Gruppe von Politikern und Beamten. Es sollen darum Verfassungsgrundsätze entwickelt werden, die die Einkommensmaximierung des Staates unterbinden, der Bürger müsse vor dem Leviathan-Staat geschützt werden. Deshalb gehörten die Leitlinien der Besteuerung in die Verfassung. Das Äquivalenzprinzip wird bevorzugt, d.h. der einzelne Bürger solle den Staat nur insoweit finanzieren, wie ihm persönlich dessen Gegenleistung zugute komme. An dieser Position lässt sich Kritik üben:

- Ein ausgeglichenes Budget auf niedrigem Niveau verschärft die Arbeitsmarktproblematik,
- die Erhebung der Steuervorschriften in den Verfassungsrang bedeutet, dass sie nur schwer, z.B. mit 3/4-Mehrheit, zu ändern sind. Eine Minderheit kann somit eine Anpassung verhindern, deren Stimmen haben sozusagen ein „höheres“ Gewicht und
- Umverteilung wird erheblich erschwert.

BUCHANAN und TULLOCK nehmen die hobbesianische Anarchie zum Ausgangspunkt. Aber in Wirklichkeit ist diese ebenso wenig real wie RAWLS' „Schleier der Unwissenheit“.² Es handelt sich um Fiktionen, aus

² Vgl. RAWLS, J., Eine Theorie der Gerechtigkeit, 10. Aufl., Frankfurt a.M. 1998 (englisch 1971). Nach RAWLS (1921-2002) wäre eine Verfassung allgemein konsensfähig, die den Armen besondere Fürsorge angedeihen lässt. Diese Überlegung beruht auf der Annahme, die Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung wüssten nicht, welchen Status sie später einnehmen werden. Ein solcher Wohlfahrtsstaat minimiert das Lebensrisiko.

denen „Reißbrettverfassungen“ abgeleitet werden, also Entwürfe, die im Studierstübchen entwickelt worden sind. Gemäß FRIEDRICH AUGUST V. HAYEK (1899-1992, Nobelpreis 1974) ergibt sich jedoch sowohl die *spontane Ordnung* als auch das abstrakte Regelwerk, in dessen Rahmen sie eingebettet ist, durch Evolution, d.h. durch Selektion und Anpassung, also im Zuge einer *Selbsttransformation*. So sei der Markt eine spontane Ordnung, die nicht bewusst ins Leben gerufen worden sei, sondern sich über die Zeiten hinweg als wirkungsvolles Koordinationsinstrument erwiesen habe. Die hierfür nötigen abstrakten Prinzipien umfassen etwa das Eigentumsrecht. Nach HAYEK ist der Konstruktivismus zur Gestaltung sozialer Verhältnisse zum Scheitern verurteilt, denn in solche ausgedachten Welten würden weniger Informationen einfließen als in evolutorisch gewachsene Systeme. Damit werde eine „Anmaßung von Wissen“ praktiziert.

DOUGLASS C. NORTH (geb. 1920, Nobelpreis 1993 mit ROBERT FOGEL, geb. 1926) hat die Entstehung des modernen westlichen Staates ökonomisch zu erklären versucht. Der Staat habe sich z.B. im frühen Mittelalter als effiziente Organisation zur Durchsetzung von privaten Verfügungsrechten erwiesen: Infolge von Größenvorteilen konnte er besser gegen Plünderungen schützen. Darum sei das Feudalsystem geschaffen worden. Aber der Staat hat in Wahrheit Eigentumsrechte nicht nur dort formuliert und geschützt, wo sie die Effizienz steigerten. Die Betrachtung verschiedener Wirtschaftsordnungen zeigt nämlich, dass die Ausrichtung staatlichen Handels nicht allein an rein ökonomischen Kriterien erfolgt.

1.2. Wirtschaftspolitische Konzeptionen: Individuum, Markt und Staat

1.2.1. Der Merkantilismus

Seit dem 14. Jahrhundert reihte sich in Europa fast ununterbrochen Krieg an Krieg, erst während des 16. Jahrhunderts formierten sich die National- und Territorialstaaten. Im 17. Jahrhundert und der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts war die Meinung vorherrschend, der Reichtum eines Landes dokumentiere sich im Edelmetallbesitz. Dies ist kein Wunder, denn in jener Zeit garantierte (hinreichend viel) Gold Ansehen, Einflussvermögen und Kaufkraft, um sich im Streit der Mächte zu behaupten.

Das Königtum hatte sich gegen die feudalen Partikulargewalten durchgesetzt. Die Vergrößerung des Söldnerheeres, der Kriegs- und Handelsflotte, die prunkvolle Hofhaltung, die expandierenden Städte sowie der um sich greifende Welthandel erforderten eine Ausweitung der staatlichen Organisation und Zuständigkeiten. Das Verlagssystem, Manufakturen, Fabriken und der Aufschwung der Geldwirtschaft markierten die wirtschaftlichen Stationen auf diesem Weg.

Beim Verlagssystem besteht ein Werkvertrag zwischen „Heimarbeitern“ und einem Kaufmann, der nicht nur die Rohstoffe liefert, sondern auch die Erzeugnisse abnimmt. Die Abhängigkeit der formal selbstständigen Gewerbetreibenden war wegen des fehlenden Kontaktes zu den Beschaffungs- und Absatzmärkten besonders stark. Diese Produktionsweise hat sich nach den Pestwellen des 14. Jahrhunderts verbreitet, da insbesondere die Weber wegen der Ansteckungsgefahr ihre Webstühle verbrennen mussten und somit auf einen „Vorschuss“ vom Verleger angewiesen waren. Mit dem Übergang zum Manufakturwesen verwandelten sich die Werk- in Arbeitsverträge; die Produktionsmittel gehören nun einem „Kapitalisten“, der die Arbeitsverrichtung an einem Ort zentralisiert.

Anlass zur Beschäftigung mit Geldfragen boten die nach der Willkür des Landesherrn vorgenommenen ständigen Münzverschlechterungen im 16. Jahrhundert und die durch die Edelmetallimporte ausgelöste „Preisrevolution“.¹ Im „Monetarsystem“ des Merkantilismus steht die Außenhandelsbi-

¹ Dem Gründer der Londoner Börse THOMAS GRESHAM (1519-1579) wird folgendes „Gesetz“ zugeschrieben: „Das schlechte Geld verdrängt das gute!“. Allerdings wurde diese Aussage bereits 1526 von Nicolaus Kopernikus (1473-1543) und 1530 im Sächsischen Münzstreit formuliert. Noch früher findet sich die Erkenntnis im 1373

lanz im Mittelpunkt. Charakteristisch für die Denkweise war das Verbot der Edelmetall- und Münzausfuhr.

Für den Merkantilismus galt der Handel als produktiv. Profit entstehe, wenn ein Gut für mehr Geld verkauft werde als zu seiner Beschaffung aufgewendet wurde. Insbesondere im Außenhandel sei ein solcher Überschuss anzustreben. Der Tausch galt als Nullsummenspiel, was der eine gewinne, müsse der andere verlieren. Im Wettstreit der Nationen diene daher eine aktive Handelsbilanz als Erfolgsindikator. Demzufolge sah man in Exportprämien, Importverboten und Schutzzöllen geeignete Maßnahmen, die inländischen Edelmetallbestände zu vergrößern.

Die Herrscher hatten ein Interesse an der Stärkung der wirtschaftlichen Basis. Mit Infrastrukturverbesserungen (Straßen, Kanäle) wurde das Fundament für die spätere Industrialisierung gelegt, wobei freilich das Wegenetz schlechter war als im alten Rom. Auch die Rechtsprechung war darauf ausgerichtet, Bettler, Landstreicher und Kriminelle zur Zwangsarbeit zu verurteilen. Auf französischen Galeeren ruderten Häftlinge oft lange über ihre Strafzeit hinaus.

Der Gegensatz zwischen Kirche und Staat tritt schärfer hervor: Das Zölibat widersprach der praktizierten Bevölkerungspolitik; Almosen für Bettler sowie die hohe Zahl kirchlicher Feiertage minderten den Leistungsdruck. Die Juden repräsentierten aus merkantilistischer Sicht die idealen Staatsbürger, weil sie ihr Geld nicht in Grundbesitz anlegten, sondern Handel trieben. Das Zinsnehmen wurde nicht mehr nach mittelalterlich-moralischen Kriterien beurteilt, sondern nach ökonomischen. Auch der Luxus wurde jetzt anders bewertet: MANDEVILLE verfocht in seiner Bienenfabel die provozierende These, wonach Konsumzurückhaltung gesellschaftlich schädlich sei, während Genusssucht – nach dem christlichen Verständnis als Laster gerügt – zur gesellschaftlichen Prosperität beitrüge, weil sie die Wirtschaftsaktivität anregte.²

England führte die Entwicklung an, da dort die Herausbildung der industriellen Produktionsweise nicht durch eine lange Periode des niedergehenden

vorgelegten „Traktat über Geldabwertungen“ vom Spätscholastiker Nikolaus Oresme (Oresimus) (1320/25-1382).

² Der Arzt und Publizist BERNARD DE MANDEVILLE (1670-1733) verfasste 1705 ein Flugblatt mit dem Titel „The grumbling hive, or knaves turned honest“ („Der unzufriedene Bienenstock oder die ehrlich gewordenen Schurken“), das einen gewaltigen Skandal auslöste. 1714 erschien als Buch die erheblich erweiterte Fassung: „The Fable of the Bees, or Private Vices, Publick Benefits“ (deutsch: Die Bienenfabel oder Private Laster als gesellschaftliche Vorteile, München 1988).

Feudalismus unterbrochen wurde. Auf der Insel wurde eine „kapitalistische“ Agrarwirtschaft betrieben, Grund und Boden befanden sich im Privateigentum. Der britische Staat ergriff überdies akkumulationsfreundliche Maßnahmen: Billige Rohstoffe kamen aus dem Kolonialreich und die königliche Flotte sicherte das Handelsmonopol. Die Navigationsakte von 1651 („Englische Ware auf englische Schiffe“) schützte obendrein vor fremder Konkurrenz. Die bürgerliche Revolution in England trieb die Fortsetzung dieser Wirtschaftspolitik voran.

Zwei wichtige englische Merkantilisten seien genannt:

- THOMAS MUN (1571-1641), der als Direktor der Ostindischen Gesellschaft wirkte sowie
- JAMES STEUART (1712-1780), der ein umfassendes theoretisches System hinterließ; er bildet den Abschluss der merkantilistischen Autoren.

Im Übergang zur Klassischen Politischen Ökonomie wurde die Bedeutung der Produktion erkannt: Nicht der Handel an sich sei produktiv, sondern die Arbeit, die für den Export die Hände rührt. Wichtige Vertreter sind:

- WILLIAM PETTY (1623-1687),
- JOHN LOCKE (1632-1704) und
- DAVID HUME (1711-1776).

Die *französische* Variante des Merkantilismus heißt: „Colbertismus“, nach JEAN-BAPTISTE COLBERT (1619-1683), dem Finanzminister LUDWIGS XIV. Die Politik richtet sich in erster Linie auf die Stärkung der feudalabsolutistischen Monarchie. Im Zuge dieses „Fiskalismus“ erfolgen Reformen von Wirtschaft und Verwaltung.

Die *deutsche* Ausprägung trägt die Bezeichnung „Kameralismus“. Deutschland war seinerzeit ein „Flickenteppich“ ohne Zugang zum Übersee-handel. Notwendig erschien daher der Ausbau der Finanzwirtschaft. Um die Bevölkerungsverluste des 30jährigen Krieges auszumerzen, besann man sich auf eine „Peuplierungspolitik“.

Seit Ende des 15. Jahrhunderts bestanden zunächst mit der Verwaltung der Domänen und Regalien betraute fürstliche Kammern, die „Wirtschaftspolizei“. Die von den Fürsten besoldeten, juristisch und später auch wirtschaftlich geschulten „Kameralisten“ sollten für das Funktionieren des zentralistischen Verwaltungsapparates sorgen. Die Steuererhebung geschah ohne vorhergehende ökonomische Förderung: Es galt, den fürstlichen Luxuskon-

sum sowie dynastische Kriege zu finanzieren. Zwei Autoren seien etwas näher betrachtet.

JOHANN JOACHIM BECHER (1635-1682) initiierte das Reichsedikt gegen französische Waren vom 7.5.1676. Um die Folgen des 30-jährigen Krieges zu beseitigen, trat BECHER für die „Volkreichmachung des Staates“ sowie die „Nährhaftmachung des Volkes“ ein. Damit sollte die Macht des Staates wachsen.

Allerdings könnten drei „Entartungserscheinungen“ des Marktes dem zuwiderlaufen: Beim *Monopol* besitzt ein Einzelner eine Masse an Lebensmitteln, von der viele andere leben könnten. Damit ist das Bevölkerungswachstum in Gefahr. Beim *Polypol* liegt ein Überangebot infolge zu hoher Besetzung der Anbieterseite vor. Deshalb werden die Anbieter ruiniert und die Nachfrager erhalten eine schlechte Ernährung. Das *Propol* („Vorkauf“) führt zu „falschen“ Preisen, da Verabredungen gemacht werden, um das Angebot oder die Nachfrage zu organisieren (Ringbildung).

Abhilfe sollten staatliche Landmagazine und Kaufhäuser schaffen. Sie hatten durch Aufkauf von Überschüssen in guten Zeiten und Abgabe bei Missernten die Preise zu stabilisieren. In Werkhäusern ging es außerdem darum, den Handwerkern den Stand der Technik beizubringen. Zugleich werde damit Beschäftigung geschaffen („Technologiezentrum“).

JOHANN HEINRICH GOTTLÖB VON JUSTI (1717-1771) publizierte 1755 eine Schrift, deren Titel Programm ist: „Staatswirtschaft oder systematische Abhandlung aller ökonomischen und Cameralwissenschaften, die zur Regierung eines Landes erfordert werden“. JUSTI widersprach expressis verbis der weit verbreiteten Anschauung, wonach für den Merkantilismus lediglich aufgeschätztes Metall Reichtum sei:

„Nicht die mit Geld gefüllten Fässer der Schatzkammer des Monarchen und nicht die Geldhaufen der Privatpersonen machen den Reichtum des Staates. Alles Geld hat nur den Zweck, ... die Geschäfte der Menschen zu befördern.“³

Hier wird also schon eine dynamische Sicht der Wirtschaftsförderung propagiert. Bis FRIEDRICH LISTS (1789-1846) Werk „Das nationale System der politischen Ökonomie“ (1841) blieb JUSTIS Lehrbuch Bezugspunkt einschlägiger Politik.

³ Zitat nach TAUTSCHER, A., v. JUSTI, JOHANN HEINRICH GOTTLÖB, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 5. Bd., Stuttgart / Tübingen / Göttingen 1956, S. 452-454, S. 453.

Insgesamt betrachtet, gibt es „den“ Merkantilismus als klar identifizierbare Schulmeinung nicht. Vielmehr handelt es sich um ein Bündel von Vorschlägen, um in Art eines „Rezeptbüchleins“ die Volkswirtschaft zu entfalten. Dabei gab es nationale Unterschiede sowie differierende Voraussetzungen und Entwicklungspfade. Doch bei allen Besonderheiten eint die Akteure die Einsicht, dass Staat und Wirtschaft aufeinander angewiesen sind.

Vor diesem Hintergrund ist das Lob verständlich, das J. M. Keynes (1883-1946) im 23. Kapitel der „General Theory“ erteilt: Die Merkantilisten hätten nämlich erkannt, welchen negativen Einfluss ein hoher Zinssatz auf die Mehrung des Reichtums ausübe. Da sie überdies um den Zusammenhang zwischen Geldmenge und Zinssatz wussten, lasse sich das Streben nach einem Handelsbilanzüberschuss als Versuch deuten, den Zins zu drücken. Ebenso seien im Übrigen das Kanonische Zinsverbot und die Bekämpfung des Wuchers durch die Scholastiker zu interpretieren.

Der Exportüberschuss hatte mithin eine doppelt positive Wirkung auf die Beschäftigung: Einmal reduziere die höhere Erzeugung die Arbeitslosigkeit, zum anderen senke die wachsende Geldmenge den Zins. Dadurch begegne man einer chronischen Tendenz der Menschheitsgeschichte, eher zu sparen als zu investieren. Der Einzelne neige dazu, seinen Wohlstand durch Konsumverzicht zu mehren als durch unternehmerische Aktivitäten.

Die Merkantilisten waren sich laut Keynes ferner über die schädliche Wirkung einer übermäßigen Preiskonkurrenz im Klaren. Es nutze wenig, billig zu verkaufen und teuer zu kaufen.

Dieses Wechselspiel zwischen Staat und Wirtschaft blieb jedoch keineswegs auf jene Ära beschränkt. Merkantilistische Politik ist gegenwärtig an der Tagesordnung, man denke nur an die gängige Subventionspraxis sowie dem Streben nach Exportüberschuss. Von daher steht in den modernen marktwirtschaftlichen Systemen das konkrete Handeln der Politik öfter in gewissem Widerspruch zu der offiziell verkündeten Doktrin, die – auf dem Papier – obrigkeitlichen Eingriffen meist Skepsis entgegenbringt.

1.2.2. Die Physiokratie

Während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts verbreitete sich in Frankreich eine Schule, deren Bezeichnung im Deutschen „Naturherrschaft“ lauten könnte. Kennzeichnend für diese Konzeption ist eine gewisse Zwieschlächtigkeit der Lehre, geht es doch um die Förderung der kapitalistischen Ordnung unter feudalen Verhältnissen.

Der *Boden* gilt den Physiokraten als Quelle aller Reichtümer. Ein Staat mit blühender Agrikultur war nach ihrer Ansicht jeder Industrie- oder Handelsnation überlegen, weil nur die Landwirtschaft einen Überschuss in Form eines Nettoprodukts („produit net“) erzeuge. Erstmals wurde damit die Entstehung des Surplus in der Produktion lokalisiert.

Die Hinwendung zur Landwirtschaft ist historisch erklärbar, denn ihr Verfall behinderte offenkundig die Entwicklung der französischen Volkswirtschaft. Die Verelendung breiter bäuerlicher Schichten, Getreideverteuerungen sowie Hungersnöte waren zu beklagen. Deswegen schien die Verbesserung der agrarischen Situation dringend geboten.

Mit dieser Erkenntnis war Kritik an der merkantilistischen Politik verbunden. Sie wurde als Fessel möglicher Entwicklungen gebrandmarkt. Der staatlichen Reglementierung der Wirtschaft im Allgemeinen sowie der Begünstigung der Luxusindustrie und des Außenhandels im Besonderen wurden die „ewigen Werte der Natur“ entgegengestellt. Dementsprechend sollte die Entfaltung der *natürlichen Ordnung* den Missständen abhelfen.

Die Physiokraten sahen in der Landwirtschaft den einzig produktiven Wirtschaftszweig, im Unterschied zum Handel, wo nur Äquivalententausch vorkomme. Drei *Klassen* werden unterschieden:

- Die produktive Klasse, Pächter und Bauern, die das Nettoprodukt erzeugen;
- die distributive Klasse der Grundeigentümer, hauptsächlich die kirchlichen und weltlichen Landesfürsten, welche sich das Mehrprodukt aneignen und
- die sterile Klasse der Kaufleute, Manufakturenbesitzer und -arbeiter, die lediglich Werte transformieren, aber keine neuen schaffen.

Im wirtschaftspolitischen Programm der Physiokraten kommt am deutlichsten der kapitalistische Charakter des Systems zum Ausdruck. Sie verlangten nach englischem Vorbild ein System privater Bodenpacht. „Laissez faire, laissez passer!“ lautet ihr Wahlspruch, der freilich auf Pierre Boisguilbert (1646-1714) zurückgehen dürfte. Um mehr Investitionen in die Landwirtschaft zu lenken, rieten die Physiokraten zu hohen Getreidepreisen bei möglichst geringem Reallohn, das Mehrprodukt sollte so kräftig anschwellen.

Die Physiokraten verfolgten das Projekt einer einzigen Steuer auf die Grundrente („impôt unique“), weil die Besteuerung der anderen Einkommen letzten Endes doch das Mehrprodukt belasten würde, aber auf kontraproduktivem Umweg. Angeblich sollte diese Maßnahme letztlich auch zum Wohl

der Grundeigentümer dienen, in Wahrheit hätte sie freilich die Industrie von der Besteuerung befreit.

Wichtigster Vertreter dieses umstürzlerisch-progressiven Gedankenguts ist FRANCOIS QUESNAY (1694-1774) mit seinem „Tableau Économique“ (1758 bzw. 1766). Als Leibarzt von LUDWIG XV. war er ebenfalls für MADAME DE POMPADUR „zuständig“. Mit ihr fertigte QUESNAY die ersten Drucke des „tableau“ an.⁴ Der Höhepunkt des Einflusses lag in den Jahren 1767-1770.

Die Gegner griffen die Physiokraten vor allem wegen der Politik hoher Getreidezölle an. Diese minderten den industriellen Profit, weil bei hohen Brotpreisen der Nominallohn kaum zu drücken sei. Oder es komme zur Revolution – 1789 lässt grüßen.

ANNE ROBERT JACQUES TURGOT (1727-1781) versuchte als Finanzminister (1774-1776) eine physiokratische Steuerreform, die am Widerstand des Feudaladels scheiterte. TURGOT gehört aber nicht zur physiokratischen Schule im engeren Sinn, denn er sieht den Mehrwert schon als Ergebnis produktiver Arbeit.

1.2.3. Strömungen des Liberalismus

1.2.3.1. Die Grundgedanken

Das Etikett „Liberalismus“ ist seit Mitte des 19. Jahrhunderts allgemein gebräuchlich. Als politisch-soziale Bewegung in der Folge der Industriellen Revolution kennzeichnet ihn seine Skepsis gegenüber Institutionen und Vorschriften in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, sobald sie die individuelle Initiative und Selbstbestimmung oder die Unverletzlichkeit des Privateigentums, insbesondere an den Produktionsmitteln, einschränken.

In *England* endete mit der „Glorreichen Revolution“ 1688/89 die Übermacht des Königtums. Nun beanspruchte das Parlament – die Gesamtvertretung der Selbstverwaltungseinrichtungen wie Grafschaften, Städte, Universitäten – das entstandene Machtvakuum. Alle Gewaltausübungen seien an feste, jede Willkür und besonders monarchische Einflussnahme ausschließende Regeln („legal liberty“) zu binden. In der Wirtschaftspolitik zeigten

⁴ Einzelheiten bringen zwei Aufsätze von HELMEDAG, F. / WEBER, U., Die Zig-Zag Darstellung des Tableau Économique, in: das wirtschaftsstudium (wisu), 31. Jg. (2002), S. 115-121, 136 f. sowie HELMEDAG, F. / WEBER, U., Die Kreislaufdarstellung des Tableau Économique, in: das wirtschaftsstudium (wisu), 31. Jg. (2002), S. 1128-1133, 1155. Beide Artikel sind im Internet ebenfalls zugänglich.

sich die Frühliberalen, die sog. Whigs, bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts gleichwohl als entschiedene Vertreter des protektionistischen Merkantilsystems.

In *Frankreich* tendierte der unterdrückte Calvinismus zum Liberalismus und formte sich zur radikalen Vernunftreligion. Die Aufklärungsphilosophie lehrte, dass die Menschen durch Erziehung zur natürlichen Weisheit zu führen seien und verlangte auf politischem Gebiet die Freiheit der Könige, um durch neue, rational begründete Gesetze ihre Untertanen glücklich machen zu können: Die Reformen sollten von oben angeschoben werden. Weder für den Frühliberalismus noch für den „citoyen“ ROBESPIERRE bildete Demokratie das Ideal politischer Partizipation. Trotz teilweiser Bekenntnisse zum Pluralismus verstand der Frühliberalismus ihn elitär und hielt nur besitzende und gebildete Gruppen zur politischen Mitbestimmung qualifiziert.

In *Amerika* trägt die liberale Bewegung zunächst starke antietatistische Züge. Der Hauptverfasser der Unabhängigkeitserklärung von 1776, THOMAS JEFFERSON (1743-1826), Whig und Plantagenbesitzer, arbeitete die klassische liberale Formel „life, liberty, property“ in der abgewandelten Form „life, liberty and the pursuit of happiness“ in die Präambel der Verfassung ein. Zugleich wurde ein Widerstandsrecht verankert. Eine Regierung, welche die Menschenrechte verletze, darf vom Volk abgesetzt werden. Jedoch sollte das naturrechtliche Gleichheitsprinzip nicht auf die Sklaven angewandt werden. Die verfassungsmäßige Proklamation von Freiheitsrechten markiert den Prozess der Entlassung der Person und der Wirtschaft aus der Feudalgesellschaft. Die Unabhängigkeitsdeklaration sowie die französische Menschenrechtserklärung von 1789 sind die Gründungsurkunden der modernen Demokratie.

Bauernbefreiung, Gewerbe- und Handelsfreiheit, Aktivierung der Selbstverwaltung sowie Verbesserung der Rechtssicherheit lassen sich als Stichworte nennen, die auf wichtige Weichenstellungen im Geschehen verweisen. In Deutschland erwachte der Freiheitsgeist im Dritten Stand freilich zunächst mehr durch den aufsteigenden Nationalismus, entfacht von der Erfahrung französischer Fremdherrschaft. Der Ausdruck „nationalliberal“ bezeichnet diese spezifische Gemenlage.

1.2.3.2. Ökonomische Varianten

Der wirtschaftliche Liberalismus lässt sich in Paläo-, Neo- und Ordoliberalismus trennen. Der *Paläoliberalismus* entstand Ende des 18. Jahrhunderts in

England als Reaktion auf das Versagen des protektionistischen Merkantilsystems. Anfangs war diese Position praktisch identisch mit den Lehren der klassischen Nationalökonomie. Die Konzeption forderte die Ablösung des Merkantilismus. Stattdessen wurde ein System der „natürlichen Freiheit“ vorgeschlagen, das auf Selbstinteresse beruht sowie die Freiheit der Verkehrs- und Tauschbeziehungen propagiert.

Der Schutz der ökonomisch Schwachen verzögere nur notwendige Anpassungen. So behauptete JOSEPH TOWNSEND (1739-1836) in seiner 1785 erschienenen Schrift „Dissertation on the poor-laws“, die Armenpflege vergrößere den Missstand. Als Beispiel wählte er eine Insel, auf die Ziegen und wilde Hunde ausgesetzt werden. Sein Jäger-Beute-Modell findet ein „natürliches Gleichgewicht“ dort, wo die noch nicht gefressenen Ziegen eine tragfähige Ernährungsbasis für die noch nicht verhungerten Hunde abgeben. Der Bezug zum Bevölkerungsgesetz von THOMAS ROBERT MALTHUS (1766-1834) liegt in der Luft. Demnach wachse die Nahrungsmittelproduktion (linear) gemäß einer arithmetischen Reihe, während sich die Bevölkerung (exponentiell) einer geometrischen Reihe folgend vermehre. Deswegen sei zur Krisenvermeidung eine Geburtenpolitik erforderlich.

Aus der Perspektive des Liberalismus erscheinen Konkurrenzstreben, unternehmerische Gewinnmaximierung, Produktivitätsfortschritt, Reichtumsmehrung, Konsumentensouveränität und Verteilungsgerechtigkeit nur als verschiedene, aber voneinander untrennbare Seiten ein- und derselben Sache. Der ökonomische Liberalismus provozierte den sozialen Konflikt und lieferte vor allem mit der Arbeitswertlehre zugleich Material, das gegen ihn gewendet wurde: Profit sei unbezahlte Mehrarbeit, das System beruhe auf Ausbeutung.

Der größte Erfolg ließ sich mit dem Durchbruch des Freihandelsprinzips verbuchen. ADAM SMITH (1723-1790) argumentierte mit absoluten Kostenvorteilen, um die internationale Arbeitsteilung zu begründen. Die Länder sollten sich auf die Waren spezialisieren, die sie billiger als die Konkurrenz anbieten könnten. DAVID RICARDO (1772-1823) verwies auf komparative Kostenvorteile, die den Austausch sowie eine Spezialisierung selbst dann vorteilhaft machten, wenn ein Land alle gehandelten Erzeugnisse preisgünstiger herzustellen vermag als ein anderes.

Der radikale Manchester-Liberalismus verlässt sich auf die Selbststeuerung der Binnen- und Außenmärkte, ungehemmt von Steuern, Zöllen und Soziallasten. In diesem Sinne brachte die „Anti-Corn-Law-League“ 1842 die Zölle für industrielle Rohstoffe und 1846 für Getreide zu Fall. Die Liberalen präferierten die Selbsthilfe durch Zusammenschluss Gleich-Interessierter und

vom Wettbewerb Benachteiligter (Handwerker-genossenschaften, Konsumvereine) gegenüber staatlicher Regulierung. Eingriffe in die „Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft“ sollten gefälligst unterbleiben.

Aber es waren Rückschläge zu verdauen: So ging Amerika 1862 zum Schutzzoll über. Auch die kurze, anfangs aus politischer Machtrivalität gegen Österreich gerichtete Freihandelsära in Deutschland war stets mit industrie-protektionistischen Elementen (z.B. zugunsten der Zuckerindustrie) durchgesetzt. Ab 1879 haben Deutschland und Kanada eine Schutzzollpolitik betrieben, 1882 folgten Russland, Frankreich, Österreich-Ungarn; 1888 schwenkten Italien und 1900 Australien in diese Richtung ein.

Später distanzierte sich die englische Spätklassik vom Harmoniegedanken und vom Laissez-faire Prinzip. Hier ist JOHN STUART MILL (1806-1873) zu nennen, der sich zum Reformator und Verfechter der Emanzipation der Frau entwickelte. Angesichts der „Sozialen Frage“ kehrte Ernüchterung und Enttäuschung über die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Konsequenzen der klassisch-liberalen Konkurrenzlehre ein.

Der Wettbewerbsdruck wurde überdies durch Zusammenschlüsse verringert. Kartelle, Syndikate und Fusionen sind private Organisationen, um die Marktverhältnisse zu gestalten. Daraus erwuchs staatlicher Handlungsbedarf: Während der Paläoliberalismus im Interesse des Laissez faire die Obrigkeit aus den wirtschaftlichen Angelegenheiten zurückgedrängt hatte, so bestellte der *Neoliberalismus* des ausgehenden 19. Jahrhunderts den Staat zum Garanten, um das Laissez faire zu revitalisieren.

Die Anti-Trust-Bewegung in den USA (Sherman Act 1890, Clayton Act 1914) fand in Europa keine Nachahmung. Stattdessen wurde ein gemäßigter Interventionismus praktiziert. Mit dem I. Weltkrieg begann die Phase des weltweiten wirtschafts- und währungspolitischen Experimentierens. Die liberale Renaissance lässt sich als Gegenbewegung zu Sozialisierungstendenzen interpretieren, wenngleich sich das Bewusstsein verbreitete, die Laissez-faire-Vorkriegsperiode sei endgültig passé. Symptomatisch für diese Stimmung ist eine Schrift von J. M. KEYNES aus dem Jahr 1926: „The End of Laissez faire“. Während der Weltwirtschaftskrise versuchte man, die binnenwirtschaftliche Konjunkturautonomie aufrecht zu halten. Häufig setzte man auf Kreditexpansion sowie die Ausbreitung zentralverwaltungswirtschaftlicher Methoden.

Die neoliberale Bewegung spaltete sich schließlich in einen gemäßigten Interventionismus („sozialliberal“) und in die Wettbewerbsrichtung. Aus dem letzten Zweig entsprang der Ordoliberalismus, die sog. Freiburger Schule mit den Hauptvertretern WALTER EUCKEN (1891-1950), WILHELM RÖPKE (1899-

1966), FRIEDRICH AUGUST V. HAYEK und ALFRED MÜLLER-ARMACK (1901-1978). „Wettbewerb als Aufgabe“ lautete die Formel. Der Ordoliberalismus setzt anstelle eines naiven Harmoniegläubens auf die sichtbare Hand des Staats und die von ihm zu konstituierende, von ihm zu gewährleistende und ständig zu überwachende Ordnung des veranstalteten Wettbewerbs. Die Errichtung und Bewahrung einer „vollständigen Konkurrenz“ auf allen Märkten solle die ökonomische Vorteilhaftigkeit sowie die Kontrolle wirtschaftlicher Macht bewirken. Die durchaus dem Neoliberalismus zurechenbare „Chicago-Schule“ (MILTON FRIEDMAN, 1912-2006, Nobelpreis 1976) sieht allerdings weniger politischen Handlungsbedarf.

Nach dem II. Weltkrieg schaukelte sich wieder eine liberale Gegenwelle zu Sozialisierungstendenzen auf, die USA propagierte den freien Welthandel. Diese Anstrengungen schlugen sich in zwei Vereinbarungen nieder. Beim *Bretton-Woods-Abkommen* handelt es sich um eine Währungs- und Finanzkonferenz der Vereinten Nationen 23.7.1944, an der 44 Länder teilnahmen, um das Internationale Währungssystem neu zu ordnen. Dabei ging es um die Paritäten sowie die Errichtung eines internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland erfolgte am 14.8.1952.

Auf der Weltwirtschaftskonferenz der Vereinten Nationen in Havanna am 24.3.1948 beschlossen 54 Staaten Grundsätze der Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik (*Havanna-Charta*). Die Errichtung einer internationalen Handelsorganisation (*International Trade Organization* ITO) war vorgesehen. Der handelspolitische Teil der Charta wurde durch Unterzeichnung eines vorläufigen Protokolls bereits 1947 in Kraft gesetzt (*General Agreement on Tariffs and Trade* GATT). Die Havanna-Charta trat nie in Kraft, da die Ratifizierung 1950 am US-Kongress scheiterte. Seit 1995 gibt es die *World Trade Organization* (WTO), in die das unterdessen mehrfach überarbeitete GATT eingegangen ist.

1.2.4. Interventionistische Programme

Ein internationaler Vergleich zeigt, dass heute in allen entwickelten Volkswirtschaften die Regierungen eher mehr als weniger ins Wirtschaftsgeschehen eingreifen. Die Staatsquote, die als grober Indikator hierfür dient, schwankt zwischen einem und zwei Dritteln des Sozialprodukts. In Deutschland fließt ungefähr jede zweite Mark durch öffentliche Kassen. Dies bedeutet zwar nicht, dass der Staat 50 % des Sozialprodukts absorbiert, freilich wird mit dieser Zahl ein Indiz dafür gegeben, wie sehr die Kreislauf-

ströme durch politische Entscheidungen beeinflusst werden. Vor diesem Hintergrund wirkt die manchmal recht abstrakt ausgetragene Grundsatzdiskussion „Markt- vs. Zentralverwaltungswirtschaft“ ziemlich akademisch. Die Frage lautet vielmehr, ob der bislang bestehende „Fiskalsozialismus“ zurückgedrängt, erhalten oder ausgebaut werden soll. Schließlich zeigt auch ein Blick auf das Sozialbudget, wie sehr die öffentliche Hand Fürsorgeleistungen übernommen hat. Ungefähr jeder dritte Euro der Wirtschaftsleistung dient sozialpolitischen Zwecken. Offenkundig interveniert der moderne Staat in beträchtlichem Maße.

Der Begriff Interventionismus wird in der Volkswirtschaftslehre nicht einheitlich gebraucht. In seiner umfassendsten Bedeutung wird darunter jedwedes Eingreifen der Politik in den Wirtschaftsprozess verstanden. Manchmal meint man mit Interventionismus nur eine punktuelle Korrektur aus aktuellem Anlass. Zu den Instrumenten des Interventionismus gehören Preis-, Mengen- und Investitionskontrollen. Der Übergang zum *Dirigismus* ist dabei fließend. Während dieser jedoch den marktwirtschaftlichen Allokationsmechanismus in weiten Bereichen beseitigt, akzeptiert der Interventionismus diese Koordinationsform, möchte aber die Rahmendaten so ändern, dass die Marktergebnisse eher den Vorstellungen entsprechen. Trotzdem bleibt im Einzelfall die Abgrenzung schwierig.

Es bietet sich an, immer dann von Dirigismus zu sprechen, wenn man Gestaltungsmaßnahmen meint, die zwischen einer allokatonsneutralen Niveausteuerung und der Kommandowirtschaft liegen. Interventionismus deckt in dieser Interpretation die ganze Palette wirtschaftspolitischer Aktivitäten in einer prinzipiell marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft ab.

Ansätze zu systematischen Überlegungen, wie die Obrigkeit in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen habe, entstanden in Deutschland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Die seinerzeit immer drängender werdende „Soziale Frage“ veranlasste Ökonomen wie GUSTAV SCHMOLLER (1838-1917) und ADOLPH WAGNER (1835-1917), 1872 den „Verein für Socialpolitik“ in Eisenach zu gründen. Diese Wissenschaftler, die von der Lehrkanzel herab soziale Reformen anmahnten, ohne allerdings den Kapitalismus grundsätzlich infrage zu stellen, wurden als „Kathedersozialisten“ bezeichnet.

In der praktischen Finanzpolitik gab es Ansätze, die Einnahmen und Ausgaben so zu gestalten, dass sie gewissen gesellschaftspolitischen Zielen dienten. Die ab 1879 praktizierte Schutzzollpolitik geschah nicht nur, um den ostelbischen Junkern Pfründe zu sichern, sondern auch, um Einnahmen für die Staatskasse zu erzielen. Einige deutsche Staaten führten eine schwach progressive Einkommensteuer ein. Damit war das Instrument aus der Taufe

gehoben, das heute am nachhaltigsten zur *Redistribution* beiträgt. Schließlich muss die „Kaiserliche Botschaft“ von 1881 erwähnt werden, die erstmals die soziale Sicherung verankerte (Krankenversicherung 1883, Unfallversicherung 1884, Invaliditäts- und Alterssicherung 1889). Nicht zu vergessen ist die Übernahme zahlreicher versorgungspolitischer Aufgaben im Zusammenhang der zunehmenden Urbanisierung (Gas, Elektrizität, Wasser, Kanal). Rentabilitätsüberlegungen spielten dabei nicht immer die ausschlaggebende Rolle.

Der Interventionismus gewann 1936 durch das Buch „The General Theory of Employment, Interest and Money“ von JOHN MAYNARD KEYNES einen theoretischen Unterbau. Die These lautet, dass das marktwirtschaftliche System auf den Vermögens- und Gütermärkten zwar ein Gleichgewicht finde, ohne dabei jedoch notwendigerweise das Arbeitskräftereservoir auszuschöpfen. Ein (dauerhaftes) „Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung“ ist denkbar. Steigerungen des Nominallohnsatzes berühren bei gegebener Arbeitsproduktivität in erster Linie das Preisniveau, während die Arbeitsnachfrage weniger tangiert wird. Ein Abbau der Erwerbslosigkeit erfordere bei gegebenen Verhaltensparametern die Erhöhung der autonomen Komponenten der Nachfrage. Über Multiplikator- und Akzeleratorprozesse wird ein höheres Volkseinkommen mit mehr Beschäftigung angestrebt. Dazu erfahren wir im zweiten Teil mehr.

1.3. Zwischen Laissez faire und Interventionismus: Die Soziale Marktwirtschaft

1.3.1. Ein „Dritter Weg“

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise während der 30er Jahre entstanden tief greifende Zweifel, ob die Wirtschaft so funktioniert, wie es die aus dem 19. Jahrhundert stammenden Entwürfe vorsahen. In den angelsächsischen Ländern gewann eine Beschäftigungspolitik à la Keynes an Zuspruch: Die Erfahrungen des II. Weltkrieges belegten die Möglichkeiten einer durch die Budgetpolitik initiierten Zunahme von Produktion und Arbeitsvolumen. Preiskontrollen hielten überdies die Inflationsgefahr gebannt.

Im nationalsozialistischen Deutschland schwenkte die überwiegende Mehrheit der Ökonomen auf die offizielle Doktrin ein: Einige Wissenschaftler beschäftigen sich jedoch in jener Zeit mit Konzeptionen für die wirtschaftspolitische Gestaltung Nachkriegsdeutschlands. Gesucht wurde ein „Dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und Kollektivismus.

Besonders wichtig wurden die „Freiburger Schule“ um WALTER EUCKEN und die in gewisser Konkurrenz dazu stehende „Kölner Schule“ mit ihrem Hauptvertreter ALFRED MÜLLER-ARMACK. Dieser prägte 1947 die Bezeichnung „Soziale Marktwirtschaft“. MÜLLER-ARMACK gab der Sozial- und Beschäftigungspolitik ein weit größeres Gewicht als EUCKEN, der meinte, solche Eingriffe seien sogar schädlich. Die ideale Marktwirtschaft kenne keine Konjunkturen und Krisen.

Schon aus diesem Kurzportrait geht hervor, dass es durchaus beachtliche Unterschiede zwischen beiden Ansätzen gibt. Dies gilt auch für andere Wissenschaftler, die außerhalb Deutschlands an der Ausarbeitung eines Zukunftsentwurfs mitwirkten. Zu nennen sind etwa WILHELM RÖPKE und ALEXANDER RÜSTOW (1885-1963).

WILHELM RÖPKE verfasste im türkischen Exil die Schrift „Die Lehre von der Wirtschaft“, die 1937 in Österreich erschien. Nach dem Anschluss an Deutschland wurde das Buch von den neuen Machthabern aus dem Verkehr gezogen. In dem Werk prägte RÖPKE die Formel „Dritter Weg“. Seines Erachtens trägt das marktwirtschaftliche System „den Keim von Krisen in sich“. Das Laissez faire führe zu Selbstzerstörung infolge einer Konzentration und des darum möglichen Machtmissbrauchs. RÖPKE kritisiert Monopole und spricht sich für das Leistungsprinzip aus. Freilich sei eine Optimierung der Wettbewerbsstrukturen nicht ausreichend, denn es bestehe gesamtwirt-

schaftlich die Gefahr von Überinvestitionen, die Krisen heraufbeschwören. Wirtschaftspolitisch höchst bedeutsam ist seine Unterscheidung zwischen marktkonformen und marktinkonformen Maßnahmen. Demnach ist es besser, z.B. Wohngeld zu zahlen als Höchstmieten festzulegen oder Baukosten zu subventionieren. RÖPKE attackierte Wachstumsfetischismus und Fortschrittswahn, wobei er zuweilen eine gewisse „Kleinbürger- und Agrarromantik“ pflegte.

ALEXANDER RÜSTOW ging wie WILHELM RÖPKE nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten ins türkische Exil und lehrte bis 1949 in Istanbul. RÜSTOW plädierte für einen Staat, der den Preismechanismus vor der ihm inne wohnenden Tendenz zur Selbstzerstörung schützt. Neben der Betonung der Wettbewerbspolitik legt er besonderes Gewicht auf die Umverteilung von Vermögen, insbesondere durch eine hohe Erbschaftsteuer. Startgleichheit könne man im Namen der Gerechtigkeit fordern, während Gleichheit am Ende nur Ausdruck des Neides sei. RÜSTOW erkennt klar, dass eine ohnehin schon hohe Vermögenskonzentration innerhalb einer Marktwirtschaft dazu neige, sich zu verstärken.

1.3.2. Ordnung mit Prinzipien

Die ordnungspolitische Diskussion in Deutschland wurde maßgeblich von WALTER EUCKEN geprägt. Er wurde 1891 in Jena als Sohn des Nobelpreisträgers für Literatur, RUDOLF EUCKEN, geboren. WALTER EUCKEN starb 1950 während einer Vortragsreise in London. Er hatte in den 30er und 40er Jahren Verbindung zum GOERDELER-Kreis, einer nichtkommunistischen Widerstandsgruppe gegen HITLER. EUCKENS Hauptwerke sind die Bücher „Grundlagen der Nationalökonomie“ (1939) sowie das nach seinem Tode erschienene Werk „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ (1952).

Methodisch übernahm EUCKEN die idealtypische Betrachtungsweise („pointierende Abstraktion“) von MAX WEBER (1864-1920) und leitete hieraus die grundlegenden ORDO-Typen ab. EUCKENS Hauptfrage lautete: „Wer stellt die Pläne auf?“ Die Pole bilden die „Zentralverwaltungswirtschaft“ sowie die „freie Verkehrswirtschaft“. Er hat diese Trennung von seinem Bonner Lehrer Heinrich Dietzel (1857-1935) übernommen, der in Konkurrenz- und Kollektivsystem trennte. Zwischen diesen reinen Formen lasse sich das ganze Spektrum realer Wirtschaftsweisen ansiedeln.

Schon die Bezeichnungen machen klar, in welche Richtung EUCKENS Argumentation geht. Außerdem fällt auf, dass etwa der Kollektivismus selbst eine gewaltige Spannweite aufzuweisen hat: Sowohl die Wirtschaft im

Kloster als auch im Faschismus fallen darunter. Offenkundig greift das Kennzeichen „Planungskompetenz“ zu kurz, um die möglichen Ausprägungen hinreichend präzise zu erfassen. Das Koordinationsprinzip sollte deshalb ergänzt werden. Zur Überwindung des EUCKEN'SCHEN „Merkmalsmonismus“ bietet es sich an, das Eigentum an den Produktionsmitteln zusätzlich als Klassifikationskriterium heranzuziehen. Daraus ergeben sich dann vier Grundmuster.

Koordinationsprinzip \ Eigentumsordnung	Privateigentum an Produktionsmitteln	Gemeineigentum an Produktionsmitteln
Dezentrale Planung	Kapitalistische Marktwirtschaft	Sozialistische Marktwirtschaft
Zentrale Planung	Kapitalistische Zentralverwaltungswirtschaft	Sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft

EUCKEN betont die überragende Bedeutung und die Stabilität des Marktsystems. Wirtschaftspolitik sei in erster Linie Ordnungspolitik, Missstände und Krisen resultieren aus der Selbstzerstörung der freien Konkurrenz. Er legt diesen Aspekten ein hohes Gewicht bei und erweitert das „einfache“ Marktformenschema von HEINRICH V. STACKELBERG (1905-1946). Es sieht wie folgt aus:

Nachfrager \ Anbieter	einer	wenige	viele
einer	Bilaterales Monopol	Beschränktes Monopol	Monopol
wenige	Beschränktes Monopson	Bilaterales Oligopol	Oligopol
viele	Monopson	Oligopson	(Bilaterales) Polypol

EUCKEN führt auf jeder Seite ein Teiloligopol (wenige Große, viele Kleine) und ein Teilmonopol (ein Großer, viele Kleine) ein. Dann gibt es unter den resultierenden 25 Marktformen des erweiterten Schemas z.B. ein „teiloligopolistisch beschränktes Teilmonopson“.

In der gegenwärtigen Preistheorie spielen solche Konstrukte indes kaum eine Rolle. Üblich ist heute jedoch die Trennung zwischen vollkommenen und unvollkommenen Märkten: Bestehen Präferenzen in zeitlicher, persönli-

cher, räumlicher oder sachlicher Hinsicht? Liegt ferner Markttransparenz vor? Bei Gültigkeit der Homogenitätsbedingung und entsprechender Information der Beteiligten handelt es sich in moderner Sprechweise um „vollständigen Wettbewerb“. EUCKEN machte es geschickter: Seine vollständige Konkurrenz wird nicht identifiziert, wenn der ganze Katalog an Voraussetzungen erfüllt ist. Er argumentierte retrograd, also vom Ergebnis aus. Sobald der Anbieter den Preis als „Datum“ betrachtet, d.h. wenn er ihn als feststehende Größe akzeptiert und sich gemäß Kostenkurve anpasst, ist die idealtypische Marktlage gegeben.¹

EUCKEN legte das Hauptgewicht auf die Wettbewerbspolitik, vor allem auf eine Kontrolle der Monopole und die Begrenzung der Konzentration: „Es erwies sich, dass die Gewährung von Freiheit eine Gefahr für die Freiheit werden kann, wenn sie die Bildung privater Macht ermöglicht, dass zwar außerordentliche Energien durch sie geweckt werden, aber dass diese Energien auch freiheitsstörend wirken können.“² Deshalb hat die Wirtschaftspolitik die Aufgabe, „Bedingungen herzustellen, unter denen sich funktionsfähige Marktformen und Geldordnungen entfalten können.“³ Man müsse also im Sinne von LEONHARD MIKSCH (1901-1950) „Wettbewerb als Aufgabe“⁴ begreifen. Dieser hat im Übrigen bei der Monopolbekämpfung das „Als-ob-Konzept“ vorgeschlagen, Wettbewerbsergebnisse sollen dem gemäß simuliert werden.

Das EUCKEN’SCHES Modell der Wettbewerbswirtschaft umfasst acht konstituierende und vier regulierende Prinzipien sowie die „Interdependenz der Wirtschaftsordnungspolitik“⁵. Zu den *konstituierenden Prinzipien* gehören:

1. Grundprinzip: Jede wirtschaftspolitische Maßnahme soll sich an der Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz orientieren.

Die folgenden Leitlinien spezifizieren, wie die positive Wirtschaftsverfassungspolitik zugunsten eines funktionsfähigen Preismechanismus umgesetzt werden soll.

¹ Vgl. dazu HELMEDAG, F., Die Examensklausur aus der Volkswirtschaftslehre, „Die freie Konkurrenz der Klassiker und das Leitbild der vollständigen Konkurrenz: Ein kritischer Vergleich“, in: das wirtschaftsstudium (wisu), 26. Jg. (1997), S. 573-582, 593 f.

² EUCKEN, W., Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Aufl., Tübingen 1990, S. 53.

³ Ebenda, S. 55.

⁴ MIKSCH, L., Wettbewerb als Aufgabe, 2. Aufl., Godesberg 1947.

⁵ EUCKEN, Grundsätze ..., a.a.O., S. 254 ff.

2. Primat der Währungspolitik: Angestrebt wird eine konstante Kaufkraft des Geldes, wobei EUCKEN auf die Gültigkeit des im Jahre 1803 publizierten SAY'SCHEN Gesetzes vertraute. JEAN BAPTISTE SAY (1767-1832) behauptete, jedes Angebot schaffe sich seine Nachfrage. Außerdem sorgte sich EUCKEN um die Unabhängigkeit der Notenbank, damit Geldwertstabilität gewährleistet werde.

3. Prinzip der offenen Märkte: Protektionismus wird abgelehnt.

Es folgen die klassischen Elemente marktwirtschaftlicher Ordnungen:

4. Privateigentum

5. Vertragsfreiheit

6. Haftung

Privateigentum ist entscheidend für die individuelle Entscheidungsautonomie, es kann jedoch je nach Marktform verschiedene soziale Wirkungen haben. Nach EUCKEN kann etwa ein Nachfrage(teil)monopol nach Arbeit in einer Region zu „schweren Schäden“ führen.⁶

Vertragsfreiheit findet dort ihre Grenze, wo die Freiheit anderer beeinträchtigt wird.⁷ Außerdem muss der Wettbewerb disziplinierend wirken: Kartellverbote sind keine Einschränkungen, sondern Voraussetzung der Vertragsfreiheit. Wo keine vollständige Konkurrenz herrscht, „... ist eine andere Kontrolle geboten: nämlich die staatliche Monopolkontrolle“⁸.

Das Haftungsprinzip ist das Spiegelbild zum Eigentum, es ergänzt das Recht zur Aneignung der Früchte ins Negative, es ist sozusagen die unangenehme Seite der wirtschaftlichen Dispositionsfreiheit. Deshalb kritisiert EUCKEN die „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ (GmbH) sowie das „Kleingedruckte“. Der Verbraucherschutz kann sich also auf EUCKEN berufen. Die beiden restlichen Prinzipien lauten:

7. Konstanz der Wirtschaftspolitik: Dies richtet sich gegen eine „Stop and Go-Politik“, wie sie KEYNES zugeschrieben wird. Sinkende Investitionsbereitschaft habe nichts mit Nachfrageschwäche zu tun, sondern beruhe auf fehlender Preis- und Lohnflexibilität. Kontinuierliche Wettbewerbspolitik sei deshalb gefordert, statt einer antizyklischen Finanzpolitik, die Unsicherheiten erzeuge.

⁶ Vgl. ebenda, S. 272.

⁷ „Vertragsfreiheit sollte aber auch im Wirtschaftsprozeß nur da gewährt werden, wo vollständige Konkurrenz vorhanden ist.“ Ebenda, S. 279.

⁸ Ebenda, S. 279.

8. Zusammengehörigkeit der konstituierenden Prinzipien: Diese gehen so weit, „dass einzelne von ihnen bei isolierter Anwendung ihren Zweck völlig verfehlen.“⁹

Zu den *regulierenden Prinzipien* gehören:

- a) Monopolkontrolle
- b) Einkommenspolitik
- c) Wirtschaftsrechnung
- d) Maßnahmen gegen anormales Angebotsverhalten

EUCKEN fordert die Errichtung eines Monopolamtes mit weit reichenden Kompetenzen. Ferner sei Umverteilung ethisch geboten.¹⁰ Die richtige Wirtschaftsrechnung verlange überdies die korrekte Zuordnung von externen Effekten. Damit werde einer verzerrten Preisstruktur entgegengewirkt. Bei positiven externen Effekten (Forstwirtschaft) sei eine Vergütung aus öffentlichen Kassen für den Betreiber gerechtfertigt. Schließlich sind bei anormalem Angebotsverhalten (Arbeitsangebot) Instabilitäten möglich. Eine fallende Angebotskurve kann bei sinkenden Preisen zu Mehrangebot und weiterem Preisverfall führen.

Nach EUCKEN ergänzen alle Prinzipien einander, ein „Punktualismus“ schade nur. Prinzipiell ist dem jedoch entgegenzuhalten, dass die Forderung, die gesamte Wirtschafts-, Sozial- und Rechtspolitik aus „einem Guss“ zu gestalten, leicht ins Autoritäre rutschen kann.

1.3.3. Eine Formel macht Karriere

Die Bundesrepublik Deutschland bezeichnet sich „offiziell“ als „Soziale Marktwirtschaft“. Wie oft bei solchen Etiketten, ist nicht immer klar, was sich hinter der Aufschrift verbirgt, sogar die Orthografie ist gelegentlich umstritten – ist das erste Wort des Doppelnamens groß oder klein zu schreiben? Jedenfalls steht der Schöpfer der Bezeichnung fest: Es handelt sich um ALFRED MÜLLER-ARMACK, geboren 1901 in Essen, gestorben 1978 in Köln. 1950 gründete er als Professor für „wirtschaftliche Staatswissenschaften“ das Institut für Wirtschaftspolitik an der dortigen Universität. Er

⁹ Ebenda, S. 291.

¹⁰ „Die Ungleichheit der Einkommen führt dahin, daß die Produktion von Luxusprodukten bereits erfolgt, wenn dringende Bedürfnisse von Haushalten mit geringem Einkommen noch Befriedigung verlangen.“ Ebenda, S. 300. Darum sei eine Verteilungskorrektur erforderlich: „Das eben ist der Sinn der Steuerprogression“. Ebenda, S. 301.

leitete ferner die Abteilung „Wirtschaftspolitik“ sowie die Grundsatzabteilung im Bundeswirtschaftsministerium, wo er in den 50er Jahren als Staatssekretär unter dem „Vater des westdeutschen Wirtschaftswunders“ und nachmaligen Bundeskanzler LUDWIG ERHARD (1897-1977) wirkte.

Der „Erfinder“ des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ ergänzte nicht nur vorhandene Vorarbeiten, sondern er veränderte den Theorietypus, der im Vergleich zu den ORDO-Vorstellungen offener und eher pragmatisch angelegt wurde („rheinischer Kapitalismus“). Schon MÜLLER-ARMACK musste sich gegen den Vorwurf verteidigen, sein Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ vereinige prinzipiell Widersprüchliches. Die einen betonen das Adjektiv (Sozial), die anderen das Substantiv (Marktwirtschaft). Für die politische Praxis war MÜLLER-ARMACKS flexiblere Formel freilich eher tauglich als EUCKENS Purismus: es handele sich um eine „irenische“ (friedliebend) Formel, wie MÜLLER-ARMACK selbst bemerkte. Den Ideologen hielt er entgegen: „... wer die entscheidenden Fragen der Wirtschaftspolitik heute noch in der Alternative von freier Marktwirtschaft und Wirtschaftslenkung sieht, beweist damit, wie sehr er noch jener antithetischen Denkform verhaftet ist, welche das 19. Jahrhundert schuf.“¹¹

Die „Düsseldorfer Grundsätze“ der CDU aus dem Jahr 1949 machten die „Soziale Marktwirtschaft“ populär, wobei sich sowohl Wirtschafts- als auch Gewerkschaftsflügel unter dem Konzept wieder fanden. Und wer möchte, kann sogar einen Bogen bis zum „Ahlemer Programm“ der CDU vom 3. Februar 1947 (zurück)schlagen. Es beginnt mit dem Satz: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Dementsprechend wurde seinerzeit ein christlicher Sozialismus propagiert.

Inhaltlich enthält MÜLLER-ARMACK'S Entwurf fünf Gesichtspunkte:

1. Die Verwaltungswirtschaften, ob Faschismus oder Sozialismus, werden scharf kritisiert.
2. Auch der Laissez faire-Kapitalismus erfährt Widerspruch, wenn gleich weniger streng als ihn etwa RÖPKE vorbrachte.
3. Die marktwirtschaftliche Steuerung wird befürwortet; angeblich ein Prinzip, das die ganze Menschheitsgeschichte über gewirkt habe.

¹¹ MÜLLER-ARMACK, A., Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft (1946), in: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Freiburg 1966, S. 19-170, S. 167 f.

4. Soziale Komponenten müssten jedoch notwendigerweise die Marktwirtschaft ergänzen, denn diese sei zwar effizient, aber nicht unbedingt sozial gerecht.
5. Zuweilen ist ein direkter Eingriff geboten: Unter anderem werden die Stichworte Wettbewerb, Preise, Raumordnung, Bau- und Wohnungspolitik genannt.

MÜLLER-ARMACK betonte, es ginge nicht um Weltanschauungsfragen, vielmehr sah er in der Marktwirtschaft ein „formales und neutrales Organisationsmodell“, sie trage „instrumentellen Charakter“. Es handele sich allerdings nicht um einen „Vollautomaten“; demnach seien „marktordnende Interventionen“ unter Beachtung des „marktwirtschaftlichen Gesamtzusammenhangs“ gelegentlich erforderlich. Diese grundsätzliche Gestaltungsbereitschaft unterscheidet MÜLLER-ARMACK etwa von EUCKEN.

MÜLLER-ARMACK plädierte 1960 für eine „zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft“, während LUDWIG ERHARD keinen Reformbedarf sah. MÜLLER-ARMACK erhob von der politischen Führung wenig beachtete Forderungen, um bestehende Mängel zu überwinden. So verwies er auf die Pflege der Umwelt, die Verbesserung der Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten und verlangte eine Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik. Dieser Katalog birgt Problembereiche, die nach wie vor höchst aktuell sind.

1.3.4. Die Wirtschaftsverfassung

Unter der Wirtschaftsverfassung versteht man die Gesamtheit der wirtschaftsrechtlichen Vorschriften in einer Volkswirtschaft. Dazu gehören neben den einschlägigen Bestimmungen des Grundgesetzes zahlreiche andere Vorschriften, wie z.B. das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) von 1957 oder das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabWG) von 1967. Werfen wir zuerst einen Blick in die DDR-Verfassung, um ausgewählte Artikel aus der Ära des real existierenden Sozialismus kennen zu lernen.

- Art. 2: Steigerung Arbeitsproduktivität, Sozialistisches Eigentum an Produktionsmitteln, Ausbeutung beseitigt
- Art. 6: UdSSR
- Art. 9: Sozialistische Planwirtschaft
- Art. 11: Persönliches Eigentum gewährleistet
- Art. 14: Keine privatwirtschaftlichen Vereinigungen (Kartelle etc.)
- Art. 15: Umweltschutz

- Art. 19: Frei von Ausbeutung Fähigkeiten entwickeln
- Art. 20: Mann und Frau
- Art. 24: Recht auf Arbeit
- Art. 25: Bildungsstätten offen
- Art. 27: Meinungsfreiheit
- Art. 28: Versammlungsfreiheit
- Art. 30: Persönlichkeitsrechte
- Art. 31: Postgeheimnis
- Art. 32: Freizügigkeit in der DDR
- Art. 34: Freizeit und Erholung
- Art. 35: Gesundheitsschutz
- Art. 36: Alter und Invalidität
- Art. 37: Recht auf Wohnraum

Zum Vergleich blicken wir jetzt ins nunmehr gesamtdeutsche Grundgesetz, das bis 2002 immerhin einundfünfzigmal geändert wurde. Folgende Artikel erscheinen aus wirtschaftlicher Sicht besonders wichtig:

- Art. 2: Freie Entfaltung der Persönlichkeit
- Art. 7: Privatschulen sind zulässig, wenn „eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird.“
- Art. 9: Vereinigung zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen
- Art. 12: Freie Arbeitsplatz- und Berufswahl
- Art. 14: Eigentum auch an Produktionsmitteln, Sozialbindung
- Art. 15: Sozialisierung
- Art. 20: Demokratischer und sozialer Bundesstaat
- Art. 23: EU, Subsidiarität
- Art. 79: Änderung des Grundgesetzes
- Art. 106: Steueraufkommen
- Art. 107: Finanzausgleich
- Art. 115: Kreditbeschaffung

2. Motive, Willensbildungsprozesse und Aktionsfelder der Wirtschaftspolitik

2.1. Marktversagen

2.1.1 Informationsmängel

2.1.2 Dilemmastrukturen

2.1.2.1 Rationalitätenfallen

2.1.2.2 Unteilbarkeiten

2.1.3 Externe Effekte

2.2. Probleme kollektiver Entscheidungen

2.2.1 Das Wahlparadoxon

2.2.2 Das Unmöglichkeitstheorem

2.2.3 Freiheit hat einen Preis

2.3. Umriss einer wohlfahrtsmehrenden Defizitpolitik

Fritz Helmedag

Industrielle Revolution(en): Transformationsprozesse des Kapitalismus

Angesichts der sich ausbreitenden Digitalisierung wird aktuell befürchtet, dass die damit verbundenen Prozessinnovationen sich überaus negativ auf die Beschäftigung auswirken könnten. Aus historischer Perspektive zeigt sich indes, dass mehr oder weniger disruptive Produktivitätssteigerungen zur Genese des historisch gesehen recht jungen Kapitalismus gehören. Demzufolge setzen Innovationen allein, so gravierend sie sein mögen, die zentralen Funktionsprinzipien der modernen Ökonomie nicht außer Kraft. Mit einer geeigneten Politik lässt sich im Übrigen ein drohender Stellenabbau infolge solcher Transformationsprozesse des in seiner Grundstruktur gleichbleibenden zeitgenössischen Wirtschaftssystems bekämpfen.

Gegenwärtig beschäftigen sich etliche Publikationen und Konferenzen mit dem „Fluch und Segen der Digitalisierung“¹. Es geht generell darum, Risiken und Chancen der Umwälzung vieler Lebensbereiche auszu-leuchten, die in der Verwandlung von analogen Signalen in diskrete Werte ihren Ursprung haben. Die kommenden Ausführungen drehen sich indes nur um ausgewählte gesamtwirtschaftliche Fragen, welche die modernen Informations- und Kommunikationstechniken bis hin zur Künstlichen Intelligenz aufwerfen. Keine Erörterung finden damit verbundene Potenziale und Herausforderungen auf der individuellen sowie der institutionellen Ebene, z. B. aus der Unternehmensperspektive. Spezifische Probleme, wie etwa die Marktmacht der Internetkonzerne Google, Facebook und Co., bleiben ebenfalls außen vor.

Die Volkswirtschaftslehre gilt seit ihren Anfängen als „dismal science“, denn die Disziplin verkündet bis heute oft

trostlose Botschaften. Im Jahr 1798 hat Thomas Robert Malthus erstmals sein Bevölkerungsgesetz publiziert, wonach die einer arithmetischen Reihe gehorchende und daher linear zunehmende Lebensmittelproduktion zu einem zukünftigen Zeitpunkt nicht mehr in der Lage sei, die gemäß einer geometrischen Reihe exponentiell wachsende Menschenmasse zu ernähren: Tritt man diesem Prozess nicht entgegen, muss die überzählige Bevölkerung notgedrungen zugrunde gehen.²

Wachstum der Bevölkerung und der Güterproduktion

Ohne die Prämissen und Prognosen von Malthus näher zu würdigen,³ ist damit das Stichwort gefallen, das auf die historische Zäsur verweist, die den Globus seit etwas mehr als 200 Jahren kennzeichnet. Abbildung 1 zeigt den Verlauf der Weltbevölkerung seit der Zeitwende. Während die Population über Jahrhunderte praktisch stagnierte, schießt ab dem 18. Jahrhundert die Bevölkerungszahl raketenartig in die Höhe und beträgt gegenwärtig ca. 7,5 Mrd. Mit der rasanten Bevölkerungsexpansion ist zwangsläufig eine gewaltige Steigerung der gesamten Güterproduktion verbunden. Das bedeutet aber keineswegs, dass jeder Einzelne zufriedenstellend versorgt wird: Nach längerem Rückgang steigt seit 2015 die Zahl der Hungernen wieder und beläuft sich 2017 nach UNO-Angaben auf

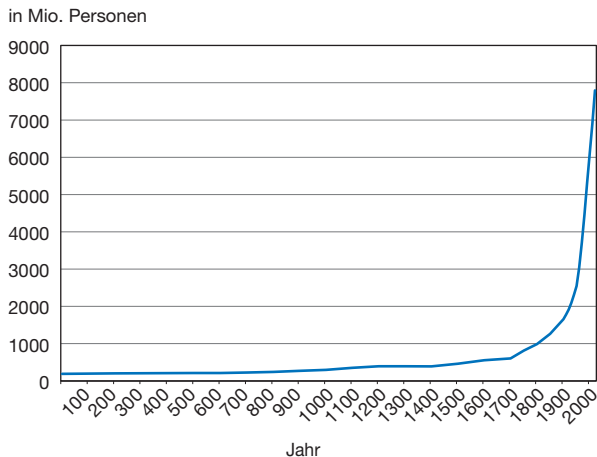
¹ So lautete auch das Oberthema eines Festaktes am 16. November 2018 zur Feier des 25-jährigen Bestehens der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Technischen Universität Chemnitz. Bei diesem Text handelt es sich um die Schriftfassung eines Vortrags, den der Verfasser im Rahmen der Veranstaltung gehalten hat.

² Vgl. T. R. Malthus: Das Bevölkerungsgesetz, München 1977.

³ Vgl. dazu K. G. Zinn: Malthus, Marx und Keynes zur Überbevölkerungsthese, in: H. Gischer, J. Hartwig, B. Sahin (Hrsg.): Bewegungsgesetze des Kapitalismus, Festschrift für Fritz Helmedag, Marburg 2018, S. 251-269.

Prof. Dr. Fritz Helmedag ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre II an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Chemnitz.

Abbildung 1
Entwicklung der Weltbevölkerung seit der Zeitwende



Quellen: Daten für die Jahre 1 bis 200: K. K. Goldewijk, A. Beusen, G. van Drecht, M. de Vos: The HYDE 3.1 spatially explicit database of human-induced global land-use change over the past 12,000 years, in: Global Ecology and Biogeography, Vol. 20 (2011), S. 73-86. Daten für die Jahre 2000 bis 2020: UNO: Department of Economic and Social Affairs, Population Division: World Population Prospects: The 2017 Revision, <https://population.un.org/wpp/Download/Standard/Population> (7.1.2019).

821 Mio., das sind fast 11 % aller Individuen.⁴ Die meisten Menschen leben in Entwicklungs- und Schwellenländern, die allerdings fast immer dem Konsummodell „reifer“ Volkswirtschaften nachzueifern versuchen. Dabei liegt auf der Hand, dass das Ökosystem schnell zusammenbräche, wenn die Milliarden Personen in den nachziehenden Regionen den gleichen Ressourcenverbrauch an den Tag legen wollten, wie das „im Westen“ gang und gäbe ist.

Das geschilderte Phänomen wird üblicherweise mit einer simplen Formel in Zusammenhang gebracht: Dampfmaschine plus Bevölkerungswachstum gleich Industrielle Revolution. Diese Deutung ist jedoch oberflächlich und ungenau: Weder wurde in den ersten Jahrzehnten des sozialen, ökonomischen und kulturellen Epochenwandels die neue Antriebsmaschine weiträumig benutzt, noch geschah die Umwälzung quasi über Nacht in einem rapide ablaufenden Vorgang. In Ansätzen kommt diese Erkenntnis schon darin zum Ausdruck, dass man einerseits sowohl von der Industriellen Revolution schlechthin als einem singulären Ereignis spricht, als auch andererseits eine Abfolge solcher industriellen Revolutionen aneinanderreicht.

4 Vgl. FAO, IFAD, UNICEF, WFP and WHO: The State of Food Security and Nutrition in the World 2018, <http://www.fao.org/3/I9553EN/I9553en.pdf> (7.1.2019). Den Unterernährten stehen freilich weltweit in etwa genauso viele Übergewichtige gegenüber.

Grundlagen der industriellen Revolution(en)

Disruptive Technologien werden oft mit einer jeweils charakteristischen Basisinnovation assoziiert. Demnach prägte die Dampfmaschine die erste industrielle Revolution, Fließbandfertigung die zweite, um von dem Computer auf der dritten Stufe abgelöst zu werden. Bei der von der Digitalisierung befeuerten „Industrie 4.0“ handelt es sich um die aktuelle Ausprägung.⁵ In Wahrheit orientiert sich die Terminologie hauptsächlich auf im Alltagsleben wahrzunehmende, wenngleich tiefgreifende Transformationsprozesse eines in seiner Grundstruktur beständigen kapitalistischen Systems, dessen ökonomische Triebkräfte meist im Dunkeln bleiben.

Allzu oft fällt die wichtigste Voraussetzung der historisch einmaligen Dynamik unter den Tisch: Ohne die beträchtlichen Ertragssteigerungen in der Landwirtschaft wäre der Aufschwung des Abendlandes zum Schrittmacher des Fortschritts undurchführbar gewesen. Aber auch in dieser Hinsicht sollte man nicht von einer agrarischen „Revolution“ reden, die der industriellen vorausgegangen sei. So lagen etwa Bemühungen, den hölzernen Hackpflug durch von Ochsen oder Pferden gezogene Gerätschaften zu ersetzen, Jahrhunderte zurück, um schließlich im schweren Eisenpflug zu münden. Die ersten Ansätze zum Übergang von der Zwei- auf die Dreifelderwirtschaft finden sich bereits zu karolingischer Zeit. Zum Durchbruch der wesentlich ergiebigeren Anbaumethode verhalf indes eine Katastrophe: Im Zuge der im 14. Jahrhundert einsetzenden Pestwellen verloren manche Regionen bis zur Hälfte der Population, worauf der an seine Grenzen geratene überkommene Ackerbau den nötigen Spielraum zur allgemeinen Einführung der überlegenen Fruchtfolge gewann. Wasser- und Windmühlen taten ihr Übriges für den vehementen Anstieg des Mehrprodukts in der Nahrungsmittelproduktion. Nur auf dieser Basis konnten die Kalorien zur Versorgung der kräftig wachsenden Schar an (städtischen) Essern außerhalb des Agrarsektors abgezweigt werden.⁶

5 Indes löste Peter Glotz schon vor der Jahrtausendwende in Deutschland mit seiner Analyse des „Digitalen Kapitalismus“ ein beachtliches Echo aus. Vgl. P. Glotz: Die beschleunigte Gesellschaft, Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus, München 1999.

6 Die Trennung in einen Lohn- und einen Luxusgutsektor erweist sich auch für die makroökonomische Analyse als fruchtbar. Die Primärproduktion erzeugt die Waren und Dienste, die mit Arbeitseinkommen bezahlt werden. Diese Branche determiniert die realen Lohnstückkosten bzw. die allgemeine Profitrate. Die Sekundärindustrie bedient die Nachfrage, die sich aus den restlichen Einkommen speist. Vgl. F. Helmedag: Marx und Keynes: Mit Arbeitswerten zum Arbeitsvolumen, in: H. Hagemann, J. Kromphardt, B. Sahin (Hrsg.): Arbeit und Beschäftigung – Keynes und Marx, Schriften der Keynes-Gesellschaft, Bd. 12, Marburg 2019, S. 263-282.

Tatsächlich liegen die Wurzeln der Moderne bereits im Mittelalter.⁷ In dieser Phase wurden grundlegende Erfindungen gemacht, z.B. die mechanische Uhr, der Kompass, das Ruder der Schiffe und der Buchdruck, um nur eine Auswahl zu nennen. Eine herausragende Bedeutung erlangte die im 14. Jahrhundert beginnende Entwicklung der Feuerwaffe, die erst die globale Verbreitung des Kapitalismus ermöglichte. Überhaupt finden sich fürchterliche „Fortschritte“ in den Tötungsverfahren, von der konventionellen Kriegsführung über die atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen bis hin zu den Killerrobotern.

Angesichts recht alter, doch wenig genutzter Inventionen diskutiert man in der Wirtschaftsgeschichte die „Needham-Question“. Wie Joseph Needham in seinem vielbändigen Werk ausführlich dargelegt hat, besaßen die Chinesen lange vor anderen Kulturkreisen eindrucksvolle wissenschaftliche und technische Kenntnisse, ohne eine industrielle Revolution zu inszenieren.⁸ Stattdessen wurde im Reich der Mitte über die Jahrhunderte eine eher selbstgenügsame, vor allem auf Bedarfsdeckung gerichtete Wirtschaftsweise beibehalten. Als Gründe hierfür werden üblicherweise religiöse, soziale und psychologische Faktoren angeführt: „Der Buddhismus pries die weltflüchtige Beschaulichkeit und der sich durchsetzende sog. Neukonfuzianismus wirkte durch seine Betonung der Familiengemeinschaft als Hemmnis des Fortschritts.“⁹

Gesellschaftliche Voraussetzungen

Dies verweist auf die hinreichende Bedingung, die zu den notwendigen technischen Fähigkeiten treten musste, um die Entfaltung und Weiterentwicklung der in ihren Grundlinien meist schon bekannten Produktionsmethoden hervorzuufen. Offenkundig bedarf es entsprechend motivierter Individuen, die einer Industrialisierung die Sporen geben. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts richteten immer mehr Europäer ihr Interesse auf das Leben hienieden, statt darauf, nach gottgefälligem Durchschreiten des irdischen Jammertals schließlich im himmlischen Paradies das ewige Seelenheil zu finden. Es ist darum kein Zufall, dass die industrielle Revolution mit einer in verschiedenen Bereichen zu beobachtenden Diesseitsorientierung der Menschen einhergeht. So wenden sich emanzipie-

rende Aufständische 1776 in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung oder 1789 in der Französischen Revolution gegen fremde bzw. feudale Mächte. Schließlich entwickeln sich Institutionen, z.B. Kapitalgesellschaften, und Verkehrsformen, wie die marktkoordinierte Arbeitsteilung, um den Spielraum des zunehmend verbreiteten Erwerbstriebs zu erweitern. Handel und Gewerbe sollen nicht mehr bloß ein standesgemäßes Dasein erlauben, sondern der Reichtumsmehrung von Akteuren dienen, die nun ihr Schicksal in die Hand nehmen dürfen, können und wollen. In den früheren Perioden wurde das immer schon zumindest latent vorhandene Trachten nach Besitzvergrößerung in erster Linie durch friedliche oder gewaltsame Aneignung des Vermögens anderer befriedigt, wobei man den Handel lange als Nullsummenspiel interpretierte: Der Gewinn einer Partei geht zulasten der anderen. Beim Geschäftemachen der neuen Zeit wird hingegen die Erzeugung eines Mehrwerts Mittel zum Zweck: die unternehmerische Plusmacherei.

Vor diesem Hintergrund wuchs der Drang, die Perspektiven der sich abzeichnenden Verselbstständigung der Ökonomie aus integrierten Gesellschaften, in denen wirtschaftliches Handeln in einen übergeordneten Zusammenhang eingebettet war, wissenschaftlich zu begleiten.¹⁰ Der Titel des im Jahr 1776 veröffentlichten Hauptwerks von Adam Smith bringt das Forschungsprogramm auf den Punkt: „An Inquiry Into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“. Der manchmal als „Adam und Schmid der Volkswirtschaftslehre“ bezeichnete Schotte griff das fürstliche Merkantilssystem mit der Argumentation an, dass das Vorteilsstreben der einzelnen Bürger unter Wettbewerbsbedingungen eben nicht in Chaos und Niedergang münde, sondern quasi automatisch zugleich das Gemeinwohl befördere.

Tatsächlich hat sich unterdessen der von Egoismus und Gier getriebene Homo oeconomicus in einer säkularisierten Welt kräftig vermehrt. Die Verbreitung der Eigenliebe und Habsucht unter den modernen Menschen sollte deshalb weniger unter der Rubrik „Industrielle Revolution“ geführt werden, sondern inhaltlich präziser „kapitalistische Genese“ heißen. Der Prozess ist mit einer extensiven und intensiven Landnahme der modernen Wirtschaftsweise verbunden: Die Globalisierung hat die internationale Konkurrenz mit Macht ergriffen und in den Ländern selbst unterliegt die Bereitstellung öffentlicher Güter – wie Infrastruktur und Bildungswesen – in erhöhtem Maß unternehmerischen Effizienzkriterien, bis hin zur Privatisierung.

7 Vgl. K. G. Zinn: Kanonen und Pest. Über die Ursprünge der Neuzeit im 14. und 15. Jahrhundert, Opladen 1989.

8 Vgl. J. Needham: Science and Civilization in China, Cambridge 1954 ff.

9 W. Zorn: Wirtschaftsgeschichte, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Bd. 9, Stuttgart, New York u. a. O. 1982, S. 55-82, S. 73. Freilich dürfte auch die von 1279 bis 1368 währende Besetzung durch die Mongolen zur Stagnation beigetragen haben. Vgl. J. P. Voiret: Needham's Puzzle in retrospect, in: P. Widmer (Hrsg.): Europe in China – China in Europe, Mission as a vehicle to intercultural dialogue, Stuttgart 2012, S. 121-126.

10 In diesem Phänomen besteht nach Polanyi das Wesen der industriellen Revolution, die er „Great Transformation“ nennt. Vgl. K. Polanyi: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 1997.

Technischer Fortschritt und Beschäftigung: das Scherentheorem in Aktion

Bezeichnenderweise erkennen die Klassiker der Volkswirtschaftslehre in der Arbeit und ihrer Ergiebigkeit die Quelle des Wohlstands.¹¹ Der große Unterschied gegenüber den früheren Epochen besteht jedoch darin, dass die Arbeitskraft des nach Abschaffung der Leibeigenschaft zwar persönlich freien, aber besitzlosen Proletariats selbst zur Ware geworden ist. Im Feudalismus war die den Hörigen abgepresste Mehrarbeit mit bloßem Auge erkennbar: Die Herrschaftsverhältnisse, die eine unentgeltliche Aneignung der von den Hintersassen erbrachten Leistungen gestatten, lagen offen zutage. Im Kapitalismus geht es hingegen subtiler zu: Die Gesetze des Warentausches gewährleisten, dass die Bezahlung der Beschäftigten nicht dem Gebrauchswert, sondern lediglich dem Tauschwert ihrer Tätigkeiten entspricht. Selbstverständlich ist eine Subsistenzvergütung, die nur die Reproduktion der Arbeitskraft erlaubt, abhängig von sozialen sowie kulturellen Gegebenheiten und sichert in entwickelten Volkswirtschaften mehr als die rein physische Existenz. Der Unterschied zwischen dem Sozialprodukt und der Lohnsumme konstituiert freilich stets den Mehrwert. Ohne diesen Überschuss könnte kein Gewinn anfallen, dessen Maximierung die kapitalistische Warenproduktion befeuert. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung spiegelt sich dies darin, dass die Differenz zwischen Volkseinkommen und Arbeitnehmerentgelt dem Unternehmens- und Vermögenseinkommen entspricht.

Neben der Umsatzsteigerung durch eine geeignete Preis- und Produktpolitik erscheint die Kostensenkung als probates Mittel, den Firmenprofit zu erhöhen. Dabei geht es letzten Endes meist um die Verringerung des Personalaufwands, d. h. es kommt darauf an, vom tunlichst billigen Produktionsfaktor Arbeit möglichst wenige Einheiten einzusetzen. Damit ist das Problem der technologischen Arbeitslosigkeit angesprochen, das die Ökonomik seit langem umtreibt.

Den frühen Kristallisationspunkt dieser Kontroverse bildet David Ricardos Werk „On the Principles of Political Economy and Taxation“. In den ersten beiden Auflagen hatte er der sogenannten Kompensationstheorie beigegeben. Demnach kommen zunächst entlassene Arbeiter wieder in Lohn und Brot, da die Innovationen Gewinnsteigerungen und Preissenkungen hervorrufen, womit zusätzliche Nachfrage ausgelöst werde, die den deshalb bloß transitorischen Beschäftigungsrückgang ausgleiche. Von dieser Auffassung rückte Ricardo jedoch im hinzugefügten

31. Kapitel „On Machinery“ der 1821 erschienenen dritten Auflage ab: „All I wish to prove, is, that the discovery and use of machinery ... will be injurious to the labouring class, as some of their number will be thrown out of employment, and population will become redundant ...“¹²

In der aktuellen Diskussion der Frage, welche Auswirkung die Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt habe, wird auf Studien verwiesen, die drastische Beschäftigungseinbrüche prognostizieren. So üben nach Frey und Osborne 47 % der US-amerikanischen Beschäftigten Tätigkeiten aus, die in den nächsten zehn bis 20 Jahren wegrationalisiert werden,¹³ für Deutschland wurden sogar 59 % genannt.¹⁴

Freilich ist es keineswegs ausgemacht, dass die Automatisierung und Computerisierung wirklich das an die Wand gemalte Schreckgespenst massenhafter Erwerbslosigkeit heraufbeschwört. Gordon meint etwa, die Digitalisierung bleibe hinter den mit der Elektrifizierung und der Diffusion des Verbrennungsmotors verbundenen Umwälzungen der zweiten industriellen Revolution zurück, die zwischen 1913 und 1972 zu einem goldenen Zeitalter stark wachsender Produktivität geführt habe.¹⁵ Seitdem verläuft die Zunahme recht moderat, ja es ist von einer säkularen Stagnation die Rede.¹⁶ Dazu passen Untersuchungen, die ein eher konstantes Beschäftigungsniveau vorhersagen, wenngleich sich traditionelle Berufsbilder zum Teil stark verändern oder gar wegfallen.¹⁷

Tatsächlich lässt sich die Wirkung des technischen Fortschritts auf die Erwerbstätigkeit nicht monokausal erklären. Der Personaleinsatz hängt neben der individuellen Arbeitszeit vom Arbeitsvolumen (N) ab, das die auf ein Jahr bezogene Gesamtzahl der in einer Volkswirtschaft verrichteten Arbeitsstunden umfasst. Diese Größe ergibt

¹¹ Vgl. im Einzelnen F. Helmedag: Warenproduktion mittels Arbeit. Zur Rehabilitation des Wertgesetzes, 3. Aufl., Marburg 2018.

¹² D. Ricardo: On the Principles of Political Economy and Taxation, in: P. Sraffa (Hrsg.): The Works and Correspondence of David Ricardo, Vol. I, Cambridge 1970, S. 390.

¹³ Vgl. C. B. Frey, M. A. Osborne: The future of employment: How susceptible are jobs to computerisation?, in: Technological Forecasting & Social Change, Vol. 114 (2017), S. 254-280.

¹⁴ Vgl. C. Brzeski, I. Burk: Die Roboter kommen. Folgen der Automatisierung für den deutschen Arbeitsmarkt, in: INGDiBa Economic Research, 30. April 2015. Allerdings haben die Autoren unterdessen ihre extreme Einschätzung relativiert; vgl. C. Brzeski, I. Fechner: Die Roboter kommen (doch nicht?), Folgen der Automatisierung für den deutschen Arbeitsmarkt – eine Bestandsaufnahme, in: INGDiBa Economic & Financial Analysis, 11. Juni 2018.

¹⁵ Vgl. R. J. Gordon: Does the „New Economy“ Measure up to the Great Inventions of the Past?, in: Journal of Economic Perspectives, Vol. 14(4) (2000), S. 49-74. Eine weitaus ausführlichere Darlegung bietet R. J. Gordon: The Rise and Fall of American Growth. The U.S. Standard of Living Since the Civil War, Princeton, Oxford 2016.

¹⁶ Vgl. L. H. Summers: Demand Side Secular Stagnation, in: The American Economic Review, Papers & Proceedings 2015, Vol. 105 (5), S. 60-65.

¹⁷ Vgl. A. Warning, E. Weber: Digitalisation, hiring and personnel policy, IAB Discussion Paper 10/2018.

sich definitorisch als Quotient des Bruttoinlandsprodukts (Y) und des Ertrags pro Stunde (y):

$$(1) \quad N = \frac{Y}{y}$$

Zur Dynamisierung dieser Formel berechnet man zunächst das totale Differenzial:

$$(2) \quad dN = \frac{\partial N}{\partial Y} dY + \frac{\partial N}{\partial y} dy = \frac{dY}{Y} - \frac{Ydy}{y^2}$$

Die Division des Ausdrucks (2) durch die Gleichung (1) ergibt die Änderungsrate des Arbeitsvolumens:

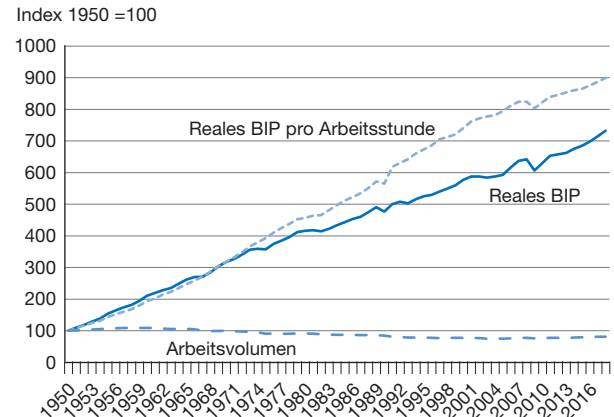
$$(3) \quad \frac{dN}{N} = \left(\frac{dY}{Y} - \frac{Ydy}{y^2} \right) \frac{y}{Y} = \frac{dY}{Y} - \frac{dy}{y}$$

Offenkundig schwankt das Arbeitsvolumen stets, wenn die Variation der makroökonomischen Gesamtleistung (dY/Y) von der Fluktuation des mikroökonomischen Ertrags (dy/y) abweicht. Sofern die Digitalisierung zu einem Wachstum der Stundenproduktivität führt, das die prozentuale Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) übertrifft, nimmt die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ab. Dieser zuweilen als „Scherentheorem“ bezeichnete Zusammenhang gilt ebenfalls auf der Unternehmens- bzw. Branchenebene: Entlassungen oder Einstellungen ergeben sich je nach Konstellation zwischen der individuellen Schaffenskraft und der von der betrachteten Einheit zu erbringenden Leistung.

Grundsätzlich strebt jede Unternehmensleitung danach, dass die Belegschaft bei gegebenen Lohnsätzen möglichst gute Ergebnisse liefert. Hierzu wählen Entscheidungsträger aus einem Spektrum an Alternativen die in ihren Augen optimale Technik: Nicht die Dampfmaschine hat uns den Fabrikanten beschert, in Wahrheit diente der fauchende Apparat dem Ziel des Arbeitgebers: mehr Gewinn zu machen. In der Alltagswahrnehmung ist die Subjektverkehrung freilich typisch. So heißt es gegenwärtig allerorten: „Die Digitalisierung verändert unser Leben“. Das ist indes eine der Oberfläche verhaftete Auffassung von einer vermeintlich exogen oktroyierten Technik. Stattdessen konzipieren und benutzen Akteure Instrumente, die ihnen unter systemendogenen Umständen besonders zieltauglich erscheinen. Schumpeter ging sogar soweit, nur jene Wirtschaftssubjekte Unternehmer zu nennen, „... deren Funktion die Durchsetzung neuer Kombinationen ist und die dabei das aktive Element sind.“¹⁸

18 J. A. Schumpeter: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmervorteil, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus, 9. Aufl., Berlin 1997.

Abbildung 2
Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP), Stundenproduktivität und Arbeitsvolumen in Deutschland



Quelle: The Conference Board: Total Economy Database (Original version), <https://www.conference-board.org/data/economydatabase/index.cfm?id=27762> (7.1.2019).

Doch selbst bei extremer Steigerung der Arbeitsproduktivität müssen der Gesellschaft nicht die Jobs ausgehen, wie einige behaupten. Vielmehr vermag eine (selbstverständlich ressourcenschonende!) Wachstumspolitik einen Stellenabbau durchaus zu kompensieren. Es ist eine zentrale Aufgabe der Makroökonomik, die Determinanten des BIP aufzudecken und damit die erforderlichen Hinweise zu geben, wie sich die gesamtwirtschaftliche Leistung steuern lässt: Der Markt sorgt eben keineswegs allein und immer für Vollbeschäftigung.

Die Abbildung 2 gibt für Deutschland die Entwicklungen des realen BIP, der Stundenproduktivität und des Arbeitsvolumens seit 1950 wieder. Die Darstellung zeigt, dass all die in der Vergangenheit implementierten Neuerungen sich nicht so negativ in der verrichteten Gesamtstundenzahl niedergeschlagen haben, wie manche mein(t)en und andere für die Zukunft befürchten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass seit etlichen Jahren vielerorts Computer, Roboter und das Internet die menschliche Arbeitskraft verstärken.

Wegen des Strukturwandels in Richtung Dienstleistungen mit eher bescheidenen Möglichkeiten zur Prozessinnovation ist die gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerung in letzter Zeit relativ gering ausgefallen. Sie wird üblicherweise als Restgröße zwischen den statistisch bekannten Verläufen des BIP und des Arbeitsvolumens

ermittelt. Die tatsächliche Kausalität verläuft indes andersherum: In Wahrheit determiniert der Unterschied zwischen der Entwicklung der Gesamtleistung und des Stundenenertrags die Dynamik des Arbeitsvolumens, wie es die Gleichung (3) auch ausdrückt.

Solange die Expansion des BIP mit der Produktivitätssteigerung Schritt gehalten hat, blieb das Arbeitsvolumen konstant. Obwohl dem seit der Wiedervereinigung nicht mehr so ist, wuchs bei leicht gesunkenem Arbeitsvolumen die Zahl der abhängig Beschäftigten und beträgt aktuell ungefähr 40 Mio. Dazu gehören allerdings inzwischen etwa 10 Mio. reguläre Teilzeitkräfte, weshalb sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit auf gegenwärtig knapp 30 Stunden reduziert hat.¹⁹

In diesem Licht rückt eine weitere Stellschraube in den Blick, um negativen Wirkungen der eigentlich positiv zu bewertenden Einsparung an überwiegend routinierten Tätigkeiten im Zuge der Digitalisierung zu begegnen: Wie bei vorhergegangenen Schüben des technischen Fortschritts erlaubt eine individuelle Arbeitszeitverkürzung, das Gesamtpensum auf mehr Personen zu verteilen. Allerdings sollte dies sozialverträglicher als gegenwärtig geschehen: Derzeit möchte ein erheblicher Teil der Vollbeschäftigten weniger Stunden absolvieren, während

sich viele Mini- und Midi-Jobber längere Arbeitszeiten wünschen.²⁰

Fazit

Im Ergebnis wirft die Digitalisierung aus volkswirtschaftlicher Sicht keine völlig neuen Probleme auf. Jedenfalls ließe sich mit einer geeigneten Wachstums-, Verteilungs- und Arbeitszeitpolitik der Segen der aktuellen und künftigen Transformationsprozesse des Kapitalismus mehren und ihr Fluch mindern. Doch nach wie vor macht die orthodoxe Ökonomik ihrem düsteren Ruf alle Ehre, indem sie dem Publikum ganz im Stile der alten „dismal science“ weismacht, die Ursache allen Übels seien zu hohe Löhne, zu kurze Arbeitszeiten, zu üppige Sozialleistungen usw.²¹ Kritische Wissenschaftler verweisen indes auf den inzwischen erreichten Stand der Produktivkräfte, der die Perspektive eröffne, mit den geeigneten Maßnahmen künftige Häutungen – in Umkehrung einer bekannten Formel – als „zerstörerische Schöpfung“ zu gestalten. Es dürfte aber eine sehr lange Strecke sein, welche die kapitalistische Genese auf diesem Weg noch zurückzulegen hat.

19 Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: IAB-Prognose für 2017/2018, in: IAB-Kurzbericht 21/2017, S. 1–12, S. 11.

20 Vgl. DGB Bundesvorstand: Arbeitszeit-Vielfalt für Beschäftigte – durch Tarifvertrag und Gesetz!, in: DGB klartext 07/2018.

21 Vgl. F. Helmedag: Trügerisches Wirtschaftswissen: Akademische Fehltritte und populäre Irrtümer im Überblick, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 41, Jg. 2015, S. 291–302; sowie D. H. Ehnts, F. Helmedag: The Present State of Economics: Errors and Omissions Excepted, in: O. Feraboli, C. J. Morelli (Hrsg.): Post Crash Economics, Plurality and Heterodox Ideas in Teaching and Research, Palgrave Macmillan 2018, S. 149–172.

Title: *Industrial Revolution(s): Transformation Processes of Capitalism*

Abstract: *Against the backdrop of digitisation, the author focuses on the effects of process innovations, particularly with respect to employment. He exposes the technical and mental roots of the contemporary mode of production and shows that more or less disruptive productivity increases belong to the genesis of historically young capitalism. In fact, innovations alone, as pervasive as they may be, do not suspend the central operating principles of modern economics. But appropriate policies are required to fight the threat of unemployment resulting from transformation processes within the system.*

JEL Classification: A10, E20, N00, O14, O33

Entwicklungslinien und Schwankungen des Sozialprodukts im Überblick

Prof. Dr. Fritz Helmedag, Chemnitz, und Dr. Urs Weber, Bern

In Art einer Tour d'horizon werden die wichtigsten Stationen der menschlichen Produktionsweise im Allgemeinen charakterisiert sowie der Verlauf der deutschen Wirtschaftsentwicklung im 20. Jahrhundert im Besonderen skizziert. Mit dieser Darstellung soll zugleich an einen Erklärungsauftrag erinnert werden, den eine praktisch relevante Volkswirtschaftslehre erfüllen sollte.

Prof. Dr. Fritz Helmedag hat einen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Chemnitz inne. Bevorzugte Forschungsgebiete: Wert, Preis, Beschäftigung, Lehrgeschichte.

Dr. Urs Weber war bis Juni 2002 als wissenschaftlicher Assistent an dieser Professur tätig, seitdem arbeitet er in der Abteilung Wirtschafts- und Finanzfragen des Eidgenössischen Departementes für Auswärtige Angelegenheiten in Bern.

1. Vom Jagen und Sammeln zur Sesshaftigkeit

Die moderne Wirtschaftsweise ist ein historisch gesehen überraschend junges Phänomen. Was wir „kapitalistische Marktwirtschaft“ nennen, besteht erst seit ungefähr der Mitte des 18. Jahrhunderts, also lediglich rund 250 Jahre. In dieser relativ kurzen Zeitspanne haben sich die gesellschaftlichen und ökonomischen Daseinsbedingungen der Menschheit gleichwohl stärker gewandelt als je zuvor in der gesamten Zivilisationsgeschichte (vgl. Cipolla, 1972, Cameron/Neal, 2003).

Der *Sahelanthropus tchadensis* gilt mit seinem Alter von sechs Millionen Jahren als ältester Vormensch. Über etliche Zwischenformen hatte schließlich der moderne Homo sapiens vor etwa 150 000 Jahren die Fähigkeit des Sprachgebrauchs erworben und damit die Möglichkeit – im Wechselspiel zwischen wachsendem Gehirnvolumen und Entfaltung des Wortschatzes –, **abstrakt** zu denken. Unser Ahnherr verbreitete sich in mehreren Schüben 50 000 Jahre später über Afrika hinaus und erwies sich in anderen Kontinenten den dortigen Hominiden, etwa dem Neandertaler, als überlegen.

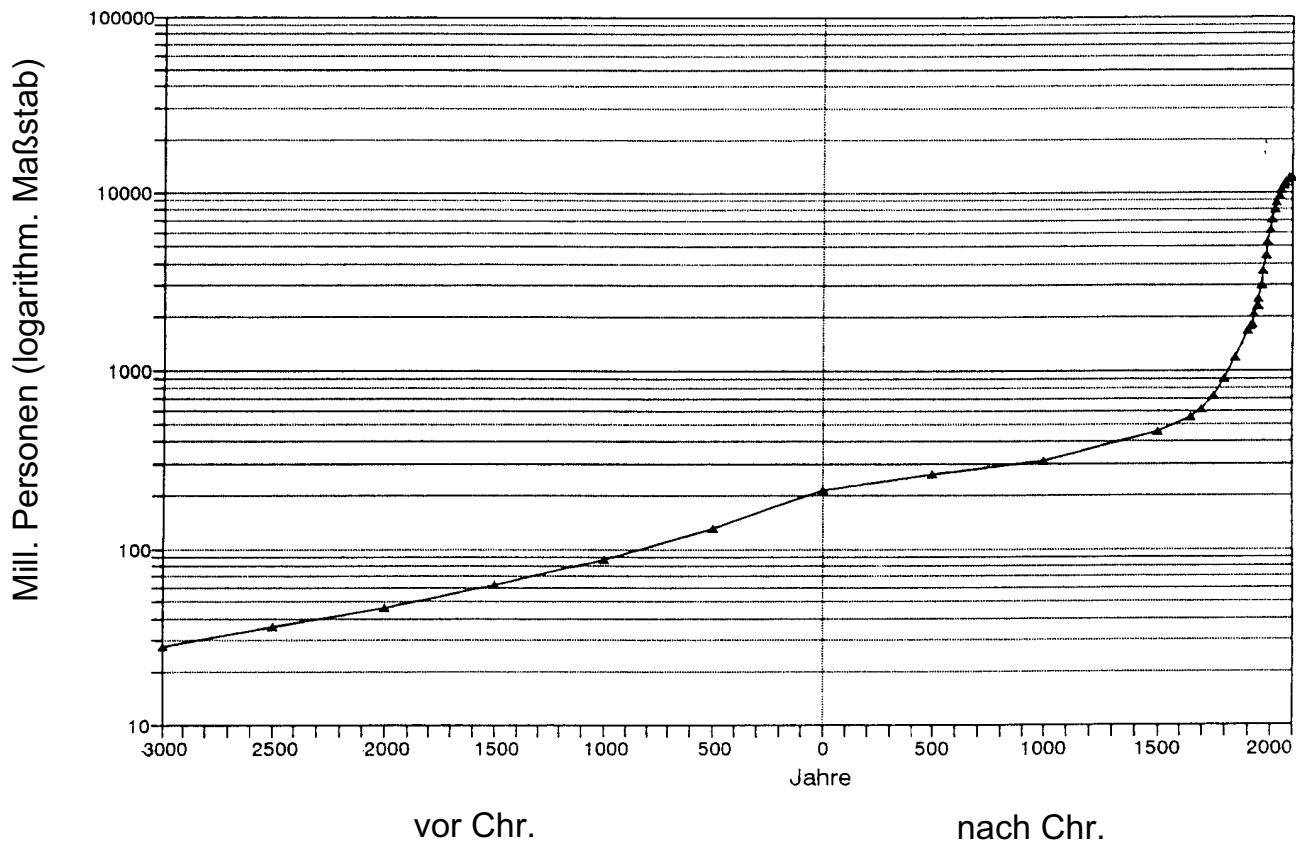
Das Wachstum der Weltbevölkerung verlief über lange Zeiträume äußerst gemächlich, um erst in den letzten zehn Generationen jene Dynamik zu gewinnen, die es rechtfertigt, von einer „Explosion“ zu sprechen (vgl. Abb. 1). Um das Jahr 1750 lebten rund 600 Millionen Menschen auf der Erde (vgl. Tab. 1). Hierfür mussten Jahrtausende verstreichen. Dagegen brauchte es bloß zweieinhalb Jahrhunderte,

um sie auf die heutigen sechs Milliarden Erdbewohner zu verzehnfachen! Dies konnte nur geschehen, weil in dieser Phase die Arbeitsproduktivität und mit ihr das gesellschaftliche Mehrprodukt gegenüber früher gewaltig gestiegen sind.

Bis vor etwa 12 000 Jahren lebten die Gemeinschaften ausschließlich von dem, was die natürliche Umgebung ihnen bot – und das hielt sich in bescheidenen Grenzen: Je nach Art des Ökosystems war eine Fläche von zwei bis sieben Quadratkilometern nötig, um einen Menschen durch Jagen und Sammeln zu ernähren. Entsprechend dem Vegetationswechsel und der Herdenwanderung folgte der Homo sapiens in kleinen, nomadisierenden Stämmen ständig seiner Nahrung und breitete sich dank seiner erstaunlichen Anpassungsfähigkeit nach und nach über fast den gesamten Planeten aus. Noch heute leben manche Naturvölker unter extremen Witterungsbedingungen praktisch wie in der Jungsteinzeit, z.B. in der Arktis oder im Regenwald.

In gemäßigteren Klimazonen – zunächst im Nahen Osten – fand dagegen in der jüngsten Phase der Steinzeit ein fundamentaler Wandel in der Lebensweise unserer Vorfahren statt. Dieses Ereignis wird als die **neolithische Revolution** bezeichnet. Anstatt in kleinen Gruppen herumzuziehen, die auf Gedeih und Verderb den äußeren Umständen ausgeliefert waren, ließen sich die Personen nun in festen Siedlungen nieder und begannen, ihr Habitat zu verändern: Sie rodeten den Wald, kultivierten Pflanzen und domestizierten Tiere, bebauten den Boden – kurz: Sie wurden **Bauern**. Landwirtschaft ist, je nach Art der natürlichen Umgebung, 10–100-mal produktiver als Jagen und Sammeln (vgl. Knaus/Renn, 1998, S. 40 ff.). Deshalb waren nur noch ein Zehntel bis ein Hundertstel der Fläche bzw. des Zeitaufwandes erforderlich, um dieselbe Gütermenge zur Bedarfsdeckung zu beschaffen. Als Folge der neolithischen Revolution standen somit mehr Nahrungsmittel pro Kopf zur Verfügung. Dadurch konnte die Bevölkerung erstmals nachhaltig wachsen. Es wurde möglich, in größeren Gemeinschaften auf einer viel kleineren Fläche zusammenzuleben. Jericho im Jordantal (heute Palästina) gilt als die älteste Stadt der Welt: Dort siedeln seit 10 000 Jahren ununterbrochen Menschen.

Nicht alle Gebiete eignen sich für die Landwirtschaft. Notwendig sind ein halbtrockenes Klima, fruchtbare Böden und ausreichend Süßwasser. Diese Bedingungen haben in nahezu idealer Kombination in den Flusstälern des Vorderen Orients, also im Jordantal, an Euphrat und Tigris im Zweistromland (Babylon, heute Irak) und im Niltal (Ägypten), aber auch am Ganges (Indien) und am Gelben Fluss



Quelle: Kregel, 1994, S. 45.

Abb. 1: Entwicklung der Weltbevölkerung seit der Metallzeit

Jahr v. Chr.	Bevölkerung	Jahr n. Chr.	Bevölkerung
10 000	1	1	170
8 000	5	500	190
6 500	5	1 000	254
5 000	5	1 250	400
4 000	7	1 500	425
3 000	14	1 750	629
2 000	27	1 900	1 550
1 000	50	1 950	2 555
500	100	2 000	6 080
200	150	2 020	7 518

Quelle: http://futuresedge.org/World_Population_Issues/Historical_World_Population.html

Tab. 1: Erdbevölkerung in Millionen (Schätzwerte)

(China) vorgelegen. In diesen Regionen stellten die Bauern fest, dass sie den landwirtschaftlichen Ertrag stark steigern konnten, wenn sie selber für eine regelmäßige Bewässerung sorgten, statt bloß darauf zu warten, bis der Fluss alljährlich im Frühling die Felder überschwemmte und seinen fruchtbaren Schlamm ablagerte.

Allerdings handelt es sich dabei um eine Aufgabe, die ein Individuum oder eine einzelne Großfamilie nicht alleine bewältigen kann. Viele müssen sich zusammenschließen, um solche Irrigationssysteme zu errichten. Ohne **Organisation** geht das nicht: Der Kanalaushub beruht auf Planung und Berechnung, jemand hat die Arbeit zuzuordnen

und zu beaufsichtigen. Sind die Bauwerke erst einmal fertig gestellt, so bedarf es einer von allen anerkannten Autorität, die das wertvolle Nass zweckmäßig verteilt. Aufzeichnungen waren anzufertigen, Kosten zu kalkulieren und Nutzungsrechte zu verbriefen. Hierfür bewährten sich neue Methoden der Dokumentation: Buchstaben und Zahlen (die bei heutigen Nomadenvölkern noch immer unbekannt sind). Etwa 5 000 Jahre alte Tontafeln der Sumerer werden als erste schriftliche Belege über Lieferungen von Lebensmitteln gedeutet.

An den Ufern der großen Flüsse entstanden frühe Hochkulturen. Da diese Gesellschaften reich waren, zogen sie mancherlei räuberisches Volk an. Zum Schutz vor Überfällen von Nomadenstämmen war eine kollektive Verteidigung unerlässlich. Es entfalteten sich hierarchisch gegliederte Gemeinschaften: Oben thronte ein Gottkönig, in der Mitte herrschte eine Schicht von Priestern, Beamten, Soldaten und Gelehrten, und unten schafften die Bauern. Die Früchte des Ackerbaus mussten ausreichen, um alle diejenigen Leute zu ernähren, die nicht direkt in der Landwirtschaft arbeiteten. Die Voraussetzung für die Herausbildung einer Zivilisation mit staatlichen Strukturen lag daher in einer besonders ertragreichen Agrikultur und im von ihr erzeugten Überschuss.

Nach der neolithischen Revolution ereignete sich lange Zeit kein fundamentaler Wandel in den Lebensverhältnissen der Menschen. Die Weltbevölkerung nahm zu, doch

nur langsam: Um die Zeitenwende erreichte sie etwa 170 Millionen. In den „Hydro-Sozietäten“ kamen zudem kaum technische Fortschritte zum Tragen. Es gab schlichtweg keinen Grund für die Oberschicht, das vermeintlich gottgewollte, schwere Los der Bauern (oder Sklaven) zu lindern. Die Irrigations-Reiche verharrten somit in einem **stationären Zustand**.

In Europa existierte nach dem Untergang des römischen Imperiums überhaupt keine strukturierte Großgesellschaft. Natürlich lebte man auch hier vom Ackerbau. Doch da in unseren Breitengraden das ganze Jahr hindurch ausreichend Regen fällt, erübrigt sich bis heute eine aufwändige Schaffung von Bewässerungssystemen. Um die Zeit der Völkerwanderung zogen rivalisierende Stämme auf dem ganzen Kontinent umher. Nachdem ein Platz zum Bleiben gefunden war, konzentrierten sie sich darauf, die Invasionen anderer Völker – der Tataren (Mongolen), Sarazenen (Araber), Osmanen (Türken) und Normannen (Wikinger) – abzuwehren. Dies verschlang so viele der verfügbaren Ressourcen, dass praktisch keine Mittel für Zukunftsinvestitionen übrig blieben.

Erst um das Jahr 1050 wurde es ruhiger in Europa: Es begann eine dreihundertjährige Phase der wirtschaftlichen Expansion, begleitet von Bevölkerungswachstum und kreativen Aktivitäten. In dieser Phase – dem angeblich „dunklen“ Mittelalter – legte das Abendland den Grundstein für seinen späteren Aufstieg zur Herrschaft über weite Teile der Erde. Es erblühte eine neue Hochkultur, deren Zeugen wir noch heute bewundern können, etwa so beeindruckende Bauwerke wie die ottonischen Basiliken von Speyer oder Magdeburg. Allein nördlich der Alpen wurden zwischen 1050 und 1350 über 3 000 Städte gegründet, während es in den 300-Jahr-Perioden vorher und nachher höchstens je 20 bis 30 waren.

2. Die Entfaltung der Produktivkräfte

Die politische Zersplitterung, die die Völkerwanderung hinterlassen hatte, war nicht in jeder Hinsicht eine Schwäche Europas; vielmehr muss sie als eine der Triebkräfte angesehen werden, die jenen Sonderweg begründeten, der um das Jahr 1000 seinen Ausgang nahm und zu einer in der Weltgeschichte beispiellosen, den ganzen Erdkreis umspannenden kulturellen und politischen Dominanz führte. Da die vielen kleinen Fürstentümer in dauernder Konkurrenz untereinander standen, lag ihnen an prosperierenden Städten und reichen Bauern, um die Ressourcen für ihren unablässigen Machtkampf aufbringen zu können. Erfolgreiche Adlige lockten mittels wirtschaftlicher Vergünstigungen und anderer Anreize – vor allem Freiheitsrechten – fremde Untertanen an, die frische Ideen und neue Kenntnisse mitbrachten. In Städten, die das Recht auf freien Handel besaßen, entstanden die ersten Universitäten, in Bologna bereits 1088.

Diese Blüteperiode ging Mitte des 14. Jahrhunderts jäh zu Ende, als zwischen 1345 und 1350 der „Schwarze Tod“ (Beulenpest) ein Drittel der Bevölkerung dahinraffte. Un-

ter dieser Katastrophe litt Europa geraume Zeit; dennoch war diese Phase wichtig für die kommende Entwicklung, denn der plötzliche Mangel an Arbeitskräften zwang zu rationelleren Produktionsmethoden. Man ging vermehrt von der flächenintensiven Zweifelderwirtschaft zur noch heute üblichen Dreifelderwirtschaft mit Fruchtfolge über: Anstatt ein Feld nur alle zwei Jahre zu bestellen, wurde fortan in einem Jahr Wintergetreide angebaut und im folgenden Jahr Sommersaat ausgebracht, bevor das Land ein Jahr brach lag oder dem Anbau von Hackfrüchten diente. Durch Kombination von Viehzucht und Ackerbau standen Düngemittel zur Verfügung, um den Ertrag noch weiter zu steigern.

Ferner griff in jener Phase unterschwellig eine **kommerzielle Revolution** um sich: Man begann – zuerst in den norditalienischen Handelsstädten wie Venedig, Florenz und Genua, später auch nördlich der Alpen, etwa in Lyon, Augsburg, Nürnberg oder der Hanse –, Geschäfte mit Hilfe der doppelten Buchhaltung zu führen. Erwähnung verdient der Franziskanermönch und Mathematiker *Luca Pacioli* (1445–1509), der im Jahre 1494 das damalige Wissen um die Rechnungslegung zusammenstellte (worin einige die Geburtsstunde der Betriebswirtschaftslehre erblicken). Es entstanden nach und nach Großbanken, Versicherungen und Fernhandelsgesellschaften, und erstmals war es einigen gewöhnlichen Bürgern vergönnt, reicher zu werden als Aristokraten.

Den Ausschlag für Europas „Take-off“ gab indes ein anderes Phänomen, das manche die „Erfindung des Erfindens“ nennen: Zufällige Wissenszuwächse, zunehmend aber auch die Ergebnisse gezielten Forschens, wurden systematisch genutzt, um den Menschen die Arbeit zu erleichtern und ihre Produktivität zu erhöhen. Stellvertretend für etliche andere seien hier vier bahnbrechende Innovationen des europäischen Mittelalters genannt, die bis heute unser Leben prägen:

- Die mechanische Uhr, die das Leben in Gleichtakt bringt und so die Arbeitsteilung strukturiert (vgl. *Dohrn-van Rossum*, 1995),
- die Brille, welche Seh- und Schaffenskraft bis ins hohe Alter verleiht (vgl. *Landes*, 2002),
- der Buchdruck, durch den Informationen rasch und billig verbreitet werden können (vgl. *Giesecke*, 1991) sowie
- die Feuerwaffe, welche das Kriegsgeschehen völlig veränderte (vgl. *Zinn*, 1989).

Diese Neuerungen verweisen auf eine technische Überlegenheit, die – umgesetzt in militärische Macht – die Bewohner der Alten Welt innerhalb kurzer Zeit nach der Herrschaft über den ganzen Globus greifen ließ, ohne dass sie sich im Innern politisch geeinigt hätten. Fast jeder Fürst ließ auf eigene Faust die Kontinente des Erdballs erkunden, um durch die Kolonisation fremder Völker Vorteile zu erzielen. Es ist schon erstaunlich, wie die Portugiesen, als eher kleine und arme Nation von Fischern und Bauern an der äußersten Peripherie Europas, es innerhalb eines Jahrhunderts schafften, halb Südamerika (Brasilien, Cura-

çao) und große Teile Afrikas (Angola, Moçambique) in ihren Besitz zu bringen sowie Handelsstützpunkte in Indien (Goa), China (Macao) und sogar in Japan zu errichten.

Voraussetzung für diesen rasanten ökonomischen, sozialen und kulturellen Aufschwung des Abendlandes war und blieb eine Landwirtschaft, die dank **technischem Fortschritt** ihre Produktivität dauerhaft zu steigern vermochte. So wurde der bisherige, wenig effektive Hackpflug aus Holz durch den von Ochsen oder Pferden gezogenen Eisenpflug mit Rädern verdrängt, der den Boden tiefer umgrub und menschliche Mühsal durch tierische Energie ersetzte. Boden wurde erschlossen, indem man die zusammenhängenden Urwälder Zentraleuropas rodete und Feuchtgebiete – teilweise mit Hilfe von durch Windkraft angetriebenen Pumpen – trockenlegte. Die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte erlebte ebenfalls technische Umwälzungen: Wasser- oder Windmühlen trieben nun an Stelle von Menschen oder Tieren (wie noch zu römischer Zeit) die Mühlsteine an.

Am Ende dieses langen, windungsreichen europäischen Sonderweges steht ein Ereignis, das als **Industrielle Revolution** bezeichnet wird und letztlich dafür verantwortlich ist, dass die Weltbevölkerung nach 1750 explosionsartig anzusteigen begann. Viele Faktoren wirkten zusammen: Relativ hohe landwirtschaftliche Überschüsse, ein funktionierendes Finanzsystem, ein weltumspannendes Handelsnetz, zahlreiche billige Arbeitskräfte, die Erschließung neuer Energiequellen (in erster Linie Steinkohle) und Rohstoffe, technische Innovationskraft sowie vor allem eine durchlässiger gewordene bürgerliche Gesellschaftsstruktur, die im Zuge der Gewerbefreiheit den Aufstieg eines talentierten, erfindungsreichen und geschäftstüchtigen Handwerkers zum mächtigen Industriekapitän zuließ.

Außerdem kam es – im Gegensatz zu den Wasserbau-Gesellschaften Asiens und Afrikas – zur sog. Bauernbefreiung (vgl. *Borchardt*, 1975, S. 516 ff.). Die Agrarreformen des 18. und 19. Jahrhunderts beseitigten die Leibeigenschaft, die Patrimonialgerichtsbarkeit und den Flurzwang. Allerdings schuf die Verpflichtung zur Zahlung der „Ablösekapitalien“ dort, wo die Entlassung aus den feudalen Fesseln nicht – wie in Frankreich 1789 – revolutionär geschah, neue finanzielle Abhängigkeiten. Dies schürte einerseits das handfeste Interesse der Bauern, durch Einsatz arbeitssparender Techniken den ökonomischen Zwängen Paroli zu bieten; andererseits entstand eine besitzlose Schicht von Landarbeitern, aus der sich später das städtische Proletariat rekrutierte.

Überhaupt nimmt die Bedeutung sozialer und geistiger Triebkräfte bei der Entfaltung der neuen Wirtschaftsweise einen hohen Rang ein. Die Gleichung „Bevölkerungswachstum plus Dampfmaschine gleich Industrielle Revolution“ ist unvollständig, weil in ihr das nun tolerierte, wenn nicht geradezu gewollte individuelle Erwerbsstreben als Motor der entfachten Umwälzung fehlt. In der Geldwirtschaft heißt das aber konkret, dass die kaufkräftige Nachfrage Richtung und Tempo der Bewegung bestimmt. Notwendig für die Veränderungen im Konsumverhalten

und der Produktionsweise war ein Loslösen der Menschen von der Orientierung auf das Jenseits; das gottgefällige Leben wurde zunehmend durch die Suche nach Glück hienieden verdrängt (vgl. *Helmedag*, 1994, S. 20 ff.). Es ist kein Zufall, dass sich Aufklärung und Industrielle Revolution zur selben Zeit Bahn brachen.

Als Folge der technischen und gesellschaftlichen Umwälzungen schnellten die Produktionsziffern zunächst in England, dann auf dem europäischen Kontinent und schließlich in den USA (vgl. *Hughes/Cain*, 1998) steil nach oben. Forschung und Entwicklung reagierten in vorher nie gekannter Geschwindigkeit auf gesellschaftlichen Bedarf. Während sich dabei das materielle Los der unteren Schichten anfänglich bloß geringfügig verbesserte – oder auch verschlechterte (Soziale Frage) –, nahm der allgemeine Wohlstand in Westeuropa und Nordamerika ab dem Ende des 19. Jahrhunderts merklich zu. Um die Mitte des 20. Jahrhunderts wurden weitere Regionen der Erde von dieser Entwicklung erfasst: Teile Süd- und Osteuropas, Japan, ferner in geringem Ausmaß Südamerika, Ozeanien und Südostasien.

In den letzten fünfzig Jahren stieg die Bevölkerung jährlich um die gleiche Zahl an, die zur Zeit Christi auf dem ganzen Erdenrund gelebt hatte. Trotzdem ist der prozentuale Anteil hungernder Menschen heute auf einem historischen Tiefstand. Es wäre allerdings verfehlt zu glauben, dass die universale Verbreitung der industriellen Produktionsweise das Armutsproblem endgültig lösen wird. Schon wegen des Ressourcenverzehr sind die Lebensformen und das Verbrauchsmuster der entwickelten Länder als weltweites Vorbild ungeeignet. Die reale Expansion muss früher oder später an Grenzen stoßen, doch ist nicht erkennbar, welche Kräfte ausschlaggebend sein werden, um den Ausweitungsprozess zu verlangsamen oder gar zu stoppen. Diesen Vorgang zu verstehen, seine Perspektiven auszuleuchten und Hinweise zu seiner Gestaltung zu liefern, stellt eine Herausforderung für die Volkswirtschaftslehre dar, der es sich mit Engagement zuzuwenden lohnt.

3. Die Wirtschaftsaktivität schwankt

Vor 1750 verlief die Entwicklung der Population stufenweise: Beispielsweise stieg als Folge der neolithischen Revolution die Bevölkerungszahl relativ rasch an, verharnte jedoch danach für eine lange Zeitspanne auf dem höheren Niveau, ohne nennenswert zuzunehmen. Seit der Industriellen Revolution ist hingegen exponentielles Wachstum die Regel: Die Steigerungsraten sind mehr oder weniger konstant, d.h. die absolute Zahl der Menschen schwillt immer schneller an.

Das scheint nicht nur für die Bevölkerungszahl, sondern tendenziell auch für das Sozialprodukt zu gelten. Wir haben uns daran gewöhnt, eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2 bis 4 Prozent pro Jahr als „normal“ anzusehen. Dies mag gegenüber den spektakulären Wachstumsraten der chinesischen Wirtschaft von (offiziell) 7 bis 10 Prozent pro Jahr zwar bescheiden wirken. Doch muss man sich im Klaren darüber sein, dass eine

konstante jährliche Erhöhung von 2 % das BIP alle 35 Jahre (also einmal in jeder Generation) dupliziert. Allgemein berechnet man die Verdoppelungszeit T einer Größe Y bei stetigem Wachstum mit einer Rate g aus $2Y = Ye^{gT}$. Kürzen, Logarithmieren und Auflösen liefert:

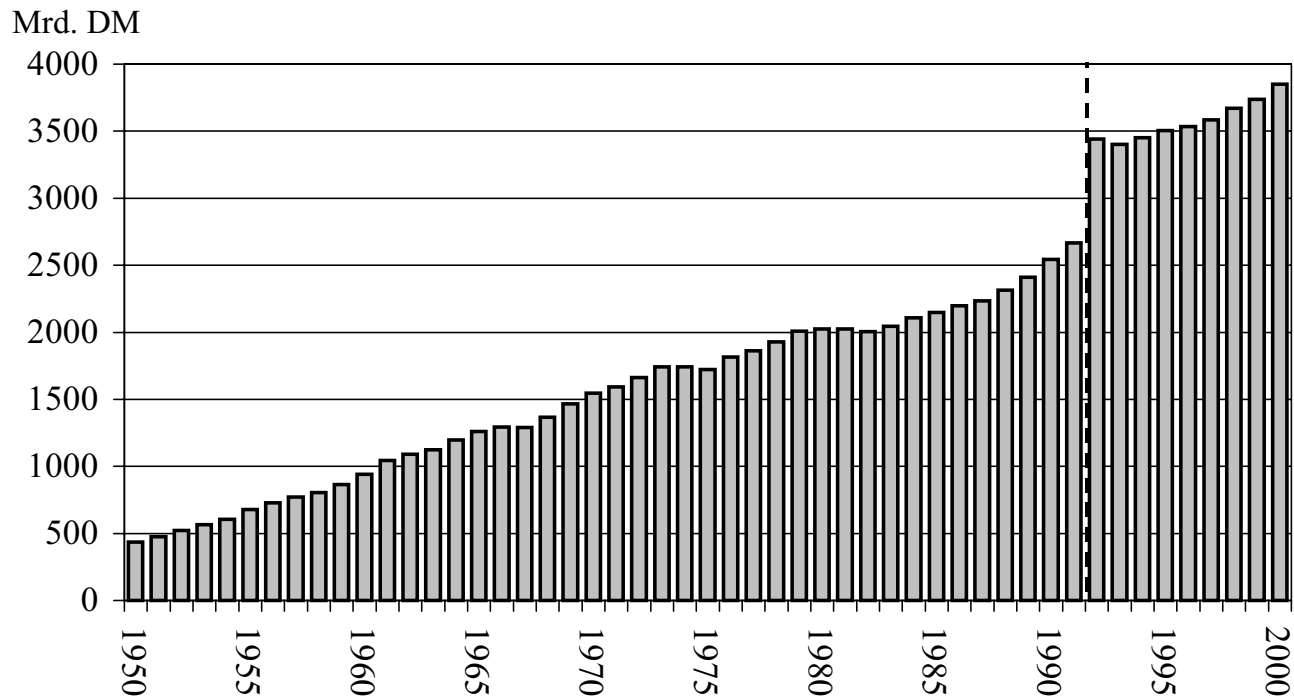
$$T = \frac{\ln 2}{g} \approx \frac{0,7}{g} \quad (1)$$

Welchen Verlauf hat die ökonomische Leistung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg genommen? Wie *Abb. 2* zeigt, erhöhte sich während der 40 Jahre zwischen 1950 und 1990 das reale BIP Westdeutschlands (in Preisen von 1991) nahezu um den Faktor sechs. Ohne die Wiedervereinigung hätte es sich bis zum Jahr 2000 wahrscheinlich etwa verachtacht.

Aus der Vogelperspektive betrachtet, handelt es sich um eine vermeintlich ungebremste Expansion. Doch schaut man durchs „Mikroskop“, erkennt man Rückschläge in der Entwicklung: In den Jahren 1966–67, 1973–75, 1980–83 und 1991–93 vermehrte sich das Sozialprodukt entweder gar nicht oder nur sehr wenig. Diese Brüche spiegeln sich in Schwankungen der Wachstumsrate wider (vgl. *Abb. 3*).

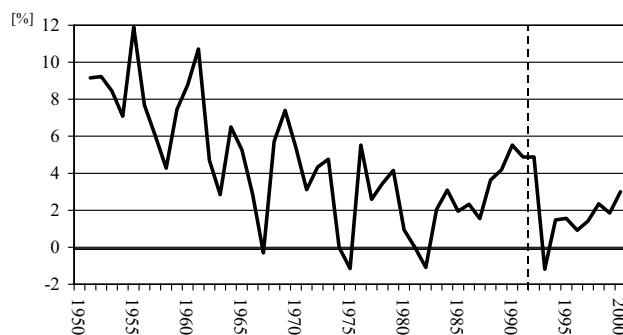
Obwohl die höchste prozentuale Steigerung der Achzigerjahre über der niedrigsten der Fünfzigerjahre liegt, identifiziert man einen klaren Trend zu deutlich geringeren durchschnittlichen Wachstumsraten über die betrachtete Zeitspanne hinweg. Einen Grund dafür liefert vielleicht die **Überlagerung von Konjunkturwellen** mit unterschiedlicher Phasenlänge. Nach dem austro-amerikanischen Ökonomen *Joseph Alois Schumpeter* (1883–1950) kann man drei Typen des Auf und Ab der Wirtschaftsaktivität unterscheiden, die parallel vonstatten gehen:

- Die kurzen „*Kitchin*-Zyklen“ (benannt nach *Joseph Kitchin* (1861–1932), *Cycles and Trends in Economic Factors*, 1923) haben eine Wellenlänge von ungefähr drei Jahren bzw. 40 Monaten und lassen sich mit Informationsmängeln bzw. Produktionsverzögerungen (z.B. dem „Schweinezyklus“) erklären.
- Die mittleren „*Juglar*-Zyklen“ (nach *Clément Juglar* (1819–1905), *Des crises commerciales et leurs retours périodiques en France*, 1862) weisen eine Länge von vier bis zehn Jahren auf und sind auf Disproportionen und Koordinationsmängel in der Investitionspolitik zurückzuführen.
- Schließlich sind noch die langen *Kondratieff*-Zyklen (nach *Nikolai Kondratieff* (1892–1930), *Die Langen Wellen in der Konjunktur*, 1926) zu nennen, die sich über 50 bis 60 Jahre erstrecken. Sie beruhen auf Innovationsschüben, welche die gesamte Produktionsweise umkrempeln, wie der Eisenbahnbau Mitte des 19. Jahrhunderts, die synthetische Chemie und Elektrotechnik um die Jahrhundertwende oder die Automobil- und Flugzeugindustrie Mitte des 20. Jahrhunderts. Ökonomisch ist weniger das Datum einer Erfindung entscheidend, sondern der Zeitraum, in dem sich eine überlegene Technik durchsetzt oder neue Waren auf breiter Front



Quelle: Statistisches Jahrbuch 2001.

Abb. 2: Reales BIP in West- und Gesamtdeutschland



Quelle: Statistisches Jahrbuch 2001.

Abb. 3: Wachstumsraten des realen BIP in West- und Gesamtdeutschland

Anklang finden. In dieser Phase nehmen die Geschäftsmöglichkeiten stark zu, Nachfrage und Angebot steigen kräftig an. Haben sich die Innovationen und die auf ihnen gegründete Wirtschaftsstruktur etabliert, sinken die Wachstumsraten wieder.

Schumpeter hat in einer berühmt gewordenen Darstellung (vgl. Abb. 4) die oberflächlich betrachtet unregelmäßig erscheinende Konjunkturbewegung als Interferenz von Zyklen unterschiedlicher Länge interpretiert. Die Welle 1 zeigt einen stilisierten Kondratieff, die Ziffer 2 steht für die Juglars, 3 deutet auf die Kitchins hin und 4 bezeichnet die Addition dieser drei Kurven.

Die sich abschwächende Dynamik der (west-)deutschen Wirtschaftsleistung zwischen 1950–2000 (vgl. Abb. 3) wird öfter als Bewegung auf dem absteigenden Ast eines Kondratieff-Zyklus interpretiert. Aus heutiger Warte lässt sich allerdings nur darüber spekulieren, ob und wann die

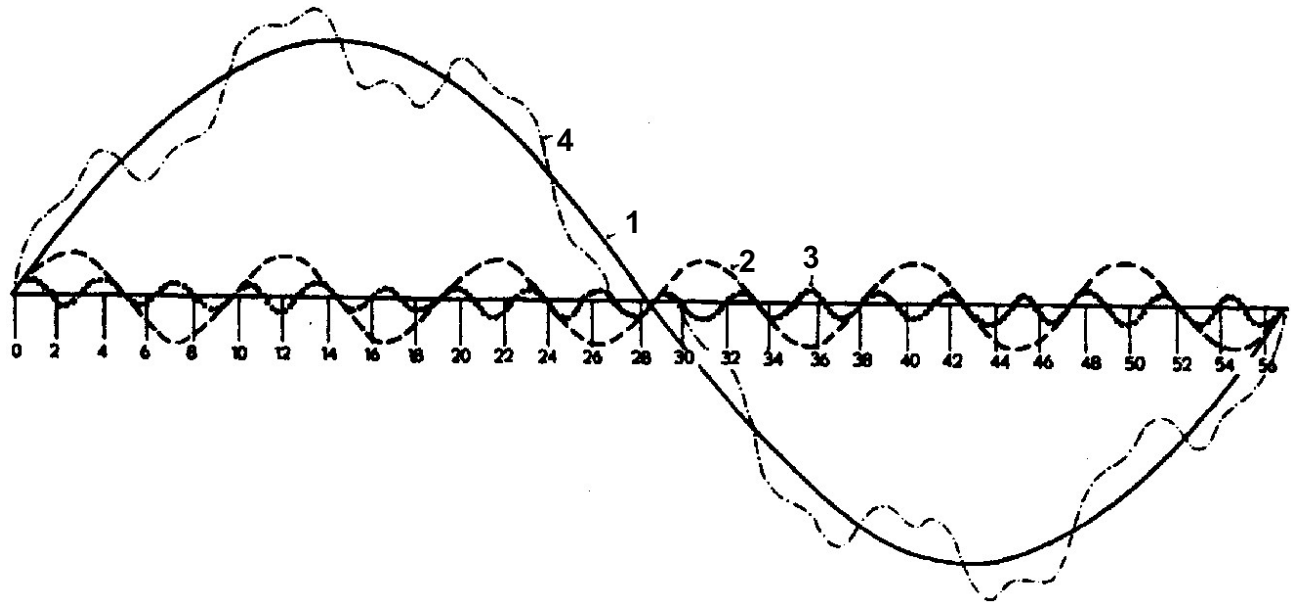
viel beschworene „informationstechnische Revolution“ einen neuen Kondratieff-Aufschwung auslösen wird. Vielmehr spricht einiges dafür, dass hoch entwickelte Industrieländer ein eher **lineares** Wachstumsmuster an den Tag legen, d.h. das Sozialprodukt erhöht sich Jahr für Jahr um etwa den gleichen absoluten Betrag (vgl. im Einzelnen Reuter, 2000).

4. Konjunkturen und Krisen

Es sind grundsätzlich zwei Tatbestände auseinander zu halten: der langfristige **Wachstumstrend** des Produktionspotenzials und der kurz- bis mittelfristige **Konjunkturzyklus**, d.h. die periodischen Veränderungen des Sozialprodukts um den Trend herum. Die beobachteten Schwankungen der Wirtschaftsaktivität lassen sich in vier Phasen unterteilen:

- Aufschwung (Expansion, Prosperität),
- Hochkonjunktur (Boom) mit oberem Wendepunkt,
- Abschwung (Kontraktion, Rezession) sowie
- Depression (Krise) mit unterem Wendepunkt.

Messgröße ist in der Regel das reale BIP, d.h. der Wert der Endnachfrage ohne Importe während einer Periode in einem Land zu konstanten Preisen eines beliebig gewählten Basisjahres. Die Deutsche Bundesbank stellt das BIP dem **Produktionspotenzial** gegenüber, dem Wert der Güter und Dienstleistungen, die in einem Jahr maximal hergestellt werden könnten, ohne dass es zu „Überhitzungserscheinungen“ der Volkswirtschaft (wie z.B. Inflation) kommt (vgl. Abb. 5). Diese Normkapazität wird mit Hilfe von statistischen Modellen aus der langfristigen Entwick-



Quelle: Schumpeter, 1961, S. 223.

Abb. 4: Überlagerung verschiedener Wellen

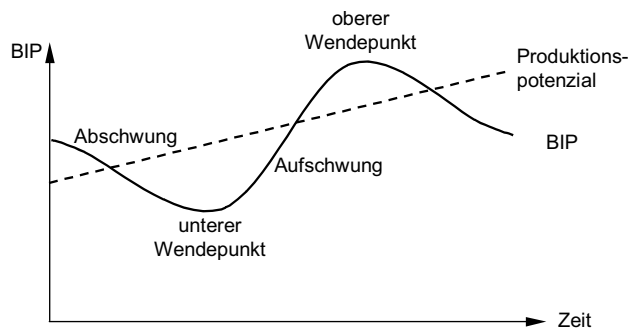
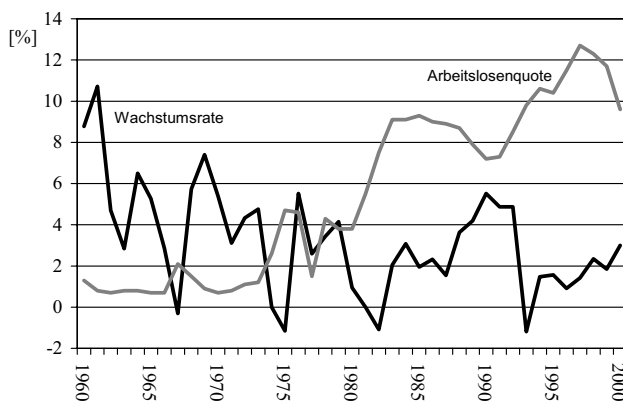


Abb. 5: Trend und Zyklus



Quelle: Statistisches Jahrbuch 2001.

Abb. 6: Wachstumsrate und Arbeitslosenquote in West- und Gesamtdeutschland

lung des Kapitalbestandes, der Arbeitskraft und des technischen Fortschrittes berechnet.

Schwankungen der effektiven Nachfrage wirken sich auf die Beschäftigungssituation aus. Geringe Wachstumsraten des BIP gehen mit relativ hohen Arbeitslosenquoten einher (vgl. Abb. 6).

Neben der konjunkturellen Unterbeschäftigung, die sich im nächsten Aufschwung quasi automatisch reduziert, gibt es zudem Langzeit-Arbeitslosigkeit, die selbst in einer Boomphase nicht abnimmt. Sie ist beispielsweise auf ein Missverhältnis zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen zurückzuführen. So ist in den neuen Bundesländern die Baubranche – gemessen am heutigen und zukünftigen Bedarf – „aufgebläht“, während der industrielle Sektor (noch) zu klein ist, um alle durch die „Gesund schrumpfung“ der Baufirmen entlassenen Arbeitskräfte vollständig zu absorbieren; schon aus diesem Grund wird es auf absehbare Zeit bei höheren Arbeitslosenquoten in Ostdeutschland bleiben.

Eine vom zyklischen Auf und Ab der Konjunktur losgelöste, chronische Unterauslastung der Produktivkräfte bedeutet einen – im Prinzip vermeidbaren – Verlust an realer Wohlfahrt und hohe gesellschaftliche Kosten in Form von unfreiwilliger Massenarbeitslosigkeit. Seit längerem existiert deshalb neben der klassischen Konjunkturlehre eine spezielle Krisentheorie, die zu erklären versucht, weshalb Volkswirtschaften dauerhaft auf einem Aktivitätsniveau verharren können, das deutlich unter ihrem Produktionspotenzial liegt. Wegweisend sind in diesem Zusammenhang die Arbeiten von *John Maynard Keynes* (1883–1946), der nicht nur die Bedeutung der effektiven Nachfrage betont, sondern darüber hinaus die Langfristperspektiven „reifer“ Ökonomien ausleuchtet (vgl. *Zinn*, 1998).

Deutschland hat im Laufe des 20. Jahrhundert mehrere Schwächeperioden durchgemacht, von denen der Zusammenbruch der DDR-Industrie nur die letzte war. Beispiele sind die Hyperinflation von 1923, als der Wert der Reichsmark auf ein Billionstel (!) der Kaufkraft von 1913 fiel, oder die Weltwirtschaftskrise von 1929–32, als das deutsche Bruttosozialprodukt jährlich um bis zu 8 % schrumpfte.

Nicht nur das Ausmaß dieser Malaise, die mit dem New Yorker Börsencrash am 29. Oktober 1929 begann („Schwarzer Freitag“), war einmalig, sondern auch ihre Universalität: Sie erfasste nahezu sämtliche Industrieländer der Erde. Besonders drastisch zeigt sich dies an der Abwärtsspirale des Welthandelsvolumens, das innerhalb von vier Jahren um zwei Drittel absackte (vgl. *Kindleberger*, 1973, S. 179 f.).

In dieser „großen Depression“ manifestierte sich der schwerste Rückschlag für die kapitalistische Marktwirtschaft überhaupt: Der Industrieausstoß sank weltweit um ein Drittel, in Deutschland um 40 % und in den USA sogar um fast 50 %. 1934 lagen die Produktionsziffern in Deutschland, Großbritannien und Frankreich ungefähr auf gleichem Niveau wie im letzten Jahr vor dem Ersten Weltkrieg. Das bedeutete zwanzig Jahre Stagnation! In den USA war die Flaute am schlimmsten, doch erholte sich das Land auch schnell wieder, selbst rascher als Deutschland, wo die Nationalsozialisten ab 1933 die Ausgaben des Reiches zunächst für zivile Zwecke und ab 1935 vor allem zur Wiederaufrüstung drastisch erhöhten. 1938 bahnte sich ein neuer Einbruch des internationalen Handels an, der indes durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges überdeckt wurde.

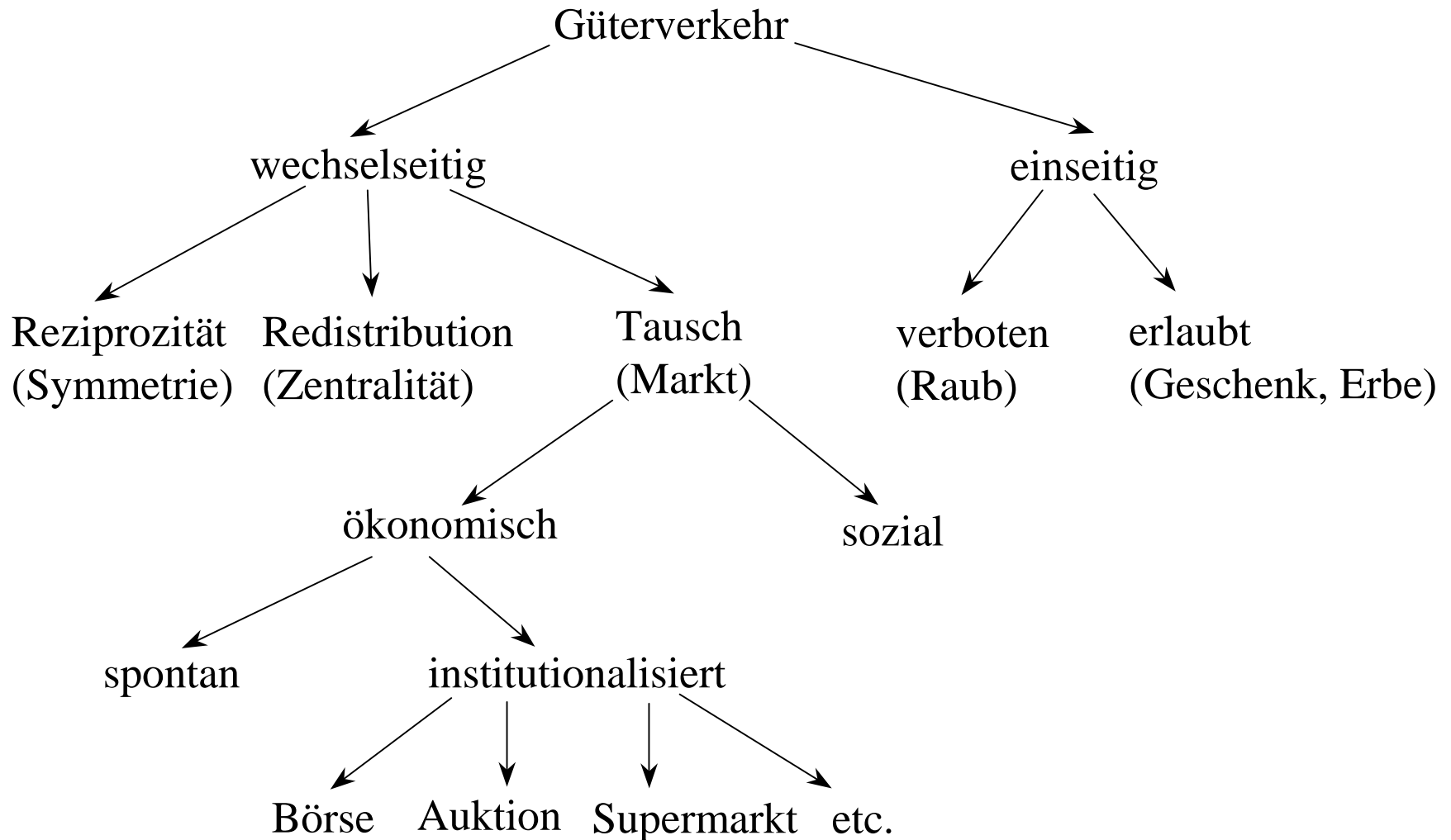
Somit kann von einem stetigen Wachstumspfad in den Zwanziger- und Dreißigerjahren des 20. Jahrhunderts keine Rede sein: Es gab nur Ausschläge um einen stationären Trend herum. Damals glaubten viele, dass eine zentral gesteuerte Planwirtschaft wie in der Sowjetunion – die seinerzeit neben Schweden (Aufbau des Sozialstaates) und Japan (Hochrüstung) von der Krise verschont blieb – das prinzipiell überlegene Wirtschaftssystem sei. Erst die unerwartete, außergewöhnlich lange Prosperitätsphase in der westlichen Hemisphäre während der Fünfziger- und Sechzigerjahre („Korea-Boom“) ließ das Vertrauen in die Expansionskräfte der kapitalistischen Marktwirtschaft zurückkehren.

Allerdings zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass Erwerbslosigkeit zum persistenten Übel in etlichen Ländern geworden ist. In diesem Licht erhebt sich die Frage, ob nicht eigentlich – nachdem man sich historisch gesehen in der Produktionsschlacht auf der Siegerstraße befindet – die **Verteilung** der Arbeit und ihrer Früchte das Hauptproblem der (post)modernen Wirtschaftsgesellschaft ist.

Literatur

- Borchardt, K.*, Grundriss der deutschen Wirtschaftsgeschichte, in: *Kompendium der Volkswirtschaftslehre*, Bd. 1, 5. Aufl., Göttingen 1975, S. 512–561.
- Cameron, R., L. Neal*, A Concise Economic History of the World. From Paleolithic Times to the Present, 4. Aufl., New York, Oxford 2003.
- Cipolla, C.M.*, Wirtschaftsgeschichte und Weltbevölkerung, München 1972.
- Dohrn-van Rossum, G.*, Die Geschichte der Stunde, München 1995.
- Giesecke, M.*, Der Buchdruck in der frühen Neuzeit. Eine historische Fallstudie über die Durchsetzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, Frankfurt a.M. 1991.
- Helmedag, F.*, Warenproduktion mittels Arbeit. Zur Rehabilitation des Wertgesetzes, 2. Aufl., Marburg 1994.
- Hughes, J., L.P. Cain*, American Economic History, 5. Aufl., Reading u. a. 1998.
- Kindleberger, Ch.*, Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939, München 1973.
- Knaus, A., O. Renn*, Den Gipfel vor Augen. Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft, Marburg 1998.
- Krengel, R.*, Die Weltbevölkerung von den Anfängen des anatomisch modernen Menschen bis zu Problemen seiner Überlebensfähigkeit im 21. Jahrhundert, in: *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung* (Hrsg.), Beiträge zur Strukturforchung, Heft 148, Berlin 1994.
- Landes, D.*, Wohlstand und Armut der Nationen (englisch 1998), Berlin 2002.
- Reuter, N.*, Ökonomik der „Langen Frist“. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg 2000.
- Schumpeter, J.A.*, Konjunkturzyklen, 2 Bde, Göttingen 1961.
- Zinn, K.G.*, Kanonen und Pest. Über die Ursprünge der Neuzeit im 14. und 15. Jahrhundert, Opladen 1989.
- Zinn, K.G.*, Die Langfristperspektive der Keynes'schen Wirtschaftstheorie, in: *wisu – das wirtschaftsstudium*, 27. Jg. (1998), S. 926–935.

Ausprägungen des Güterverkehrs



Klassifikation von Informationsasymmetrien

Ursache	Wirkung	Maßnahme
hidden information/ characteristics/ properties	Adverse Selection (negative Auslese)	Signaling (Garantie, Ausbildung)
hidden action/ prinzipal- agent-Beziehung	Moral Hazard (moralisches Wagnis)	Screening (Überprüfung, Rasterung, anreizkompatible Verträge)

Öffentliche Güter

Rivalität

		ja	nein
Ausschluss	ja	Private Güter (Brot, Wohnen)	Mautgüter (Kabelfernsehen, Autobahn, Kino)
	nein	Allmendegüter (Hochseefischgründe, Innenstadtparkplätze)	Reine öffentliche Güter (Innere und äußere Sicherheit)

Meritorische Güter: Marktversorgung als zu gering erachtet

Demeritorische Güter: Marktversorgung als zu hoch erachtet

Quelle: das wirtschaftsstudium (wisu), 25. Jg. (1996), S. 787-790.

Die Examensklausur aus der Volkswirtschaftslehre

Das folgende Thema wurde im Wintersemester 1993/94 von Prof. Dr. Fritz Helmedag an der TU Chemnitz-Zwickau im Rahmen der Diplomprüfung „Allgemeine Volkswirtschaftslehre“ gestellt. In der vierstündigen Klausur waren eins von zwei Themen (160 Minuten) und vier von sechs Fragen (je 20 Minuten) zu bearbeiten.

Thema: Die freie Konkurrenz der Klassiker und das Leitbild der vollständigen Konkurrenz: Ein kritischer Vergleich

I. Daran hätten Sie denken müssen:

1. Die freie Konkurrenz der Klassiker

a) Entstehungshintergrund

Den Prototyp der klassischen Konzeption freier Konkurrenz finden wir bei Adam Smith. Er veröffentlichte sein Hauptwerk „Der Wohlstand der Nationen“ am Vorabend der industriellen Revolution in England. Die Ausdehnung des Handels sowie die Verfeinerung der Arbeitsteilung charakterisieren die sich abzeichnende ökonomische Entwicklung. Die Wechselwirkung beider Tendenzen befördert technischen Fortschritt in Landwirtschaft und Industrie. Die menschliche Arbeit und die Steigerung ihrer Produktivität sind für Smith Quelle und Motor des Reichtums. Seine mit feiner Polemik gespickte Kritik der staatlich regulierten Wirtschaft des Merkantilismus atmet den Geist des aufstrebenden Liberalismus, für den vor allem John Locke und David Hume – letzterer ein bedeutender Vertreter der Schottischen Aufklärung und enger Freund Smiths – wegbereitend waren.

b) Forschungsprogramm

Auf Platz eins der Tagesordnung rangierte der Entwurf eines „Systems der natürlichen Freiheit“, in welchem individuelles Vorteilsstreben zu gesellschaftlicher Ordnung und nicht, wie von Hobbes prophezeit, ins Chaos führe. Denn eine „unsichtbare Hand“ kanalisieren das (mitfühlende) Selbstinteresse jedes einzelnen zum Wohle aller. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bewältigt freier Wettbewerb ohne obrigkeitliche oder berufsständische Einflussnahme die dezentrale Koordination des ökonomischen Handelns der Akteure. Zum Beleg dieser These mußten die Funktionsweise und die Entwicklungsperspektiven kapitalistischer Marktwirtschaften studiert werden.

Eine im Rahmen der klassischen Politischen Ökonomie wesentliche Unterscheidung trennt in durch Arbeit beliebig (re)produzierbare Waren und (knappe) Güter. Tauschwert

lasse sich nur erzielen, falls das veräußerte Objekt dem Verbraucher Gebrauchswert stifte. Bei den nicht vermehrbaren Gütern bestimme die Nachfrage den Preis. Dieser Komplex beschäftigt die Klassiker freilich nur am Rande. Statt dessen stehen die „natürlichen Preise“ der Waren (Werte) im Brennpunkt der Forschung. Hier seien genuin ökonomische Gesetzmäßigkeiten zu erkennen, während die Preisbildung bei den knappen Gütern von temporären und akzidentiellen Faktoren abhängt, die sich einer systematischen Analyse sperren. Einer allein auf den Kräften von Angebot und Nachfrage beruhenden Katallaktik wird damit eine Absage erteilt. Statt dessen bilde der von den Produktionsverhältnissen determinierte natürliche Preis das Gravitationszentrum der Tauschrelationen.

c) Kernaussagen

Abweichungen der Marktpreise von den Werten sind nach klassischer Auffassung zwar aufgrund von Fehldispositionen oder wegen Monopolstellungen denkbar. In der Regel setze sich jedoch die „effectual demand“ durch. Sie absorbiere die zum natürlichen Preis angebotene Menge und gestatte die Erzielung der üblichen, normalen oder natürlichen Verwertungsrate des Kapitals. Bemerkenswerterweise treffen die Klassiker kaum Annahmen über die Marktstruktur und die Größe der am Markt operierenden Unternehmen. Wichtig für Smith ist vielmehr, dass Preisabsprachen unterbleiben, obwohl sie tatsächlich des öfteren praktiziert werden.

Eine wesentliche Voraussetzung für das Zustandekommen einer uniformen Profitrate in allen Zweigen der Ökonomie sei die unbeschränkte Kapitalmobilität. Freie Konkurrenz habe ihr Werk vollbracht, sobald es keine Anlagemöglichkeit des Kapitals mehr gebe, die eine höhere als die Durchschnittsprofitrate abwerfe: Die langfristige Gleichgewichtsposition wäre erreicht. Somit wurde ein dynamisches Wettbewerbskonzept ausgebreitet, in welchem die Suche nach der lukrativsten Verwendung des „Kapitals“ als Triebfeder der sektoralen Anpassung fungiert. Im einzelnen sahen die Klassiker zwar verschiedene Ursachen für den angenommenen langfristigen Rückgang der Durchschnittsprofitrate, in positiven Gewinnen erblickten sie indes ein dauerhaftes Phänomen, das die Kapitalakkumulation reguliere.

2. Das Leitbild der vollständigen Konkurrenz

a) Entstehungshintergrund

Durch die im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts einsetzende marginalistische Revolution erfährt die Politische Ökonomie eine tiefgreifende und bis in die heutige Zeit wirkende wert- und verteilungstheoretische Umwälzung. Die Gleichzeitigkeit, mit der weitgehend unabhängig voneinander Jevons, Menger und Walras die radikale Rekonstruktion der Ökonomik auf der Grundlage des Grenznutzenprinzips so erfolgreich vorantreiben, lässt auf ein drückend empfundenes Harmoniebedürfnis schließen. Nachdem das Bürgertum die feudalen Fesseln im wesentlichen abgestreift hatte, störte die in der „alten“ Politischen Ökonomie angelegte Spannung zwischen Arbeit und Kapital. Obwohl die Protagonisten der subjektiven Wertlehre in anderem Zusammenhang die sozialen Missstände beanstandeten, wenden sie sich vor allem gegen die Arbeitswertlehre und versprechen, die Volkswirtschaftslehre auf methodisch festerem Boden zu errichten.

Mehr und mehr rückte das Verhalten des über knappe Mittel zum Zwecke der Bedürfnisbefriedigung disponierenden *Individuums* ins Zentrum des Interesses, während „der Rest der Welt“ konstant gehalten wird. Zugleich hatte sich die „reine“ Ökonomie zunehmend als mathematische und (anscheinend) quantitative Disziplin zu präsentieren, um den Kriterien exakter Wissenschaft zu genügen (Szientismus).

b) Forschungsprogramm

Einen prägenden Einfluß auf die Interpretation des Konkurrenzprozesses übte (mit beachtlicher, aber keineswegs zufälliger Zeitverzögerung) Cournot aus. Er definierte Wettbewerb als eine Situation, in welcher der Preis auf einem (homogenen) Markt vom Absatz eines der vielen Anbieter unabhängig sei. Böhm-Bawerk, Wicksell, Pareto, Marshall und andere haben schließlich, jeder auf seine Weise, die in ihrer Gesamtheit als "neoklassisch" (Veblen) bezeichneten Denksysteme geschaffen.

Die moderne Formulierung der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie geht auf Arrow und Debreu zurück. Die Überlegungen kreisen um Existenz, Eindeutigkeit und Stabilität eines markträumenden Preisvektors mit erwünschten Attributen. Eine den Anforderungen genügende Wirtschaft kann elementar wie folgt charakterisiert werden:

(1) Ausgangsdaten:

Gegeben sind die individuellen Anfangsausstattungen an Gütern und Produktionsfaktoren, ferner die Präferenzordnungen sowie die Produktionsmöglichkeiten.

(2) Marktstrukturannahmen:

Regelmäßig verlangt man:

- Nutzen- bzw. Gewinnmaximierung gemäß „methodologischem Individualismus“.
- Vollkommene Märkte, es liegen keine Präferenzen sachlicher, persönlicher, räumlicher oder zeitlicher Art vor.
- Atomistische Märkte, im Grenzfall interagieren unendlich viele Marktteilnehmer.
- Es herrscht Markttransparenz.

Gelegentlich erhobene Forderungen lauten:

- Die Preisanpassung auf allen Märkten erfolgt unendlich schnell.
- Alle Güter und Faktoren sind vollständig mobil und beliebig teilbar.
- Marktein- und Austrittsbarrieren fehlen.
- Vollständige Internalisierung externer Effekte.
- Es gibt weder Staatseingriffe noch Preisabsprachen.

(3) Verhaltensweisen:

Die „Agenten“ handeln als Preisnehmer und Mengenanpasser.

Es erhebt sich das Problem, wer unter solchen *speziellen* Verhältnissen überhaupt die Preise „macht“. Auf Walras geht die Hilfskonstruktion von Wettbewerb als einer Art „Auktion“ zurück, wobei eine zentrale Koordinationsinstanz Preise ausruft und im Gegenzug Rückmeldungen über die jeweiligen Angebots- und Nachfragemengen des Publikums erhält. Geeignet unterstellte Wechselwirkungen zwischen den Märkten führen zu einer Lösung, sobald alle Überschußnachfragen null betragen. Dasselbe Ergebnis soll das von Edgeworth propagierte „Recontracting“ hervorrufen: Vorläufige Verträge werden erst bindend und vollzogen, falls keine besseren Geschäftsabschlüsse gefunden werden konnten.

c) Kernaussagen

Für die lange Frist werden zwei „wohlfahrtstheoretische Hauptsätze“ abgeleitet:

- (1) Das Gleichgewicht vollständigen Wettbewerbs liegt auf der Nutzenmöglichkeitsgrenze.
- (2) Jeder Punkt auf dieser Kurve korrespondiert mit einer bestimmten Anfangsausstattung.

Die erste Eigenschaft kennzeichnet eine „effiziente“ Allokation: Niemandem kann es besser gehen, ohne zumindest einen anderen schlechter zu stellen (Pareto-Kriterium). Jedoch ist damit noch nicht die Frage beantwortet, welche Kombination auf der (gesellschaftlichen) Nutzenmöglichkeitsgrenze konkret das *optimum optimorum* verwirklicht. Ansätze, dies mit Hilfe einer Sozialen Wohlfahrtsfunktion zu beantworten, müssen als gescheitert betrachtet werden.

Die neoklassischen Bemühungen lassen sich in dem Satz zusammenfassen, dass fehlende Marktmacht effiziente Ergebnisse zeitige. Eucken verzichtete dementsprechend auf die Auflistung der einzelnen Bedingungen vollständiger Konkurrenz. Vielmehr sah er dieses konstituierende Prinzip der Wirtschaftsordnung als realisiert an, wenn die Anbieter *de facto* Mengenanpassung betreiben. Konkurrenzdruck schien hierfür die beste Gewähr zu bieten. Quasi bedeutungslose Wirtschaftssubjekte werden im Leitbild der vollständigen Konkurrenz zum ausschlaggebenden Faktor: Möglichst viele Tauschpartner mit verschwindendem Marktanteil verbürgten „Optimalität“. Das neoliberale Ideal („vielzähliger Wettbewerb“) schlug sich in der Regierungsbegründung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen von 1957 nieder, was auf den (damaligen) Einfluß dieses Gedankenguts schließen läßt.

3. Vergleich und Kritik

Die Wettbewerbskonzeptionen der Klassik und der Neoklassik entspringen dem Gegensatz zweier Werttheorien: Dem in der Produktion verankerten klassischen Surplusansatz einerseits, sowie dem an Beständen orientierten neoklassischen Angebots-Nachfrage-Kalkül andererseits. Das Leitbild des freien Wettbewerbs setzt auf individueller Ebene lediglich Vorteilsstreben im weitesten Sinne nebst Offenheit der Märkte voraus. Für die Analyse des Gleichgewichts ist daher kein der neoklassischen vollständigen Konkurrenz vergleichbarer Prämissenkatalog notwendig. Wettbewerb wird von seinem Ergebnis her

gesehen: Er mündet im System der natürlichen Preise und in einer positiven, uniformen Profitrate. Dies ist das langfristige Gravitationszentrum, welches als Referenzszenario der kapitalistischen Warenproduktion dient.

Demgegenüber bindet die Neoklassik vollständigen Wettbewerb an eine abstrakte Marktstruktur, hauptsächlich Preisnehmerverhalten, d. h. praktisch an einen Schwarm verschwindend kleiner Nachfrager und Anbieter. Diese Akteure möchten zwar ihre Profite maximieren, aber da die Gewinnquelle verborgen bleibt, fällt laut Lehre letztendlich keiner an. Über die treibende Kraft der kapitalistischen Entwicklung herrscht Stillschweigen. Die statische Theorie korrespondiert mit einer ebensolchen Wettbewerbsinterpretation, die für wirtschaftspolitische Zwecke wenig hergibt. Nicht umsonst wird dafür der Begriff „Schlafmützenkonkurrenz“ (Lutz) gebraucht. Die evolutorischen Aspekte der Konkurrenz treten zwangsläufig in den Hintergrund. Der Walrassche Auktionator und die Smithsche unsichtbare Hand widerspiegeln divergierende Erklärungen des Geschehens in erwerbswirtschaftlich geprägten Marktwirtschaften.

Zusatzpunkte brachten etwa Verweise auf Weiterentwicklungen des klassischen Systems (Ricardo, J. St. Mill, Marx), auf den Schumpeterschen Prozess der schöpferischen Zerstörung, die Auffassung von „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ (Hayek) oder das Konzept des „funktionsfähigen Wettbewerbs“ (J. M. Clark, Kantzenbach).

II. Mögliche Fehlerquellen:

- Die Bearbeitung des Themas unter der gegebenen Zeitrestriktion zwingt zur Beschränkung auf die Grundgedanken der beiden Ansätze.
- Die Vernachlässigung der unterschiedlichen werttheoretischen Ausgangspunkte erschwert bereits im Ansatz eine trennscharfe Gegenüberstellung beider Entwürfe. Differenzen werden dann allenfalls noch hinsichtlich der „Realitätsnähe“ einzelner Modellannahmen wahrgenommen, wobei die neoklassische Axiomatik regelmäßig schlechter abschneidet als die klassische freie Konkurrenz.
- Ferner war es weder erforderlich, in die Tiefen des Kapitalbegriffs hinab- noch in eine übermäßige Erörterung formaler Argumente einzusteigen.

Literaturempfehlungen:

- Bartling, H.: Leitbilder der Wettbewerbspolitik. München 1980.
- Bharadwaj, K.: Classical Political Economy and Rise to Dominance of Supply and Demand Theories. 2. Aufl., London 1986.
- Helmedag, F.: Warenproduktion mittels Arbeit. Zur Rehabilitation des Wertgesetzes. Marburg 1992 (2. Aufl. 1994).
- Hildenbrand, W./Kirman, A. P.: Equilibrium Analysis. Variations on Themes by Edgeworth and Walras. Amsterdam 1988.
- Hofmann, W. (Hrsg.): Wert- und Preislehre. 2. Aufl., Berlin 1971.
- Kromphardt, J.: Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus. 3. Aufl., Göttingen 1991.
- Walsh, V./Gram, H.: Classical and Neoclassical Theories of General Equilibrium. Historical Origins and Mathematical Structure. Oxford/New York 1980.
- Zinn, K. G.: Politische Ökonomie. Apologien und Kritiken des Kapitalismus. Opladen 1987.

Fritz Helmedag

Von der Sozialen Marktwirtschaft zum globalen Kapitalismus

Fehlentwicklungen und tarifpolitische Konsequenzen

1.

Wohlstand für alle?

Die Präambel des mit Datum vom 7. Februar 2018 ins Netz gestellten Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und SPD enthält auf S.5 den höchst erstaunlichen Satz: »Unser gemeinsames Ziel ist Vollbeschäftigung in Deutschland.«¹ Einerseits geht diese Forderung nach (restloser?) Beseitigung unfreiwilliger Arbeitslosigkeit weit über den unbestimmten Rechtsbegriff in § 1 des »Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« hinaus. Dort ist nämlich »nur« von einem deutungsöffeneren »hohen Beschäftigungsstand« die Rede.² Andererseits widerspricht die jetzt vereinbarte Maxime erstaunlicherweise der bislang von den alten und neuen Regierungsparteien immer wieder proklamierten Erfolgsmeldung, wonach dank ihrer Staatskunst die Erwerbstätigkeit in Deutschland Jahr für Jahr gestiegen sei und inzwischen einen Spitzenwert erreicht habe. Viele Politiker sprachen im letzten Wahlkampf von einer angeblich sehr guten Arbeitsmarktsituation, manche Bewerber um ein Mandat schwadronierten überdies von bereits erreichter »Vollbeschäftigung«, von dem zum Wachs-

1 https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1.

2 Der später noch angesprochene § 2 des »Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« enthält dieselbe Vorgabe.

tumshindernis hochstilisierten stets »händeringend« beklagten Fachkräftemangel ganz zu schweigen. Vor diesem Hintergrund erhebt sich die Frage, weshalb dieser nach eigenem Bekunden zumindest weitgehend schon erreichte *Zustand* nunmehr *expressis verbis* zum *Ziel* der kommenden Legislaturperiode erkoren worden ist.

Die Antwort fällt recht leicht, wenn man hinter die Kulissen der offiziellen Verlautbarungen blickt, die weite Teile der Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen unkritisch verbreiten. Zwar ist die Zahl der Erwerbstätigen seit 2010 um über drei Millionen gestiegen, aber es gibt in Wahrheit viel mehr Arbeitslose als die aktuell üblicherweise genannten ungefähr zweieinhalb Millionen. Auf dieses Faktum weist Heinz-J. Bontrup seit Jahren immer wieder hin. Neben der zwar amtlich erfassten, aber oft verschwiegenen Unterbeschäftigung von ungefähr neunhunderttausend Personen sind jene Millionen zu berücksichtigen, die gerne Voll- statt Teilzeit arbeiten wollen oder zur stillen Reserve gehören. Nach Bontrups Rechnung waren zu Beginn des Jahres 2018 etwa 7,5 Millionen Menschen arbeitslos und die Quote betrug nicht 5,7 %, sondern gut 15 %.³ Tatsächlich ist Massenarbeitslosigkeit seit Mitte der 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts ein schwelendes Problem in Deutschland. Zugleich ist eine wachsende Konzentration von Einkommen und Vermögen zu beobachten. Das gilt indes nicht nur für hiesige Verhältnisse. Vielmehr klaffen in vielen Ländern seit Dezennien die Lebensbedingungen der Menschen zunehmend auseinander.

»Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer« lautet die auf den Punkt gebrachte Botschaft von Thomas Piketty, die weltweit reichlich Wirbel ausgelöst hat.⁴ Das lautstarke Echo beruht jedoch weniger auf der Aussage, dass man dem Kapitalismus Zügel anlegen muss, um Ausbeutung und Unterdrückung im Zaum zu halten, denn dies ist wahrlich keine neue These. Bontrup weist zu Recht auf eine andere Erkenntnis der ausgiebig diskutierten Untersuchung hin, die geradezu einen Hype ausgelöst habe: »Spannend und aufsehererregend ist (...) der von Piketty geführte *langfristige empirische Beweis* für eine systemgefährdende Ungleichheit bei

3 Vgl. Bontrup, Heinz-J., Kein Grund zum Jubeln – Arbeitslosigkeit wird schlicht wegdefiniert, in: Frankfurter Rundschau, 9.1.2018, S. 15.

4 Vgl. Piketty, Thomas, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014 (französisch 2013).

Einkommen und Vermögen.«⁵ Die Ergebnisse wurden jüngst von einer Forschergruppe in einem »Weltreport der Ungleichheit 2018« bekräftigt, obwohl der aggregierte Wohlstand in den untersuchten 141 Nationen zwischen 1995 und 2014 um fast 70 % zugenommen hat.⁶

Bezogen auf die Verhältnisse in Deutschland verdeutlicht die öfter zu hörende Redeweise von der »Zweidrittelgesellschaft« desgleichen, dass ein nennenswerter Teil der Bevölkerung seit einiger Zeit nur unterproportional von den Prosperitätszuwächsen profitiert, sofern sich ihre Lage überhaupt verbessert hat. Dementsprechend stieg hierzulande die in konstanten Preisen berechnete Wirtschaftsleistung seit 1995 zwar um mehr als 40 %, aber die reichsten 10 % vereinnahmten wieder 40 % des Volkseinkommens – wie schon 1913! Seit den 1960er-Jahren halbierte sich hingegen der Anteil der unteren 50 % von einem Drittel der Wertschöpfung auf nunmehr 17%.⁷ Die unteren Einkommensgruppen mussten in den letzten 20 Jahren sogar reale Kaufkraftverluste hinnehmen, von der sich ausdehnenden Kinder- und Altersarmut ganz abgesehen. Diesen Befund unterstreichen (trotz der oft beanstandeten beschönigenden Darstellung) der im April 2017 erschienene fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung⁸ sowie die Kinderarmutsstudie der Bertelsmann-Stiftung vom Oktober 2017⁹.

Es versteht sich einerseits, dass interessierte Kreise den sich vertiefenden Spalt zwischen Arm und Reich relativieren (möchten), wenn sie die Tatsache nicht schlankweg bestreiten. Andererseits dürfte die Auseinanderentwicklung von Einkommen und Vermögen früher oder später den gesellschaftlichen Zu-

5 Bontrup, Heinz-J., Pikettys Kapitalismus-Analyse, Warum die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, Bergkamen 2014, S. 32. Zu den (empirischen) Stärken und (theoretischen) Schwächen des Buches von Piketty vgl. die Beiträge in: Bofinger, Peter, Horn, Gustav A., Schmid, Kai D., van Treek, Till, Thomas Piketty und die Verteilungsfrage, Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland, SE Publishing 2015.

6 Die deutsche Kurzfassung des »Berichts zur weltweiten Ungleichheit« ist im Internet abrufbar unter <http://wir2018.wid.world/files/download/wir2018-summary-german.pdf>.

7 Vgl. Bartels, Charlotte, Einkommensverteilung in Deutschland von 1871 bis 2013: Erneut steigende Polarisierung seit der Wiedervereinigung, in: DIW Wochenbericht 3/2018, S. 51-58. Allerdings bezieht sich der Bericht auf die Brutto- und nicht auf die Nettoeinkommen.

8 Vgl. <http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Startseite/start.html>.

9 Vgl. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/es/themen/aktuelle-meldungen/2017/oktober/kinderarmut-ist-in-deutschland-oft-ein-dauerzustand/>.

sammenhalt gewiss noch mehr gefährden als dies jetzt schon am Erstarken extremer Positionen außerhalb und innerhalb der Parlamente zum Ausdruck kommt. Angesichts der Betroffenheit weiter Kreise gewinnen wahrscheinlich künftig Kontroversen darüber, wer wie viel vom arbeitsteilig erzeugten Nationaleinkommen erhält, wieder an Relevanz; ein Streit, der in den vorhergehenden Jahrzehnten, jedenfalls in der (ver)öffentlich(t)en Meinung, eine eher nachrangige Rolle gespielt hat.

Die (zu) lange praktizierte Unterbelichtung der Frage nach einer »fairen« Partizipation am gesellschaftlichen Wohlfahrtszuwachs soll an zwei »legislativen« Konsequenzen in Deutschland illustriert werden. Aus der Nachkriegszeit – in der Wissenschaft und Politik noch mehrheitlich davon ausgingen, dass sich der Umfang und die Distribution des Sozialprodukts regulieren lassen (»Globalsteuerung«, »konzertierte Aktion«) – stammt die Konkretisierung des »gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts«. Laut § 2 des »Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« vom 14. August 1963 hat das Gremium darzulegen, wie »gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden.« Nur wenig später zählt der eingangs angesprochene § 1 des »Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« vom 8. Juni 1967 zwar die gerade genannten vier makroökonomischen Ziele wieder auf, bemerkenswerterweise ist nunmehr aber von der Berichterstattung über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse keine Rede mehr. Offenkundig hatte sich in den vier Jahren zwischen der Verkündung der beiden Gesetze der Wind bereits gedreht.

In der Geschichte der Nachkriegsverfassung lässt sich die abnehmende Bedeutung der Verteilungsgerechtigkeit ebenfalls klar erkennen. Stattdessen rückte das Effizienzthema, vor allem die angeblich dringend notwendige Verbesserung der Angebotsbedingungen, mehr und mehr ins Zentrum des herrschenden ökonomischen Gedankenguts. So forderte bis 1994 der Artikel 72 Absatz 2 des Grundgesetzes die »Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse«, womit u. a. der horizontale und vertikale Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern begründet wurde. Seit der Verfassungsreform 1994 ist dort jedoch nur noch von der »Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse« zu lesen, für die der Bund die Gesetzgebungskompetenz besitzt. Selbstverständlich

heißt »gleichwertig« etwas anderes als »einheitlich« oder gar »gleich«. Und es wundert nicht, dass Vertreter der reicheren Bundesländer seitdem den »reduzierten« Verfassungsauftrag ins Feld führen, um weniger Geld in den Finanzausgleich einzuspeisen. Dabei scheuten bestimmte Kläger nicht davor zurück, in dieser Angelegenheit das Verfassungsgericht anzurufen.

Die ideologisch motivierte Entfernung weg von der Kooperation hin zur Konkurrenz zwischen den Gebietskörperschaften fand schließlich in der grundgesetzlich verankerten Föderalismusreform ihren (traurigen) Höhepunkt, die 2006 mit Zweidrittelmehrheit beschlossen wurde und im selben Jahr in Kraft trat.¹⁰ Damit ist beispielsweise den Ländern ab 2020 die Kreditaufnahme prinzipiell verwehrt, was in jenen Gebietskörperschaften große Probleme heraufbeschwören wird, die ihre Ausgaben bei Weitem nicht durch eigene Steuereinnahmen decken können. Inzwischen dürfte indes klar geworden sein, dass gravierende Fehlentwicklungen der absichtlichen Einschnürung der bundesstaatlichen Gestaltungs- und Unterstützungsoptionen sowie dem evozierten Antagonismus der Länder untereinander geschuldet sind – man denke nur an den Bildungssektor, für den sich das ehemals in höchsten Tönen gepriesene »Kooperationsverbot« offenkundig als dysfunktional erwiesen hat und deswegen heute kaum noch auf vorbehaltlosen Zuspruch trifft.

Die skizzierten Anpassungen in den exemplarisch ausgewählten Gesetzestexten spiegeln eine in (West-)Deutschland über die Jahre zunehmend verbreitete »neoliberale« Weltsicht wider, in welcher der Staat über eine eng definierte »Nachtwächterfunktion« hinaus eigentlich keine Aufgaben übernehmen sollte. Selbst Leistungen in Bereichen der Daseinsfürsorge (Wasserwirtschaft) sowie der inneren (Gefängnisse) und äußeren (Söldner) Sicherheit könnten private Unternehmen besser und billiger erbringen, für das Bildungswesen (Hochschulen) und die Infrastruktur (Autobahnen) träfe dies ohnehin zu. Und wenn schon das Gemeinwesen mit von der Partie sein muss, dann bitte lediglich im Rahmen von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften – trotz aller Kritik der Rechnungshöfe.

Die dominant gewordene Anschauung hat eine entsprechende, scheinbar unabwendbare Ausrichtung der Gesellschaftspolitik nach sich gezogen, deren Kern die Erhaltung und Förderung der vermeintlich höchst gefährdeten

10 Zur Kritik vgl. Bontrup, Heinz-J., Der diskreditierte Staat, Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen, Bergkamen 2012.

Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bildet. Hierzu hat die wissenschaftliche Verflachung und inhaltliche Ausdünnung der internationalen und nationalen Volkswirtschaftslehre während der zurückliegenden Dekaden gewiss ein gerüttelt Maß beigesteuert.¹¹

Im Zuge dessen wandte sich der Mainstream von einer fallweise interventionsoffenen Haltung ab, um im »vollkommenen« Markt und einem »perfekten« Wettbewerb schlechthin eine Form höherer Vernunft zu lokalisieren. »Freie« Konkurrenz verspricht demnach regelmäßig Spitzenergebnisse; obrigkeitliche Eingriffe in das von dem Angebot und der Nachfrage zahlreicher autonomer Wirtschaftssubjekte befeuerte System müssen daher seltene Ausnahmen bleiben und sind auf ein Minimum zu beschränken.¹² Doch der Blick durch diese Brille liefert ein verzerrtes Bild der modernen Wirklichkeit, in der einerseits mächtige Konzerne gewaltige Profite einfahren, während andere, meist kleinere Anbieter massivem Preis- und Kostendruck ausgesetzt sind.

Wenn man die propagierte Individualisierung inklusive der verordneten Selbstoptimierung und Eigenverantwortung auch für kollektive Risiken zugunsten von mehr solidarischem Zusammenhalt der Bürger zurückdrängen möchte, erhebt sich vorab die Frage, wie es der neoliberalen Bewegung überhaupt gelingen konnte, Politik und Publikum von den angeblich alternativen »Reformen« (Unternehmens- und Spitzensteuersenkungen, Ausbau des Niedriglohnssektors, Förderung der Leiharbeit, Einführung von Hartz IV,

11 Vgl. Helmedag, Fritz, Trügerisches Wirtschaftswissen: Akademische Fehltritte und populäre Irrtümer im Überblick, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 41 (2015), S. 291-302. Darauf antwortete Haucap, Justus, Fritz Helmedags vermeintlich trügerisches Wirtschaftswissen anderer Ökonomen, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 41 (2015), S. 303-306. Die Gegenrede folgte auf der Stelle: Helmedag, Fritz, Schattenboxen mit Scheuklappen: Haucaps Verteidigung trügerischen Wirtschaftswissens, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 41 (2015), S. 307-310.

12 Beim »Fußvolk« ist allzu selten bekannt, dass das (neoklassische) Forschungsziel gescheitert ist, in einem idealtypischen Angebots-Nachfrage-Modell unter akzeptablen Annahmen Eindeutigkeit und Stabilität eines allgemeinen Gleichgewichts nachzuweisen. Vgl. Helmedag, Fritz, Ohne Werte und kreislaufschwach: Zum Status der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie, in: Helmedag, Fritz/Reuter, Norbert (Hrsg.), Der Wohlstand der Personen, Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn, Marburg 1999, S. 43-68. Dagegen hat die klassische Arbeitswertlehre allen Anfechtungen Stand gehalten. Vgl. Helmedag, Fritz, Warenproduktion mittels Arbeit, Zur Rehabilitation des Wertgesetzes, 3., überarbeitete und ergänzte Aufl., Marburg 2018.

Renten Kürzungen etc.) am Leitbild einer zunächst durchaus auf gesellschaftlichen Ausgleich bedachten »Sozialen Marktwirtschaft« zu überzeugen.¹³

Hierzu werden seit Dezennien – verstärkt nach dem Untergang des real existierenden Sozialismus – regelmäßig und abwechselnd drei Schreckgespenste an die Wand gemalt, um mit deren Unterstützung gehörigen Anpassungsdruck vor allem in der Arbeiterschaft und bei den sozial Benachteiligten zu erzeugen:

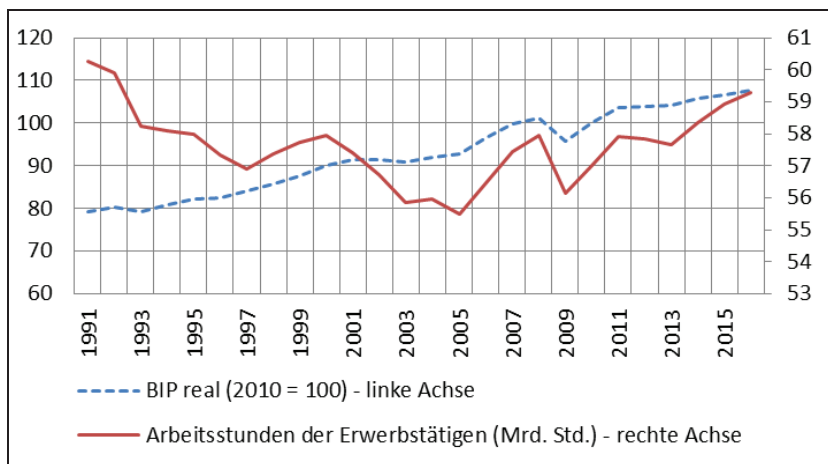
- Die *Globalisierung* erfordere die permanente Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere durch Zurückhaltung bei den Lohn- und Lohnnebenkosten. Geschehe das nicht in hinreichendem Ausmaß, geriete der Standort Deutschland ins Hintertreffen und Unternehmen wanderten massenhaft ins billigere Ausland ab.
- Der *demographische Wandel* erzwingt einschneidende Abstriche bei den Sozialleistungen, die nicht mehr zu finanzieren seien. So führe an einer kapitalgedeckten privaten Altersvorsorge und an längeren (Lebens-) Arbeitszeiten kein Weg vorbei.
- Die *Digitalisierung* oder wahlweise die *Vierte Industrielle Revolution* schreckt schließlich mit dem Damoklesschwert technologischer Erwerbslosigkeit, die nicht nur über einfachen Tätigkeiten schwebt: Die Maschine drohe mehr denn je, die Arbeit vielerorts zu ersetzen.

Alles in allem soll den abhängigen Erwerbspersonen und den ärmeren Mitbürgern die Einsicht in die Notwendigkeit vermittelt werden, in ihrem eigenen Interesse von einem ungerechtfertigten Anspruchsdenken abzurücken. Schließlich sei es überzogen, aussichtslos und letzten Endes sogar schädlich, von den Unternehmen oder dem Staat die Erfüllung illusorischer Forderungen zu verlangen.

Handelte es sich wirklich um ein unumgängliches Schicksal, wäre gegen das Auseinanderdriften der Lebensbedingungen und -perspektiven als unvermeidliche Nebenwirkung der Konkurrenzzwänge im universalen Kapitalismus kein Kraut gewachsen. Indes adressieren die (geschürten) Ängste kein

13 Allerdings waren die Vorstellungen über den Inhalt der Konzeption zwischen Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard, die oft als »Gründerväter« der spezifisch bundesrepublikanischen Wirtschaftsordnung im Wettstreit zwischen West und Ost bezeichnet werden, spätestens ab 1960 nicht mehr miteinander zu versöhnen. Vgl. dazu Zinn, Karl G., Soziale Marktwirtschaft, Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung, Mannheim 1992, S.48ff. Das im Handel vergriffene Buch ist verfügbar unter <https://www.tu-chemnitz.de/wirtschaft/vwl2/downloads/material/KarlGeorgZinn.pdf>.

Abb. 1: Reales BIP und Erwerbstätigenstunden



Quelle: www.destatis.de

besiegeltes Los, dem wachsende Bevölkerungsteile *nolens volens* ausgeliefert sind. Vielmehr existieren Spielräume für eine Wirtschaftspolitik, die es erlaubt, das unterdessen notwendige Fragezeichen hinter Ludwig Erhards früherer Verheißung »Wohlstand für alle« durch ein Ausrufezeichen zu ersetzen und so zum appellierenden Motto zu erheben.¹⁴ Tatsächlich lassen sich überzeugende Argumente vorbringen, dass die düsteren Prognosen keineswegs einen zwangsläufigen Prozess beschreiben.

2.

Wohlstand für alle!

In seiner 1. Mai-Rede 2018 auf dem Marktplatz in Witten hat Heinz-J. Bontrup etliche Maßnahmen angesprochen, die wirtschaftspolitisch dringend geboten sind, um die gerade beschriebenen Fehlentwicklungen zu korrigie-

14 Die »Ikone der Sozialen Marktwirtschaft« hat das Furore machende Buch mit dem zum Slogan gewordenen Titel erstmals im Bundestagswahlkampf 1957 veröffentlicht. Mit Stolz verweist der von 1949 bis 1963 amtierende Wirtschaftsminister in der achten Auflage von 1964 auf die beeindruckende Prosperität jener Phase. In Preisen von 1954 ist das Bruttosozialprodukt zwischen 1950 und 1962 von 112,9 Mrd. DM auf 280,3 Mrd. DM angestiegen, die Wirtschaftsleistung hat sich demnach nahezu verzweieinhalbacht. Vgl. Erhard, Ludwig, Wohlstand für alle, 8. Aufl., Düsseldorf 1964, S. 10.

ren.¹⁵ Dabei hat er erwartungsgemäß der von ihm seit Langem geforderten individuellen Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich zum Abbau der Massenerwerbslosigkeit einen hohen Rang zugewiesen.

Die folgenden Ausführungen illustrieren und ergänzen die von Bontrup geforderten tarifpolitischen Schritte. Ehe die Zusammenhänge in einige Formeln gegossen werden, sei zunächst der empirische Befund betrachtet. Abbildung 1 zeigt die Entwicklungen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sowie des Arbeitsvolumens im wiedervereinigten Deutschland. Aus dem Verlauf der beiden Größen resultiert die Forderung nach einer kürzeren Vollarbeitszeit.

Seit 1991 hat sich der Indexwert des realen BIP zwar von 79 auf 110,2 im Jahr 2016 erhöht. Mit dieser beträchtlichen Zunahme über den Zeitraum hinweg war aber keine entsprechende Steigerung der Zahl der jährlich verrichteten Erwerbstätigenstunden verbunden. Ausgehend von 60,3 Mrd. Stunden fiel das Arbeitsvolumen nahezu kontinuierlich bis auf 55,5 Mrd. Stunden im Jahr 2005, um sich erst anschließend im Trend zu erholen. Es liegt freilich 2016 mit 59,3 Mrd. Stunden noch immer unter dem Ausgangsniveau.¹⁶ Während des Berichtszeitraums hat sich jedoch die Anzahl der Arbeitnehmer nach einem Rückgang und einer Stagnation bis zur Jahrtausendwende mehr oder weniger stetig auf ungefähr 39 Millionen erhöht. Mit dieser Aufwärtsentwicklung ging eine ziemlich kontinuierliche Abnahme der durchschnittlich geleisteten Jahresarbeitszeit der Lohnabhängigen von 1479 auf 1293 Stunden einher.¹⁷

Seit Jahren beträgt die wöchentliche Durchschnittsarbeitszeit aller Beschäftigten etwas mehr als 29 Stunden.¹⁸ Demnach ist die Forderung Bontrups, alles in allem betrachtet, schon länger Realität geworden. Allerdings fällt die Verteilung der Arbeitszeit höchst asymmetrisch aus. Im Jahr 2016 be-

15 Vgl. <http://www.arbeitszeitverkuerzung-jetzt.de/home/neuigkeiten/artikel/1mai-rede-2018-in-witten-marktplatz-von-prof-dr-heinz-j-bontrup.html>.

16 So gesehen kann man den Titel einer aktuellen Veröffentlichung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung »Arbeitsvolumen so hoch wie nie« durchaus als Propaganda bezeichnen. Erst in der Prognose für 2018 wird der Wert von 1991 knapp übertroffen. Vgl. IAB- Prognose für 2017/2018, in: IAB-Kurzbericht 21/2017, S. 1-12.

17 Vgl. den Tabellenanhang zum Memorandum 2018, Preis der »schwarzen Null«: Verteilungsdefizite und Versorgungslücken, hrsg. von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Köln 2018.

18 Vgl. IAB-Prognose, a. a. O., S. 11.

läuft sich die Zahl der in regulärer Teilzeit Beschäftigten auf nahezu zehn Millionen Menschen. Ihre Arbeitszeit beträgt im Mittel 16,38 Wochenstunden.¹⁹ Die überwiegende Mehrzahl dieser Personen würde gerne ihr Einkommen durch eine (etwas) längere Arbeitszeit aufstocken. Zugleich wollen nach einer Umfrage der IG Metall zwei Drittel der Befragten weniger arbeiten.²⁰ Eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeitszeit ist demnach durchaus im Interesse vieler Werktätiger. Zudem wurden im Jahr 2016 insgesamt 947 Millionen unbezahlte und 782 Millionen bezahlte Überstunden verrichtet, eine Zusatzleistung, die gewiss nicht immer aus reinem Eigeninteresse der Belegschaften erfolgte.

Eine kürzere Vollzeit entspricht aber nicht nur den Wünschen der meisten Arbeitnehmer, es ist auch der einzig erfolgversprechende Weg, um unter den gegebenen Verhältnissen in überschaubarer Zeit Vollbeschäftigung zu verwirklichen, wie es die Regierungsparteien im eingangs erwähnten Koalitionsvertrag vereinbart haben. Den statistischen Hintergrund dieser Aussage bietet Tabelle 1, die seit 2011 die jährlichen Veränderungsraten des preisbereinigten BIP (Y), der Stundenproduktivität (y) sowie des Arbeitsvolumens (N) enthält.

Freilich werden nicht alle Daten der unten stehenden Tabelle unabhängig voneinander erhoben. Die Werte ergänzen sich ohne Rest zueinander, weil sich eine Zahlenreihe aus den beiden anderen ergibt. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung liefert die in Abbildung 1 wiedergegebenen Verläufe des realen BIP sowie des Arbeitsvolumens. Daraus wird die relative Variation der

*Tab. 1: Entwicklungen des realen BIP,
der Stundenproduktivität und des Arbeitsvolumens*

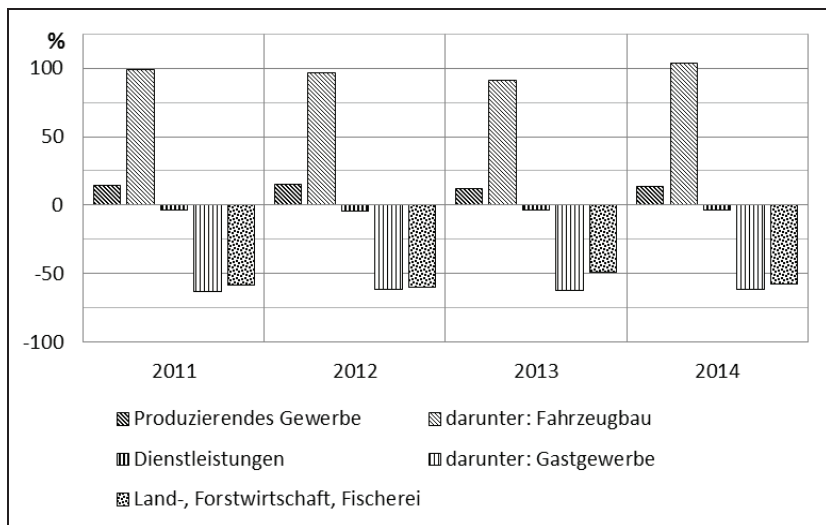
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
(1) Reales BIP	+ 3,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9
(2) Stundenproduktivität	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,3
(3) Arbeitsvolumen	+ 1,6	– 0,1	– 0,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6

Quelle: IAB-Prognose, a. a. O., S. 10

¹⁹ Vgl. ebenda.

²⁰ Vgl. DGB, Arbeitszeit-Vielfalt für Beschäftigte – durch Tarifvertrag und Gesetz!, klar-text Nr. 07/2018.

Abb. 2: Abweichungen der sektoralen Bruttowertschöpfungen pro Arbeitsstunde vom Mittel



Quelle: *www.destatis.de, eigene Berechnungen*

gesamtwirtschaftlichen Stundenproduktivität (dy/y) ermittelt, indem man von der Änderungsrate des BIP (dY/Y) die des Arbeitsvolumens (dN/N) abzieht:

$$\frac{dy}{y} = \frac{dY}{Y} - \frac{dN}{N} \quad (1)$$

Dieses Vorgehen widerspricht jedoch der Vorstellung, die üblicherweise mit der Arbeitsproduktivität als zusammenfassenden Indikator der menschlichen Leistungskraft im Zuge der Gütererzeugung einhergeht. Die Kennziffer soll das Niveau des technischen und organisatorischen Wissens und zugleich die eingebrachten Kenntnisse und Fähigkeiten der Produzenten reflektieren. Zusammenfassend könnte man auch vom »Rationalisierungsgrad« sprechen.²¹ Auf der untersten Ebene verbirgt sich demgemäß hinter der Arbeitsproduktivität einzelner Belegschaftsmitglieder oft eine *Mengen-*

21 Vgl. Bontrup, Heinz-J., Lohn und Gewinn, Volks- und betriebswirtschaftliche Grundzüge, 2. Aufl., München/Wien 2008, S. 258.

relation zwischen Output und Input: So leert ein Müllmann pro Tag soundso viele Abfalltonnen, eine Raumpflegerin reinigt stündlich soundso viel Quadratmeter und ein Bandarbeiter montiert pro Schicht eine bestimmte Anzahl Lenkräder.

Werden indes Informationen gewünscht, die sich auf eine höhere Stufe beziehen, muss mit Wertschöpfungsgrößen pro Arbeitsstunde operiert werden, um etwa eine Leistungsmessung für Abteilungen, Unternehmen oder Branchen vorzunehmen. Dabei ergeben sich erhebliche Unterschiede zum Durchschnitt, wie Abbildung 2 zeigt. Offenbar hängt die jeweilige Dynamik der Arbeitsproduktivität von dem Innovations- und Effizienzsteigerungspotenzial in den einzelnen Sparten ab.²²

Eine einfache Überlegung verdeutlicht, dass die Interpretation der linken Seite von Gleichung (1) als verlässliche Auskunft über den Stand der Produktivkräfte ein Zerrbild liefert. Wenn – wie nach der letzten Finanzmarktkrise – bei fallendem Inlandsprodukt das Arbeitsvolumen wegen Kündigungschutzregelungen und Kurzarbeitergeld praktisch konstant bleibt, ergibt sich rechnerisch ein *Einbruch* der Arbeitsproduktivität. Tatsächlich ist aber kein technisches oder organisatorisches Wissen verloren gegangen: Vorhandenes *Know how* löst sich in der Krise ebenso wenig wie die existierenden Gebäude, Anlagen und Maschinen in Luft auf. Die Ergiebigkeit einer einzelnen nach wie vor verrichteten Arbeitsstunde hat sich eben nicht verringert, während andere Personen womöglich Däumchen drehen (müssen). Der Konjunkturabschwung suggeriert einen scheinbaren Verlust der kreativen Potenz menschlicher Schaffenskraft, was so nicht stattgefunden hat.

Die tatsächliche Kausalität wird verkehrt, wenn die Arbeitsproduktivität als statistisches Artefakt lediglich aus den schon bekannten Größen der rechten Seite von Gleichung (1) ermittelt wird. In Wahrheit ist die Veränderung des *Arbeitsvolumens* Resultat der unterschiedlichen Entwicklungen zwischen dem makro- und mikroökonomischen Ausstoß.²³ Die *ökonomisch* richtige Schreibweise des Zusammenhangs lautet daher:

22 Vgl. zu diesem Komplex Hartwig, Jochen, Structural change, aggregate demand and employment dynamics in the OECD, 1970-2010, in: Structural Change and Economic Dynamics, Bd. 34 (2015), S. 36-45.

23 Vgl. zur weltweit beobachtbaren Verlangsamung des Produktivitätswachstums Herzog-Stein, Alexander / Horn, Gustav A., The Productivity Puzzle: It's the Lack of Investment, Stupid!, in: Intereconomics 2018, Heft 2, S. 69-75.

$$\frac{dN}{N} = \frac{dY}{Y} - \frac{dy}{y} \quad (2)$$

Jetzt steht links des Gleichheitszeichens die Reaktion des Arbeitsvolumens als abhängiger Variable, die von einer differierenden gesamt- und einzelwirtschaftlichen Ertragsdynamik determiniert wird. Diese Größen unterliegen wiederum höchst disparaten Einflussfaktoren; vor Ort zählen Verbesserungen der Technik, der Betriebsorganisation und der Markterfolg zu den wesentlichen Treibern, in der Totalaufnahme entscheidet hingegen die effektive Nachfrage und dabei vor allem die Entwicklung der autonomen Ausgaben.²⁴ Gleichung (2) ist der formale Ausdruck der von Bontrup geteilten »Scherentheorie«, wonach eine stärker als die Gesamtleistung zunehmende Arbeitsproduktivität stets einen Rückgang der in den heimischen Produktionsprozessen benötigten Stunden pro Jahr heraufbeschwört.²⁵

Genauso wie das Arbeitsvolumen als passive Kennziffer den unterschiedlichen Verlauf des Inlandsprodukts und der Stundenproduktivität reflektiert, spiegelt die Beschäftigtenzahl (B) die divergente Veränderung der kollektiv bzw. individuell (n) verrichteten Stunden wider:

$$\frac{dB}{B} = \frac{dN}{N} - \frac{dn}{n} \quad (3)$$

Zweifellos steigt bei nicht schrumpfendem Arbeitsvolumen der Personalbestand immer, wenn jeder Werktätige weniger arbeitet ($dn < 0$). Das Gegenteil gilt jedoch ebenfalls: Verlängerte Arbeitszeiten, etwa aufgrund von Betriebsvereinbarungen oder einem späteren Eintritt in den Ruhestand, schlagen sich *ceteris paribus* in einem Stellenabbau nieder.

Heinz-J. Bontrup verlangt freilich nicht nur eine Verkürzung der Normarbeitszeit auf 30 Wochenstunden, er möchte zudem, dass dies bei vollem

24 Vgl. zu den Bestimmungsgründen des Inlandsprodukts Helmedag, Fritz, Möglichkeiten und Grenzen einer beschäftigungsfördernden Lohnpolitik, in: Kromphardt, Jürgen (Hrsg.), Zur aktuellen Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise, Schriften der Keynes-Gesellschaft, Bd. 6, Marburg 2013, S. 145-158.

25 Vgl. Helmedag, Fritz, Nur mehr Stundenlohn oder auch weniger Arbeitsstunden?, Gewerkschaftsforderungen im Widerstreit, in: Hagemann, Harald / Kromphardt, Jürgen (Hrsg.), Keynes, Schumpeter und die Zukunft der entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften, Schriften der Keynes-Gesellschaft, Bd. 9, Marburg 2016, S. 273-287, S. 284.

Lohn- und Personalausgleich geschieht. Wie lassen sich diese Forderungen analytisch präzisieren? Das Realeinkommen eines Beschäftigten besteht aus der Multiplikation des (deflationierten) Lohnsatzes (w) mit der vergüteten Stundenzahl. Die Kaufkraft des Entgelts bleibt demnach gleich, sofern die preisbereinigte Lohnerhöhung und die Arbeitszeitreduktion einander die Waage halten:

$$\frac{dw}{w} = -\frac{dn}{n} \quad (4)$$

Falls das Konzept der »Goldenen Lohnregel« zum Tragen kommt, steigen die Stundenverdienste um die reale Arbeitsproduktivitätserhöhung zuzüglich Inflationsrate. Ein solcher Abschluss gewährleistet zwar Neutralität bezüglich der funktionalen Einkommensverteilung, sichert aber mitnichten die Konstanz der Beschäftigung. Setzt man Gleichung (2) in den Ausdruck für die Personalentwicklung (3) ein, ergibt sich:

$$\frac{dB}{B} = \frac{dY}{Y} - \frac{dy}{y} - \frac{dn}{n} \quad (5)$$

Da in Formel (5) der Lohnsatz direkt gar nicht vorkommt, kann selbst eine Bezahlungsanpassung in Höhe der Arbeitsproduktivitätsentwicklung für sich gesehen keineswegs stabile Belegschaftsgrößen garantieren, wie manche Kritiker der Scherentheorie meinen. Bei unveränderter Arbeitszeit ($dn = 0$) kommt es vielmehr auf die Relation zwischen der gesamtwirtschaftlichen (dY/Y) und der einzelwirtschaftlichen (dy/y) Ertragsmodifikation an, wie die Stellenzahl variiert. Bei zu schwacher gesamtwirtschaftlicher Dynamik kann die Erwerbslosigkeit auch zunehmen. Nur bei einer (zufälligen) Überstimmung der beiden Veränderungsraten herrscht – bei unveränderter Stundenzahl pro Kopf – an der Beschäftigungsfront Stille.

Sofern das BIP expandiert, bräuchte eine Arbeitszeitverkürzung im Umfang der prozentualen Erhöhung der Stundenproduktivität ($dy/y = -dn/n$) laut Gleichung (5) mehr Leute in Lohn und Brot. Das wäre jedoch noch nicht die Umsetzung des von Bontrup propagierten Programms, denn der relative Anstieg der Stellenzahl (dB/B) entspricht dann nur der Wachstumsrate des realen BIP. Angesichts der zu beklagenden Massenerwerbslosigkeit und der prognostizierten recht bescheidenen Aufwärtsbewegung des gesamten Arbeitsvolumens – als Differenz der ersten beiden Brüche auf der rechten Seite von Aus-

druck (5) – in Höhe von bloß 1,1 % für 2017 und 2018²⁶ *muss* die individuelle Arbeitszeitminderung viel stärker ausfallen, damit es zu einer nennenswerten Personalaufstockung kommt. Bontrup hat daher 2016 für Vollzeitbeschäftigte eine jährliche Arbeitszeitverkürzung in Höhe von 4 % vorgeschlagen, um in einer Adaptionphase von fünf Jahren eine durchschnittliche Arbeitszeit von 30 Stunden zu erreichen. Dabei hat er eine Produktivitätserhöhung um insgesamt 30 % berücksichtigt.²⁷ Konkret sieht eine (branchenübergreifende) Tarifierung z. B. wie folgt aus: Arbeitszeitverkürzung 4 %, Reallohnsteigerung 4 % plus Inflationszuschlag im Umfang der (angestrebten oder) tatsächlichen Preissteigerungsrate. Selbstverständlich zieht die Realisierung eines solchen Zielkatalogs einen (Wieder-)Anstieg der Lohnquote (mindestens) auf das um die Jahrtausendwende herrschende Niveau nach sich: Umverteilung tut dringend not!²⁸ Mehr Geld in Händen der Belegschaften führt überdies zu mehr Importen, was die problematischen Leistungsbilanzüberschüsse des Exportweltmeisters Deutschland eindämmt.

Solche Überlegungen haben sich leider kaum in den Ergebnissen der letzten Tarifrunden niedergeschlagen. Dies ist außerordentlich bedauerlich, denn die gegenwärtig ziemlich schwach gewordene Verhandlungsmacht der Gewerkschaften wird sich erst in dem Maß erholen, wie es gelingt, das Arbeitsangebot deutlich zu reduzieren. Vor diesem Hintergrund müssten aus Sicht der Werktätigen Arbeitszeitverkürzungen sogar *Priorität* gegenüber Vergütungsanpassungen erhalten. Denn es liegt selbst bei Abstrichen vom vollen Inflationsausgleich nach einem spürbaren Arbeitszeitaabbau im langfristigen wohlverstandenen Interesse der abhängigen Erwerbspersonen und ihrer Interessenvertreter, »ihre« Ware Arbeitskraft zu verknappen. Infolge solcher Rationierungen lassen sich von der Gegenseite leichter höhere Lohnsätze und bessere Arbeitsbedingungen abringen. Dabei mag der Freizeitgewinn über eine eventuell etwas geringere individuelle Kaufkraft hinwegtrösten.

26 Vgl. IAB-Prognose, a. a. O., S. 10.

27 Vgl. Bontrup, Heinz-J., Noch Chancen für Wachstum und Beschäftigung? Wachstumskritik – Arbeitszeitverkürzung fordern, Bergkamen 2016, S. 58. Drei Jahre früher hielt er noch um 5 % kürzere Arbeitszeiten für erforderlich. Vgl. Bontrup, Heinz-J., Krisenkapitalismus und EU-Verfall, Köln 2013, S. 89.

28 Sogar die deutschen Währungshüter sprechen von »einer in den letzten Jahren vergleichsweise moderaten Lohnentwicklung ...«. Deutsche Bundesbank, Lohnwachstum in Deutschland: Einschätzung und Einflussfaktoren der jüngeren Entwicklung, in: Monatsbericht April 2018, S. 13-28, S. 13.

Wenn die im Koalitionsvertrag vereinbarte Vollbeschäftigung wirklich in die Tat umgesetzt werden soll, dann hat die Regierung konsequenterweise für mehr (qualitatives und ressourcenschonendes) Wachstum zu sorgen – die erste Determinante auf der rechten Seite von Gleichung (5). Hierfür ist es dringend geboten, der »schwarzen Null« Ade zu sagen, um stattdessen das Angebot öffentlicher Güter erheblich auszudehnen.²⁹ Den Gewerkschaften obliegt es hingegen, in erster Linie für kräftige Arbeitszeitverkürzungen zu kämpfen, damit sich das Vorzeichen des letzten Bruchs in der Personalformel (5) ins Positive dreht und der Betrag möglichst groß ausfällt. Ergreifen die verantwortlichen Politiker und Funktionäre die nötigen Maßnahmen nicht oder nur halbherzig, wird die Gesellschaft ferner unter drückender Arbeitslosigkeit leiden, woran sie – ungeachtet aller Kaschierungsbemühungen – eines hässlichen Tages zerbrechen kann. Heinz-J. Bontrup hat früh die Zeichen der Zeit erkannt, vor Fehlentwicklungen gewarnt und Wege zur Korrektur gewiesen. Hoffentlich findet sein aufklärerisches Wirken künftig noch weitaus mehr Resonanz als in der Vergangenheit.

Literaturangaben

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.), Memorandum 2018, Preis der »schwarzen Null«: Verteilungsdefizite und Versorgungslücken, Köln 2018.
- Bartels, Charlotte, Einkommensverteilung in Deutschland von 1871 bis 2013: Erneut steigende Polarisierung seit der Wiedervereinigung, in: DIW Wochenbericht 3/2018, S. 51–58.
- Bericht zur weltweiten Ungleichheit, <http://wir2018.wid.world/files/download/wir2018-summary-german.pdf>.
- Bertelsmann-Stiftung, Kinderarmut ist in Deutschland oft ein Dauerzustand (2017), URL: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/es/themen/aktuelle-meldungen/2017/oktober/kinderarmut-ist-in-deutschland-oft-ein-dauerzustand>, Stand: 23.5.2018.
- Bofinger, Peter, Horn, Gustav A., Schmid, Kai D., van Treek, Till, Thomas Piketty und die Verteilungsfrage, Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland, SE Publishing 2015.
- Bontrup, Heinz-J., Lohn und Gewinn, Volks- und betriebswirtschaftliche Grundzüge, 2. Aufl., München/Wien 2008.
- Bontrup, Heinz-J., Der diskreditierte Staat, Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen, Bergkamen 2012.

29 Vgl. Helmedag, Fritz, Mit der Schuldenbremse zum Systemcrash, in: Gesmann-Nuissl, Dagmar, Hartz, Ronald, Dittrich, Marcus (Hrsg.), Perspektiven der Wirtschaftswissenschaften, Wiesbaden 2014, S. 123–158.

- Bontrup, Heinz-J., *Krisenkapitalismus und EU-Verfall*, Köln 2013.
- Bontrup, Heinz-J., *Pikettys Kapitalismus-Analyse, Warum die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden*, Bergkamen 2014.
- Bontrup, Heinz-J., *Noch Chancen für Wachstum und Beschäftigung? Wachstumskritik – Arbeitszeitverkürzung fordern*, Bergkamen 2016.
- Bontrup, Heinz-J., *Kein Grund zum Jubeln – Arbeitslosigkeit wird schlicht wegdefiniert*, in: *Frankfurter Rundschau*, 9.1.2018, S. 15.
- Bontrup, Heinz-J., Rede zum 1. Mai 2018, <http://www.arbeitszeitverkuerzung-jetzt.de/home/neuigkeiten/artikel/1mai-rede-2018-in-witten-marktplatz-von-prof-dr-heinz-j-bontrup.html>.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales, *Armuts- und Reichtumsbericht* (2017), <http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Startseite/start.html>.
- CDU, CSU, SPD, *Ein neuer Aufbruch für Europa, Eine neue Dynamik für Deutschland, Ein neuer Zusammenhalt für unser Land: Koalitionsvertrag* (2018), https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1.
- Deutsche Bundesbank, *Lohnwachstum in Deutschland: Einschätzung und Einflussfaktoren der jüngeren Entwicklung*, in: *Monatsbericht* April 2018, S. 13-28.
- DGB, *Arbeitszeit-Vielfalt für Beschäftigte – durch Tarifvertrag und Gesetz!*, *klartext* Nr.07/2018.
- Erhard, Ludwig, *Wohlstand für alle*, 8. Aufl., Düsseldorf 1964.
- Hartwig, Jochen, *Structural change, aggregate demand and employment dynamics in the OECD, 1970-2010*, in: *Structural Change and Economic Dynamics*, Bd.34 (2015), S. 36-45.
- Haucap, Justus/Fritz Helmedags *vermeintlich trügerisches Wirtschaftswissen anderer Ökonomen*, in: *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Bd.41 (2015), S.303-306.
- Helmedag, Fritz, *Ohne Werte und kreislaufschwach: Zum Status der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie*, in: Helmedag, Fritz, Reuter, Norbert (Hrsg.), *Der Wohlstand der Personen*, Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn, Marburg 1999, S. 43-68.
- Helmedag, Fritz, *Möglichkeiten und Grenzen einer beschäftigungsfördernden Lohnpolitik*, in: Kromphardt, Jürgen (Hrsg.), *Zur aktuellen Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise*, *Schriften der Keynes-Gesellschaft*, Bd. 6, Marburg 2013, S. 145-158.
- Helmedag, Fritz, *Mit der Schuldenbremse zum Systemcrash*, in: Gesmann-Nuissl, Dagmar/Hartz, Ronald/Dittrich, Marcus (Hrsg.), *Perspektiven der Wirtschaftswissenschaften*, Wiesbaden 2014, S. 123-158.
- Helmedag, Fritz, *Trügerisches Wirtschaftswissen: Akademische Fehlurteile und populäre Irrtümer im Überblick*, in: *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Bd.41 (2015), S. 291-302.
- Helmedag, Fritz, *Schattenboxen mit Scheuklappen: Haucaps Verteidigung trügerischen Wirtschaftswissens*, in: *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Bd.41 (2015), S. 307-310.
- Helmedag, Fritz, *Nur mehr Stundenlohn oder auch weniger Arbeitsstunden?*, *Gewerkschaftsforderungen im Widerstreit*, in: Hagemann, Harald, Kromphardt, Jürgen (Hrsg.), *Keynes, Schumpeter und die Zukunft der entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften*, *Schriften der Keynes-Gesellschaft*, Bd. 9, Marburg 2016, S. 273-287.
- Helmedag, Fritz, *Warenproduktion mittels Arbeit, Zur Rehabilitation des Wertgesetzes*, 3., überarbeitete und ergänzte Aufl., Marburg 2018.

Herzog-Stein, Alexander / Horn, Gustav A., The Productivity Puzzle: It's the Lack of Investment, Stupid!, in: *Intereconomics* 2018, Heft 2, S. 69-75.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB-Prognose für 2017/2018, in: IAB-Kurzbericht 21/2017, S. 1-12.

Piketty, Thomas, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014 (französisch 2013).

Zinn, Karl G., *Soziale Marktwirtschaft, Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung*, Mannheim 1992.

Marktmacht als Herausforderung der Wettbewerbspolitik

Horst Gischer und Fritz Helmedag

1. Heimat statt Standort!

In der Konzeption einer wie auch immer näher gekennzeichneten Marktwirtschaft – „frei“, „sozial“ oder „nachhaltig“ – spielt der Wettbewerb eine Schlüsselrolle. Zu seiner Eigenart gehört, dass er *dynamisch*, d. h. als Abfolge von Aktionen und Reaktionen verläuft. Die dabei auftretenden wechselseitigen Beeinflussungen zwischen dem Konkurrenzgeschehen einerseits und seinem politischen und gesellschaftlichen Umfeld andererseits lassen sich von der Industriellen Revolution bis in die Gegenwart beobachten. Die aktuelle Diskussion dreht sich um die rapide voranschreitende „Entnationalisierung“ der traditionellen Arbeitsteilung hin zu einer quasi weltweit organisierbaren Produktion.

In diesem Zusammenhang haben sich in der jüngsten Vergangenheit die Assoziationen verändert, welche die Bezeichnung „Wettbewerbspolitik“ hervorruft. In der Nachkriegsära waren es hauptsächlich Gedanken, die um das klassische wirtschaftspolitische „Ziele / Mittel / Träger“-Schema kreisten: Es ging darum, möglichst kompetitive Marktstrukturen zu schaffen und zu erhalten, die sich an bestimmte, im Einzelnen durchaus kontrovers diskutierte wettbewerbspolitische Leitbilder anlehnten. Wer heute von „Wettbewerbspolitik“ spricht, hat demgegenüber weniger die Eindämmung wirtschaftlicher Macht auf konzentrierten oder koordinierten Märkten im Sinn, sondern denkt viel eher an den „Standort“, d. h. an die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Während man

bis 1989 unter „Systemwettbewerb“ die Konkurrenz zwischen Markt- und Planwirtschaft verstand, meint man mit diesem Begriff nunmehr das Streben der Volkswirtschaften, attraktive Produktionsstätten zu bieten.

Während der Existenz des real existierenden Sozialismus bestand in demokratischen Marktwirtschaften – insbesondere in Westdeutschland – der Grundkonsens, sich gerade auch für die Lohnabhängigen als die überlegene Alternative zu erweisen. Der Titel des Buches von Ludwig Erhard aus dem Jahr 1957 war Programm: „Wohlstand für alle“. In der Folge nahm der Staat stärker auf die Interessen breiter Bevölkerungsschichten und die Belange der sozial Schwachen Rücksicht. Diese „Sozialdemokratisierung“ strahlte sogar auf die Unionsparteien aus – etwa mit der Einführung der bruttolohnbezogenen Rente –, was natürlich nicht bei allen Konservativen Zuspruch fand.

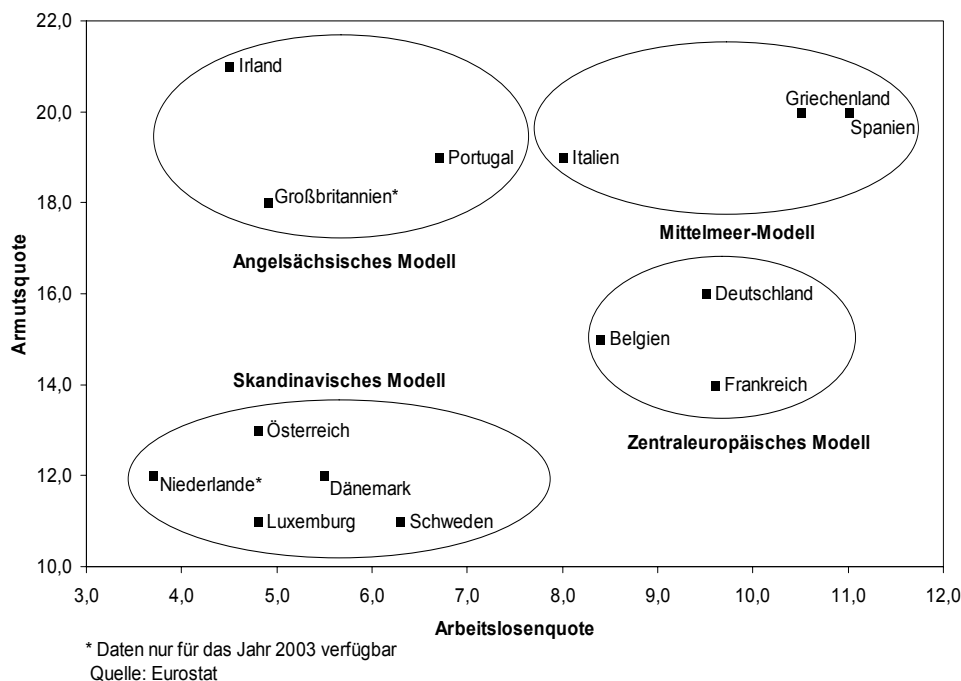
Doch seit etlichen Jahren weht ein anderer Wind. Im Zuge der Liberalisierung der Finanzmärkte, des Abbaus von Handelshemmnissen, der Senkung der Informations- und Transportkosten und der Erleichterung von Wanderungsbewegungen haben sich der „Logik des Kapitals“ neue Entfaltungsfelder eröffnet. Die sich in vorher nicht gekanntem Maße bietende Option „der Wirtschaft“, ökonomische Aktivitäten an anderer Stelle auszuüben, setzen die nationalen Regierungen unter Druck und zwingen sie anscheinend mit eiserner Notwendigkeit, die sog. Angebotsbedingungen zu verbessern. Im Vorwort eines soeben erschienenen einschlägigen Sammelbandes heißt es treffend: „Diese exitbedingte Entmonopolisierung staatlichen Handelns gibt den Privaten also Macht, den Staat in die Funktion eines Mitbewerbers im Systemwettbewerb um die mobilen Ressourcen zu zwingen.“¹ Die daraus abgeleiteten Forderungen pfeifen inzwischen die Spatzen von den Dächern: Einerseits sind die Löhne und die Lohnnebenkosten zu senken, die Arbeitszeiten zu verlängern sowie der Kündigungsschutz abzubauen. Andererseits werden geringere Unternehmenssteuersätze und zugleich die Umschichtung öffentlicher Mittel zu Gunsten der Förderung von Forschung und Innovation angemahnt. Mit einem Wort: „The factor labour is the victim of globalisation.“² Es erhebt sich indes die Frage, ob das so sein muss.

¹ Schäfer 2006, 5.

² Sinn 2004, 27.

In der Abbildung 1 werden Länder an Hand zweier einheitlich erhobener Kriterien gruppiert. Die *Armutsquote* gibt den Anteil der Personen an der Bevölkerung an, deren Äquivalenzeinkommen nach Sozialtransfers weniger als 60 Prozent des nationalen Median-Äquivalenzeinkommens beträgt. Die *Arbeitslosenquote* nennt den Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung, die sich aus den Erwerbstätigen sowie den Arbeitslosen zusammensetzt.³

Abbildung 1: Systemvergleich 2004



Bei aller Unzulänglichkeit und ohne die beiden Messziffern auf ihre Sinnhaftigkeit näher zu prüfen, lässt sich doch zumindest eine Tendenzaussage über die Lebensqualität der Lohnabhängigen in den einzelnen

³ Als erwerbstätig gilt, wer pro Woche eine Stunde gegen Entgelt arbeitet. Arbeitslos sind Personen, die in den letzten zwei Berichtswochen für eine Entgelttätigkeit zur Verfügung standen und innerhalb der letzten vier Berichtswochen aktiv auf Arbeitssuche waren.

Ländern machen. Anscheinend ist die Globalisierung kein blind wütendes Schicksal, dem man sich ohne Widerstand fügen muss. Stattdessen lassen sich mit einer adäquaten Wirtschaftspolitik die Verhältnisse durchaus zum Besseren wenden; es gibt Sieger und Verlierer im Wettstreit um den Wohlstand der Nationen. Am schlechtesten kommt das „Mittelmeer-Modell“ weg, während das skandinavische Konzept am besten abschneidet. Die gängigen Empfehlungen trachten offenbar danach, Deutschlands „zentraleuropäische“ Wirtschaftspolitik verstärkt nach „angelsächsischen“ Prinzipien umzugestalten, d. h. eine höhere Beschäftigung mit mehr Armut zu erkaufen.⁴ Es ist jedoch keineswegs von vornherein ausgemacht, dass dieser Preis gezahlt werden sollte, vor allem nicht von den Betroffenen. Trotz aller Problematik des Vergleichs der zum Teil recht unterschiedlichen Volkswirtschaften scheint vielmehr der Weg in den Norden eher zum Ziel zu führen: Eine wohlstandsmehrende Wirtschaftspolitik ist machbar, allerdings mit Rezepten, die anders lauten als die unserer „Standortretter“.

An dieser Stelle ist es freilich nicht geboten, darauf detailliert einzugehen und etwa die Höhe der Abgaben zu erörtern. Eine Bemerkung immerhin sei gestattet: Es spricht von wenig Zeitkonsistenz, wenn man über leere öffentliche Kassen lamentiert, nachdem beachtliche Steuergeschenke ausgereicht wurden. Die Rede ist zum Beispiel von der angeblich durch die Globalisierung erzwungenen und sogar die Begünstigten in ihrem Volumen überraschenden Unternehmenssteuerreform des Jahres 2000: Sie schlug mit knapp 60 Milliarden Euro Minderertrag zu Buche, ohne auch nur im Entferntesten den in Aussicht gestellten Investitionsschub auszulösen.

Zum Thema gehört jedoch, dem merkantilistischen Denken entgegenzutreten, das sich mit der Debatte um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands (wieder) verbreitet hat. Die Steigerung des Außenbeitrags gilt unterdessen oft als *non plus ultra* der ökonomischen Ratio, während das in § 1 des (immer noch geltenden) Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes genannte Ziel „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ in den Hintergrund gerückt ist. Das Paradoxe der Globalisierungsdebatte besteht darin, dass freier Außenhandel angeblich stets positive

⁴ Die Vereinigten Staaten von Amerika sind in der Darstellung nicht enthalten, da dort als bedürftig gilt, wer über weniger als einen bestimmten Geldbetrag verfügt.

Wohlfahrtseffekte hervorbringe, aber viele Personen dennoch Einkommensverzicht zu üben hätten, um im Kampf der Standorte zu überleben.

Im Unterschied dazu war es früher die allgemein anerkannte Lehre, dass ein Land sinnvollerweise deshalb exportiert, um mit den erzielten Erlösen die Importe zu bezahlen. Selbstverständlich ist die Forderung nach einer ausgeglichenen Leistungsbilanz kein Aufruf, unsere außergewöhnlich erfolgreiche Exportwirtschaft zu verkleinern. Dahinter verbirgt sich vielmehr die Empfehlung, die Einfuhren als Folge einer *Wachstums-offensive*, d. h. in erster Linie einer Kräftigung der Binnennachfrage auszuweiten. Dazu ist eine produktivitätsorientierte Einkommenspolitik unerlässlich. Lohnrückerei unter dieses Niveau schadet der Beschäftigung, was sich keineswegs durch noch weiter anschwellende Lieferungen an das Ausland kompensieren lässt.

Damit kommen wir zu der Frage, woran erkennbar ist, ob die Konkurrenz das leistet, was man sich von ihr erwartet. Und diesbezüglich liegt einiges im Argen. Seit langem werden mehr oder weniger vage oder gar den kapitalistischen Funktionsbedingungen widersprechende Kriterien (wie die gewinnlose Produktion in der dominierenden neoklassischen Theorie) formuliert, welche angeblich „echten“ Wettbewerb garantieren. Es versteht sich, dass eine derart mangelhaft konzipierte Politik den realen Geschehnissen hinterherläuft und lediglich (oft strittige) Fehlentwicklungen zu korrigieren sucht, statt sich auf objektivierte Eingreifthatbestände zu stützen. Es bedarf also der Klärung, welche Indikatoren auf „korrekte“ Marktergebnisse hindeuten. Das erscheint gegenwärtig besonders dringend.

Ohne jetzt weiter auf die Ursachen, Formen und Wirkungen der weltweiten Vernetzung der Märkte im Einzelnen einzugehen, muss in diesem Zusammenhang aus Sicht der nationalstaatlichen Wettbewerbspolitik auf zweierlei hingewiesen werden: Zum einen beschränkt die Territorialität des Rechts die Kartellbehörden, gegen Vereinbarungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen vorzugehen. Zum anderen ist die Abgrenzung des relevanten Marktes schwieriger denn je, was die Missbrauchsaufsicht bzw. die Fusionskontrolle erschwert, wenn nicht gar obsolet macht. Ein Blick auf die Realität veranschaulicht die Problemkreise.

2. Zwischen Wunsch und Wirklichkeit: Leitbilddiskussion und Wettbewerbspolitik am Beispiel der Elektrizitätsversorgung

Mit der Ausgestaltung der praktischen Wettbewerbspolitik ist die Debatte über die richtungsweisende Konzeption eng verbunden. Die verschiedenen Fassungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) spiegeln den jeweiligen ökonomischen Zeitgeist wider. Der Wandel der theoretischen Auffassungen wird hier schlaglichtartig an einem ausgewählten Sachverhalt nachvollzogen.

Die wohlfahrtstheoretischen Hypothesen über die Vorteilhaftigkeit marktwirtschaftlicher Ordnungen stoßen dort an ihre Grenzen, wo der wettbewerbsbedingte Preismechanismus außer Kraft gesetzt ist. Die Ursachen für dieses, in der einschlägigen Literatur als „Marktversagen“ bezeichnete Phänomen sind vielschichtig.⁵ Die Existenz externer Effekte kann beispielsweise Situationen herbeiführen, in denen die Angebotspreise verzerrt sind, weil nicht alle tatsächlich mit der Produktion zusammenhängenden Kosten in die Kalkulation Eingang gefunden haben. Im Falle der ruinösen Konkurrenz wiederum führen Fertigungsverfahren mit hohen Fixkosten (kurzfristig) zu Preissetzungen, die sich nur an den durchschnittlichen variablen Kosten orientieren, nicht aber an den durchschnittlichen Gesamtkosten. Marktversagen wird darüber hinaus bei der Bereitstellung von öffentlichen Gütern unterstellt, bei der sich die „wahre“ Zahlungsbereitschaft der Konsumenten nicht oder nur mit prohibitivem Aufwand ermitteln lässt und bei der es häufig zum Freifahrerverhalten kommt. Auch die Existenz asymmetrischer Informationsverteilungen kann zu Allokation führen, die im wohlfahrtstheoretischen Sinne suboptimal sind. Die im Folgenden näher beleuchtete Variante von Marktversagen wird regelmäßig als natürliches Monopol bezeichnet und beschreibt eine Produktionstechnik, bei der ein großes Unternehmen jede Menge eines betrachteten Gutes zu niedrigeren Gesamtkosten herzustellen vermag als eine beliebige Zahl kleiner Unternehmen („Subadditivität der Kosten“).

In der Praxis wird bei der leitungsgebundenen Energieversorgung, also bei der Bereitstellung von Elektrizität oder Erdgas, regelmäßig von einem (regionalen) natürlichen Monopol ausgegangen. Weil dann die

⁵ Vgl. für einen ausführlicheren Überblick exemplarisch Berg 2003, 193.

grundsätzlich als Entscheidungskalkül eines Wettbewerbsanbieters unterstellte „Preis-Grenzkosten-Regel“ versagt, erhebt sich ein allokat ionstheoretisches Problem. Die technische Ursache besteht in den für den Energietransport erforderlichen Leitungsnetzen, die regelmäßig im Eigentum und im Besitz eines einzelnen – regional oder auch überregional – tätigen Betreibers sind. Die Veränderungen im wettbewerbspolitischen Umgang mit diesem Phänomen lassen sich an Hand der Gesetzgebung in Deutschland illustrieren.

Häufig beziehen sich die regulatorischen Aktivitäten nicht allein auf die Wettbewerbsaufsicht im engeren Sinne, vielmehr gilt es, zusätzlichen Rechtsnormen zu genügen, die bisweilen detailliert in einzelne Wirtschaftsbereiche eingreifen. So stößt etwa die Forcierung des kompetitiven Verhaltens in institutionellen Finanzmärkten, für die eine Marktversagensvermutung aufgrund ruinöser Konkurrenz und asymmetrischer Informationsverteilungen existiert, dort an ihre Grenzen, wo die Vorschriften des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) greifen. Ähnlich verhält es sich mit der leitungsgebundenen Energieversorgung, für die das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)⁶ ergänzende Regelungen trifft. Von welcher faktischen Bedeutung dieses Gesetz sein kann, zeigt sich nicht zuletzt in der in seiner jüngsten Fassung beibehaltenen Enteignungsnorm (§ 45 EnWG), die in ähnlicher Form nur in wenige deutsche Rechtsvorschriften eingegangen ist.

In der Entwicklungsgeschichte der wettbewerbspolitischen Leitbilder hat die Auseinandersetzung mit Monopolen im Allgemeinen und natürlichen Monopolen im Besonderen stets eine prominente Rolle gespielt. Schon Vertreter des klassischen Liberalismus erkannten, dass die freie und unbehinderte Marktpreisbildung nicht nur die Eingriffsabstinenz des Staates erfordert, sondern zusätzlich auf die Abwesenheit von ökonomischer Macht angewiesen ist. Folglich fällt dem Souverän die – im Einzelfall schwierige – Aufgabe zu, rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich die Marktkräfte wirkungsvoll entfalten kön-

⁶ Seit dem 07. Juli 2005 lautet der vollständige Titel „Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung“, gleichwohl wird auf den Inhalt in der einschlägigen Literatur auch weiterhin unter dem Rubrum „Energiewirtschaftsgesetz“ Bezug genommen.

nen. Vor diesem Hintergrund wird die dauerhafte Existenz von monopolähnlichen Zuständen bereits von Adam Smith moniert.⁷

Da die „reinen“, d. h. durch die Bereitstellung eines singulären Gutes durch einen einzelnen Anbieter gekennzeichneten Monopole kaum anzutreffen sind, gerieten bald Kartelle in den Blickpunkt, die kompetitives Verhalten der ihnen angehörenden Unternehmen vorsätzlich ausschalten wollen. Für die praktische Wettbewerbspolitik ist es in der Tat weitgehend unerheblich, ob die unerwünschten Marktergebnisse auf die Ausnahmestellung eines einzelnen Akteurs oder durch gezielte Kooperation mehrerer Beteiligter herbeigeführt werden. Sie orientierte sich lange Zeit an der Marktform der vollständigen Konkurrenz mit ihren wohlfahrtstheoretischen Implikationen.

2.1 Unter dem Einfluss des Ordoliberalismus

Im Sinn der seinerzeit dominierenden Lehre stellte das am 27. Juli 1957 verkündete GWB eingangs die Unwirksamkeit wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen fest.⁸ Der freie Marktzugang sei eine Vorbedingung, damit sich die Anbieter wie gewünscht als Preisnehmer und Mengenanpasser verhalten. Freilich machten nicht zu leugnende Abweichungen vom Ideal nunmehr die aktive Auseinandersetzung mit monopolistischen Strukturen unumgänglich. Waren diese im Einzelfall nicht zu beseitigen, so blieb nur die Verhaltensaufsicht, um den Missbrauch der beherrschenden Marktstellung zu verhindern. Die zeitgleiche Einrichtung eines Bundeskartellamtes (BKartA) sorgte für die bürokratisch-technische Umsetzung der Vorschriften des Wettbewerbsrechts.

Sowohl der Gesetzgeber als auch die im Vorfeld der erstmaligen Verabschiedung des GWB zu Rate gezogenen wissenschaftlichen Fachvertreter standen aber weiterhin vor dem Problem, wie mit Marktversagensstatbeständen zu verfahren sei. Die formale Lösung bestand schließlich in der Schaffung sog. „Ausnahmebereiche“, für welche – je nach Begrün-

⁷ Smith 1776, 754.

⁸ Seit der 1999 in Kraft getretenen 6. Novelle des GWB sind Kartelle laut § 1 verboten.

derung des Marktversagens – die Regelungen des GWB nur eingeschränkt galten. Im Falle der Versorgungsunternehmen sorgte § 103 GWB für die Freistellung von den §§ 1 (Kartellbildung), 15 (vertikale Preisbindung) und 18 (Ausschließlichkeitsvereinbarung) GWB bei gleichzeitiger konsequenter Anwendung der Missbrauchsaufsicht nach § 103 Abs. 5 und 6 GWB. Die erforderliche Fachaufsicht oblag nun den Bundesländern, die unter Prüfung der Versorgungsverhältnisse im Sinne des EnWG (u. a.) über den Marktzugang zu entscheiden hatten.

Die Tatsachen, dass die bis 1998 gültige Fassung des EnWG weitgehend unverändert aus dem Jahr 1935 stammte und natürliche Monopole traditionell als regulierungsbedürftig gelten⁹, riefen eine Reihe von detaillierten Aufsichtsmaßnahmen hervor. Die Aufgabe der Regulierungsorgane wurde dadurch erschwert, dass in natürlichen Monopolen eine Ausdehnung der Produktion i. d. R. zu sinkenden totalen Durchschnittskosten führt und somit die aus der Marktform der vollständigen Konkurrenz bekannte Orientierung an den Grenzkosten der Produktion scheitert. Die in der Praxis neben der Marktzugangsbeschränkung angewendete Preisregulierung wurde daher auf der Basis der nachgewiesenen Gesamtkosten vorgenommen, mit allen aus der Literatur bekannten Konsequenzen und Nachteilen.

Die in den regionalen Märkten etablierten Versorgungsunternehmen waren durch die Existenz ihrer vorhandenen Strom- oder Gasnetze vor Anbieterkonkurrenz geschützt und hatten keinerlei Anreiz, kosteneffizient zu wirtschaften. Zwar mussten ihre Tarife von den zuständigen Landesbehörden, zumeist den Wirtschaftsministerien, genehmigt werden; solange die Preisforderungen sich jedoch durch tatsächlich entstandene Kosten begründen ließen, stand eine Bewilligung nicht ernsthaft in Zweifel. Die Folge war eine kapital- und kostenintensive Produktion, deren technische und ökonomische Fragwürdigkeit eigentlich frühzeitig zu Tage trat.¹⁰ Die Verbraucher, deren im EnWG geforderte Versorgungssicherheit häufig als Alibi für aufwändige Instandhaltungs- oder Erweiterungsinvestitionen herhalten musste, hatten indes keine freie Anbieter-

⁹ Vgl. zur Begründung Emmerich 1994, 465.

¹⁰ Der nach ihren Begründern benannte „Averch-Johnson-Effekt“ hat bereits in den frühen 60er Jahren Eingang in die Literatur gefunden, vgl. Averch/Johnson 1962, 1052-1069.

wahl, sondern waren an den jeweiligen Gebietsmonopolisten gebunden. Bestand im Bereich der Wärmeerzeugung immerhin noch eine Substitutionskonkurrenz zwischen leitungsgebundener Gasnutzung und alternativen Brennstoffen wie Öl oder Kohle, legte die Standortwahl des Abnehmers den Elektrizitätslieferanten grundsätzlich fest.

Heute ist es weitgehend unstrittig, dass die umfangreichen Lenkungs- und Regulierungsmaßnahmen öffentlicher Stellen die tatsächlichen Marktergebnisse in der Elektrizitätswirtschaft den Idealen vollständiger Konkurrenz nicht wirklich näher gebracht haben. Die faktische Wirkungslosigkeit staatlicher Eingriffe war allerdings nicht nur der Eigenschaft natürlicher Monopole geschuldet oder in der damit einhergehenden wettbewerbsrechtlichen Ausnahmestellung des Elektrizitätssektors begründet. Denn die Vorschriften zur Missbrauchsaufsicht im Sinne des § 22 GWB in Verbindung mit § 104 GWB galten ebenfalls für die Versorgungswirtschaft. Im Rückblick erscheint vielmehr der Versuch gescheitert, das „Als-Ob-Konzept“ des Ordoliberalismus auf Netzsysteme zu übertragen. Die mangelnde Operationalisierbarkeit dieser (hypothetischen) Benchmark¹¹ einerseits sowie die technischen bzw. strukturellen Branchenbesonderheiten der Elektrizitätswirtschaft andererseits¹² waren auch durch eine intensive Investitions- und Preisaufsicht nicht zu kompensieren. Das BKartA hat die Erfolglosigkeit der Kostenpreis-Kontrolle im Jahr 1965 schließlich eingestanden. Entsprechend eines vorhergehenden Beschlusses des Bundesgerichtshofs (BGH) wurden seitdem Marktergebnistests durchgeführt, um Preissmissbrauch zu prüfen.¹³

2.2 Workable Competition und optimale Wettbewerbsintensität

In der wettbewerbstheoretischen Diskussion vollzog sich ebenfalls ein Umschwung. Auslöser war eine Arbeit von John Maurice Clark, in der die Grenzen der Anwendbarkeit des Modells der vollständigen Konkurrenz auf die praktische Wettbewerbspolitik zum Anlass genommen wur-

¹¹ Berg 1999, 349.

¹² Für einen kompakten Überblick vgl. Gröner 1984, 91.

¹³ Gröner 1984, 127.

den, eine alternative, gleichsam zweitbeste Lösung des Leitbildproblems zu entwickeln.¹⁴ Die Überlegungen mündeten in einem Konzept funktionsfähigen Wettbewerbs, dessen Hauptaugenmerk den Komplexen „Marktstruktur“, „Marktverhalten“ und „Marktergebnis“ gilt. Diesen drei Säulen wird zur möglichst vollständigen Charakterisierung eine Reihe von Kategorien und Determinanten zugeordnet.¹⁵ Die Marktstruktur umfasst nicht nur die numerische Besetzung der Angebots- und Nachfrageseite, sondern sie wird ferner u. a. durch die Höhe und Streuung der Marktanteile, das Ausmaß der Produktdifferenzierung oder den Grad der Markttransparenz gekennzeichnet. Zum Marktverhalten gehören neben der Preis- und Produktpolitik das Ausmaß der Neigungen zu Wettbewerbsbeschränkungen und Innovationsaktivitäten. Unter dem Rubrum „Marktergebnis“ werden neben Preis und Umsatz zudem Produktqualität, Anpassungsflexibilität oder Produktionseffizienz erfasst.

Die preistheoretischen Fundamente dieser Konzeptionen sind zwar durchaus erkennbar, in ihrer kausalen Stringenz indes weder empirisch bestätigt noch durch konkrete Hypothesen im Detail formuliert. Zweifellos fungiert auch im Leitbild des funktionsfähigen Wettbewerbs das (pareto-effiziente) Ergebnis des Polypols als Referenz, gleichwohl wird implizit angenommen, dass mittels geeigneter Maßnahmen zur Unterstützung von kompetitivem Marktverhalten strukturelle Unzulänglichkeiten einzelner Märkte zu kompensieren seien. Umgekehrt folgern die Vertreter der Workable Competition aus der Existenz eines mehr oder weniger atomistisch strukturierten Marktes nicht, dass stets das polypolistische Marktergebnis zustande käme. Vielmehr können das auf individuellen Präferenzen beruhende Käuferverhalten oder ein erfolgreiches Marketing zu Konstellationen führen, in denen alle Anbieter dauerhaft Gewinne verbuchen.

In Deutschland hat Erhard Kantzenbach wesentlich zur Adaption des Workable-Competition-Ansatzes beigetragen, indem er die optimale Wettbewerbsintensität zum Dreh- und Angelpunkt der Betrachtung machte.¹⁶ Seine Interpretation von kompetitivem Verhalten rückte von der „Schlafmützenkonkurrenz“ des Polypols ab und orientierte sich viel-

¹⁴ Vgl. ausführlich Clark 1940, 241.

¹⁵ Eine eingängige Übersicht findet sich bei Berg, 309.

¹⁶ Kantzenbach 1967.

mehr an Schumpeters Idee der Pioniergewinne. Da diese in einem anschließenden Imitationsprozess abgeschmolzen werden sollen, bedarf es einer ausgeprägten Reaktionsverbundenheit zwischen den einzelnen Anbietern sowie – in der Konsequenz – eines möglichst unbehinderten Marktzutritts. Die Bereitschaft zur Innovation setzt aber im Gegenzug voraus, dass dem Pionierunternehmen (vorübergehend) Vorsprunggewinne zugestanden werden. Hierfür ist letztendlich ein Mindestmaß an Marktunvollkommenheit nötig, z. B. durch eingeschränkte Markttransparenz oder mehrere Gütervarianten. Nach Kantzenbachs Ansicht ist eine optimale Wettbewerbsintensität in einem weiten Oligopol mit mäßiger Produktdifferenzierung zu erwarten.

Die weitgehende Abkehr vom Modell der vollständigen Konkurrenz fand ihren Niederschlag in der 2. Novelle des GWB im Jahre 1973.¹⁷ Wenngleich sich für die wettbewerbsrechtliche Behandlung der Elektrizitätswirtschaft keine Änderungen ergaben, orientierte sich die Vorgehensweise des BKartA jetzt noch deutlicher an einem (hypothetischen) Marktergebnis, das bei (unterstellt) optimaler Wettbewerbsintensität erreichbar wäre. Allerdings erwies sich dieses Konzept im Umgang mit den Versorgungsunternehmen desgleichen als stumpfes Schwert: Es fehlte schlicht und ergreifend an Referenzmärkten. Da der einzelne Anbieter in seiner Preissetzung bestenfalls mit einem Monopolisten einer anderen Versorgungsregion verglichen werden konnte, blieb weiterhin völlig unklar, welcher Marktpreis mit der optimalen Wettbewerbsintensität korrespondiert. Die Konsequenz war eine tendenzielle Angleichung der Preise in den einzelnen Regionen auf hohem Niveau.¹⁸ Selbst dieser unspektakuläre Erfolg der Missbrauchsaufsicht wurde schließlich von der Rechtsprechung zunichte gemacht, nachdem gemäß eines erneuten Beschlusses des BGH beim interregionalen Vergleich der Strompreise jene Kosten voll zu berücksichtigen waren, welche strukturelle Besonderheiten des entsprechenden Versorgungsraumes widerspiegeln. Die sich aus diesem Urteil ergebenden Beweisprobleme des BKartA bedeuteten faktisch das Ende der Preismissbrauchsaufsicht.¹⁹

¹⁷ Berg 1999, 314.

¹⁸ Gröner 1984, 128.

¹⁹ Gröner 1984, 128.

Erst 1980 brachte die 4. GWB-Novelle eine umfangreichere Änderung der Regulierung von Versorgungsunternehmen. Die Vorschriften zur Missbrauchsaufsicht, bis dato im § 104 GWB kodifiziert, wurden nunmehr als Absätze 5-7 dem § 103 GWB angegliedert, zugleich begrenzte die Einfügung des § 103a GWB Demarkationsverträge auf 20 Jahre. Die grundlegende Konzeption des Gesetzes und damit das am weiten Oligopol ausgerichtete Leitbild der optimalen Wettbewerbsintensität blieben jedoch unverändert. Es ist mithin wenig verwunderlich, dass sich für die wettbewerblichen Gegebenheiten in der Elektrizitätsindustrie bloß marginale Änderungen ergaben. Zwar existierten mit der Neufassung des GWB nun wesentlich konkretere Tatbestandsvermutungen für den Missbrauchsbegriff (§ 103 Abs. 5 S. 2), gleichwohl scheiterte die praktische Umsetzung beinahe ausnahmslos an der unzureichenden Beweislage.²⁰

Das Fazit der 4. Novelle in Bezug auf die Stromunternehmen fällt eindeutig aus: „Die Neuregelung hat entgegen den überoptimistischen Erwartungen der Gesetzesverfasser aus vielen Gründen, vor allem aber wegen der Übermacht der Versorgungswirtschaft [...] nicht zu einer spürbaren Verschärfung der Missbrauchsaufsicht über die Versorgungswirtschaft geführt.“²¹

2.3 Neue deutsche Deregulierungswelle

In der wirtschaftspolitischen Diskussion der 1980er Jahre spielte eine aus Übersee importierte Deregulierungseuphorie eine bedeutende Rolle. Die herkömmliche Vorstellung, natürliche Monopole seien allein durch aufwändige – und letztendlich wenig effektive – Aufsichtsmaßnahmen zu kontrollieren, wurde zugunsten subtilerer markttheoretischer Alternativen in Zweifel gestellt. Ausgangspunkt dieser Entwicklung war u. a. das Konzept der bestreitbaren Märkte („Contestable Markets“).²² Ein Grundpfeiler dieses Ansatzes ist die Betonung der *potenziellen* Konkurrenz als Gegenstück zur *aktuellen* Wettbewerbssituation. Solange Märkte be-

²⁰ Emmerich 1994, 483.

²¹ Emmerich 1994, 479.

²² Grundlegend bei Baumol 1982, 1.

stimmte Mindestanforderungen erfüllen (keine spürbaren Markteintrittsbarrieren, Marktaustritt ohne „sunk cost“ möglich, hinreichende Flexibilität der Nachfrage), habe die Zahl der aktuellen Anbieter eine untergeordnete Bedeutung. Wichtig sei vielmehr die Möglichkeit für einen beliebigen Newcomer, in einen Gewinn versprechenden Markt einzutreten und diesen u. U. nach Realisierung von Profiten ohne Probleme wieder verlassen zu können („Hit-and-Run-Strategie“). Um ein derartiges Verhalten potenzieller Konkurrenten zu verhindern, werden eingesessene Unternehmen versuchen, zu Grenzkostenpreisen anzubieten, d. h. die Attraktivität des Markteintritts so gering wie möglich zu halten.

Vor dem Hintergrund dieser Argumentation erschienen auch die bisherigen Ausnahmereiche des GWB in einem anderen Licht. Schnell wurde klar, dass z. B. in der Elektrizitätswirtschaft potenzielle Konkurrenz über die konsequente Anwendung von Durchleitungsvorschriften erreichbar sein könnte. Parallel propagierte man in der akademischen Diskussion die Trennung von Netzbetrieb und Stromangebot, indem etwa Nutzungsrechte auf Zeit versteigert werden, was wettbewerbsähnliche Rahmenbedingungen schaffen würde.²³ Voraussetzung für die praktische Anwendung dieser Vorschläge war die grundsätzliche Aufhebung von Demarkationsvereinbarungen und langfristigen Konzessionsverträgen. Beides strebte die 5. GWB-Novelle im Jahr 1989 an. Im § 103a Abs. 1 S. 2 GWB implementierte der Gesetzgeber eine wirksamere Ausgestaltung der Befristung von Gebietsschutzverträgen, gleichzeitig regelte er den Durchleitungstatbestand im § 103 Abs. 5 S. 2 Nr. 4 GWB neu.²⁴

Trotz dieser nochmaligen Verschärfung der Regulierungsvorschriften blieben die für den Endverbraucher sichtbaren Erfolge aus, weil zwar die wettbewerbspolitischen Rahmenbedingungen angepasst wurden, das Energiewirtschaftsrecht aber immer noch auf dem Stand von 1935 verharrte. Die dort verordnete Versorgungssicherheit dominierte die Argumentation der Stromanbieter, ohne dass die Wettbewerbsaufsicht über die für eine Widerlegung notwendigen Gegenbeweise verfügte. Erst die nach fast zehnjährigen, kontroversen Debatten im Februar 1997 in Kraft getretene EG-Binnenmarkt-Richtlinie Elektrizität sorgte für den notwendigen Schub, auch die letzten Bastionen der Stromversorger zu erschüt-

²³ Knieps 2005, 29.

²⁴ Schmidt 1996, 157.

tern. Die lang überfällige Anpassung des EnWG trat 1998 in Kraft, wenig später erfolgte mit der 6. GWB-Novelle im Jahr 1999 die endgültige Umsetzung der EG-Normen in das deutsche Wettbewerbsrecht.

Eine wesentliche Konsequenz dieser Rechtsanpassungen ist die Einfügung eines § 103b GWB, der die kartellrechtliche Freistellung der Elektrizitätswirtschaft gemäß § 103 GWB beendet. Damit sind sowohl Konzessionsverträge mit Ausschließlichkeitsbindung als auch Demarkationsverträge verboten, was den seit Jahrzehnten bestehenden Gebietschutz im Energiesektor beseitigt.²⁵ In den Mittelpunkt der weiteren Auseinandersetzung mit der Stromwirtschaft rückt die Möglichkeit der Durchleitung, d. h. der Transport von produzierter Elektrizität eines Anbieters durch das Leitungsnetz eines (oder mehrerer) Konkurrenten (geregelt in den §§ 5 bzw. 6 EnWG).

Die nunmehr vollzogene Trennung von Stromerzeugung und Netzbetrieb sollte dafür sorgen, dass sowohl private als auch Endverbraucher nicht an das Angebot des regionalen Strom produzierenden Netzbetreibers gebunden sind, sondern stattdessen auf günstigere Anbieter zurückgreifen können. So würde wirksamer Wettbewerb auf der Endabnehmerstufe möglich. Als Variante der Netzzugangsregelung setzte man auf eine (individuelle) Verhandlungslösung, wobei die vom Netzbetreiber geforderten Durchleitungsentgelte der Missbrauchsaufsicht des BKartA unterliegen (Prinzip der Diskriminierungsfreiheit, § 20 EnWG). Schon frühzeitig ist diese Vorgehensweise kritisiert worden.²⁶ Die späteren Erfahrungen haben offenbart, dass die angestrebten Wettbewerbsverhältnisse – trotz anfänglicher Erfolge – ausblieben.

Zwar hat sich die Zahl der Stromanbieter nach der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes nicht wesentlich verändert, doch sind die meisten der (mehr oder weniger) 900 Unternehmen entweder von ihrer Größenordnung unbedeutend oder aber über Fusionen bzw. strategische Allianzen mit den (heute) vier Marktführern verbunden. Der Konzentrationsgrad in der deutschen Elektrizitätswirtschaft nahm seit 1998 spürbar zu, gleichzeitig sind zwischenzeitlich in den Markt eingetretene Anbieter bereits

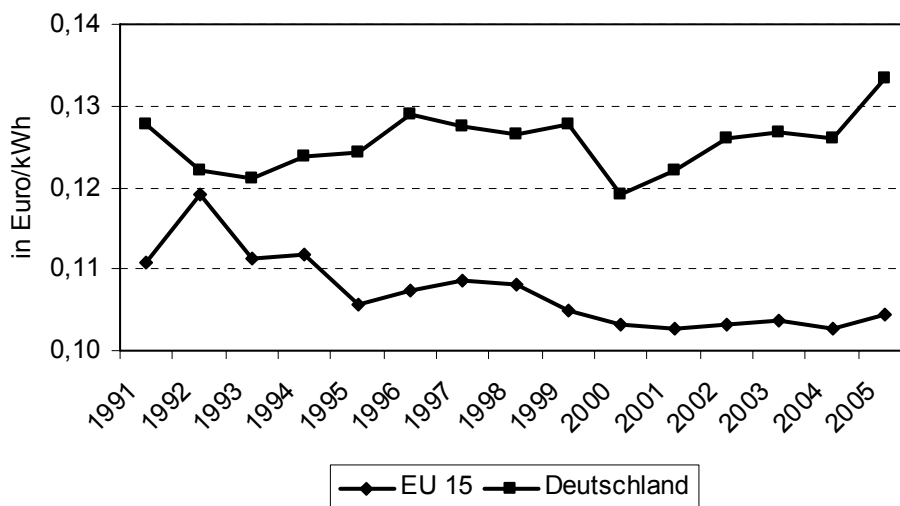
²⁵ Vgl. ausführlich Eickhof 1998, 21.

²⁶ Eickhof 1998, 24.

wieder ausgeschieden.²⁷ Die Beseitigung des Marktschutzes erwies sich mithin als notwendige, nicht jedoch als hinreichende Bedingung für wirksamen Wettbewerb: „Es bedarf zusätzlich einer Markt öffnenden Regulierung (fälschlicherweise oft als Deregulierung bezeichnet). Nur sie kann den angestrebten Wettbewerb in Gang setzen.“²⁸

Abbildung 2 gibt den Einfluss der skizzierten unterschiedlichen rechtlichen Veränderungen auf die für den privaten Endverbraucher tatsächlich zu zahlenden Strompreise wieder. Als Vergleichsmaßstab dienen die korrespondierenden Durchschnittspreise in den Ländern der EU 15. Die Unterschiede sind augenfällig. Das Scheitern der Bemühungen des deutschen Gesetzgebers in der letzten Dekade lässt sich kaum leugnen.

Abbildung 2: Strompreise in der EU und in Deutschland²⁹



Beinahe zwangsläufig ist im Jahr 2005 das (vorläufig) letzte Kapitel dieser gleichsam endlosen Geschichte aufgeschlagen worden. Als Umset-

²⁷ Vgl. Schmitt 2003, 698, mit ähnlichem Tenor auch Kreikebaum/Schulze 2001, 519 oder Krakowski 2002, 296.

²⁸ Blankart 2004, 498.

²⁹ Durchschnittliche Preise für private Haushalte mit einem Jahresverbrauch von 3500 kWh (davon 1500 kWh Nachtstrom) ohne Steuern; Quelle: Eurostat.

zung der „Beschleunigungsrichtlinie Elektrizität“ der EU trat im Juli 2005 ein abermals geändertes EnWG in Kraft; parallel wurde das GWB einer siebten Novellierung unterzogen, freilich ohne nennenswerte Effekte auf die Stromwirtschaft. Diese wurde vielmehr durch zwei, ebenfalls im Juli 2005 erlassene Verordnungen über den Netzzugang (StromNZV) bzw. die Netzentgelte (StromNEV) mit neuen Bestimmungen konfrontiert.³⁰

Als Folge der modifizierten Rechtsgrundlagen erhielt die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) den Auftrag zur formalen Überwachung der Regulierungsvorschriften. Insbesondere soll sie aus den in der Wissenschaft diskutierten Vorschlägen zur Preisgestaltung des Netzzuganges³¹ eine praktikable Vorgehensweise entwickeln. Hier sind jedoch die Freiheitsgrade durch die §§ 21a und 112a EnWG im Vorhinein eingeschränkt.³² Es bleibt daher abzuwarten, ob die jetzt geltenden Normen zum erwünschten kompetitiven Verhalten in der Stromwirtschaft führen werden.

Schaut man auf die vergangenen fünf Jahrzehnte zurück, hat sich für den privaten Endverbraucher – trotz gewandelter Einschätzungen in Bezug auf die „gültige“ wettbewerbstheoretische Konzeption – wenig geändert: Das natürliche Netzmonopol in der Elektrizitätswirtschaft überdauerte alle Liberalisierungsversuche. Am Ende der kursorischen Betrachtung besteht somit der gleiche Wissensmangel wie zu Beginn: Welches sind die angemessenen Preise für Produktion und Transport einer Einheit Elektrizität? Wie lässt sich die faktische Marktmacht der Anbieter begrenzen? Welche Rolle kann (oder muss) der Staat bei der Sicherstellung von existenziellen Versorgungsangeboten spielen? Die aktuelle Debatte über die jüngste Entwicklung der Strompreise zeigt, wie schwer Antworten auf die leicht zu stellenden Fragen fallen.³³

Nun hat der deutsche Gesetzgeber jüngst durchaus versucht, die Zeichen der Zeit zu erkennen: Dabei scheint sowohl dem seit 2004 geltenden

³⁰ Detailliert bei Eickhof/Holzer 2006, 268.

³¹ Vgl. für einen Überblick Kerber 2003, 350.

³² Eickhof/Holzer 2006, 270.

³³ Als Beleg: o. V., Ländern fordern niedrigere Strompreise, in: Süddeutsche Zeitung vom 06. Juni 2006, S. 1 und o. V., Der Strom unter Strom, in: Süddeutsche Zeitung vom 06. Juni 2006, S. 4.

Recht gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) als auch der 7. Novelle des GWB aus dem Jahr 2005 ein neues Leitbild unterlegt zu sein: Die „freie“ Konkurrenz soll dem Wohl der Konsumenten dienen. Indes ist zu fürchten, dass sich die praktische Wettbewerbspolitik mit Hilfe dieses Mottos endgültig eines Problemkreises entledigt, der ihr einst von der Freiburger Schule als vornehmster Aufgabenbereich zugeordnet war, nämlich der Erosion monopolistischer Strukturen. Franz Böhm (1895-1977) hat die einschlägige Formel geprägt: „Der Wettbewerb ist das großartigste und genialste Entmachtungsinstrument der Geschichte.“³⁴ Woran lässt sich aber erkennen, ob und inwieweit die Märkte in der Praxis diese Funktion erfüllen? Dazu jetzt.

3. Von der Konsumentenrente zur gerechten Verteilung

An grundsätzlichen Bekenntnissen zum Wettbewerbsprinzip herrscht kein Mangel, denn es gilt sowohl als konstituierendes Element einer freiheitlichen Ordnung als auch als Garant einer effizienten Wirtschaftsweise. Adam Smith (1723-1790) propagierte ein „System der natürlichen Freiheit“, in dem das Vorteilsstreben der Einzelnen gesellschaftliche Stabilität hervorruft und nicht, wie von Thomas Hobbes (1588-1679) prophezeit, ein Chaos heraufbeschwört. Die oft zitierte (bei Smith freilich selten zu findende) „unsichtbare Hand“ reguliere das (mitfühlende) Eigeninteresse der Individuen zum Wohle des Ganzen.

Bemerkenswerterweise nimmt der Vertrag der Europäischen Gemeinschaft (EGV) auf das klassische Wettbewerbskonzept *expressis verbis* Bezug. Artikel 4 verweist in den ersten beiden Absätzen auf das „Prinzip einer offenen Marktwirtschaft mit freier Konkurrenz“. Selbstverständlich ist zu klären, an Hand welcher Indizien dieser „unverfälschte“ Wettbewerb (so Art. 3 lit. g EGV) bescheinigt wird. Und hier überrascht die herausragende Stellung, die seit einiger Zeit im Zuge des „more economic approach“³⁵ dem *Verbraucher* eingeräumt wird. Der Startpunkt zu diesem offiziellen Bekenntnis kann in einer am 9.7.2001 in London

³⁴ Böhm 1960, 22.

³⁵ Böge 2004, 726.

gehaltenen Rede von Mario Monti zum Thema „The Future for Competition Policy in the European Union“ gesehen werden. Dabei proklamierte der damalige Wettbewerbskommissar: „[. . .] the goal of competition policy [. . .] is to protect consumer welfare by maintaining a high degree of competition in the common market. Competition should lead to lower prices, a wider choice of goods, and technological innovation.”³⁶ Mit einem Wort: Auf die Konsumentenrente komme es an!

Dieses Konzept hat in die aktuelle Fassung des deutschen Wettbewerbsrechts Eingang gefunden. So existiert zwar nach § 1 GWB grundsätzlich ein Kartellverbot, jedoch stellt § 2 Abs. 1 GWB *kraft Gesetzes* jetzt analog zu Artikel 81 Abs. 3 EGV Vereinbarungen frei, „[. . .] die unter angemessener Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn zur Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder zur Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts beitragen [. . .]“. Die Legalausnahme ähnelt dem alten § 7 GWB, welcher jedoch an ein Anmelde- und Erlaubnisverfahren geknüpft war. Der womöglich größeren Flexibilität einer nunmehr durch Selbsteinschätzung genehmigten Wettbewerbsbeschränkung steht damit eine eingeschränkte Kontrolle des Kartellamtes gegenüber.³⁷ Insgesamt gesehen ist im europäischen wie im deutschen Recht eine stärkere Ausrichtung an der „Chicago School“ zu konstatieren. Gemäß dieser Lehre profitiere der Kunde durchaus von hoch konzentrierten Märkten, weil dies regelmäßig ein Indiz für leistungsfähige Anbieter sei. Als Repräsentant dieser Anschauung gilt George Stigler (1911-1991), der in seinen späteren Schriften betont, dass wegen potenzieller Konkurrenz auf offenen Märkten bereits eine geringe Anbieterzahl eine optimale Konsumentenversorgung garantiere.

Die Argumentation birgt jedoch ein grundsätzliches Problem. Der ökonomische Tausch ist seiner Natur nach freiwillig und unpersönlich. Dies bedeutet, dass einem autonomen, anonymen Käufer stets ein gewisser Vorteil winkt, wenn er etwas erwirbt, sonst täte er es ja nicht. Deshalb gibt es im strengen Sinne bei zwanglosem Güterverkehr keine „Ausbeu-

³⁶ Zit. n. Wettbewerbsschutz und Verbraucherinteressen im Lichte neuerer ökonomischer Methoden, hrsg. v. Bundeskartellamt, Diskussionspapier für die Sitzung des Arbeitskreises Kartellrecht am 27. September 2004, S. 1.

³⁷ Schmidt 2005, 538.

tung“. *Alle* Transaktionen, die von den Beteiligten nicht rückgängig gemacht werden wollen, steigern zwangsläufig ihre Wohlfahrt.

Es ist allerdings ziemlich akademisch, die faktisch immer anfallende Konsumentenrente mit vielleicht größeren, indes nur hypothetischen Tauschvorteilen zu vergleichen. Darum ist zu befürchten, dass das Wohl des Verbrauchers zur beliebigen Floskel wird, mit der sich schließlich jedes Marktergebnis rechtfertigen lässt. Somit wäre wirtschaftliche Macht stets zu tolerieren, denn sie kann ja im Interesse der Konsumenten liegen.³⁸ Die in den Jahrzehnten der Strompreis-Debatte präsentierten Argumente liefern hierfür zahlreiche Belegstellen. Tatsächlich ist oft die These zu hören, ein großer Anbieter genieße prinzipiell Kostenvorteile, die letztlich den Nachfragern zugute kämen.

Bekanntlich hat schon Adam Smith postuliert, dass der Endzweck der Produktion allein der Konsum sei³⁹, doch dies ist in der klassischen Lehre kein Wesenszug freier Konkurrenz. Vielmehr steuerten offene Märkte auf eine *uniforme Profitrate* hin. Die uneingeschränkte Beweglichkeit der investierbaren Mittel zwischen Branchen und Regionen Sorge für eine im Gleichgewicht einheitliche Verwertungsrate. Durch diese freie Konkurrenz werde – ohne obrigkeitliche Instanz! – eine nachfrageadäquate Produktionsstruktur verwirklicht, die keinem Anbieter einen länger andauernden Sondervorteil gewähre.⁴⁰

Abgesehen davon, dass die Klassiker den renditeorientierten Investor mit dem gewinnmaximierenden Unternehmer konfundieren, liefern Adam Smith und seine Kollegen keine Erklärung einer „gerechten“ Distribution des Volkseinkommens, die zur Messlatte realer Marktprozesse geeignet wäre. Dies liegt an dem „ehernen Lohngesetz“, nach der die Vergütung der Beschäftigten gerade genügt, um ihre Arbeitsfähigkeit (und die der Familie) zu erhalten. Zwar mag der Subsistenzlohn gewisse historische und kulturelle Komponenten enthalten⁴¹, doch diese An-

³⁸ Woll 2005, 1276.

³⁹ „Consumption is the sole end and purpose of all production“ heißt es bei Adam Smith 1776, 660.

⁴⁰ Die Neoklassik hat später diesen Ansatz radikalisiert, indem angeblich bei vollständiger Konkurrenz der Gewinn verschwinde und damit die Profitrate Null beträgt.

⁴¹ Ricardo 1990, 97.

reicherung geschieht gemächlich und nur, falls die Bevölkerung nicht zu sehr wächst. Deshalb plädierte etwa David Ricardo (1772-1823) für die Abschaffung der Armengesetze, denn sie verzögerten die unausweichliche Verringerung der überschüssigen Esser: Hungerlöhne werden zum Naturgesetz erklärt, der Manchester-Liberalismus und die Soziale Frage lassen grüßen.

Nun hat man zu Zeiten der Industriellen Revolution die kommende Produktivitätsentwicklung weit unterschätzt, aber trotzdem oder vielleicht gerade deshalb ist heute weltweit Arbeitskraft im Überschuss vorhanden. Soweit Volkswirtschaften unter einer Beschäftigungskrise leiden, setzt der ungezügelter Wettbewerb Preis- und Kostenunterbietungen in Gang, die früher oder später den menschlichen Produktionsfaktor erfassen: Ruinöse Konkurrenz beeinträchtigt dann die Lebensverhältnisse der abhängig Beschäftigten und der kleinen Gewerbetreibenden bis in den Mittelstand. Marktmächtige Anbieter hingegen leiden weitaus weniger unter Wettbewerbsdruck, wenn sie ihn nicht sogar erzeugen, um Tauschvorteile einzustreichen.

Vor diesem Hintergrund ist ein Prüfstein gesucht, mit dem sich feststellen lässt, ob der Wettbewerb „faire“ Ergebnisse bringt. In gewisser Weise folgt das in dieser Abhandlung unterbreitete Konzept dem Entwurf eines „funktionsfähigen“ Wettbewerbs, welcher in dem „Wegfressen der Vorsprungsgewinne“ ein geeignetes Messverfahren sieht.⁴² Allerdings leidet jener Ansatz daran, dass er keine Aussage trifft, welche Gewinnhöhe „normal“ sei, also kein besonderes Privileg darstelle.

Neuerdings gibt es jedoch einen Vorschlag, wie eine unparteiische Verteilung der Wertschöpfung ausfallen sollte. In diesem Rahmen können außerdem Mindestlöhne und Arbeitslosengelder bestimmt werden.⁴³ Hier reicht es, eine eher intuitive Herleitung einer als angemessen erachteten Bezahlung zu betrachten. Wenn man postuliert, dass sich der jeweils auf eine bestimmte Zeiteinheit bezogene Durchschnittslohn zum Nettoertrag so verhält wie der Gewinn zum Arbeitsentgelt, ergibt sich die Gleichung:

⁴² Kantzenbach 1967, 38.

⁴³ Helmedag 2005, 402.

$$\frac{\text{Lohn } (w)}{\text{Nettoertrag } (y)} \stackrel{!}{=} \frac{\text{Gewinn } (y - w)}{\text{Lohn } (w)}$$

Daraus resultiert für die gerechte Vergütung die Proportion des Goldenen Schnitts:

$$w = \frac{1}{2}(\sqrt{5} - 1)y \approx 0,618y$$

Mit dieser Lösung korrespondiert eine „angemessene“ Profit- alias Mehrwertrate von 61,8 %. Um zu erfahren, ob die Richtlinie realitätstüchtige Ergebnisse abwirft, richten wir den Blick auf die Tabelle. Sie enthält für 1991 bis 2005 die tatsächlichen deutschen Lohnstückkosten in jeweiligen Preisen (w/y) sowie die Relation zur Norm, wobei die Werte pro Stunde und pro Erwerbstätigen wiedergegeben sind.

Einerseits hält sich die Abweichung zwischen Ist und Soll pro Stunde in engen Grenzen. Andererseits bleibt die tatsächliche Vergütung der Arbeitnehmer immer weiter hinter der gerechten zurück; das Gehalt der Personen koppelt sich zunehmend von der Produktivitätsentwicklung ab. Von dieser Warte betrachtet sind die Entgelte aus gesamtwirtschaftlicher Sicht eher zu gering als zu hoch.

Im Zentrum des Themas steht allerdings nicht die Einkommenspolitik. Die abgeleitete Verteilungsmaxime liefert jedoch auch ein geeignetes Maß zur Beurteilung von Marktergebnissen. Denn Unternehmen auf offenen Konkurrenzmärkten ist es verwehrt, dauerhaft überproportionale Gewinne einzustreichen. Stets verhindern Wettbewerbsbeschränkungen bzw. Monopolstellungen, dass Verkaufspreise sinken oder die Faktor-entlohnung steigt. Beides schlägt sich in einer langfristig über dem Durchschnitt liegenden Profitrate nieder. Mit dieser Größe stände den Kartellbehörden daher ein quantifizierbarer Indikator zur Verfügung, um Marktergebnisse zu vergleichen. Gelingt es Anbietern, ihre individuelle Verwertungsrate des Personalaufwands kontinuierlich über das übliche Maß zu heben und vielleicht sogar im Zeitablauf zu erhöhen, dann deutet dies auf Marktmacht hin. Damit ist das Kriterium bei der Beurteilung von Kartellabsprachen, ferner im Zuge der Missbrauchsaufsicht und schließlich in Fusionskontrollverfahren von Bedeutung.

Tabelle 1: Lohnstückkosten in jeweiligen Preisen und Gerechtigkeitsverhältnis

Jahr	Stundenbasis		Erwerbstätigenbasis	
	Lohnstückkosten	Gerechtigkeitsverhältnis (Gerecht = 100)	Lohnstückkosten	Gerechtigkeitsverhältnis (Gerecht = 100)
	v. H.			
1991	63,5	102,7	60,6	98,0
1992	64,3	104,0	61,4	99,4
1993	64,3	104,1	61,3	99,2
1994	63,0	101,9	60,0	97,0
1995	63,2	102,2	60,0	97,0
1996	63,1	102,1	59,6	96,5
1997	62,3	100,9	58,8	95,2
1998	62,1	100,5	58,6	94,8
1999	62,2	100,6	58,6	94,9
2000	63,1	102,1	59,4	96,0
2001	62,7	101,5	59,1	95,6
2002	62,2	100,6	58,7	95,0
2003	61,9	100,2	58,5	94,6
2004	60,9	98,6	57,5	93,0
2005	60,2	97,5	56,7	91,7

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 des Statistischen Bundesamtes.

Doch vorher müssten gewisse Offenlegungspflichten formuliert werden. So wäre es zur Analyse der Wettbewerbssituation zweckdienlich, zum Gewinn (mindestens) den erfolgsabhängigen Teil der Vergütung des Managements zu zählen. Hierüber liegen aber nur unzureichende Informationen vor, wie es überhaupt schwierig ist, die Daten etwa aus Konzernberichten für interessierende Angebotssegmente zu entnehmen. Dies zeigt zum Beispiel der (bislang zum Scheitern verurteilte) Versuch, die Profitraten unserer vier großen Stromversorger für die letzten Jahre aus den zugänglichen Quellen zu ermitteln. In diesem Licht scheint es geboten, von den größeren Unternehmen in einem ersten Schritt zu verlangen, näher aufgeschlüsselte Angaben über die betriebliche Wertschöp-

fung und ihre Verteilung zu publizieren. Obwohl selbstverständlich europäische bzw. zwischenstaatliche Vereinbarungen anzustreben sind, kann die Auflage zunächst durchaus im nationalen Alleingang ergehen. Schon diese Maßnahme dürfte die freie Konkurrenz auf offenen Märkten nachhaltig fördern, was den Umgang mit den zu erwartenden Vorwürfen wegen bürokratischem Wildwuchs spürbar erleichtern sollte.

4. Zusammenfassung

Die Ausführungen dienen der Begründung von vier Thesen. Erstens sollte der Globalisierungsprozess gestaltet werden. Zweitens fehlt es nach wie vor an einer schlüssigen Antwort auf die Leitbildfrage. Wie das Beispiel der leitungsgebundenen Energieversorgung verdeutlicht, besteht drittens kein Grund für eine Deregulierungseuphorie. Schließlich erscheint viertens ein quantifizierbares Marktergebniskriterium nötig, um Abweichungen von der Norm zu erkennen.

Literaturverzeichnis

- Averch, H., Johnson, L. L. (1962): Behaviour of the Firm under Regulatory Constraint, in: American Economic Review, Vol. 52, S. 1052-1069
- Baumol, W. J. u. a. (1982): Contestable Markets and the Theory of Industry Structure, San Diego
- Baumol, W. J. u. a. (1982): Contestable Markets: An Uprising in the Theory of Industry Structure, in: American Economic Review, Vol. 72, S. 1-15
- Berg, H. (1999): Wettbewerbspolitik, in: Bender, D. u. a. (1999): Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Band 2, 7. Aufl., München, S. 299-362
- Berg, H. u. a. (2003): Theorie der Wirtschaftspolitik, in: Bender, D. u. a. (2003): Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Band 2, 8. Aufl., München, S. 171-295
- Blankart, C. B. u. a. (2004): Netzregulierung in der Elektrizitätswirtschaft: Was bringt das neue Gesetz? in: Wirtschaftsdienst, 84. Jg., S. 498-505
- Böge, U. (2004): Der „more economic approach“ und die deutsche Wettbewerbspolitik, in: Wirtschaft und Wettbewerb, 54. Jg., S. 726-733

- Böhm, F. (1960): Demokratie und unternehmerische Macht, in: Kartelle und Monopole im modernen Recht, hrsg. v. Institut für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht, Karlsruhe, S. 1-24
- Clark, J. M. (1940): Toward a Concept of Workable Competition, in: American Economic Review, Vol. 30, S. 241-256
- Eickhof, N. (1998): Die Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts, in: Wirtschaftsdienst, 78. Jg., S. 18-25
- Eickhof, N., Holzer, V. L. (2006): Das neue Energiewirtschaftsgesetz – Regelungen für einen erweiterten Zielkatalog, in: Wirtschaftsdienst, 86. Jg., S. 268-276
- Emmerich, V. (1994): Kartellrecht, 7. Aufl., München
- Gröner, H. (1984): Elektrizitätsversorgung, in: Marktstruktur und Wettbewerb, hrsg. v. Oberender, P., München, S. 87-138
- Helmedag, F. (2005): Gerechte Löhne und Arbeitslosengelder, in: Wirtschaftsdienst, 85. Jg., S. 402-404
- Kantzenbach, E. (1967): Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, 2. Aufl., Göttingen
- Kerber, W. (2003): Wettbewerbspolitik, in: Bender, D. u. a. (2003): Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Band 2, 8. Aufl., München, S. 296-361
- Knieps, G. (2005): Wettbewerbsökonomie, 2. Aufl., Berlin u. a.
- Krakowski, M. (2002): Der Markt für Strom, in: Wirtschaftsdienst, 82. Jg., S. 296-300
- Kreikebaum, D., Schulze, A. (2001): Regulierung der Strom- und Gasmärkte aus wettbewerbstheoretischer Sicht, in: Wirtschaftsdienst, 81. Jg., S. 519-525
- Ricardo, D. (1990): On the Principles of Political Economy and Taxation (1817), in: The Works and Correspondence of David Ricardo, hrsg. v. Sraffa, P. unter Mitarbeit v. Dobb, M. H., Bd. 1, Cambridge
- Schäfer, W. (2006): Vorwort, in: Wirtschaftspolitik im Systemwettbewerb, hrsg. v. Schäfer, W., Berlin, S. 5 f.
- Schmidt, I. (1996): Wettbewerbspolitik und Kartellrecht, 5. Aufl., Stuttgart
- Schmidt, I. (2005): Hauptprobleme der 7. Kartellnovelle: Die Wende in der Kartellpolitik, in: Wirtschaftsdienst, 85. Jg., S. 536-540
- Schmitt, D. (2003): Die Elektrizitätswirtschaft vor Eintritt in eine neue Phase des Liberalisierungsprozesses, in: Wirtschaftsdienst, 83. Jg., S. 697-704
- Sinn, H.-W. (2004): The New Systems Competition, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Bd. 5, S. 23-38

- Smith, A. (1776): *An Inquiry into the Nature and the Causes of the Wealth of Nations*, 2. Bd., Indianapolis 1981
- Woll, A. (2005): Marktbeherrschung im Zeitalter der Globalisierung, in: *Das Wirtschaftsstudium (wisu)*, 34. Jg., S. 1274-1279

Marktmacht in Aktion: Unterschiede zwischen Bietverfahren beim Verkauf und Einkauf

*Fritz Helmedag**

Zusammenfassung

Die etablierte Auktionstheorie modelliert vier prinzipielle Bietverfahren als Spiele, in denen die Natur anfänglich den Typ der Akteure determiniert. Das von dieser (Vor-)Auswahl abhängige Gleichgewicht kennzeichnet sich durch wechselseitig beste Antworten aller Beteiligten. Laut „Revenue Equivalence Theorem“ stimmen die Resultate der elementaren Allokationsmethoden überein. Tatsächlich ignoriert der herrschende Ansatz, dass sich die Entscheidungssituationen der Kandidaten in den Grundausrägungen unterscheiden: Müssen die Bieter die Konkurrenzanzahl berücksichtigen („stochastisches“ Vorgehen) oder nicht („deterministischer“ Ablauf)? Außerdem vernachlässigt die Standard-Auktionstheorie die Funktionsweise der Beschaffungsalternativen. Die wahrscheinlichkeitstheoretisch fundierte Auftragsakquise leidet neben der unbekannten Stärke des Bewerberkreises unter einem zusätzlichen Informationsdefizit, das die Neigung der potenziellen Leistungsersteller zu Absprachen verstärkt. Im Ergebnis sollte man aus Effizienzgründen den stochastischen Zuschlagbestimmungen prinzipiell mit Skepsis begegnen. Insbesondere bei Submissionen der öffentlichen Hand ist es daher geboten, (wenigstens) die maximale Zahlungsbereitschaft anzugeben, um Wettbewerbsverfälschungen zu mindern.

JEL-Classificaton: D 44

Keywords: Auctions, Strategic Bidding

* Technische Universität Chemnitz, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Thüringer Weg 7, D-09107 Chemnitz, E-Mail: f.helmedag@wirtschaft.tu-chemnitz.de

Marktmacht in Aktion: Unterschiede zwischen Bietverfahren beim Verkauf und Einkauf

Fritz Helmedag

1. Preiswettbewerb bei gegebener Menge

Gute Geschäfte machen heißt aus individueller Sicht: teuer verkaufen, billig einkaufen! Wenn es dabei um ein unteilbares Gut geht, dessen Transaktion ansteht, bedarf es hierzu besonderer Bietverfahren. Gemäß der dominierenden Auktionstheorie führen die fundamentalen Erscheinungsformen jedoch zum gleichen siegreichen Gebot und sie sind überdies effizient, d. h. der leistungsfähigste Aspirant erhält den Zuschlag. Dieses „Revenue Equivalence Theorem“ wird sogar als das „biggest result in auction theory“ gefeiert (Rasmusen 2007, S. 403).¹ Allerdings weckt schon die realiter seit langem bestehende Existenz eines ganzen Spektrums an Ausprägungen Zweifel an der angeblich zu erwartenden Ergebnisübereinstimmung der einzelnen Praktiken (vgl. Lucking-Reiley 1999). Tatsächlich beruht das Theorem auf einer Analyse, die alternative Bietverfahren als zweistufige Spiele modelliert, wie dies Harsanyi (1967/68) vorgeschlagen hat. Zunächst wird der Spielertyp durch die Natur (oder mittels einer individuellen Auslosung) bestimmt. In Abhängigkeit davon bilden alle Akteure eine (Bayesianische) Entscheidungsfunktion. Anschließend ergibt sich ein (Nash-)Gleichgewicht, in dem sich alle Spieler wechselseitig die besten Antworten auf das Verhalten der anderen geben. Doch diese Schilderung widerspricht dem Geschehen in der wirklichen Welt.

Die vorliegende Untersuchung widmet sich der Frage, worin die *prägenden* Eigenschaften der grundlegenden Bietverfahren bestehen. Dabei ist es wichtig, die Alternativen zur Veräußerung bzw. Beschaffung eines Objekts gegen Geld gesondert zu betrachten. In der Literatur wird dagegen generell der Eindruck vermittelt, bei den Vorgehensweisen im Verkauf oder Einkauf handele es sich nur um zwei Seiten ein und derselben Medaille. So liest man in einer einschlägigen Monogra-

¹ Der Lehrsatz geht zurück auf Vickrey (1961). Wichtige Beiträge zum Theoriegebiet enthält die zweibändige Zusammenstellung von Klemperer (2000).

phie: „The process of procurement via competitive bidding is nothing but an auction, except that in this case the bidders compete for the right to sell their products or services.“ (Krishna 2010, S. 1)² Deshalb beschränkt man sich praktisch immer auf Versteigerungsmöglichkeiten eines Gegenstands, die hier ebenfalls zunächst besprochen werden. Die anschließende Betrachtung bringt indes ans Licht, dass strategisches Verhalten beim Leistungsangebot unter einem systematischen Wissensdefizit gegenüber den korrespondierenden Nachfrageformaten leidet. Dieser Umstand verstärkt die Neigung zu unerlaubten Absprachen bei der Auftragseinwerbung. Am Schluss werden Vorschläge zur Gestaltung von Bietverfahren unterbreitet.

2. Verkaufsverfahren

2.1 Die Standardtypen

Begonnen sei mit Versteigerungsmethoden aus Sicht des Auktionators, der quasi als Monopolist den höchsten Preis für sein offeriertes Gut erzielen möchte. Jeder Bieter verfüge über ein individuelles Limit, das die maximale Zahlungsbereitschaft für das angebotene Objekt markiert. Dabei ist es belanglos, ob der Erwerbswillige etwa einem Gemälde einen in Geldeinheiten ausgedrückten subjektiven Nutzen („private value“) zuschreibt oder beispielsweise dem Schürfrecht in einem bestimmten Gebiet ein monetäres Verwertungspotenzial („common value“) beimisst.³ Es gibt zwei Hauptformen der Auktionen, die in jeweils zwei Varianten auftreten (vgl. Molho 1997, S. 211). Einen Überblick bietet Tabelle 1.

Bei den „deterministischen“ Vorgehensweisen geschieht die Käuferbestimmung entweder öffentlich im Rahmen einer „Englischen“ Auktion durch sukzessives Erhöhen des Preises oder in Form eines von Vickrey (1961) vorgeschlagenen „verdeckten“ *Procedere*. Hier reichen die Bewerber in dem Wissen, dass der Meistbieter den Zuschlag zum zweithöchsten Gebot (L_2) erhält, ihre Zahlungsbereitschaften in verschlossener Form ein („Second-Price-Sealed-Bid“). In beiden Ausprägungen besteht die beste Verhaltensweise darin, bis zum bzw. unmittelbar

² Diese Behauptung findet sich desgleichen im Lehrbuch von Monezes / Monteiro (2005), S. 11, Fn. 2. Eine Ausnahme von der gängigen Praxis stellt Leitzinger (1988) dar, der ausführlich auf Beschaffungsalternativen eingeht.

³ Der hier nicht thematisierte „Fluch des Gewinners“ (vgl. Kagel / Levin 1986) beruht auf einer angeblich zu optimistischen Kalkulation des wirtschaftlichen Ertrags, den ein erworbenes Aktivum abwirft.

das Limit zu bieten. Die Rente des Gewinners ergibt sich beide Male aus der Differenz zwischen seiner Wertschätzung (L_1) und dem Gebot L_2 des preissetzenden, aber leer ausgehenden zweitstärksten Interessenten. Die anderen Teilnehmer üben keinen Einfluss auf das Ergebnis aus, obwohl sie in einer offenen Auktion bis zum individuellen Limit mitsteigern oder im verdeckten Verfahren ihren Maximalpreis offenbaren.

Tabelle 1: Bietverfahren im Verkauf

Eigenschaft	Deterministisch: Keine Vermutung über die Mitbieterzahl erforderlich		Stochastisch: Vermutung über die Mitbieterzahl nötig	
Bezeichnung	Englische Auktion (Versteigerung)	Vickrey-Auktion	Holländische Auktion (Abschlag)	Einschreibung
Methode	offene (mehrfache) Steigerung	verdecktes Einmalgebot	offene (stetige) Minderung	verdecktes Einmalgebot
Zuschlagbestimmung	iterativ vom Mindestgebot an Letztbieter	definitiv an Höchstbieter zum Gebot des zweithöchsten Bieters	definitiv an Erstbieter	definitiv an Höchstbieter zum Höchstgebot
Verhalten	Überbieten bis zum Limit	Limit bieten	Strategie	Strategie

Komplizierter wird es bei den beiden „stochastischen“ Allokationsmethoden, da es sich um „one-shot“-Spiele ohne Nachbesserungsmöglichkeit handelt.⁴ Ausgehend von einem (zu) hohen Betrag sinkt in einer „Holländischen“ Auktion das auf einer Anzeigetafel abzulesende Entgelt kontinuierlich, bis sich ein Kunde als erster meldet, um zu diesem Preis beispielsweise ein Los Blumen zu erwerben. Im Zug einer verdeckten Einschreibung erfolgt die Zuteilung zum eingereichten Höchstgebot („First-Price-Sealed-Bid“). Diese Formate gestatten kein „mechanisches“ Verhalten wie im Rahmen einer Englischen oder Vickrey-Auktion. Jeder Nachfrager sieht sich vielmehr dem Dilemma gegenüber, dass zwar mit einem hohen Gebot die Wahrscheinlichkeit steigt, den Zuschlag zu erhalten, zugleich schwindet aber der Vorteil aus der Transaktion. Deshalb bedarf es einer systematischen Vorgehensweise, um das Beste aus dem Konflikt zu machen.

⁴ Von Weiterverkaufsoptionen oder eventuell sich anschließenden Preisverhandlungen wird abgesehen.

2.2 Strategisches Nachfragerverhalten

Zur Ermittlung der gesuchten Bietformel rückt der zahlungswilligste Interessent in den Fokus, dessen Limit L_1 auf eins normiert sei. Selbstverständlich muss das vorgeschlagene Entgelt in einer zu bestimmenden Proportion unter der Tauschgrenze liegen, damit der Erwerb eine Rente abwirft. Das strategische Gebot bildet somit einen Teil der Spitzenausgabe. Ferner werde kein Mindestpreis verlangt, so dass die Offerten der Wettbewerber aus Sicht des Akteurs Werte zwischen null und eins annehmen.

Gewöhnlich kennt ein Teilnehmer weder die Zahl der anderen Nachfrager noch ihre voraussichtlichen Gebote. Darum muss ein optimierender Entscheider regelmäßig schätzen, wie viele Rivalen – von denen jeder hofft, er sei Höchstbieter – im Rennen sind. Obwohl sie vielleicht dieselben Überlegungen wie er anstellen, betrachtet der Strategie die Preisvorschläge der anderen Aspiranten mangels näherer Informationen als gleichverteilte Zufallsereignisse. Wenn der Kandidat n von $(n - 1)$ Konkurrenten ausgeht, dann bekommt er für einen Anteil g seines Limits mit der Wahrscheinlichkeit $p_S(g)$ das Objekt:

$$p_S(g) = g^{n-1} \quad (1)$$

Im Erfolgsfall beläuft sich die Konsumentenrente R – der Unterschied zwischen der monetären Wertschätzung des erworbenen Guts und der fälligen Vergütung – auf $(1 - g)$. Für den Erwartungswert dieser Größe $E(R(g, p_S))$ kalkuliert man:

$$E(R(g, p_S)) = p_S(g)R = g^{n-1}(1 - g) \quad (2)$$

Ein risikoneutraler Interessent möchte den voraussichtlichen Tauschgewinn maximieren. Hierfür muss die erste Ableitung der Zielfunktion (2) verschwinden:

$$\frac{\partial E(R)}{\partial g} = (n-1)g^{n-2}(1 - g) - g^{n-1} = (n - ng - 1)g^{n-2} = 0 \quad (3)$$

Die Auflösung liefert:

$$g^* = \frac{n-1}{n} \quad (4)$$

Die zweite Ableitung des Ausdrucks (2) lautet:

$$\frac{\partial^2 E(R)}{\partial g^2} = (1-n)g^{n-3}(ng - n + 2) \quad (5)$$

Da dieser Term für $n > 1$ an der Stelle g^* negativ ist, handelt es sich um das gesuchte Gebot, das jedoch mit der vermuteten Konkurrentenzahl n variiert.⁵

Die mit dem optimierten Betrag (4) verbundene Zuschlagwahrscheinlichkeit berechnet sich nach der Rücksubstitution in Gleichung (1) zu:

$$p_S(g^*) = \left(\frac{n-1}{n}\right)^{n-1} \quad (6)$$

Interessanterweise konvergiert die Erfolgsaussicht gegen ein positives Minimum:

$$\hat{p}_S(g^*) = \lim_{n \rightarrow \infty} \left(\frac{n-1}{n}\right)^{n-1} = e^{-1} \approx 0,368 \quad (7)$$

Selbst bei „unendlich vielen“ Bewerbern gewinnt der Strategie mit der höchsten Zahlungsbereitschaft in mehr als einem Drittel der Fälle. Die Abbildung zeigt, dass seine Siegwahrscheinlichkeit schon bei fünf Mitbietern mit ca. 40 % praktisch an ihre untere Schranke stößt.

Abbildung: Die Siegwahrscheinlichkeit des Strategen



Als Gewinn hofft der erfolgreiche Kandidat auf:

⁵ Mit einem Mindestpreis $B > 0$ und der Wertschätzung $L > B$ lautet das nominale Zahlungsangebot $G = ((n-1)/n)(L-B)$.

$$E(R_S) = p_S(g^*)(1 - g^*) = \left(\frac{n-1}{n}\right)^{n-1} \left(1 - \frac{n-1}{n}\right) = \left(\frac{n-1}{n}\right)^{n-1} \left(\frac{1}{n}\right) \quad (8)$$

Setzt man näherungsweise für „viele“ Kaufwillige $n = 6$ in Gleichung (4) ein, dann bietet der Strategie 83,3 % seiner maximalen Wertschätzung und erwartet davon gemäß Formel (8) 6,7 % als Rente.

2.3 Die Gebote im Vergleich

In den üblichen Darstellungen verhalten sich alle Spieler strategisch und setzen das gleiche n in Formel (4) ein, da die Teilnehmerzahl allen bekannt („common knowledge“) sei (vgl. Krishna 2010, S.12). Folglich erhält der Bieter mit der höchsten Tauschgrenze systematisch den Zuschlag. Freilich macht diese Argumentation aus einer Ausnahme die Regel. Tatsächlich verliert der zahlungswilligste Bewerber womöglich gegen einen Konkurrenten mit geringerem Limit sogar dann, wenn dieser dieselbe Bietvorschrift anwenden sollte, aber von einem entsprechend größeren Bewerberkreis ausgeht.⁶

Allerdings ist der tiefere Grund für die Niederlage des stärksten Kandidaten letzten Endes von untergeordneter Bedeutung. Deshalb behandelt er alle anderen Konkurrenten als Zufallsbieter. Jedenfalls ist es im Unterschied zu den mechanischen Allokationsmethoden durchaus möglich, dass die Person, die das Objekt am meisten schätzt, mit leeren Händen abzieht, da sie nicht nachbessern darf. Dann hat der Prozess zu einem inferioreren Ergebnis geführt.

Wie hoch ist das erfolgreiche Zufallsgebot g_C im Mittel? Sei x eine beliebige Offerte aus dem Intervall $(n-1)/n \leq x \leq 1$. Die Wahrscheinlichkeit, mit der x die gleichverteilten anderen $(n-2)$ akzidentiellen Gebote schlägt, beträgt x^{n-2} . Dann muss folgende Bedingung gelten:

$$\int_{\frac{n-1}{n}}^1 x \cdot x^{n-2} dx = g_C \int_{\frac{n-1}{n}}^1 x^{n-2} dx \quad (9)$$

Aus Gleichung (9) folgt:

⁶ Ein Zahlenbeispiel macht den Sachverhalt vielleicht klarer. Wenn der zahlungswilligste Bieter mit $L_1 = 1$ von insgesamt fünf Konkurrenten ausgeht, lautet sein Gebot $(4/5) \cdot 1 = 0,8$. Der zweitstärkste Bewerber mit $L_2 = 0,9$ nimmt dagegen an, es seien zehn Nachfrager im Rennen. Damit gewinnt er mit dem Gebot $(9/10) \cdot 0,9 = 0,81$ gegen den eigentlich potentesten Teilnehmer. Offenkundig ist die Allokation nicht effizient.

$$g_C = \frac{\int_{\frac{n-1}{n}}^1 x \cdot x^{n-2} dx}{\int_{\frac{n-1}{n}}^1 x^{n-2} dx} = \left(\frac{n-1}{n} \right) \left(\frac{1 - \left(\frac{n-1}{n} \right)^n}{1 - \left(\frac{n-1}{n} \right)^{n-1}} \right) \quad (10)$$

Bei den schematischen Abläufen bestimmt die zweithöchste Bewertung L_2 den Preis, für den der stärkste Bieter mit dem Limit L_1 das Gut erhält. Damit ist die Effizienz gewährleistet. In einem stochastischen Umfeld ist dies aber keineswegs garantiert, da ein Zufallsbieter mit geringerer Zahlungsbereitschaft siegen kann. Die zu erwartende Ausgabe ($E(\varnothing g)$) setzt sich aus der gewichteten Summe der Gebote zusammen:

$$\begin{aligned} E(\varnothing g) &= p_S(g^*)g^* + (1 - p_S(g^*))g_C = \\ &= \left(\frac{n-1}{n} \right)^n + \frac{(1-n) \left(\left(\frac{n-1}{n} \right)^n - 1 \right)}{n} = \frac{n-1 + \left(\frac{n-1}{n} \right)^n}{n} \end{aligned} \quad (11)$$

Die folgende Aufstellung enthält die Ergebnisse stochastischer Auktionen für 2 bis 10 Aspiranten.

Tabelle 2: Gebote, Rentenerwartung des Strategen und Durchschnittspreis

n	g^*	g_C	$E(R_S)$	$E(\varnothing g)$
2	0,5	0,75	0,25	0,625
3	0,667	0,844	0,148	0,765
4	0,75	0,887	0,105	0,829
5	0,8	0,911	0,082	0,866
6	0,833	0,927	0,067	0,889
7	0,857	0,938	0,057	0,906
8	0,875	0,946	0,049	0,918
9	0,889	0,952	0,043	0,927
10	0,9	0,957	0,039	0,935

Mit mehr als zwei Kandidaten liegt die siegreiche Zufallsofferte nicht in der Mitte der von g^* ausgehenden Reststrecke bis zum Maximallimit, sondern rückt mit wachsender Beteiligung nach rechts. Über den Vorteil des Zufallssiegers kann nichts weiter gesagt werden, da dessen Zahlungsbereitschaft unbekannt ist.

Die letzte Spalte zeigt schließlich, dass die zu erwartende Einnahme des Monopolisten mit der angenommenen Stärke des Bewerberfeldes n steigt und das strategische Gebot g^* übertrifft. Dieses deckt sich mit dem zweithöchsten Limit L_2 eines deterministischen Formats, wenn n die tatsächliche Zahl der Bewerber ist, deren Zahlungsbereitschaften gleichmäßig im Intervall $(0,1]$ verteilt sind. In diesem Fall erzielen die Ausrichter einer Holländischen Auktion oder einer Einschreibung einen höheren mittleren Erlös $E(\emptyset g)$ gegenüber den automatisch ablaufenden Verfahren. Die Entscheidung für eine stochastische Käuferbestimmung repräsentiert vor diesem Hintergrund Marktmacht, da sie dem Organisator einen größeren Gewinn gegenüber der Englischen und der Vickrey-Auktion verspricht.

3. Einkaufsverfahren

3.1 Die Standardtypen

Jetzt werden aus Sicht des veranstaltenden Nachfragers, der das bereitzustellende Gut spezifiziert, die Grundformen zur Auswahl eines Lieferanten betrachtet.⁷ Voraussetzungsgemäß kennt jeder Anbieter seine Mindestforderung, zu der er seine Leistung erbringt. Diese Größe beruht häufig auf den geschätzten Kosten, die mit der Auftragsannahme einhergehen. Tabelle 3 zeigt, dass es ebenso wie bei den Veräußerungsmethoden vier Alternativen gibt, die aber aus ökonomischer Sicht auf zwei Hauptausprägungen hinauslaufen.

Als Ergebnis der deterministischen Abläufe erhält der Geringstbieter den Zuschlag. Der Sieger wird entweder durch eine offene Minderung ausgehend von einem überteuerten „Mondpreis“ oder im Rahmen einer schriftlichen Vickrey-Submission bestimmt. Analog zur entsprechenden Auktion wird der nicht zum Zuge kommende zweittiefste Bieter zum Preissetzer. Die Rente des Gewinners entspricht der Differenz zu seiner Mindestforderung. Beide mechanisch abgewi-

⁷ Solche Vergabeweisen wurden früher im Deutschen häufig mit dem inzwischen aus der Mode gekommenen Begriff „Lizitation“ bezeichnet. Im Englischen verwendet man hingegen meist für alle Bietformate, sei es beim Ver- oder Einkauf, das Wort „Auction“, was inzwischen (leider) auch hierzulande gängige Praxis geworden ist. Zur Vermeidung von Missverständnissen sollte jedoch die terminologische Unterscheidung beachtet werden.

ckelten Veranstaltungsformen führen zum selben Resultat und erfordern weder Optimierungsüberlegungen noch Vermutungen über die Stärke der Konkurrenz.

Tabelle 3: Bietverfahren im Einkauf

Eigenschaft	Deterministisch: Keine Vermutung über die Mitbieterzahl erforderlich		Stochastisch: Vermutungen über die Mitbieterzahl und die maximale Zahlungsbereitschaft nötig	
Bezeichnung	Lizitation	Vickrey-Submission	Holländische Lizitation	Submission (Ausschreibung)
Methode	offene (mehrfache) Minderung	verdecktes Einmalgebot	offene Steigerung	verdecktes Einmalgebot
Zuschlagbestimmung	iterativ vom Höchstpreis an Letztbieter	definitiv an Tiefstbieter zum Gebot des zweit-tiefsten Bieters	definitiv vom Mindestpreis an Erstbieter	definitiv an Tiefstbieter zu Tiefstgebot
Verhalten	Unterbieten bis zum Limit	Limit bieten	Strategie	Strategie

Bemerkenswerterweise ist bei den stochastischen Beschaffungsmethoden die Unsicherheit gegenüber den Auktionen nochmals gestiegen. Dort muss lediglich die Teilnehmerzahl geschätzt werden, um das wahrscheinlichkeitstheoretische Kalkül anwenden zu können. Für den Erst- bzw. Tiefstbieter bei einer offenen Steigerung („Holländische Lizitation“) oder im Rahmen eines verdeckten Einmalgebots („Submission“) ist es hingegen zur Optimierung zusätzlich erforderlich, eine Vorstellung über die maximale Zahlungsbereitschaft des *Veranstalters* zu entwickeln. Ein strategisch vorgehender Bewerber um einen Auftrag stochert diesbezüglich allerdings im Nebel, da nicht die eigene Finanzkraft seinen Gebotsspielraum beschränkt, sondern die (ihm unbekannte) maximale Ausgabe des Bestellers. Ehe daraus die wettbewerbspolitischen Konsequenzen gezogen werden, lohnt es sich, das Verhalten eines risikoneutralen Anbieters zu studieren, der einen aussichtsreichen Preisvorschlag sucht.

3.2 Strategisches Anbieterverhalten

Um die formalen Zusammenhänge zu erschließen, rückt zunächst eine Lotterie der besonderen Art in den Fokus. Ein Mitspieler darf eine Prämie zwischen null und hundert Cent verlangen. Die Person bekommt den genannten Betrag, wenn er eine vorher verkündete Anzahl von $(n - 1)$ zufälligen Ziehungen ohne Zurücklegen – etwa aus einer Trommel, die Lose mit den Zahlen 1 bis 100 enthält – unterschrei-

tet. Die Ergebnisse repräsentieren Cents und sind auf der Strecke mit der Länge eins uniform verteilt. Der Spieler weiß also in der vorliegenden Situation, wie oft seine Forderung überdauern muss. Die Wahrscheinlichkeit $p_S(f)$, mit der sein Auszahlungswunsch schlussendlich am tiefsten liegt, beträgt:

$$p_S(f) = (1-f)^{n-1} \quad (12)$$

Da im Erfolgsfall der Vorteil Q aus der Zahlung f besteht, berechnet sich der Erwartungswert $E(Q(f))$ zu:

$$E(Q(f, p_S)) = p_S(f)Q = (1-f)^{n-1}f \quad (13)$$

Die notwendige Bedingung für einen Extremwert lautet:

$$\frac{\partial E(Q)}{\partial f} = (1-f)^{n-1} - f(n-1)(1-f)^{n-2} = -\frac{(fn-1)(1-f)^n}{(1-f)^2} = 0 \quad (14)$$

Daraus folgt die erfolgversprechendste Forderung:

$$f^* = \frac{1}{n} = 1 - g^* \quad (15)$$

Als zweite Ableitung der Zielfunktion (13) erhält man:

$$\frac{\partial^2 E(Q)}{\partial f^2} = -\frac{(fn-2)(1-f)^n(n-1)}{(f-1)^3} \quad (16)$$

Die hinreichende Bedingung ist für $n > 1$ an der Stelle f^* erfüllt. Dieses Verlangen maximiert folglich die erwartete Einnahme.

Das vorangegangene Rasonnement lässt sich auf ein strategisches Unterbieten übertragen, nachdem sich der Optimierer für die zu berücksichtigende Anzahl von Zufallsbietern entschieden hat. Der Akteur kommt bei einem Minderungsverfahren mit der gleichen Erfolgsaussicht zum Zug wie bei den Steigerungsmethoden:

$$p_S(f^*) = \left(\frac{n-1}{n}\right)^{n-1} = p_S(g^*) \quad (17)$$

Wie schon in Gleichung (7) festgestellt, konvergiert der Ausdruck (17) gegen ein positives Minimum:

$$\hat{p}_S(f^*) = \lim_{n \rightarrow \infty} \left(\frac{n-1}{n} \right)^{n-1} = \hat{p}_S(g^*) = e^{-1} \approx 0,368 \quad (18)$$

In mehr als einem Drittel der Durchgänge gewinnt der stochastisch beschlagene Protagonist gegen noch so viele Zufallsgebote. Dabei streben wie in der Abbildung die Siegwahrscheinlichkeiten rasch gegen die untere Grenze. Ferner decken sich im Über- und Unterbietungswettbewerb die Rentenerwartungswerte:

$$E(Q_S) = p_S(f^*)f^* = \left(\frac{n-1}{n} \right)^{n-1} \left(\frac{1}{n} \right) = E(R_S) \quad (19)$$

Akzeptiert man wieder $n = 6$ für vielzählige Konkurrenz, verlangt der Strategie (abgerundete) 16 Cent und streicht davon im Mittel ca. 42 % als Prämie ein. Fortuna ist ihm eben nicht immer hold.

3.3 Die Forderungen im Vergleich

Womöglich liegt ein anderer Anspruch am tiefsten. Wie hoch ist dieses Zufallsgebot f_C im Schnitt? Sei y eine beliebige Forderung aus dem Intervall $0 \leq y \leq 1/n$. Die Wahrscheinlichkeit, dass y die gleichverteilten $(n-2)$ anderen akzidentiellen Zahlungswünsche unterschreitet, beträgt $(1-y)^{n-2}$. Dann gilt:

$$\int_0^{\frac{1}{n}} y \cdot (1-y)^{n-2} dy = f_C \int_0^{\frac{1}{n}} (1-y)^{n-2} dy \quad (20)$$

Die Bedingung (20) liefert:

$$\begin{aligned} f_C &= \frac{\int_0^{\frac{1}{n}} y \cdot (1-y)^{n-2} dy}{\int_0^{\frac{1}{n}} (1-y)^{n-2} dy} = \frac{\left(\frac{n-1}{n} \right)^n (2n-1) + 1 - n}{n \left(n \left(\frac{n-1}{n} \right)^n + 1 - n \right)} = \\ &= 1 - \left(\frac{n-1}{n} \right) \left(\frac{1 - \left(\frac{n-1}{n} \right)^n}{1 - \left(\frac{n-1}{n} \right)^{n-1}} \right) = 1 - g_C \end{aligned} \quad (21)$$

Die mittlere Forderung $E(\emptyset f)$ beträgt:

$$\begin{aligned}
E(\emptyset f) &= p(f^*)f^* + (1 - p(f^*))f_C = \left(\frac{n-1}{n}\right)^{n-1} \frac{1}{n} + \\
&\quad + \left(1 - \left(\frac{n-1}{n}\right)^{n-1}\right) \left(1 - \left(\frac{n-1}{n}\right) \left(\frac{1 - \left(\frac{n-1}{n}\right)^n}{1 - \left(\frac{n-1}{n}\right)^{n-1}}\right)\right) = \\
&\quad = \frac{1 - \left(\frac{n-1}{n}\right)^n}{n} = 1 - E(\emptyset g)
\end{aligned} \tag{22}$$

Da der durchschnittliche stochastische Verkaufspreis $E(\emptyset g)$ laut der rechten Spalte der Tabelle 2 mit der vermuteten Teilnehmerzahl n steigt, fällt gemäß Gleichung (22) das voraussichtliche Tiefstgebot mit einer größeren Schar an Interessierten. Diesmal kann außerdem die erwartete Rente des Zufallssiegers $E(Q_C)$ berechnet werden, da sie mit der gewichteten Auszahlung f_C übereinstimmt:

$$E(Q_C) = (1 - p(f^*))f_C = \frac{\left(\frac{n-1}{n}\right)^n (1 - 2n) + n - 1}{n(n-1)} \tag{23}$$

Augenscheinlich verhalten sich die beiden wahrscheinlichkeitstheoretisch optimierten Gebote im Über- bzw. Unterbietungswettbewerb spiegelbildlich zueinander. Da die Tabelle 2 den siegreichen strategischen (g^*) bzw. zufälligen (g_C) Kaufpreis auflistet, können über die Gleichungen (15) respektive (21) die entsprechenden Tiefstnennungen berechnet werden. Erneut zeigt sich, dass der Auszahlungswunsch des Zufallsgewinners nicht lediglich den Abstand zwischen der Strategieforderung und null halbiert, sondern nach links rückt, wenn mehr als zwei Personen beteiligt sind.

Mit den Gleichungen (19) und (23) ergibt sich der Anteil des Erwartungswerts der Auszahlung des Strategen an der gesamten im Mittel ausgeschütteten Summe:

$$\frac{E(Q_S)}{E(Q_S) + E(Q_C)} = \frac{n \left(\frac{n-1}{n}\right)^n}{(1-n) \left(\left(\frac{n-1}{n}\right)^n - 1\right)} \tag{24}$$

Für eine gegen unendlich strebende Kandidatenzahl n konvergiert diese Proportion wie die Siegwahrscheinlichkeit gegen ein positives Limit:

$$\lim_{n \rightarrow \infty} \frac{E(R_S)}{E(R_S) + E(R_C)} = \lim_{n \rightarrow \infty} \frac{n \left(\frac{n-1}{n} \right)^n}{(1-n) \left(\left(\frac{n-1}{n} \right)^n - 1 \right)} = \frac{1}{e-1} \approx 0,582 \quad (25)$$

Dem Optimierer gelingt es also selbst bei großer Mitspielerzahl, nahezu 60 % der (schrumpfenden) Ausschüttung zu attrahieren. Aber diese Feststellung bezieht sich auf eine besondere Entscheidungssituation, in der die avisierte Prämie wie bei dem betrachteten Preisausschreiben bekannt ist. Die Lizitationen in der Praxis liefern diese Information jedoch kaum. Dann verbietet sich der Vergleich zwischen den stochastischen und den deterministischen Verfahren bei der Beschaffung, während eine solche Konfrontation beim Verkauf möglich ist: Der Nachfrager kann aus eigenem Wissen die Wahrscheinlichkeitsstrecke zwischen dem Mindestpreis und seiner Wertschätzung abstecken. Die Übertragung solcher Erwägungen auf die Handlungsweise potenzieller Lieferanten setzt deshalb voraus, dass der Veranstalter seine Höchstaussgabe offenbart.⁸ Ohne diese Information fehlt die Voraussetzung zur Optimierung eines Angebots.

4. Gebote für Gebote

Der größtmögliche Gewinn eines Leistungserstellers i entspricht der Differenz zwischen den entstehenden Kosten (C_i) und der Budgetobergrenze des Kunden (M). Zur Anpassung der vorher behandelten Lotterie an die jetzt zu besprechende Situation müsste der Spieler im Prämienwunsch (15) in Höhe von $f^* = 1/n$ berücksichtigen, dass im Falle eines Sieges eine Teilnahmegebühr in Höhe von C_i fällig wird. Diesen Sockelbetrag erhöht der Bieter um den n -ten Teil der Maximalrente ($M - C_i$), die bei der Auslosung eins betragen hat. Damit erhält man für die Entgeltforderung f_i^* eines strategisch operierenden Auftragnehmers:

$$f_i^* = C_i + \frac{1}{n}(M - C_i) \quad (26)$$

⁸ Um die Glaubhaftigkeit der Angabe zu gewährleisten, kommt ein Kontrahierungszwang bzw. eine Schadenersatzpflicht bei Nichtabschluss in Betracht.

Indes kann auch in diesem Milieu der kostengünstigste Bewerber trotz Anwendung der obigen Bietformel scheitern. Eine tiefer liegende Forderung muss keineswegs ein reines Zufallsprodukt sein, sondern sie beruht womöglich desgleichen auf der Verhaltensempfehlung (26), wenn bei höheren Kosten hinreichend viele Bieter angenommen wurden.⁹

Unabhängig von der Ursache gilt jedoch stets: Verliert der potenteste Kandidat, ist die Allokation ineffizient. Dies lässt indes jene Organisatoren kalt, die eine stochastische Vergabe etablieren möchten, weil sie hoffen, mit ihr das gewünschte Objekt billiger als bei den automatischen Verfahren zu ergattern. Ebenso wie bei den Auktionen reflektiert bei den Lizitationen die konkret praktizierte Allokationsmethode das ökonomische Kräfteverhältnis zwischen dem Veranstalter und der Gegenseite.

Offensichtlich weisen die deterministischen Methoden zur Veräußerung oder Beschaffung eines unteilbaren Objekts Vorteile für die Bewerber auf. Im Gegensatz zu den stochastischen Ausprägungen müssen sie sich keine Gedanken über die Zahl der Konkurrenten machen. Sie bieten einfach solange mit, wie sie sich einen Vorteil versprechen, d. h. ihre Zahlungsbereitschaft bzw. die Mindestforderung noch nicht erreicht ist. Diese Routinen genügen zugleich dem Pareto-Kriterium: Der leistungsfähigste Aspirant erhält den Zuschlag, während der ausgeschiedene Zweitplatzierte das Entgelt bestimmt.

Betreibt der Ausrichter sein Geschäft über das Internet, statt bei den älteren Kommunikationsmitteln zu bleiben, darf er sogar auf ein für ihn lohnenderes Ergebnis hoffen, denn mit der Zahl der möglichen Käufer (Lieferanten) steigt (sinkt) voraussichtlich das entscheidende zweitbeste Limit. Jedoch weist der schematische Ablauf ebenfalls seine Tücken auf, denn er ist keineswegs gegen Manipulationsversuche gefeit. So soll es geschehen, dass sich Strohmänner preistreibend oder -senkend einmischen, damit der Alleinanbieter oder Solonachfrager das Gut teurer absetzt bzw. billiger erlangt. Freilich darf dabei nicht überzogen werden, sonst misslingt der Handel mit einem Dritten.

Im Unterschied zur herrschenden Meinung sind die stochastischen Bietverfahren oft ineffizient und sie tendieren dazu, die Zahlungen zugunsten des Veranstalters zu beeinflussen.¹⁰ Es besteht dann Marktmacht. Vor diesem Hintergrund

⁹ Wenn n die tatsächliche Bewerberzahl ist, deren Kosten uniform verteilt im Intervall $[C_i, M)$ liegen, führt die mechanische Bestimmung des Geschäftspartners zu demselben Preis wie das strategische Gebot.

¹⁰ Schon Vickrey (1961, S. 17) hat bei inhomogenen Bietern auf den möglichen Verstoß gegen das Pareto-Kriterium verwiesen. Ein Zahlenbeispiel bringt Milgrom 1989, S. 9.

scheint es wettbewerbspolitisch überlegenswert, diese Allokationsweisen zu untersagen.¹¹ Doch die offenen Ausprägungen weisen den Vorteil auf, dass sie zu einer raschen Preisfindung führen, wenngleich keineswegs immer der solventeste Teilnehmer zum Zuge kommt.

Allerdings besteht ein nicht von der Hand zu weisender Bedarf, bei Beschaffungen zumindest die Auftragserteilung zum verdeckten Tiefstgebot zu reglementieren. In dieser Studie wurde gezeigt, dass es eine grundsätzliche Asymmetrie zwischen Verkauf und Einkauf über Bietprozesse gibt. Bei den Auktionen kennt jeder Kandidat seine maximale Wertschätzung. Sobald er ein Urteil über die Stärke des Konkurrentenfeldes gefällt hat, setzt ihn dies in die Lage, den Erwartungswert seiner Rente zu optimieren.

Bei einer Bestellauslobung hält sich der Ausrichter hingegen bis dato bezüglich seiner Ausgabenbereitschaft bedeckt. Den Bewerbern ist somit buchstäblich die Grundlage entzogen, das Wahrscheinlichkeitstheoretische Kalkül anzuwenden, da der Preisspielraum nach oben offen ist. Diese Unsicherheit verstärkt die Neigung der potenziellen Anbieter zu Absprachen, die seit 1998 sogar als „Ausschreibungsbetrug“ nach § 298 Strafgesetzbuch geahndet werden. Andererseits bestimmt das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in § 97 Abs. 1, immerhin die öffentlichen Aufträge „im Wege transparenter Verfahren“ zu vergeben. Zur Erfüllung dieser Voraussetzung sollten wenigstens die Gebietskörperschaften in Zukunft mitteilen, wie viel sie aufgrund einer Vorkalkulation für eine spezifische Leistung aufzuwenden bereit sind (vgl. Helmedag 2004). Bekommt ein (womöglich nur geringfügig) günstigeres Angebot den Zuschlag, wird der Vorwurf einer Übervorteilung haltlos, da nunmehr offenbar keine Schädigung vorliegt.

Noch besser wäre es freilich, wenn statt der einfachen eine Vickrey-Submission zur Norm würde. Dann bestünde ein Anreiz, die wahren Mindestforderungen anzugeben, weil den Bieterinnen inklusive des siegreichen kostengünstigsten Aspiranten die Sorge genommen ist, dass die Akquise sich als Verlustgeschäft erweist.

¹¹ „Indeed, some hold the view that one essential role of government is to declare that the rules of certain social ‘games’ must be changed whenever it is inherent in the game situation that the players, in pursuing their own ends, will be forced into a socially undesirable position.“ Luce / Raiffa 1957, S. 97.

Literatur

- Harsanyi, J. (1967/68): Games with incomplete information played by “Bayesian” players, in: *Management Science*, Vol. 14, S. 159-182, 320-334, 486-502.
- Helmedag, F. (2004): „Ausschreibungsbetrug“ im Licht der Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Bietverfahren, in: *Wirtschaft und Wettbewerb*, 54. Jg., S. 1000-1012.
- Kagel, J. H. / Levin, D. (1986): The Winner’s Curse and Public Information in Common Value Auctions, in: *The American Economic Review*, Vol. 76, S. 894-920.
- Klemperer, P. (Hrsg.) (2000): *The Economic Theory of Auctions*, Vol. I and Vol. II, Cheltenham / Northampton (Edward Elgar).
- Krishna, V. (2010): *Auction Theory*, 2. Aufl., Amsterdam u. a. (Academic Press).
- Leitzinger, H. (1988): *Submission und Preisbildung, Mechanik und ökonomische Effekte der Preisbildung bei Bietverfahren*, Köln u. a. (Carl Heymanns).
- Luce, R. D. / Raiffa, H. (1957): *Games and Decisions, Introduction and Critical Survey*, New York (Wiley).
- Lucking-Reiley, D. (1999): Using Field Experiments to Test Equivalence between Auction Formats: Magic on the Internet, in: *The American Economic Review*, Vol. 89, S. 1063-1080.
- Milgrom, P. (1989): Auctions and Bidding: A Primer, in: *The Journal of Economic Perspectives*, Vol. 3, S. 3-22.
- Molho, I. (1997): *The Economics of Information, Lying and Cheating in Markets and Organizations*, Oxford / Malden (Blackwell Publishers).
- Monezes F. M. / Monteiro, P. K. (2005): *An Introduction to Auction Theory*, Oxford / New York (Oxford University Press).
- Rasmusen, E. (2007): *Games and Information, An Introduction to Game Theory*, 4th ed., Maldon / Oxford / Carlton (Blackwell).
- Vickrey, W. (1961): Counterspeculation, Auctions and Competitive Sealed Tenders, in: *Journal of Finance*, Vol. XVI, S. 8-37.

Die Examensklaur

aus der Volkswirtschaftslehre

Das Thema wurde von Prof. Dr. Fritz Helmedag im Sommersemester 2001 an der TU Chemnitz für Volks- und Betriebswirte in der Diplomprüfung im Fach „Wettbewerbswirtschaft“, einem von vier Teilgebieten der „Allgemeinen Volkswirtschaftslehre“, gestellt. Als Bearbeitungszeit waren 30 Minuten vorgesehen. Die studienbegleitende Klausur bestand insgesamt aus drei Aufgaben ohne Wahlmöglichkeit.

Thema: Zur Theorie und Praxis des Coase-Theorems

Zwei Reisende sitzen in einem Raucherabteil des Zuges von Chemnitz nach Berlin. Einer davon genießt aus dem kontinuierlichen Konsum von Tabak, den er in Form von Zigaretten (teilmengen) (Z) raucht, eine in Euro gemessene Nutzendichte (vulgo: „Grenznutzen“) gemäß:

$$U'_R(Z) = 12 - Z$$

Der andere erleidet proportional zu den in Qualm aufgelösten Glimmstängeln konstant eine Schadenintensität (S'_N) in Höhe von 2 Euro.

- Zu wie vielen Zigaretten wird der Raucher auf der Fahrt greifen, wenn sein Gegenüber schweigend leidet?
- In welchem Maße verändern sich die Nutzenniveaus der beiden Reisenden? Ergibt sich insgesamt eine Wohlfahrtserhöhung?
- Was könnte nach Ronald H. Coase der Nichtraucher tun und wie sieht dann das Ergebnis aus, wenn der Raucher bereits bei Indifferenz seiner Sucht widersteht?
- Angenommen, die beiden säßen allein in einem Nichtraucherabteil. Welches Resultat könnte sich nun einstellen?
- Erläutern Sie anhand des Beispiels die Effizienz- sowie die Invarianzthese. Ist es für die zu Stande kommende Lösung unerheblich, in welchem Abteil die betreffenden Personen fahren? Beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die Coaseschen Überlegungen.

I. Daran hätten Sie denken müssen:

Zu Aufgabe a):

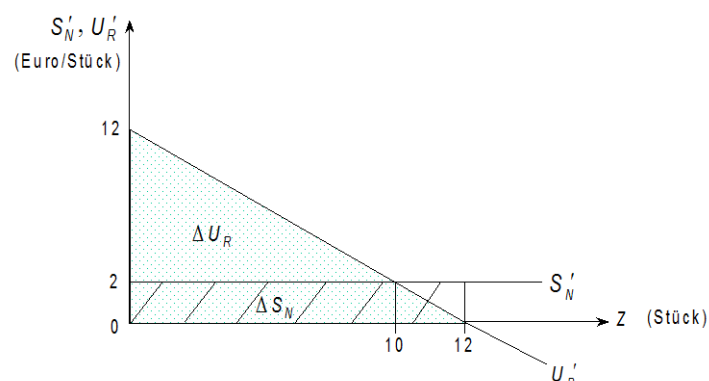
Der Raucher wird solange seiner Leidenschaft frönen, wie ihm jeder weitere Zug Nutzen stiftet, d.h. sein Bedürfnis mindert. Er hört dann mit dem Paffen auf, wenn sein Nutzenzuwachs verschwindet. Dies ist exakt nach zwölf konsumierten Zigaretten der Fall:

$$U'_R(Z) = 12 - Z \stackrel{!}{=} 0 \Rightarrow Z_{\max} = 12 \quad (\text{Stück})$$

Die Angabe in den Klammern nennt die Dimension des Ergebnisses, wobei das Zeitintervall, auf das sich die Mengenangabe bezieht, weggelassen worden ist.

Zu Aufgabe b):

Zur Veranschaulichung der Situation eignet sich eine Abbildung, welche die Nutzen- bzw. Schadendichte beider Akteure angibt:



Zunächst berechnen wir den in Geld bewerteten Nutzenzuwachs des Rauchers ΔU . Im Vergleich zum Verzicht erhöht sich hierbei die Wohlfahrt des Rauchers um 72 Euro:

$$\Delta U_R(12) = \int_0^{12} (12 - Z) dZ = \left[12Z - \frac{Z^2}{2} \right]_0^{12} = 144 - 72 = 72 \text{ (Euro)}$$

Der Nichtraucher erleidet durch die 12 gerauchten Zigaretten die Verschlechterung:

$$\Delta S_N(12) = \int_0^{12} S'_N dZ = [2Z]_0^{12} = 2 \cdot 12 = 24 \text{ (Euro)}$$

Wie die Aggregation zeigt, erhöht sich die gesamte Wohlfahrt gegenüber der Ausgangssituation:

$$\Delta U = \Delta U_R - \Delta S_N = 72 - 24 = 48 \text{ (Euro)}$$

Zu Aufgabe c):

Im Raucherabteil darf beliebig geraucht werden. Nach **Coase** könnte der Nichtraucher dem Nikotinsüchtigen jedoch eine Zahlung anbieten, um ihn zu veranlassen, sein Laster einzuschränken. Dies führe letztendlich zu einem effizienten Zustand. Der Raucher wird dann so lange inhalieren, bis die ihm angebotene Kompensation den Nutzen einer zusätzlichen Zigarette zu übersteigen beginnt. Bei Indifferenz lässt er annahmegemäß den Tabakkonsum sein. Der Nichtraucher offeriert pro Zigarette höchstens eine Zahlung in Höhe des erlittenen Schadens. Der Zigarettenverbrauch ergibt sich somit aus der **Gleichheit von Nutzendichte** beim Raucher **und Schadenintensität** beim Nichtraucher:

$$U'_R = 12 - Z \stackrel{!}{=} 2 = S'_N \Rightarrow Z_{\text{Coase}} = 10 \text{ (Stück)}$$

Der Raucher wird sich also nur noch 10 Glimmstengel anzünden. Dadurch widerfährt ihm allerdings eine Einbuße seines Rauchgenusses im Vergleich zu a) in Höhe von 2 Euro:

$$\begin{aligned} \Delta U_R(12) - \Delta U_R(10) &= \int_{10}^{12} (12 - Z) dZ = \left[12Z - \frac{Z^2}{2} \right]_{10}^{12} \\ &= 144 - 72 - (120 - 50) = 2 \text{ (Euro)} \end{aligned}$$

Wenigstens diesen Nutzenverlust möchte der Nikotinabhängige vom Nichtraucher erstattet bekommen. Die Untergrenze der Kompensationszahlung beträgt somit 2 Euro; sie soll der tatsächlich geleisteten „Verzichtprämie“ entsprechen. Wie sieht es nun mit der Wohlfahrt aus? Im Vergleich zur völligen Abstinenz stiftet das Rauchen einen **geldwerten Vorteil** im Betrag von 70 Euro:

$$\Delta U_R(10) = \int_0^{10} (12 - Z) dZ = \left[12Z - \frac{Z^2}{2} \right]_0^{10} = 120 - 50 = 70 \text{ (Euro)}$$

Außerdem erhält der Tabakkonsument einen „Mindernikotinausgleich“ in Höhe von 2 Euro. Der Nichtraucher erleidet jetzt nur noch einen Schaden von 20 Euro:

$$\Delta S_N(10) = 2 \cdot 10 = 20 \text{ (Euro)}$$

Dazu kommt freilich die Entschädigung für den Verzicht seines Gegenübers auf zwei Zigaretten, die mit 2 Euro zu Buche schlägt. Der gesamte Wohlfahrtsgewinn beträgt dann:

$$\Delta U(10) = \Delta U_R(10) - \Delta S_N(10) = 70 - 20 = 50 \text{ (Euro)}$$

Da sich die Kompensationszahlung im Kollektiv aufhebt, steigt der Nutzen der Zwei-Personen-Gesellschaft gegenüber b) um 2 Euro. Diese Situation beschreibt das soziale Optimum.

Zu Aufgabe d):

Im Nichtraucherabteil ist der Tabakkonsum eigentlich verboten. Der Nichtraucher könnte sich jedoch auf einen Handel mit dem Süchtigen einlassen: Wenn dieser Schadenersatz leistete, werde das Rauchen toleriert. Die Zahlung pro erlaubter Zigarette muss dabei zumindest die (im vorliegenden Fall gleich bleibende) Wohlfahrtsminderung des Nichtrauchers kompensieren. Der Raucher dagegen trägt maximal so lange die Genehmigungskosten, wie sie den Nutzen einer zusätzlichen Zigarette nicht übersteigen. Es ergibt sich somit das gleiche Konsumniveau wie unter c): $Z_{\text{Coase}} = 10$ (Stück). Für diese Menge zahlt der Raucher im Grenzfall den gesamten aus dem Genuss von

10 Zigaretten gezogenen Nutzen von 70 Euro [= $\Delta U_R(10)$; vgl. c)]. Dies ist das Limit der Kompensation. Der Nichtraucher dagegen möchte mindestens die Schlechterstellung in Höhe von 20 Euro [= $\Delta S_N(10)$; vgl. c)] ausgeglichen haben. Die Untergrenze der Entschädigung beträgt also 20 Euro. Der Spielraum für Verhandlungen zwischen den beiden Akteuren liegt daher zwischen 20 und 70 Euro.

Zu Aufgabe e):

Die **Effizienzthese** besagt, dass bei eindeutiger Zuordnung der Eigentumsrechte und ohne Berücksichtigung von Transaktionskosten Verhandlungen zwischen den Akteuren zu einem Pareto-optimalen Resultat führen. Dies gewährleiste zugleich die Internalisierung externer Effekte. Gemäß der **Invarianzthese** werde das (effiziente) Ergebnis der Verhandlungen durch die konkrete Ausgestaltung und Zuordnung der Eigentumsrechte nicht beeinflusst, es komme also unabhängig von deren Verteilung zu Stande. Allerdings muss man sich klarmachen, worauf sich die Aussage bezieht: Gemeint ist, dass die **rentenmaximale Menge** produziert bzw. konsumiert wird. Auf das Beispiel bezogen: Egal, ob sich die beiden Reisenden im Raucher- oder Nichtraucherabteil befinden, ihre Verhandlungen führen jedes Mal zum gleichen Aktivitätsniveau, dem sozialen Optimum von $Z_{Coase} = 10$ gerauchten Zigaretten. Dabei ist freilich die Höhe der Kompensationszahlung davon abhängig, wie das Eigentumsrecht konkret ausgestaltet ist, denn dieses determiniert die Tauschgrenze der Akteure. Im Raucherabteil liegt die Zahlung zwischen 2 und 4 Euro, im Nichtraucherabteil zwischen 20 und 70 Euro. Offenbar erlangt die Zuordnung von Handlungsrechten eine hohe Bedeutung für den tatsächlichen Betrag der Kompensationszahlung, während sich das effiziente Verbrauchsvolumen unabhängig von der juristischen Rahmensetzung bestimmen lässt. Grundsätzlich ist es jedoch fraglich, ob in der wirklichen Welt Wohlfahrtseinbußen als Folge negativer externer Effekte stets durch Zahlungen des Belasteten reduziert werden. Wäre dies so, entstünde ein Anreiz, Geld für die **Unterlassung** eines Schadens kassieren zu wollen. Allerdings gehören solche „Schutzgeldforderungen“ ins kriminelle Milieu. In der Realität wird der Störenfried oft durch Abschreckungsmaßnahmen gemäßregelt: Zum Beispiel könnte der Nichtraucher – wenn kein Abteilwechsel möglich ist – statt des Angebots einer „Verzichtprämie“ das Verhalten des Gegenübers durch Drohung eines **Gegenschadens** – etwa den Verzehr hinreichender Mengen Knoblauchs – zu beeinflussen versuchen, um mit dieser Waffe die Emission von Tabakqualm zu bekämpfen.

II. Mögliche Fehlerquellen:

- Irreführende Interpretation des Spannungsverhältnisses zwischen Raucher und Nichtraucher als (angebliche) Nutzungskonkurrenz um das Gut „saubere Luft“: Der Süchtige greift nicht zur Zigarette, um die Atmosphäre zu verpesten, sondern um zu inhalieren. Das stickige Klima im Abteil ist eine (oft auch vom Verursacher) als unangenehm empfundene Begleiterscheinung des Drogenkonsums. Bei Licht besehen, reduziert sich die immer wieder genannte Reziprozitätsbeziehung zwischen Schädiger und Geschädigtem auf die triviale Aussage, dass es ohne Letzteren keinen Schaden gäbe.
- Mangelhaft kommentierte Präsentation der Invarianzthese: Unabhängig von der Rechtslage (und den Transaktionskosten) lässt sich zwar die rentenmaximale Menge identifizieren (Z_{Coase}), aber die faktische Kompensationszahlung und damit die Verteilungswirkung wird erheblich davon beeinflusst, ob die Verhandlung im Raucher- oder Nichtraucherabteil stattfindet.
- Außerachtlassung der Erpressungsmöglichkeit: Zahlt jemand, damit ein negativer externer Effekt reduziert wird, lohnt es sich, daraus ein Geschäft zu machen – die Mafia lässt grüßen. Man kommt also trotz Coase-Theorem nicht darum herum, ein sozial tolerierbares Maß an Beeinträchtigungen Dritter festzusetzen (Grenzwerte) und Überschreitungen zu ahnden.

Literaturempfehlungen:

- Coase, R.: The Problem of Social Cost. In: The Journal of Law and Economics, Vol. 3 (1960), S. 1-44.
Deutsch: Das Problem der sozialen Kosten. In: Assmann, H.-D./Kirchner, Ch./Schanze, E. (Hrsg.): Ökonomische Analyse des Rechts. Tübingen 1993, S. 129 - 193.
- Helmedag, F.: Zur Vermarktung des Rechts: Anmerkungen zum Coase-Theorem. In: Wolf, D./Reiner, S./Eicker-Wolf, K. (Hrsg.): Auf der Suche nach dem Kompaß: Politische Ökonomie als Bahnsteigkarte fürs 21. Jahrhundert. Köln 1999, S. 53 - 71.
- Henseler, P./Matzner, E.: Relevanz und Irrelevanz am Beispiel des „Coase-Theorems“, Anlässe für Interventionen und Regulierungen (frei) nach Coase. In: Matzner, E./Nowotny, E. (Hrsg.): Was ist relevante Ökonomie heute? Festschrift für Kurt W. Rothschild. Marburg 1994, S. 251 - 264.

IN DER DISKUSSION

Kronzeugen im Gefangenendilemma

Die Terrorakte in den USA vom 11. September 2001 haben die deutsche Bundesregierung zu dem Vorschlag veranlasst, im Rahmen eines Maßnahmenpakets zur Erhöhung der inneren Sicherheit auf die **Kronzeugenregelung** zurückzugreifen. Bereits 1989 war ein entsprechendes, zunächst bis 1992 befristetes Gesetz zur Bekämpfung der Rote-Armee-Fraktion (RAF) verabschiedet worden. Obwohl Skeptiker Recht behielten und sich die Norm als **stumpfe Waffe** erwies, wurde sie zweimal verlängert und 1994 sogar auf das organisierte Verbrechen ausgedehnt. Im November 1999 haben die Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vereinbart, die Kronzeugenregelung zum Jahresende auslaufen zu lassen. Nach Aussagen von Vertretern der Regierungskoalition trug sie weder dazu bei, Täter aus einer terroristischen Vereinigung herauszulösen noch Anschläge zu unterbinden. Im Gegenteil seien „Anreize zu falschen Verdächtigungen und Denunziationen“ geschaffen worden (vgl. Frankfurter Rundschau, Nr. 265/45, 13.11.1999, S. 1). Dessen ungeachtet scheint der modifizierte Kronzeugenregelung momentan eine parlamentarische Mehrheit gewiss zu sein.

Vor allem von Expertenseite wird **Kritik** an der geplanten Maßnahme laut. So spricht sich der Deutsche Anwaltverein gegen die Wiedereinführung aus, da ihr Nutzen bei der Aufklärung und Verhinderung von Straftaten erfahrungsgemäß gering, das Risiko von Falschaussagen hingegen erheblich sei (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 238/41, 13.10.2001, S. 3). Neben juristischen Erwägungen sprechen auch **spieltheoretische Überlegungen** gegen diese Maßnahme. Allerdings hat es die Wissenschaft bisher versäumt, sich in die Diskussion einzuschalten. Hier wird verdeutlicht, welche grundsätzlichen Argumente gegen die Kronzeugenregelung sprechen.

Die Rahmenhandlung

Hinter der (wenig glücklichen, jedoch historisch bedingten) Bezeichnung „Spieltheorie“ verbirgt sich die **Analyse von interpersonellen Entscheidungssituationen**: Die Akteure befinden sich in einem Geflecht wechselseitiger Beziehungen, wodurch die Ergebnisse ihres Handelns vom Verhalten der anderen „Mitspieler“ abhängen. Solche Untersuchungen gehören seit einigen Jahren zu den bevorzugten Forschungsfeldern der etablierten Ökonomik, wenngleich sich der Wissenszuwachs in den Augen einiger Betrachter seit geraumer Zeit in Grenzen hält. Diesem Eindruck soll hier nicht weiter nachgegangen werden. Stattdessen wird dargelegt, dass das vorhandene Potenzial der Spieltheorie aus(ge)reicht (hätte), dem Gesetzgeber Konsequenzen der Kronzeugenregelung aufzuzeigen und ihn entsprechend zu beraten.

Wer sich mit der Spieltheorie beschäftigt, wird unweigerlich mit dem berühmten Gefangenendilemma konfrontiert. Es gibt kein Lehrbuch zu diesem Thema, in dem nicht eine mehr oder minder ausgeschmückte Geschichte zu diesem Entscheidungsproblem zu finden ist. Der Leser wird dabei in ein Rechtssystem versetzt, das Verdächtigten Straferleichterung verspricht, wenn sie als Zeugen der Anklage auftreten, um so die Verurteilung eines anderen Beschuldigten zu ermöglichen. Die jeweiligen Delikte variieren ebenso wie die drohenden Strafen. Der Phantasie der Autoren ist jedenfalls reichlich Raum gegeben, den sie häufig auch weidlich nutzen.

Das Gefangenendilemma

Trotz aller Kreativität im Einzelnen lässt sich die Geschichte auf folgendes reduzieren: Zwei Personen werden verhaftet. Ihnen wird zur Last gelegt, ein schweres Verbrechen begangen zu haben: Auf jeden Fall können sie wegen eines geringfügigeren Delikts (z.B. Waffenbesitz) verurteilt werden. Die Strafe hierfür lautet zwei Jahre Gefängnis. Wenn einer der Beiden als Kronzeuge fungiert und eine gemeinsam begangene schlimmere Tat gesteht, komme er frei, sofern der andere Beschuldigte leugnet. Dieser werde dann hart bestraft, etwa mit fünf Jahren hinter schwedischen Gardinen. Bezichtigen sie sich wechselseitig, wollen sie also beide von der Kronzeugenregelung profitieren, betrage das Urteil jeweils vier Jahre.

		Gefangener II	
		Leugnen	Gestehen
Gefangener I	Leugnen	-2, -2	-5, 0
	Gestehen	0, -5	-4, -4

Abb.: Das Gefangenendilemma

Die Abbildung verzeichnet die jeweilige „Auszahlung“, die sich für die Verdächtigten in der Reihenfolge I, II ergibt. Das negative Vorzeichen deutet auf die Zahl der drohenden Gefängnisjahre hin. Leugnen brächte offensichtlich für die beiden das beste Ergebnis: Sie kämen wegen der geringer wiegenden Verfehlung mit jeweils zwei Jahren davon. Jedoch verhindert die Logik der Umstände das Resultat. Wie die auf das jeweils günstigere Ergebnis zeigenden Pfeile verdeutlichen, wirkt immer der Anreiz zu gestehen, gleichgültig was der andere tut. Es existiert ein **Gleichgewicht in dominanten Strategien**, die beste

Antwort hängt nicht vom Verhalten des Gegenspielers ab. Beide Gefangene wandern vier Jahre hinter Gitter. Formal ergibt sich diese Lösung, weil jeweils ein Pfeil auf die Auszahlung vor dem Komma und nach dem Komma gerichtet ist. Für die anderen „Kästchen“ trifft das nicht zu.

Das Gefangenendilemma wurde zum **Sinnbild der Rationalitätenfalle** schlechthin: Das Streben eines jeden nach dem für ihn Besten mündet zwangsläufig in einem für alle relativ schlechten Ergebnis. Zahlreiche Ausprägungen – von der Benutzung des Autos zu Innenstadtfahrten trotz beschränktem Parkraum bis zum Wettrüsten der Supermächte – lassen sich mit dem **Spannungsverhältnis zwischen individueller und kollektiver Vorteilhaftigkeit** vor Augen führen. Es ergibt sich stets eine von den Ökonomen als ineffizient bezeichnete Situation: Unverwirklichter Wunschtraum bleibe die zu Ehren von Vilfredo Pareto (1848-1923) benannte „Pareto-Verbesserung“, die niemanden schlechter stellt, aber mindestens einem Vorteile bringt. Im Beispiel wäre das die Auszahlung links oben, die unseren Protagonisten eine bloß zweijährige Strafe bescherte. Manche gehen sogar so weit, im Gefangenendilemma von einem „guten“ und einem „schlechten“ Gleichgewicht zu sprechen. Solche Wertungen sind allerdings mit einem Fragezeichen zu versehen, denn diese Sicht auf die Problemlage ist zu eng.

Der dritte Spieler

Bemerkenswerterweise wird in der ersten bekannten Darstellung des Gefangenendilemmas von A.W. Tucker aus dem Jahr 1950 noch eine weitere Partei erwähnt, die in späteren Versionen nicht mehr auftaucht. Auf dem unteren Drittel der im Kasten reproduzierten Schreibmaschinenseite, welche die Originalversion [vgl. UMAP-Journal, 1 (1980), S. 101] wiedergibt, findet sich der **Staat**

A TWO-PERSON DILEMMA		
Two men, charged with a joint violation of law, are held separately by the police. Each is told that		
(1) if one confesses and the other does not, the former will be given a reward of one unit and the latter will be fined two units,		
(2) if both confess, each will be fined one unit.		
At the same time each has good reason to believe that		
(3) if neither confesses, both will go clear.		
This Situation gives rise to a simple symmetric two-person game (not zero-sum) with the following table of payoffs, in which each ordered pair represents the payoffs to I and II, in that order:		
		II
		confess not confess
I	Confess	(-1, -1) (1, -2)
	not confess	(-2, 1) (0, 0)
Clearly, for each man the pure strategy "confess" dominates the pure strategy "not confess." Hence, there is a unique equilibrium point* given by the two pure strategies "confess." In contrast with this non-cooperative solution one sees that both men would profit if they could form a coalition binding each other to "not confess."		
The game becomes zero-sum three-person by introducing the State as a third player. The State exercises no choice (that is, has a single pure strategy) but receives payoffs as follows:		
		II
		confess not confess
I	confess	2 1
	not confess	1 0
*see J. Nash, PROC. NAT. ACAD. SCI. 36 (1950) 48-49.		
Stanford, May 1950		A.W. Tucker

als dritter Spieler. Da in Tuckers Version keine Gefängnisstrafen, sondern Bußgelder verhängt werden, ist unmittelbar ablesbar, was dem öffentlichen Haushalt am meisten bringt: eben das Gestehen aller Beschuldigten. Bei dem nun entstandenen **Nullsummenspiel**, in dem die Auszahlungen der Gefangenen zu Einnahmen des Staates werden, verliert das Pareto-Kriterium jedoch seine Bedeutung. Denn eine Besserstellung einer Seite bedeutet zwangsläufig die Schlechterstellung der anderen Beteiligten. Von „Effizienz“ im wohlfahrtstheoretischen Sinn kann vor diesem Hintergrund keine Rede sein.

Damit ist die **Rolle des Staates als regelsetzende Instanz** thematisiert. Geht es ihm um die Maximierung seiner Einnahmen durch Bußgelder oder möglichst vieler Jahre im Gefängnis, liegt die Zweckdienlichkeit der Erzeugung eines Gefangenendilemmas auf der Hand. Es zwingt Angeklagte ohne Alibi zum Geständnis. Die Kronzeugenregelung produziert regelmäßig Schuldige – unabhängig davon, ob sie Täter waren oder nicht! Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf all jene Darstellungen, die es versäumen, die Frage aufzuwerfen, ob die Bezichtigten das schwerere Verbrechen wirklich auf dem Gewissen haben. Statt dessen wird allenthalben ein Verfahren als nicht effizient eingestuft, das gegebenenfalls mit Recht Beschuldigte zu Verurteilten macht. Bedenklicher erscheint indes, dass auch kleine Sünder, die ihre Unschuld nicht beweisen können, große Verbrechen auf sich nehmen (müssen).

Dieses Ergebnis stellt sich stets ein, wenn die Gefangenen keine bindenden Verträge schließen können. Selbst eine Nacht in der Gemeinschaftszelle vor Befragung durch die Polizei reicht nicht aus, um eine verlässliche

Absprache zu treffen. Zwar werden die Angeklagten einander hoch und heilig versichern, dass Leugnen angezeigt sei, doch in der Stunde der Wahrheit bleibt es für jeden bei **Gestehen als dominanter Strategie**. Insofern ist Tuckers Beschreibung in der zweiten Zeile, wonach die beiden Männer isoliert inhaftiert seien („held separately by the police“), überflüssig.

In solchen Situationen soll das „Gesetz des Schweigens“ unter Mafia-Mitgliedern für Verhaltensstabilität sorgen: Weil die kriminelle Vereinigung für den Fall eines Geständnisses mit einer noch schwereren Strafe droht, streitet jeder Angeklagte alles ab. Die Aussicht auf ein mildes Urteil übt dann keinen hinreichend starken Druck zum Geständnis mehr aus. Damit wird eine weitere **systematische Unzulänglichkeit der Kronzeugenregelung** offenbar. Um jemanden zur Aussage zu bewegen, wird nunmehr über den Freispruch hinaus ein Schutzprogramm erforderlich, typischerweise das Versprechen einer neuen Identität nebst materieller Existenzsicherung. Erst jetzt ist der Kronzeuge bereit, gegen die eigene Organisation vor Gericht aufzutreten. Dies wiederum stellt einen Anreiz dar, dass gerade zwielichtige Gestalten andere belasten, um eine Perspektive auf ein „neues“ Leben zu gewinnen. An der Glaubwürdigkeit dieser Personen sind mithin Zweifel erlaubt – ebenso wie am Sinn der Kronzeugenregelung. Diese Einsicht sollte von der Politik auch unter dem Druck der aktuellen Ereignisse nicht über Bord geworfen werden. Denn der Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er Angriffen mit rechtsstaatlichen Mitteln begegnet. Weshalb auf die Kronzeugenregelung verzichtet werden sollte.

Prof. Dr. Fritz Helmedag, Chemnitz

2.2 Probleme kollektiver Entscheidungen

2.2.1. Das Wahlparadoxon

Bei Mehrheitswahl kann es sein, dass es kein Gleichgewicht gibt: Dies wurde bereits 1785 vom Marquis de Condorcet (1743-1794) erkannt.

Als Beispiel dient ein Autokauf, drei Varianten stehen zur Auswahl:

Großes Auto (g)	teuer
Mittleres Auto (m)	↓
Kleines Auto (k)	billig

Drei Akteure sind beteiligt: Vater (V), Sohn (S), Tochter (T) mit folgenden (transitiven) Vorlieben:

Person	Präferenzordnung	Mithin
V	$g \succ m \succ k$	$g \succ k$
S	$m \succ k \succ g$	$m \succ g$
T	$k \succ g \succ m$	$k \succ m$

Offensichtlich herrscht keine Einmütigkeit, welcher fahrbare Untersatz angeschafft wird. Wie entscheidet der Haushalt? Es wird abgestimmt:

Alternative	Dafür	Dagegen	Bei Konsistenz
$g \succ m$	V, T	S	$g \succ k$
$m \succ k$	V, S	T	
$g \succ k$	V	S, T	

Die scheinbare Präferenz $g \succ k$ findet bei der Probe aufs Exempel keine Mehrheit, die Rangordnung des Haushalts ist nicht transitiv, obwohl dies für jedes einzelne Mitglied zutrifft. Es handelt sich um das „Paradoxon zyklischer Mehrheiten“: Groß schlägt Mittel, Mittel schlägt Klein, aber Klein

schlägt Groß. Auf dem gleichen Konstruktionsprinzip beruht das Spiel „Papier – Stein – Schere“: Zwei Akteure präsentieren gleichzeitig eine Hand mit bestimmter Fingerstellung. Die Faust als Symbol des Steins wird von der flachen Hand, dem Papier, „eingewickelt“, dies wird von der Schere – gespreizte Zeige- und Mittelfinger – „geschnitten“, jedoch zerschlägt der Stein die Schere ...

Wichtig ist, wer die Wahlleitung einnimmt und die Reihenfolge der Abstimmungen festlegt. Dies zeigt die „Totalerhebung“ der drei zweistufigen, paarweisen Durchgänge.

Wahl-Gang	Vorwahl	Zwischen-sieger	Dafür	Endwahl	End-sieger	Dafür
1	k vs. g	k	S, T	k vs. m	m	V, S
2	m vs. k	m	V, S	m vs. g	g	V, T
3	m vs. g	g	V, T	g vs. k	k	S, T

Wie man sieht, kann *jede* Alternative bei geeigneter „Tagesordnung“ Sieger werden. Der Versammlungsleiter spielt demnach u.U. eine ausschlaggebende Rolle (wie bei der Hauptstadtfrage Bonn oder Berlin). Für die Individuen besteht in solchen Situationen ein Anreiz, sich strategisch zu verhalten, d.h. im ersten Wahlgang nicht die wahre Präferenz zu enthüllen. Nehmen wir an, in der ersten Runde tritt m gegen k an. Der Sohn stimmt in Runde eins dagegen (obwohl er in Wahrheit dafür ist), dann wird k Zwischensieger. Bei der Endwahl k gegen g macht schließlich der Kleinwagen k das Rennen. Damit wird immerhin die zweite Präferenz von S ($m \succ k \succ g$) Endsieger und nicht seine dritte.

Eine Lösungsmöglichkeit bietet manchmal die sog. Borda-Regel: Liegen n Möglichkeiten vor, so gibt jeder Wähler seiner ersten Präferenz $n - 1$ Punkte, der zweiten $n - 2$ usw. Danach wird wie beim europäischen Musikwettbewerb zusammengezählt und die Alternative mit der höchsten Bewertung zum Sieger erklärt. Allerdings kann es sein, dass das Streichen einer nachrangigen Möglichkeit zu einem anderen Gewinner führt, obwohl sich die Präferenzen nicht geändert haben. Dann hängt das Ergebnis von einer „irrelevanten Alternative“ ab, die gar keine Siegchance hat. Selbstverständlich wäre es auch denkbar, den Wählern ein unterschiedliches Stimmgewicht zu geben wie im preußischen Dreiklassen-Wahlrecht. Damit nähern wir uns

Eigenschaften an, die demokratietheoretisch problematisch erscheinen, aber nicht immer zu vermeiden sind.

2.2.2. Das Unmöglichkeitstheorem

Selbstverständlich muss nicht jedes Ensemble von Entscheidungsalternativen zyklische Mehrheiten beherbergen, aber die Möglichkeit existiert. Fatalerweise ist das dargestellte Problem nicht auf Mehrheitswahlverfahren beschränkt. Kenneth J. Arrow (geb. 1921, Nobelpreis mit John Hicks 1972) zeigte 1951 in seiner Dissertation „Social Choice and Individual Values“, dass es keine Methode gibt, die unter bestimmten, „vernünftigen“ Bedingungen in jedem Fall eine konsistente kollektive Entscheidung garantiert. Konsistent (manchmal auch als rational bezeichnet) bedeutet, dass die kollektive Entscheidung aus einer gesellschaftlichen Rangordnung der Alternativen (einer sozialen Wohlfahrtsfunktion) abgeleitet werden kann, die vollständig und transitiv ist. Betrachten wir den Sachverhalt näher.

Ausgangspunkt ist die „entscheidende Gruppe“ E , welche die Personen umfasst, deren individuelle Präferenzen zur Bildung der kollektiven Rangordnung ausschlaggebend sind. Gilt die Einstimmigkeitsregel, gehören alle zu E . Bei einer Mehrheitswahl besteht die entscheidende Gruppe aus einer beliebigen Mehrheit (relativ, absolut, qualitativ) aller Stimmberechtigten. Die entscheidende Gruppe kann freilich auch kleiner als die entsprechende Majorität der Grundgesamtheit sein, z.B. wenn die Mehrheit der Anwesenden zur Entscheidung befugt ist (Beschlussfähigkeit). Je nach gewähltem *Procedere* besteht E aus einem größeren oder kleineren Teil der Gesellschaft. Das praktizierte Verfahren soll jedoch nach Arrow folgende, plausible Eigenschaften aufweisen:

- „Unrestricted Scope“: Jede Zahl von Wählern mit beliebigen Präferenzen ist zulässig;
- „Pareto Principle“: Ein Zustand soll einem anderen vorgezogen werden, wenn alle das möchten;
- „Non dictatorship“: Die entscheidende Gruppe muss mehr als eine Person umfassen, sonst wäre diese ein Diktator;

- „Independance of irrelevant alternatives“: Die soziale Rangordnung zweier Entscheidungen darf nur von den individuellen Bewertungen dieser Alternativen abhängen, sie wird also nicht davon beeinflusst, welche sonstigen Optionen vorhanden sind. Ein Beispiel verdeutlicht das Gemeinte: Ändert jemand beim Autokauf seine bisherige Rangordnung $g \succ m \succ k$ in $g \succ k \succ m$ bleibt es bei $g \succ k$. An dieser Rangordnung hat sich ja nichts geändert. Die Forderung nach Unabhängigkeit von irrelevanten Alternativen gewährleistet, dass jeweils ein paarweiser Vergleich erlaubt ist.

Betrachten wir unseren vorigen Fall des Autokaufs mit folgenden Präferenzen:

	Familie
$V: g \succ m \succ k$	$m \succ k$
$S: m \succ k \succ g$	$\underline{g \succ m}$
$T: k \succ g \succ m$	$g \succ k \rightarrow \text{Vater ist Diktator!}$

Da E wenigstens zwei Personen stark sein muss, wollen wir – was nicht auszuschließen ist – annehmen, V und S seien die entscheidende Gruppe in der Familie. Da für die beiden $m \succ k$ gilt, muss dies ebenfalls für die Familie zutreffen. Überdies bemerken wir, dass $m \succ g$ nur für S stimmt. Mehrheitlich enthält die Familienrangordnung $g \succ m$. Da Transitivität gefordert wird, müsste somit $g \succ k$ richtig sein, was aus $g \succ m$ und $m \succ k$ resultiert. Die Rangfolge $g \succ k$ vertritt aber nur der Vater, er ist somit ein Diktator. Ein möglicher Widerspruch zwischen den vier Postulaten ist bewiesen. Obacht: Es wird *nicht* gezeigt, dass die Herleitung einer kollektiven Rangordnung *immer* gegen die vier Postulate verstößt, vielmehr kann ein Widerspruch auftreten. Hätte die Tochter die Präferenzen $T_2: k \succ m \succ g$ (also m und g vertauscht), gäbe es keine Probleme:

$$\left. \begin{array}{l} V, S : m \succ k \\ S, T_2 : m \succ g \\ S, T_2 : k \succ g \end{array} \right\} m \succ k \succ g$$

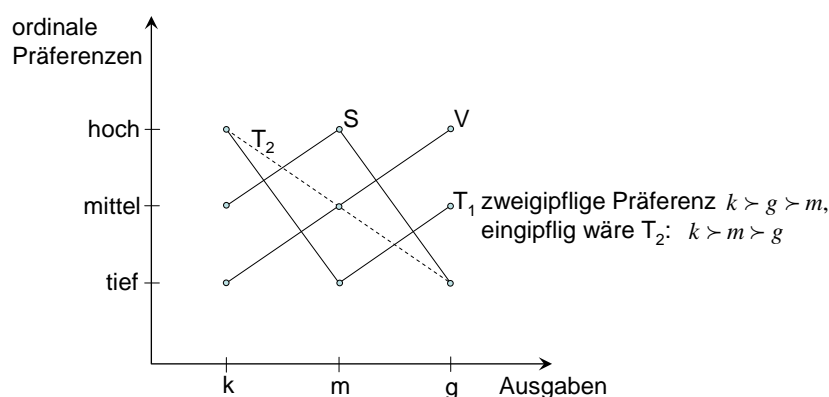
Auf Grund der veränderten Präferenzen findet sowohl $m \succ k$ (bei V und S) als auch $m \succ g$ (bei S und T_2) eine Mehrheit. Im Ergebnis erhält das mittelgroße Auto m den Zuspruch des „Wahlvolkes“.

Die Wahrscheinlichkeit einer Verletzung der Transitivitätsbedingung wurde in mehreren Arbeiten untersucht. Bemerkenswerterweise fällt die Menge der Personen kaum ins Gewicht, jedoch die Zahl der Alternativen sehr stark. Bei (im Grenzfall: unendlich) vielen Wählern ergibt sich folgendes Bild:

Alternativen	Wahrscheinlichkeit für Transitivitätsverletzung
3	0,0877
10	0,4887
30	0,7648

Hieraus kann man schließen, dass die Relevanz des Unmöglichkeitstheorems bei wenigen Alternativen ziemlich bescheiden ist. Sofern Demokratien in der Praxis relativ stabil sind, mag dies daran liegen, dass entweder Einstimmigkeit notwendig ist oder nur wenige Optionen vorliegen.

Eine Möglichkeit, dem Unmöglichkeitstheorem zu enttrinnen, besteht darin, lediglich bestimmte Präferenzkonstellationen zuzulassen: Bei *eingipfligen* Präferenzen kommt ein einheitliches Klassifikationsschema zur Anwendung, das eine Alternative umso schlechter einstuft, je weiter sie vom Ideal entfernt ist. Dann treten Transitivitätsprobleme nicht auf. Die (in der Abbildung gestrichelte) Präferenzordnung T_2 bereitet keine Schwierigkeiten, während die „sprunghafte“ Rangfolge T_1 mit ihrer Zweigipfligkeit (bei k und g) zyklische Mehrheiten heraufbeschwört. Zweigipflige Präferenzen kommen allerdings in der Wirklichkeit oft vor.



2.2.3. Freiheit hat einen Preis

Amartya K. Sen (geb. 1933, Nobelpreis 1998) hat in dem Aufsatz „The Impossibility of a Paretian Liberal“ im Journal of Political Economy, vol. 78 (1970), S. 152-157, darauf hingewiesen, dass die Anerkennung individueller Entscheidungsspielräume mit einem Effizienzverlust einhergehen kann. Ausgangspunkt ist der Gedanke, es sollte Grundfreiheiten geben, die nicht zur Abstimmung gestellt werden sollten; etwa, ob jemand lila statt weiße Wände in seiner Wohnung haben möchte oder lieber auf dem Bauch statt auf dem Rücken schläft. Wie Sen zeigt, ist es nicht ausgemacht, dass eine gesellschaftliche Rangordnung, die solche liberalen Werte respektiert, dem Pareto-Kriterium genügt.

Sen's Beispiel lautet: Es gebe ein Buch („Lady Chatterly's Lover“), zwei Personen (ein Prüder (P), ein Schadenfroher (M)) sowie drei Alternativen:

P liest das Buch: X

M liest das Buch: Y

Keiner liest das Buch: Z

Folgende Präferenzordnungen sollen gelten:

P : $Z \succ X \succ Y$

M : $X \succ Y \succ Z$

Situation 1: X oder Z stehen zur Wahl. Ein Liberaler wird meinen, dass in einer solchen Situation die Präferenzen von P zählen sollten, denn wenn der Prüde nicht lesen will, sollte er dazu nicht gezwungen werden. Die Gesellschaftspräferenz lautet demnach: $Z \succ X$.

Situation 2: Y konkurriert gegen Z . Aus liberaler Sicht sind jetzt die Präferenzen von M ausschlaggebend; dieser will lesen, also sollte er sich der Lektüre hingeben dürfen. Für die Gesellschaftspräferenz bedeutet dies: $Y \succ Z$.

Aus Situation 1 und 2 könnte aus Konsistenzgründen gefolgert werden, M sollte lesen (Y), denn wir ermitteln aus der Verknüpfung beider Szenarios: $Y \succ Z \succ X$. Das wäre jedoch nicht effizient, weil beide Protagonisten X gegenüber Y vorziehen. Offensichtlich führt die Beachtung individueller „Hoheitsrechte“ zu einem aus Sicht der Beteiligten inferioren Ergebnis. Dem Satiriker Lorient ist damit beizupflichten: Im liberalen Sinne heißt eben liberal nicht einfach bloß liberal.

Preis- und Mengensteuern auf dem Prüfstand

*Fritz Helmedag**

Zusammenfassung

In der Realität sind die Anbieter meistens mit einer fallenden Nachfragekurve konfrontiert. Für eine gegebene Höhe der Konsumentenrente beschert dann eine Preisbesteuerung dem Fiskus höhere Einnahmen als eine mengenbezogene Abgabe. Deshalb führt laut herrschender Meinung die Umstellung einer Absatzbelastung auf eine Umsatzsteuer zu mehr Wohlfahrt, manche sprechen sogar von einer damit verbundenen Pareto-Verbesserung. Das stimmt aber nicht, denn die Preissteuer transferiert lediglich Gewinn in öffentliche Kassen, die Gesamtrente bleibt gleich. Tatsächlich ermöglicht eine sachgerecht gestaltete Gewinnabgabe eine Besserstellung aller Beteiligten im Vergleich zur Güterbesteuerung. Lediglich in Ausnahmefällen sollte der Warenverkehr belastet werden.

Schlüsselwörter: Güterbesteuerung, Mengensteuer, Preissteuer, Gewinnsteuer

Putting ad valorem and unit taxes to the test

Abstract

In reality firms most often face negatively sloped demand curves. Then, for a given level of consumers' surplus, levies on prices yield higher fiscal revenues than specific duties. Therefore, according to the prevailing view, the switch from unit to ad valorem taxation is supposed to generate more welfare; some even speak of an associated Pareto-improvement. However, that is not true, because applying a tax to prices merely transfers profits to the Treasury, while total rent remains unchanged. In fact, an appropriately designed profit tax allows all parties to benefit in comparison to excise duties. Only exceptionally trade should be taxed.

Keywords: Excise taxes, unit taxes, ad valorem taxes, profit taxes

JEL-Classification: H21 · H25

* Technische Universität Chemnitz, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Thüringer Weg 7, D-09107 Chemnitz, E-Mail: f.helmedag@wirtschaft.tu-chemnitz.de

Preis- und Mengensteuern auf dem Prüfstand

*Fritz Helmedag**

I. Alternative Abgaben auf Ausgaben

Lange galt die Einkommenssteuer als „Königin der Steuern“, denn sie weist ein hohes Ertragspotenzial auf und eignet sich überdies bei progressivem Tarifverlauf zur Umverteilung. Demgegenüber wirkt die Besteuerung des Verbrauchs regressiv, da Geringverdiener im Durchschnitt zwar absolut weniger, aber relativ mehr für den Konsum ausgeben. Dieser Befund ist seit geraumer Zeit empirisch erhärtet. „... je ärmer eine Familie ist“, schrieb der sächsische Statistiker Ernst Engel vor mehr als 150 Jahren in gesperrtem Druck, „einen desto größeren Antheil von der Gesamtausgabe muß zur Beschaffung der Nahrung aufgewendet werden ...“¹

Trotz dieser Tatsache gewann in Theorie und Praxis die Güterbesteuerung, d. h. Abgaben auf den gewerbsmäßigen Warenhandel, zunehmend an Bedeutung.² Unterdessen bestehen die Steuereinnahmen des deutschen Fiskus jeweils zu ca. 45 % aus den Steuern vom Einkommen sowie den Steuern auf die Einkommensverwendung.³ Ein Vorteil der indirekten Abgaben liegt gewiss darin, dass ihre Erhebung beim Produzenten oder an der Ladenkasse relativ einfach möglich ist, ohne im Einzelnen die Leistungsfähigkeit des Zahlungspflichtigen zu berücksichti-

¹ Engel, E., Die vorherrschenden Gewerbszweige in den Gerichtsämtern mit Beziehung auf die Productions- und Consumtionsverhältnisse des Königreichs Sachsen, in: Zeitschrift des Statistischen Bureaus des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern, 3. Jg. (1857), Nr. 8/9, S. 129-182, S. 169. Eine analoge Aussage in Bezug auf Wohnungsausgaben findet sich bei Schwabe, H., Das Verhältniß von Miete und Einkommen in Berlin, Beiträge zu einer Consumtionsstatistik, in: Gemeinde-Kalender und städtisches Jahrbuch für 1868, hrsg. v. statistischen Bureau der Stadt Berlin, 2. Jg. (1870), S. 264 -267.

² Symptomatisch hierfür ist die Anfang der 90er Jahre propagierte Position der „Fünf Weisen“, die den gewachsenen Stellenwert der Effizienz gegenüber der Gerechtigkeit zum Ausdruck bringt. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Für Wachstumsorientierung – gegen lähmenden Verteilungsstreit, Jahresgutachten 1992/93, Stuttgart 1992.

³ Vgl. Bundesministerium der Finanzen, Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuergruppen mit Aufteilung auf direkte und indirekte Steuern 1970 bis 2017, URL: siehe Literaturverzeichnis.

gen. Im Prinzip soll diesem Aspekt immerhin durch differierende Belastungen der Güterarten, etwa einem geringeren Mehrwertsteuersatz auf Lebensmittel, Rechnung getragen werden.⁴ Das Vorgehen schafft bekanntlich vielfältige Abgrenzungsprobleme, wie teilweise skurril wirkende Beispiele veranschaulichen.⁵ Das Folgende abstrahiert von solchen Detailfragen. Ausgangspunkt ist vielmehr die Leitidee, dass mit jedem ökonomischen Tauschakt, der auf Freiwilligkeit und fehlenden persönlichen Präferenzen beruht, der Nutzen der Geschäftspartner steigt.⁶ Um deren individuelle Wohlfahrtsmehrung durch eine wie auch immer begründete steuerliche Belastung des Handels nicht über Gebühr zu mindern, ist es erforderlich, die Auswirkungen des fiskalischen Zugriffs auf alle Beteiligten zu kennen. Dies ist der Gegenstand der anschließenden Ausführungen.

Die Verbrauchsabgaben können entweder als Mengensteuer oder als Wertsteuer („ad valorem“) erhoben werden. Dementsprechend finden sich einerseits Geldabgaben auf physische Einheiten (z. B. Zigaretten und Schaumwein), andererseits erhöhen sich die jeweiligen Nettoverkaufspreise um prozentuale Zuschläge.⁷

Wenn man den Lehrbüchern vertrauen darf, decken sich die Effekte der beiden Abgabenalternativen lediglich in den dort zwar dominierenden, aber in der Wirklichkeit höchstens als Randerscheinung auftretenden Fall der vollständigen Konkurrenz. Werden diese Idealbedingungen verletzt, sei die Preissteuer der Mengensteuer überlegen, da sie für die beteiligten Parteien, d. h. die Unternehmen, die Konsumenten sowie den Fiskus, mit mehr oder weniger großen Vorteilen einhergehen, ohne eine Seite schlechterzustellen.⁸ Dies hat Knut Wicksell bereits Ende des 19. Jahrhunderts für einen Alleinanbieter vorgetragen, der sich einer fallenden

⁴ Diese Überlegung korrespondiert mit der makroökonomisch fruchtbaren Trennung in Lohn- und Luxusgüter, die nach ihrer Finanzierung aus unterschiedlichen Einkommensquellen separiert werden. Vgl. Helmedag, F., Marx und Keynes: Mit Arbeitswerten zum Arbeitsvolumen, in: Hagemann, H., Kromphardt, J., Sahin, B. (Hrsg.), Arbeit und Beschäftigung – Keynes und Marx, Schriften der Keynes-Gesellschaft, Bd. 12, Marburg 2019, S. 263-282.

⁵ So handelt es sich nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs vom 7. Juli 2015 bei den in einem Futtermittelbetrieb getrockneten Schweineohren ebenfalls um genießbare Schlachtnebenerzeugnisse, auf die der reduzierte Mehrwertsteuersatz anzuwenden ist. URL: siehe Literaturverzeichnis.

⁶ Vgl. zum Konzept Helmedag, F., Warenproduktion mittels Waren, Zur Rehabilitation des Wertgesetzes, 3. Aufl., Marburg 2018, S. 41 ff.

⁷ Es kommt aber auch der kumulierte Einsatz beider Besteuerungsausprägungen vor, so bei der früheren Mineralölsteuer, die 2006 zur Energiesteuer umgetauft wurde.

⁸ Demnach erscheint die Unterscheidung zwischen Mengen- und Wertbesteuerung keineswegs „theoretisch gehaltslos“, wie es in einem auflagenstarken Lehrbuch heißt. Vgl. Homburg, St., Allgemeine Steuerlehre, 6. Aufl., München 2010, S. 57.

linearen Nachfragekurve gegenübersteht.⁹ In Anlehnung an Suits und Musgrave wird die propagierte Überlegenheit der ad valorem-Besteuerung oft an folgender Aufzählung illustriert¹⁰:

1. Bei gleichem Preis und Absatz bringt die Mengensteuer weniger Aufkommen als die Preissteuer.
2. Der Maximalertrag der Mengensteuer ist kleiner als bei Wertbelastung.
3. Bei gleichem Steueraufkommen führt die Mengenabgabe zu einem höheren Preis und einer geringeren Menge.

In einem jüngeren Artikel heißt es zusammenfassend: „... for any unit tax imposed on a monopoly, there exists an ad valorem tax that Pareto dominates it – that produces larger profit, tax revenue, and consumer surplus.“¹¹ Inzwischen gilt es als gesichertes Erkenntnis, dass im Monopol „... an ad valorem tax is welfare superior to a unit tax ...“¹² Selbstverständlich liegt in der Realität in den seltensten Fällen ein Monopol im strengen Sinne vor, jedoch kann häufig von einem „Firmenmarkt“ gesprochen werden, was sich z. B. in einer fallenden Nachfragefunktion äußert, die in einem mehr oder weniger großen Intervall autonome Preispolitik zulässt.¹³ So gesehen sollte in der Praxis die Mengenbesteuerung eigentlich abgebaut werden, denn sie liefere nie bessere Ergebnisse als die Wertbesteuerung.

Für die Beurteilung einer solchen Politik wäre es allerdings höchst wünschenswert, wenn sich die Unterschiede zwischen den Besteuerungsarten aus Sicht aller Akteure exakt angeben ließen. Die gängigen, generell formulierten Vergleiche erlauben dies nicht, sondern liefern lediglich Teilinformationen über Größenordnungsrelationen. Das folgende Modell gestattet es demgegenüber, die Wohlfahrtsveränderungen für sämtliche Beteiligte exakt zu bewerten. Damit las-

⁹ Vgl. Wicksell, K., Finanztheoretische Untersuchungen nebst Darstellung und Kritik des Steuerwesens Schwedens, Jena 1896, S. 10 ff. Zur Relevanz der Betrachtung schreibt der Autor im Vorwort: „Die Monopolrente, welche ja, streng genommen, gar kein vereinzelter Phänomen ist, sondern mehr oder weniger in jedem Geschäft vorkommt ...“ Ebenda, S. IV, Fußnote 2.

¹⁰ Vgl. Suits, D. B., Musgrave, R. A., Ad Valorem and Unit Taxes Compared, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 67 (1953), S. 598-604, S. 598 f.

¹¹ Skeathe, S. E., Trandel, G. A., A Pareto comparison of ad valorem and unit taxes in non-competitive environments, in: Journal of Public Economics, Vol. 53 (1994), S. 53-71. Ebenso argumentieren Tillmann, G., Nett, L., Mengensteuer und Wertsteuer im Vergleich, in: Das Wirtschaftsstudium (WISU), 23. Jg. (1994), S. 724-729.

¹² Anderson, S. P., de Palma, A., Kreider, B., The efficiency of indirect taxes under imperfect competition, in: Journal of Public Economics, Vol. 81 (2001), S. 231-251, S. 232.

¹³ Vgl. Helmedag, F., Zur Diskussion und Konstruktion von Gutenbergs doppelt geknickter Preis-Absatzfunktion, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 197 (1982), S. 545-564.

sen sich nicht nur weit verbreitete Fehlmeinungen korrigieren, sondern auch wichtige Schlussfolgerungen für eine zielorientierte Güterbesteuerung ableiten; eine Thematik, deren Relevanz mit der in den letzten Jahrzehnten wieder gewachsenen fiskalischen Bedeutung dieser Einnahmeform ebenfalls zugenommen hat.

II. Der Referenzmarkt vor Steuern

Wie bei Wicksell sehe sich der betrachtete repräsentative Anbieter einer linear fallenden Beziehung zwischen der physisch gemessenen absoluten Absatzmenge in einem bestimmten Zeitraum (q^{abs}) und einem in Geld ausgedrückten Preis pro Einheit (p^{abs}) gegenüber. Ferner bezeichnet (q_S^{abs}) die Sättigungsmenge und m die Steigung der Nachfragekurve:

$$q^{abs} = q_S^{abs} - mp^{abs} \quad (1)$$

Die inverse Nachfragekurve lautet:

$$p^{abs} = \frac{1}{m} (q_S^{abs} - q^{abs}) \quad (2)$$

Der Prohibitiv- oder Reservationspreis p_R^{abs} korrespondiert mit einer verschwindenden Menge:

$$p_R^{abs} = p^{abs}(0) = \frac{q_S^{abs}}{m} \quad (3)$$

Die Division der Gleichung (2) durch den Ausdruck (3) liefert einen Zusammenhang zwischen dem Preis p als Teil des Höchstpreises und dem Absatz q als Prozentsatz der Sättigungsmenge¹⁴:

$$p = \frac{p^{abs}}{p_R^{abs}} = 1 - \frac{q^{abs}}{q_S^{abs}} = 1 - q \quad (4)$$

Bei annahmegemäß verschwindenden Fixkosten und positiven konstanten Grenzkosten c , die als Teil des normierten Höchstpreises formuliert sind ($0 < c < 1$),

¹⁴ Vgl. zu dem Ansatz Helmedag, F., Individuelle und kollektive Gewinnmaximierung auf homogenen Märkten, in: Private und öffentliche Kartellrechtsdurchsetzung, hrsg. v. Oberender, P., Berlin 2012, S. 9-38. In dem Beitrag wird gezeigt, dass bei fehlenden Präferenzen unabhängig von der Anbieterzahl im Regelfall Monopolpreise zustande kommen.

ergibt sich der Gewinn (G) als Differenz zwischen Umsatz (U) und variablen Kosten (K)¹⁵:

$$G = U - K = pq - cq = (1 - q)q - cq = (1 - q - c)q \quad (5)$$

Gewinnmaximierung erfordert:

$$\frac{\partial G}{\partial q} = (1 - q - c) - q = 1 - 2q - c \stackrel{!}{=} 0 \quad (6)$$

Der entsprechende optimale Absatz (q^*) beträgt¹⁶:

$$q^* = \frac{1 - c}{2} \quad (7)$$

Der zugeordnete Preis (p^*) beläuft sich damit gemäß Gleichung (4) auf:

$$p^* = \frac{1 + c}{2} \quad (8)$$

Im vorliegenden Fall entspricht der Höchstgewinn (G^*) der Produzentenrente:

$$G^* = (p^* - c)q^* = \left(\frac{1 + c}{2} - c\right)\frac{1 - c}{2} = \frac{(1 - c)^2}{4} = \frac{8(1 - c)^2}{32} \quad (9)$$

Die letzte Umstellung in Gleichung (9) wurde vorgenommen, um spätere Vergleiche zu erleichtern. Die Konsumentenrente (KR) der Käufer entspricht der Differenz der potenziellen abzüglich der tatsächlichen Ausgabe. Interpretiert man die Nachfragefunktion als marginale Zahlungsbereitschaft, berechnet sich der Vorteil der Verbraucher an der Stelle q^* zu:

$$\begin{aligned} KR^* &= \int_0^{q^*} (1 - q) dq - p^* q^* = \left[q - \frac{1}{2} q^2 \right]_0^{q^*} - p^* q^* = \\ &= \frac{(1 - c)}{2} - \frac{(1 - c)^2}{8} - \left(\frac{(1 + c)}{2} \frac{(1 - c)}{2} \right) = \frac{4(1 - c)^2}{32} \end{aligned} \quad (10)$$

¹⁵ Wenn Fixkosten anfallen, handelt es sich um den Deckungsbeitrag, der möglichst groß werden soll. Die Modifikation hat keine Konsequenzen für die nachstehende Analyse.

¹⁶ Die hinreichende Bedingung ist erfüllt. Eine lineare Grenzerlöskurve schneidet die Mengachse bei der halben Sättigungsmenge, was bei dem graphischen Vergleich von Wert- und Mengensteuern nicht immer beachtet wird. So bei Stiglitz, J. E., Economics of the Public Sector, 3. Aufl., New York 2000, S. 517.

Der Profit des Anbieters ist also doppelt so groß wie die Rente der Konsumenten. Die gesamte Wohlfahrt (W^*) des Referenzszenarios beträgt folglich:

$$W^* = G^* + KR^* = \frac{8(1-c)^2}{32} + \frac{4(1-c)^2}{32} = \frac{12(1-c)^2}{32} \quad (11)$$

Nun kommt der Staat ins Spiel. In der folgenden Untersuchung kann es offen bleiben, ob dessen Ausgaben den Bürgern mehr Nutzen stiftet als ihnen durch die Abgaben entgeht. Damit bleiben Fragen außen vor, die um den Umfang der öffentlichen Einnahmen sowie deren konkrete Verwendung kreisen. Gegenstand der kommenden Betrachtung sind vielmehr die Wirkungen von Gütersteuern, die sich grundsätzlich auf die abgesetzten Mengeneinheiten oder den Verkaufserlös eines Artikels erheben lassen. Deswegen kann man auch von Absatz- bzw. Umsatzbesteuerung reden. Der normierte Referenzmarkt erlaubt es, die Effekte der Alternativen genau zu vergleichen.

III. Die Mengensteuer

Der Zuschlag eines *absoluten* Geldbetrags t_q auf den Netto- oder Produzentenpreis (p_q^n) ergibt den Bruttoendverkaufspreis (p) einer Einheit:

$$p = p_q^n + t_q \quad (12)$$

Der Bruttopreis korrespondiert mit der entsprechenden Menge (q_q):

$$p = 1 - q_q \quad (13)$$

Für den un versteuerten Nettopreis erhält man aus den Gleichungen (12) und (13):

$$p_q^n = 1 - q_q - t_q \quad (14)$$

Der Absatz beläuft sich demnach auf:

$$q_q = 1 - p_q^n - t_q \quad (15)$$

Abbildung 1 zeigt die durch die Mengensteuer verursachte Verschiebung der Nachfragefunktion des Anbieters parallel in Richtung Ursprung.

Der Gewinn (G_q) berechnet sich zu:

$$G_q = (p_q^n - c)q_q = (1 - q_q - t_q - c)q_q \quad (16)$$

Aus der Optimierungsbedingung $\frac{\partial G_q}{\partial q_q} \stackrel{!}{=} 0$ folgt:

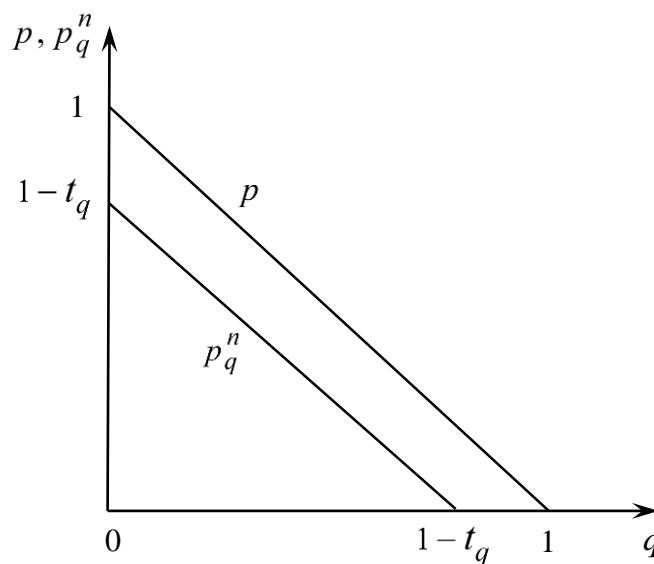
$$1 - t_q - 2q_q = c \quad (17)$$

Daraus ergibt sich die gewinnmaximale Menge ($q_q^*(t_q)$) in Höhe von:

$$q_q^*(t_q) = \frac{1 - c - t_q}{2} \geq 0 \quad \text{für } t_q \leq 1 - c \quad (18)$$

Offenbar fällt der Absatz mit steigendem Mengensteuersatz, um an dessen Obergrenze $t_{qmax} = 1 - c$ zu verschwinden.

Abbildung 1: Die Wirkung einer Mengensteuer



Wie viel kann der Fiskus durch eine Mengenbelastung in seine Kassen lenken? Das Steueraufkommen T_q beträgt:

$$T_q = t_q(q_q^*(t_q)) = \frac{t_q(1 - c - t_q)}{2} \quad (19)$$

Die notwendige Bedingung für den maximalen Steuerertrag lautet:

$$\frac{\partial T_q}{\partial t_q} = \frac{1 - 2t_q - c}{2} \stackrel{!}{=} 0 \quad (20)$$

Da die hinreichende Bedingung erfüllt ist, folgt für den ertragsmaximierenden Mengensteuersatz (t_q^*):

$$t_q^* = \frac{1 - c}{2} \quad (21)$$

Die Rücksubstitution des aufkommensmaximierenden Mengensteuersatzes (21) in die Absatzfunktion (18) bringt das dazu gehörige optimale Handelsvolumen (q_q^*):

$$q_q^* = \frac{1 - c}{4} \quad (22)$$

Der gewinnmaximierende Nettopreis (p_q^{n*}) ergibt sich aus Gleichung (14):

$$p_q^{n*} = 1 - \frac{1 - c}{4} - \frac{1 - c}{2} = \frac{3c + 1}{4} \quad (23)$$

Damit lässt sich der mit dem maximalen Mengensteueraufkommen verbundene Bruttopreis (p_q^*) berechnen:

$$p_q^* = p_q^{n*} + t_q^* = \frac{1 + 3c}{4} + \frac{1 - c}{2} = \frac{3 + c}{4} \quad (24)$$

Unter Rückgriff auf die Gleichung (16) verbucht das Unternehmen den Gewinn (G_q^*):

$$G_q^* = \frac{2(1 - c)^2}{32} \quad (25)$$

Der Fiskus streicht den maximalen Mengensteuerertrag T_q^* ein:

$$T_q^* = t_q^* q_q^* = \left(\frac{1 - c}{2} \right) \left(\frac{1 - c}{4} \right) = \frac{4(1 - c)^2}{32} \quad (26)$$

Offenkundig kann das Finanzamt mittels einer Absatzsteuer maximal ein Aufkommen erzielen, das dem Doppelten des Gewinns entspricht. Die Konsumentenrente KR_q^* als Differenz zwischen potenzieller Ausgabe und tatsächlicher Gesamtzahlung beläuft sich auf:

$$\begin{aligned}
KR_q^* &= \int_0^{q_q^*} (1-q) dq - q_q^* p_q^* = \left[q - \frac{1}{2} q^2 \right]_0^{q_q^*} - q_q^* p_q^* = \\
&= \frac{(1-c)}{4} - \frac{(1-c)^2}{32} - \left(\frac{(1-c)}{4} \frac{(3+c)}{4} \right) = \frac{(1-c)^2}{32}
\end{aligned} \tag{27}$$

Wie im Fall ohne Besteuerung beträgt der monetäre Wohlfahrtszuwachs der Konsumenten die Hälfte der Produzentenrente.

Die in Geld gerechnete totale Wohlfahrt W_q^* bei Absatzbesteuerung beträgt:

$$W_q^* = G_q^* + T_q^* + KR_q^* = \frac{7(1-c)^2}{32} \tag{28}$$

Ein Blick auf Gleichung (11) zeigt, dass gegenüber dem abgabefreien Zustand die Gesamtrente auf $7/12 \approx 58,33\%$ gefallen ist – ein Ergebnis, das am Schluss aufgegriffen wird.

IV. Die Preissteuer

Bei der Wertbesteuerung erhöht sich der Nettoverkaufspreis einer Einheit (p_p^n) um einen *prozentualen* Aufschlag (t_p), woraus sich der Bruttopreis (p) ergibt:

$$p = p_p^n (1 + t_p) \tag{29}$$

Die Abbildung 2 zeigt, dass sich nunmehr die Preis-Absatzfunktion um die Sättigungsmenge nach innen dreht.

Außerdem gilt wegen der normierten Nachfragefunktion (4):

$$p = 1 - q_p \tag{30}$$

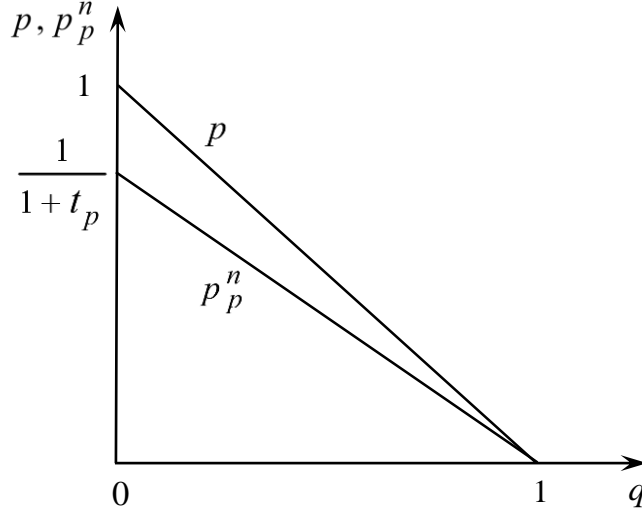
Die Gleichsetzung der Ausdrücke (29) und (30) liefert den Nettopreis bei Umsatzbesteuerung (p_p^n):

$$p_p^n = \frac{1 - q_p}{1 + t_p} \tag{31}$$

Die zugeordnete Menge (q_p) beläuft sich auf:

$$q_p = 1 - p_p^n (1 + t_p) \tag{32}$$

Abbildung 2: Die Wirkung einer Preissteuer



Für den Gewinn (G_p) des Anbieters bei Preisbesteuerung erhält man allgemein:

$$G_p = (p_p^n - c)q_p = \left(\frac{1 - q_p}{1 + t_p} - c \right) q_p \quad (33)$$

Die notwendige Optimalbedingung liefert:

$$\frac{\partial G_p}{\partial q_p} = \frac{1 - q_p}{1 + t_p} - c - \frac{q_p}{(1 + t_p)} \stackrel{!}{=} 0 \quad (34)$$

Das Handelsvolumen beträgt in diesem Fall:

$$q_p^*(t_p) = \frac{1 - c(1 + t_p)}{2} \geq 0 \quad \text{für } t_p \leq \frac{1 - c}{c} \quad (35)$$

Bei steigendem Steuersatz bis zum Limit $t_{pmax} = (1 - c)/c$ fällt die Menge (35). Mit dieser Größe lässt sich der Nettopreis aus der Gleichung (31) errechnen:

$$p_p^{n*}(t_p) = \frac{1 + c(1 + t_p)}{2(1 + t_p)} \quad (36)$$

Die Gleichungen (35) und (33) liefern den Spitzengewinn ($G_p^*(t_p)$):

$$G_p^*(t_p) = \left(\frac{1 + c(1 + t_p)}{2(1 + t_p)} - c \right) \frac{1 - c(1 + t_p)}{2} = \frac{(c(1 + t_p) - 1)^2}{4(1 + t_p)} \quad (37)$$

Wenn die Konsumenten den gleichen Bruttopreis (p_p^*) wie bei Besteuerung der Menge (p_q^*) entrichten sollen, muss gelten:

$$p_p^* = p_p^{n*} (1 + t_p) = \frac{1 + c(1 + t_p)}{2} \stackrel{!}{=} \frac{3 + c}{4} = p_q^* \quad (38)$$

Daraus ergibt sich der ad valorem-Steuersatz (t_p^*) zu:

$$t_p^* = \frac{1 - c}{2c} \quad (39)$$

Den korrespondierenden Nettopreis (p_p^{n*}) gewinnt man aus Gleichung (36):

$$p_p^{n*} = \frac{1 + c \left(1 + \frac{1 - c}{2c} \right)}{2 \left(1 + \frac{1 - c}{2c} \right)} = \frac{c(3 + c)}{2(c + 1)} \quad (40)$$

Der dazu gehörende Absatz (q_p^*) lautet:

$$q_p^* = \frac{1 - c \left(1 + \frac{1 - c}{2c} \right)}{2} = \frac{1 - c}{4} \quad (41)$$

Aus Gleichung (37) ergibt sich mit t_p^* der Gewinn (G_p^*):

$$G_p^* = \frac{4c(1 - c)^2}{32(c + 1)} \quad (42)$$

Das Steueraufkommen (T_p^*) beträgt:

$$T_p^* = t_p^* p_p^{n*} q_p^* = \left(\frac{1 - c}{2c} \right) \left(\frac{c(c + 3)}{2(c + 1)} \right) \left(\frac{1 - c}{4} \right) = \frac{(1 - c)^2 (2c + 6)}{32(c + 1)} \quad (43)$$

Die Konsumentenrente bei Umsatzbelastung (KR_p^*) stimmt mit dem Wohlfahrtszuwachs der Konsumenten bei Absatzbesteuerung (27) überein, da sich die Menge und der Bruttopreis in beiden Fällen decken:

$$KR_p^* = KR_q^* = \frac{(1 - c)^2}{32} \quad (44)$$

Die Wohlfahrt bei ad valorem-Besteuerung summiert sich zu:

$$W_p^* = KR_p^* + G_p^* + T_p^* = \frac{(1-c)^2}{32} + \frac{4c(1-c)^2}{32(c+1)} + \frac{(2c+6)(1-c)^2}{32(c+1)} = \frac{7(1-c)^2}{32} \quad (45)$$

Damit sind die Kennziffern ermittelt, die es ermöglichen, die beiden Alternativen der Güterbesteuerung direkt gegeneinander zu kontrastieren.

V. Leitlinien der Güterbesteuerung

Die Tabelle 1 enthält die relevanten Informationen, um die Mengen- mit der Wertbesteuerung zu vergleichen. Dabei beziehen sich die in Klammern gesetzten Zahlen auf die Gleichungsnummerierung. Die dritte Spalte macht außerdem Angaben für den abgabenfreien Handel. Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildet das maximale Aufkommen bei Absatzbesteuerung mit der damit einhergehenden Preis-Mengenkombination. Durch einen entsprechend gewählten Wertsteuersatz kommen dasselbe Handelsvolumen und ein identischer Bruttoverkaufspreis bei ad valorem-Besteuerung zustande. Wegen dieser übereinstimmenden Konstellation genießen die Konsumenten in beiden Fällen die gleiche Rente. Aus Verbrauchersicht besteht dann kein Unterschied zwischen den Abgabenarten.

Auf dieser Grundlage lässt sich die erste Aussage der eingangs präsentierten Aufzählung prüfen. Wie sieht es in dieser Situation mit den Steueraufkommen aus? Die Antwort liefert die Bildung der Differenz zwischen den Gleichungen (43) und (26), welche jeweils die Einnahmen der öffentlichen Hand bei Preis- bzw. Mengenbelastung angeben:

$$T_p^* - T_q^* = \frac{(1-c)^2(2c+6)}{32(1+c)} - \frac{4(1-c)^2}{32} = -\frac{(c-1)^3}{16(1+c)} > 0 \quad (46)$$

Bei gleichem Bruttopreis und gleichem Absatz übertrifft das Aufkommen bei ad valorem-Besteuerung für jede (zulässige) Höhe der Grenzkosten den Ertrag bei Mengenbelastung. Da es sich dabei bereits um den Spitzenertrag dieser Besteuerungsart handelt, ist neben der ersten zugleich die zweite eingangs genannte Aufzählung bewiesen, wonach die Wertbesteuerung ein höheres Aufkommen als das Maximalaufkommen der Mengensteuer ermöglicht. Mehreinnahmen des Fiskus bis zu dieser Grenze gehen mit zunehmenden Bruttopreisen einher. Wenn eine Umsatzbesteuerung einen gewissen Betrag in die öffentlichen Kassen spült, bringt die Absatzbelastung bei der entsprechenden Preis-Mengenkombination weniger. Um auf den vorgegebenen Ertrag der Wertbesteuerung zu kommen, müssen daher

der Bruttopreis bei Mengenabgaben höher und das Transaktionsvolumen geringer ausfallen. Damit bestätigt sich schließlich die dritte Aussage, die besagt, dass die Verbraucher bei ad valorem-Besteuerung für eine bestimmte Abgabensumme weniger Konsumentenrente einbüßen. Somit scheint die Preisbesteuerung tatsächlich der Mengenbesteuerung überlegen zu sein.

Aber bisher hat man die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Deswegen richtet sich der Blick nun auf den Dritten im Bunde, die Anbieterseite. Tatsächlich wird üblicherweise ausgeblendet, wie der unternehmerische Teil der Privaten bei den Besteuerungsarten abschneidet.

Tabelle 1: Marktergebnisse in Abhängigkeit der Güterbesteuerungsart

	Mengensteuer	Preissteuer	Abgabenfrei
Absatz	(22) $q_q^* = \frac{1-c}{4}$	(41) $q_p^* = \frac{1-c}{4}$	(7) $q^* = \frac{1-c}{2}$
Brutto- preis	(24) $p_q^* = \frac{3+c}{4}$	(38) $p_p^* = \frac{3+c}{4}$	(8) $p^* = \frac{1+c}{2}$
Netto- preis	(23) $p_q^{n*} = \frac{3c+1}{4}$	(40) $p_p^{n*} = \frac{c(c+3)}{2(1+c)}$	—
Konsu- menten- rente	(27) $\frac{(1-c)^2}{32}$	(44) $\frac{(1-c)^2}{32}$	(10) $\frac{4(1-c)^2}{32}$
Steuer- ertrag	(26) $T_q^* = \frac{4(1-c)^2}{32}$	(43) $T_p^* = \frac{(1-c)^2(2c+6)}{32(1+c)}$	—
Gewinn	(25) $G_q^* = \frac{2(1-c)^2}{32}$	(42) $G_p^* = \frac{4c(1-c)^2}{32(1+c)}$	(9) $G^* = \frac{8(1-c)^2}{32}$
Wohl- fahrt	(27) $W_q^* = \frac{7(1-c)^2}{32}$	(45) $W_p^* = \frac{7(1-c)^2}{32}$	(11) $W^* = \frac{12(1-c)^2}{32}$

Offensichtlich unterscheiden sich der Überschuss bei Wertbesteuerung (42) und der Gewinn bei Mengenbelastung (25). Die Differenz beläuft sich auf:

$$G_p^* - G_q^* = \frac{4c(1-c)^2}{32(1+c)} - \frac{2(1-c)^2}{32} = \frac{(c-1)^3}{16(1+c)} < 0 \quad (47)$$

Der Gewinn bei Mengen- gegenüber der Preisbesteuerung ist um den Betrag größer, wie der Steuerertrag kleiner ausfällt. Jetzt weiß man auch, woher der größere

Abgabenertrag bei der ad valorem-Besteuerung kommt: Es handelt sich in voller Höhe um einen Gewinntransfer der Anbieterseite zum Fiskus. Dementsprechend weist die letzte Zeile der Tabelle keinen Unterschied in der Gesamtrente zwischen Preis- und Mengenbelastung aus. Damit kann aus Wohlfahrtssicht weder von einem Nachteil der Mengen- gegenüber der Wertbesteuerung gesprochen werden, noch stellt diese eine Pareto-Überlegenheit dar. Der Übergang zur angeblich superioren Abgabenerhebung transformiert lediglich Gewinn in öffentliche Mittel. Das kann selbstverständlich politisch gewollt sein, nur es sollte nicht als eine Maßnahme angepriesen werden, die *allen* Beteiligten nutzt.

In diesem Licht sind die eingangs referierten Aussagen zu relativieren. Und das kann eigentlich nicht erstaunen: Ökonomen befeißigen sich gerne des Gemeinplatzes: „there is no such thing as a free lunch“. In Wahrheit käme es einem Wunder gleich, wenn bloß die Änderung der Besteuerungsart für sämtliche Beteiligten Vorteile brächte, ohne jemanden zu belasten. Erstaunlich ist es jedoch, dass die Münchhausen-Geschichte von namhaften Fachvertretern der Volkswirtschaftslehre seit Jahrzehnten als bare Münze ausgegeben wird.

Allerdings gibt es tatsächlich eine Pareto-Verbesserung, die sich der staatlichen Einnahmepolitik eröffnet. Wie der Blick in die letzte Spalte der Tabelle belegt, liefert der *Verzicht* auf eine Belastung des Güterverkehrs eine Gesamtrente, die zu $5/7 \approx 71,4\%$ die Wohlfahrt der Preis- bzw. Mengenbesteuerung übertrifft. Angesichts des mit Abstand höchsten Gewinns in einer solchen Welt liegt auf der Hand, wie eine Einnahmeerzielung des Staates konzipiert sein sollte, welche die Privaten mindestens so gut wie bei einer Güterbesteuerung stellt und der öffentlichen Hand gleichwohl Mittel verschafft: Der *Gewinn* stellt die Bemessungsgrundlage dar, um alle Beteiligten gegenüber einer Verbrauchsabgabe besserzustellen. Wird der Gewinn mit 50 % belastet, führt der Unternehmenssektor zwar die Hälfte seines Überschusses ab, er verfügt aber immer noch über den vergleichsweise höchsten Gewinn (G_G^*). Zudem wächst dann die Konsumentenrente (KR_G^*) auf das Vierfache. In ebensolcher Höhe erhält der Fiskus Steuereinnahmen (T_G^*).

Im Einzelnen verteilt sich in diesem Fall die maximale Wohlfahrt W^* bei Gewinnbesteuerung gleichmäßig auf alle Beteiligten:

$$G_G^* + KR_G^* + T_G^* = \frac{4(1-c)^2}{32} + \frac{4(1-c)^2}{32} + \frac{4(1-c)^2}{32} = \frac{12(1-c)^2}{32} = W^* \quad (48)$$

Damit lautet die fiskalpolitische Folgerung und Forderung dieser Analyse: Die Einkommensbesteuerung ist der Belastung des gewerbsmäßigen ökonomischen Tausches grundsätzlich überlegen. Es gibt indes zwei Ausnahmen. Wenn der Konsum eines als demeritorisch erachteten Gutes auf eine bestimmte Menge ein-

geschränkt werden soll, bietet sich die ad valorem-Besteuerung an, die bei der avisierten Preis-Mengenkombination relativ viel Gewinn abschöpft. Dies macht das Angebot gegenüber einer prinzipiell auch möglichen Absatzbelastung noch unattraktiver. Außerdem stößt die Ermittlung des im Inland erzielten Gewinns etwa im Fall von international operierenden Internet-Konzernen oft auf unüberwindbare Hürden. Dann wäre es als zweitbeste Lösung opportun, den Umsatz zu erfassen, um darauf Abgaben zu erheben. Diese Ausnahmen setzten aber die Regel nicht außer Kraft: Der eingangs beschriebene Pfad weg von der Einkommens- hin zur Güterbesteuerung sollte nicht weiter beschritten werden, im Gegenteil: Eine sachgerechte Belastung des Gewinns stellt eine wirkliche Pareto-Verbesserung für alle Beteiligten dar.

Literatur

- Anderson, S. P., de Palma, A., Kreider, B., The efficiency of indirect taxes under imperfect competition, in: Journal of Public Economics, Vol. 81 (2001), S. 231-251.
- Bundesfinanzhof, Urteil vom 7.7.2015, VII R 65/13, URL: <http://juris.bundesfinanzhof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bfh&Art=en&sid=51db%20462b7b4f163b2ffaf68c49d07b3c&nr=32176&pos=0&anz=1> (18.1.2019).
- Bundesministerium der Finanzen, Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuergruppen mit Aufteilung auf direkte und indirekte Steuern 1970 bis 2017, URL: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/4-kassenmaessige-steuereinnahmen-nach-steuergruppen-mit-aufteilung-auf-direkte-und-indirekte-steuern-1970-bis-2017.html (10.1.2019).
- Engel, E., Die vorherrschenden Gewerbszweige in den Gerichtsämtern mit Beziehung auf die Productions- und Consumtionsverhältnisse des Königreichs Sachsen, in: Zeitschrift des Statistischen Bureaus des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern, 3. Jg. (1857), Nr. 8/9, S. 129-182.
- Helmedag, F., Zur Diskussion und Konstruktion von Gutenbergs doppelt geknickter Preis-Absatzfunktion, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 197 (1982), S.545-564.
- Helmedag, F., Individuelle und kollektive Gewinnmaximierung auf homogenen Märkten, in: Private und öffentliche Kartellrechtsdurchsetzung, hrsg. v. Oberender, P., Berlin 2012, S. 9-38.
- Helmedag, F., Warenproduktion mittels Waren, Zur Rehabilitation des Wertgesetzes, 3. Aufl., Marburg 2018.
- Helmedag, F., Marx und Keynes: Mit Arbeitswerten zum Arbeitsvolumen, in: Hagemann, H., Kromphardt, J., Sahin, B. (Hrsg.), Arbeit und Beschäftigung – Keynes und Marx, Schriften der Keynes-Gesellschaft, Bd. 12, Marburg 2019, S. 263-282.
- Homburg, St., Allgemeine Steuerlehre, 6. Aufl., München 2010.

- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Für Wachstumsorientierung – gegen lähmenden Verteilungsstreit, Jahresgutachten 1992/93, Stuttgart 1992.
- Schwabe, H., Das Verhältniß von Miethe und Einkommen in Berlin, Beiträge zu einer Consumtionsstatistik, in: Gemeinde-Kalender und städtisches Jahrbuch für 1868, hrsg. v. statistischen Bureau der Stadt Berlin, 2. Jg. (1870), S. 264 -267.
- Skeathe, S. E., Trandel, G. A., A Pareto comparison of ad valorem and unit taxes in non-competitive environments, in: Journal of Public Economics, Vol. 53 (1994), S. 53-71.
- Stiglitz, J. E., Economics of the Public Sector, 3. Aufl., New York 2000.
- Suits, D. B., Musgrave, R. A., Ad Valorem and Unit Taxes Compared, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 67 (1953), S. 598-604.
- Tillmann, G., Nett, L., Mengensteuer und Wertsteuer im Vergleich, in: Das Wirtschaftsstudium (WISU), 23. Jg. (1994), S. 724-729.
- Wicksell, K., Finanztheoretische Untersuchungen nebst Darstellung und Kritik des Steuerwesens Schwedens, Jena 1896.

■ Staatshaushalt und Schulden

Von Fritz Helmedag

Die Dogmen der zeitgenössischen Volkswirtschaftslehre haben für die nach Vergewisserung suchenden Menschen in mancherlei Hinsicht eine durchaus ähnliche Rolle übernommen, wie sie vor der Aufklärung und der industriellen Revolution die Religion erfüllte. Fast alle Christen glaubten damals fest an ein Leben nach dem Tod und bemühten sich um ein gottgefälliges Dasein hienieden, indem sie die himmlischen Gebote hochhielten. Die Befolgung der Vorschriften des Allmächtigen im irdischen Jammertal versprach paradiesische Zustände im Jenseits und stellte ewiges Seelenheil in Aussicht.

Heute gilt es hingegen als ausgemacht, dass der Einzelne in eigener Verantwortung seines Glückes Schmied sei und sein Schicksal selbst in die Hand nehmen müsse. Dabei treibt viele Individuen die Verheißung künftigen Luxuskonsums an, den sie freilich noch auf Erden genießen möchten. Allerdings heiligt bei dem Streben nach materiellen Genüssen keineswegs immer jedes Mittel den Zweck: Es gilt nach wie vor in weiten Kreisen als anrühlich, über die jeweiligen Verhältnisse zu leben; die Konsumausgaben sind auf das zu beschränken, was man verdient habe: Schuldner wird vorgehalten, böse Sünder zu sein, die Buße tun müssen.

Die Verwerflichkeit einer Finanzierung von Ausgaben auf Kredit wird mit zunehmender Vehemenz insbesondere dem Staat angekreidet. Dies ist die Fortsetzung einer unter der Parole »Mehr Markt, weniger Staat« in den 1980er Jahren weltweit forcierten Kampagne. Die seinerzeit losgetretene konservative Wende hatte sich *expressis verbis* zum Ziel gesetzt, das »Biest«, sprich: den angeblich aufgeblähten Wohlfahrtsstaat, auszuhungern. Die erste Etappe des systematischen Mittelentzugs ist unterdessen bewältigt: Rund um den Erdball wurden die Steuern auf hohe Einkommen, Gewinne und Vermögen teilweise drastisch verringert.

Gegenwärtig steht die Trockenlegung der alternativen staatlichen Einnahmequelle auf der Agenda: Der Fiskus soll auf die Kreditfinanzierung regulärer Ausgaben verzichten! Politiker fast jeder Couleur gefallen sich darin, Ressentiments gegen das Leben auf Pump zu schüren, um bei Wählern zu punkten, denen man einimpft, sie müssten (womöglich neben eigenen) fremde Verbindlichkeiten abtragen. Inzwischen sind Schuldenbremsen in Verfassungen verankert, und auf europäischer Ebene wurde obendrein ein Fiskalpakt geschnürt. Deutschland sticht in dieser Szenerie durch besondere Radikalität hervor: Hilfen für die vor allem infolge der Finanz- und Bankenkrise in große Bedrängnis geratenen Etats der Südländer knüpft die Bundesregierung an strenge Auflagen. Vor heimischem Publikum

erhalten die prinzipientreuen Sparapostel dafür viel Beifall: Nach herrschender Meinung ist den verlotterten Sitten in der Peripherie Einhalt zu gebieten und läuternde Askese anzumahnen, die hierzulande musterhaft vorexerziert werde.

Indes lehrt nicht nur die Erfahrung der letzten Jahre, dass eine zum falschen Zeitpunkt verordnete und zudem in einer Überdosis verabreichte Medizin die Krankheit des Patienten verschlimmert. Allen rigorosen Kürzungsprogrammen und den damit verbundenen tiefen sozialen Einschnitten zum Trotz hat sich die Lage in den Krisenländern keineswegs zum Besseren gewendet. Im Gegenteil, in den betroffenen Nationen wachsen die Schuldenstände bei steigender Arbeitslosigkeit und zunehmender Verarmung großer Teile der Bevölkerung. Offensichtlich stimmt der Lehrsatz nicht, wonach die Streichung von Ausgaben stets Haushaltsdefizite schmälert. In Wahrheit erfüllen »fundierte« Schulden generell eine wichtige Funktion im modernen Wirtschaftsleben, und sie bieten speziell dem Fiskus ein geeignetes Instrument zur Stimulierung der ökonomischen Aktivität. Beklagenswerterweise leidet gerade in Deutschland die durch viel Hysterie geprägte Diskussion unter gravierenden Fehlinformationen und irreführenden Sachaussagen.

Der 1993 in Kraft getretene Maastricht-Vertrag erlaubt im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt eine jährliche Neuverschuldung in Höhe von 3 Prozent und einen Schuldenstand von 60 Prozent. Diese Kriterien sind allerdings willkürlich gegriffen und entbehren einer ökonomisch überzeugenden Begründung. Gleichwohl wurden diese Werte zu quasi sakrosankten Zulässigkeitschranken hochstilisiert. Ein praktisches Beispiel macht klar, dass die allenthalben akzeptierten Obergrenzen keine verlässliche Hilfe bieten, solides Wirtschaften zu identifizieren.

Das sprichwörtliche Motto schwäbischer Lebensführung lautet: »Schaffe, schaffe, Häusle baue«. Angenommen, das Einkommen einer nach eigenen vier Wänden strebenden Familie betrage dauerhaft netto 100 000 Euro pro Jahr. Der Wert des avisierten Objekts soll sich auf 300 000 Euro belaufen, 100 000 Euro stehen als Eigenkapital zur Verfügung. Mit einem Darlehen über 200 000 Euro wird die Finanzierungslücke geschlossen. Dies stellt in der gegebenen Konstellation überhaupt kein Problem dar, denn Kreditnehmer und Kreditgeber profitieren vom Geschäft: Die Bank erhält einen Teil des künftigen Einkommens ihres Kunden, und der kann die Immobilie schon vor der Abzahlung nutzen. Was aber kalkuliert ein auf die Maastricht-Kriterien geeichter Kommentator? Die braven Schwaben weisen anfänglich eine Schuldenquote von sage und schreibe 200 Prozent auf, die ohne Sondertilgung noch für etliche Jahre weit über den erlaubten 60 Prozent liegt! Tatsächlich sind unsere Eigenheimerwerber jedoch keineswegs in einer Schuldenfalle gefangen, sondern sie sind in Wahrheit sogar relativ gut betuchte Bürger. Man muss also neben den Passiva die Aktiva betrachten, um die Vermögensposition eines Akteurs zutreffend zu beurteilen.

Die gleiche Argumentation gilt für Unternehmer, die Kredit genießen, um fleißig zu investieren. Wenn ihnen dies mit Erfolg gelingt, überkompensiert das angewachsene Sachvermögen ihr negatives Geldvermögen. Diese Art der Reinvermögensbildung durch Akkumulation von Realkapital ist die erwünschte Begleiterscheinung einer Wirtschaft, in der die Anbieter unter Konkurrenzbedingungen Gewinne maximieren wollen. Idealerweise entsprechen die hierzu benötigten Fremdmittel den Ersparnissen vor allem der privaten Haushalte, so dass der Zustrom in den volkswirtschaftlichen Kreislauf mit dem Abfluss dem Betrag nach übereinstimmt.

Seit der Jahrtausendwende ist indes festzustellen, dass der Unternehmensbereich in Deutschland seine ihm zugedachte Funktion regelmäßig nicht mehr erfüllt, da er, statt mit Schulden materiellen Reichtum zu schaffen, selbst monetäre Aktiva anhäuft. Indes spiegelt jede Forderung eine Verbindlichkeit in gleicher Höhe wider, oder, was auf dasselbe hinausläuft, die Summe der sektoralen Finanzierungssalden beträgt null: Das Reinvermögen der Welt ist nichts anderes als das Aggregat aller Sachvermögenswerte – und nichts sonst. Wer kommt vor diesem Hintergrund in Frage, den Gegenposten zu den wachsenden Geldbeständen der deutschen Haushalte und Unternehmen zu bilden, um einen Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität zu vermeiden? Es bleiben bloß zwei Kandidaten, die für Stabilität sorgen könnten, indem sie Verbindlichkeiten eingehen, um anderen überhaupt erst eine Forderungsposition zu ermöglichen: der Staat und das Ausland.

Die typisch deutsche (und chinesische) Lösung setzt auf den Rest der Welt. Wie die Merkantilisten vor der industriellen Revolution trachtet man nach einer aktiven Leistungsbilanz: Die Exporte sollen die Importe übertreffen, je mehr, desto (vermeintlich) besser. Im globalen Wettbewerb der Standorte heißt das, die heimische Konkurrenzfähigkeit zu steigern. Unter dem Stichwort »Angebotspolitik« werden Steuern gesenkt, Löhne gedrückt, Arbeitsmärkte flexibilisiert – mit einem Wort: Der Zug soll möglichst ohne Halt und Umweg zurück in Richtung Manchesterkapitalismus fahren.

Das Fatale an dem Konzept ist aber nicht nur, dass Millionen Menschen die Zeche mit Wohlfahrtseinbußen bezahlen, sondern auch, dass die Rechnung auf lange Sicht nicht aufgeht. Wer im internationalen Handel dauerhaft mehr an andere liefert, als er von ihnen bezieht, erwirbt Forderungen, die sich früher oder später wenn schon nicht in Luft, dann in bloß bedrucktes Papier auflösen: Im Zeitablauf fallen Schuldner aus, Wechselkurse schwanken, und Preisniveauentwicklungen divergieren. Ferner geraten in einem einheitlichen Währungsraum die notorischen Defizitländer bei unzureichenden Kapitalimporten irgendwann an Finanzierungsgrenzen, sofern sie nicht das gemeinsame Geld nach Belieben schöpfen dürfen. Im Endeffekt hat der mehrfache Exportweltmeister Deutschland beträchtliche Teile der Nettoexporte vergangener Tage *verschenkt*. Ein Volk, das regelmäßig mehr aus- als

einführt, lebt in diesem Sinn *unter* seinen Verhältnissen. Um die Leistungsbilanz ins Lot zu bringen, sollten die inländischen Einkommen zunehmen. Damit steigen die Importe sowie der Binnenkonsum. Vor diesem Hintergrund war es völlig berechtigt, »außenwirtschaftliches Gleichgewicht« zum mit Gesetzeskraft versehenen Ziel der Wirtschaftspolitik zu erheben. Es ist ein deprimierendes Symptom des Verfalls ökonomischen Wissens, dass man hierzulande davon kaum mehr etwas hört. Stattdessen gelten möglichst große Exportüberschüsse geradezu als Nachweis einer erfolgreichen Standortpolitik.

Wenn aber eine kompensatorische Verschuldung des Auslands an Schranken stößt und eigentlich auch gar nicht sinnvoll ist, dann gibt es nur noch einen Gewährträger, dem systematisch die Schuldenlast aufgebürdet werden muss, um als notwendiges Pendant des privaten Geldvermögens zu fungieren: der Fiskus. Eine richtig gehandhabte Defizitpolitik ist indes nicht nur aus vermögenstheoretischer Sicht angezeigt, es handelt sich überdies um ein geeignetes Instrument, öffentliche Güter zu finanzieren und so die allgemeine Wohlfahrt zu heben.

Die Verteufelung des Staates als Schuldensünder ist ohnehin ein Urteil mit gehöriger Schlagseite, denn am Vorgang sind selbstverständlich zwei Seiten beteiligt. Wie in dem Häuslebauer-Beispiel schon erläutert, handelt es sich – im Unterschied zur Steuerpflicht! – um ein *freiwilliges* Geschäft, an dem Kreditgeber ebenfalls interessiert sind. Der australische Fiskus hat mit den sprudelnden Einnahmen aus dem Abbau natürlicher Ressourcen in den Jahren 1996 bis 2007 kräftig Schulden getilgt, bis er auf energisches Drängen der Banken und Finanzintermediäre wieder Wertpapiere emittiert hat, um der Branche eine sichere Rendite zu bieten. Der hiesige monetäre Sektor befindet sich desgleichen gegenwärtig im »Anlagenotstand«, der in jüngerer Vergangenheit mehrfach gesenkte Garantiezins der Lebensversicherungen legt davon Zeugnis ab.

Ferner ist der Blick allein auf die akkumulierten Defizite wenig aussagekräftig. Übersehen wird dabei, dass die Länder auch Geldvermögen in Form von Bargeld, Einlagen und Anteilen halten. Die so bereinigten Verbindlichkeiten liegen zum Teil deutlich unter den in der öffentlichen Diskussion fast nur erörterten Bruttoschulden. Beispielsweise reduziert sich die oft mit abschreckender Absicht genannte Quote Japans von über 200 Prozent im Jahr 2011 auf deutlich unter 130 Prozent. Und Deutschland hätte bei einer Nettobetrachtung im gleichen Jahr mit etwa 50 Prozent sogar das Maastricht-Limit eingehalten. Insoweit fällt die Lagebeurteilung zu dramatisch aus, wenn bloß darauf geschaut wird, mit welchem Volumen die Gebietskörperschaften absolut in der Kreide stehen.

Ein weiterer Gesichtspunkt wird gleichfalls regelmäßig ausgeblendet: Eigentlich kommt es gar nicht auf den Schuldenstand als solchen an, vielmehr zählen die damit einhergehenden Finanzierungskosten. Vor diesem Hintergrund thematisiert

die wortreich vorgetragene Klage gegen Defizitsünder überwiegend einen Phantomschmerz: Für etliche Staaten sind die Zinslasten seit der Jahrtausendwende eher gefallen als gestiegen. Deutschland erhält gegenwärtig sogar Geld fast zum Nulltarif, ein untrügliches Zeichen für die hervorragende Bonität, welche die Republik in den Augen der Gläubiger genießt. Die verkündeten Tatarenmeldungen über den Finanzstatus der Nation entpuppen sich vor dieser Kulisse als blinder Alarm.

Umso mehr stellt sich die Frage, weshalb die Krediteinnahmen des Gemeinwesens im Kreuzfeuer der Kritik stehen. Ein Grund ist gewiss ideologischer Natur: Weil das Angebot öffentlicher Güter auf Pump (angeblich) unsolide ist, führt an Ausgabenkürzungen kein Weg vorbei, der Moloch Staat muss schrumpfen! Andererseits glauben viele Menschen wirklich – nicht zuletzt als Folge einer Berichterstattung, deren Geschäftsmodell weniger auf objektive Information als auf Stimmungsmache setzt –, dass der Staat sich in einer Schuldenfalle befindet. Die kursierenden Meinungen beruhen jedoch weitgehend auf Irrtümern, die von einer unzulässigen Übertragung einzelwirtschaftlicher Handlungsbeschränkungen auf den Fiskus herühren.

Die erste Falschaussage betrifft die vermeintlich notwendige vollständige Tilgung der Verbindlichkeiten. Selbstverständlich erwartet eine Bank von einem privaten Kunden, dass er seine Schulden zu Lebzeiten zurückzahlt. Ältere haben deshalb oft Schwierigkeiten, größere Anschaffungen über einen Kredit zu finanzieren, wenn es überhaupt glückt. Das Gemeinwesen ist jedoch konzeptionell auf Ewigkeit angelegt, deshalb ist die Staatsschuld *revolvierend*, es gibt keinen fixierten Tag X, an dem die Gebietskörperschaften aller Verbindlichkeiten ledig sein müssen. Die Behauptung, die momentanen Defizite würden kommende Generationen belasten, führt also doppelt ins Abseits: Einerseits erhalten die Erben neben den Verbindlichkeiten die korrespondierenden Forderungen. Andererseits müssen die Kinder eben keineswegs die Schulden der Eltern zur Gänze abtragen. Vielmehr können sie reale Infrastruktureinrichtungen nutzen, welche die Vorgänger in die Welt gesetzt haben. Von einer schreienden Ungerechtigkeit gegenüber den noch Ungeborenen kann vor diesem Hintergrund keine Rede sein.

Im Übrigen ist nicht wirklich zu befürchten, dass die Schuldenquote über alle Schranken wächst, selbst wenn der Fiskus *permanent* Defizite macht. Vielmehr bleibt dieser Indikator stets eine endliche Größe, solange das Inlandsprodukt nominal zunimmt. Hierfür genügt schon eine moderate Teuerung, deren Zielmarke die Europäische Zentralbank zwar unter, aber immerhin nahe bei 2 Prozent sieht. Es gibt allerdings zwei Leitlinien, die zu befolgen sind, um von einer qualifizierten Schuldenpolitik zu sprechen.

Zunächst würde ein sachkundiger, an der generellen Wohlfahrt orientierter Finanzminister darauf achten, dass dem Fiskus von den Gläubigern mehr Mittel

zufließen, als Zins und Tilgung betragen. Der Haushalt weist dann ein »Primärdefizit« auf, die Ausgaben übertreffen die Steuereinnahmen. Der Saldo entspricht dem Unterschied zwischen neu aufgenommenen Darlehen und dem Schuldendienst. Die Differenz kommt den Bürgern in Form von öffentlichen Gütern zugute, für die sie keine Abgaben entrichten müssen. Eine gelegentlich monierte Umverteilung von den Steuerzahlern zu den Anlegern ist dann ebenfalls ausgeschlossen. Die aktuelle Politik in Deutschland missachtet dieses »Minimumprinzip«, das sozusagen eine *Untergrenze* der Defizite angibt. Trotz nach wie vor beträchtlicher Arbeitslosigkeit wirkt das aktuelle Budget des Bundes kontraktiv, denn der Fiskus leiht sich weniger, als er zurückzahlt. Konkret läuft das genannte Postulat darauf hinaus, dass die Wachstumsrate der Schulden größer sein sollte als der (durchschnittlich) fällige Zinssatz auf Altkredite.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass der Staat die effektiven Finanzierungskosten seiner Verbindlichkeiten durch Besteuerung der Zinsempfänger drücken kann. Zudem vermag eine kluge Zentralbankpolitik die fiskalischen Belastungen zu verringern. Schließlich wurden solche Institutionen ursprünglich geschaffen, um die Solvenz des Gemeinwesens sicherzustellen, denn eine Währungsbehörde emittiert das gesetzliche Zahlungsmittel und unterliegt daher keiner Budgetrestriktion. Eine in diesem Sinn unabhängige Zentralbank setzt deshalb eine wirksame Zinsobergrenze schon durch die Ankündigung, zu diesen Konditionen Staatsanleihen aufzukaufen. Meist reicht bereits das bloße Angebot, um für einen geringer rentierlichen Absatz der Papiere an Private zu sorgen. In diesem Fall kommt es auch zu keiner eventuell inflationsfördernden Aufblähung der Geldmenge, wie manche befürchten. In der beschriebenen Weise handelt etwa die US-amerikanische Federal Reserve, in deren Führungsriege offenbar mehr ökonomische Kompetenz versammelt ist als in den Direktorien anderer Notenbanken.

Bei Bedarf tritt neben das Minimumgebot als zweite Maxime ein »Konsolidierungsprinzip«. Obwohl keine abstrakte Obergrenze der Staatsverschuldung existiert, kann es unter Umständen opportun sein, den Bestand zu mindern, um Vertrauenskrisen sowie schlechteren Finanzierungsbedingungen vorzubeugen. Allerdings ist eine rigide Kürzungspolitik in aller Regel kontraproduktiv, da das propagierte »Gesundsparen« in solchen Situationen ein ohnehin bereits eingetrübtes Wirtschaftsklima verschlimmert. Die aktuellen Erfahrungen der europäischen Krisenländer bestätigen, dass geschmälerete öffentliche Ausgaben überproportionale Einnahmenverluste heraufbeschwören und damit sogar *höhere* Schuldenquoten nach sich ziehen.

Tatsächlich überwindet man eine Flaute durch eine Stärkung der effektiven Nachfrage, wofür der Fiskus mehr statt weniger Geld in die Hand nehmen muss. Wenn daraufhin das Inlandsprodukt kräftiger zunimmt als die Verbindlichkeiten,

dann sinkt die Schuldenquote, weil ihr Zähler geringer steigt als der Nenner. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist es zum Abbau der Staatsschulden daher geboten, das Wirtschaftswachstum durch Konjunkturprogramme anzukurbeln. Etatkürzungen verengen hingegen die Kreislaufströme und bewirken das Gegenteil. Eine erfolgreiche Einkommens- und Beschäftigungspolitik ist so gesehen zugleich das beste Instrument zur Haushaltssanierung; pauschale Schuldenverbote sind demgegenüber Zeichen fest verwurzelter Vorurteile sowie mangelnden volkswirtschaftlichen Sachverstands.

Fritz Helmedag

Staatsschulden als permanente Einnahmequelle

Seit Jahren hat in Deutschland die Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben eine miserable Presse. Die Kampagne hat zumindest in formaler Hinsicht Früchte getragen: Das Grundgesetz enthält seit 2009 (anscheinend) strikte Vorschriften, um Budgetdefiziten einen Riegel vorzuschieben. Jedoch empfiehlt sich ein weniger verkrampfter Umgang mit Staatsschulden, denn sie erfüllen nicht nur eine wichtige Funktion im Wirtschaftskreislauf, sondern sie erhöhen bei vernünftigem Gebrauch auch die Wohlfahrt der Bevölkerung.

Die Härte individueller Budgetrestriktionen erhebt Sparsamkeit zur Tugend nicht nur der sprichwörtlichen schwäbischen Hausfrau. Leider wurde die Übertragung dieser einzelwirtschaftlichen Perspektive auf das Gemeinwesen vorherrschende Praxis. Dementsprechend gehört es allenthalben zum guten Ton, vermeintliche Defizitsünden des Staates zu verdammen.¹ Drei zentrale Kritikpunkte werden immer wieder genannt:

- Zunächst verletze die Finanzierung auf Pump die Generationengerechtigkeit, denn wir lebten auf Kosten unserer Kinder, die schließlich die Zeche zu zahlen hätten.
- Ferner schnüre die wachsende Zinslast den Handlungsspielraum des Staates mehr und mehr ein und belaste den Steuerzahler zu Gunsten der Zinsempfänger. Ohne Gesundung der Finanzen reiche eines Tages das Steueraufkommen nicht einmal mehr aus, um den fälligen Schuldendienst zu leisten.
- Kreditfinanzierte Zinszahlungen ließen außerdem die Verbindlichkeiten des Fiskus explosionsartig ins Uferlose wuchern. Wegen dieses „Schneeballeffektes“ sei eine Tilgung der aufgelaufenen Defizite utopisch, früher oder später drohe der Staatsbankrott.

Mit der Schuldenbremse auf Geisterfahrt

Ehe die Stichhaltigkeit dieser Argumente unter die Lupe genommen wird, ist zu bemängeln, dass die Liste einseitig auf Verbindlichkeiten abstellt und den Gegenposten, das korrespondierende Realvermögen, grundsätzlich ausblendet. Jede Unternehmensbewertung nach dieser

Methode wäre offensichtlich grober Unfug. Zudem bleibt außer Betracht, dass der Fiskus auch Forderungen in Form von Bargeld, Einlagen und Anteilen hält. Die öffentliche Diskussion kreist hingegen allein um dessen Bruttoschulden. Abbildung 1 macht die teilweise beträchtlichen Unterschiede klar, die eigentlich nicht unter den Teppich gekehrt werden sollten.

Um die Gefahr einer zu laxen Haushaltspolitik zu bannen, wurden auf europäischer Ebene die sogenannten Maastricht-Kriterien formuliert. Der (jeweils auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bezogene) Stand öffentlicher Verbindlichkeiten darf 60% nicht überschreiten und die maximal zulässige jährliche Neuverschuldung beträgt 3%. Unterdessen können diese willkürlich gesetzten Marken auf eine beachtliche Papiertigerkarriere zurückblicken.²

In Deutschland verfestigte sich der Glaube, mit noch schärferen Regeln das Übel an der Wurzel fassen zu müssen. Tatsächlich erlangte eine oft geforderte Schuldenbremse Verfassungsrang. Artikel 109 (3) Grundgesetz (GG) bestimmt seit 2009: „Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.“ Artikel 115 (2) erlaubt lediglich in Sonderfällen Ausnahmen von der Regel. Ab 2016 darf sich der Bund strukturell nur noch in Höhe von 0,35% des BIP ver-

² Vgl. F. Helmedag: Ist das starre Festhalten an den Maastricht-Kriterien sinnvoll?, in: Wirtschaftsdienst, 84. Jg. (2004), H. 9, S. 601-604.

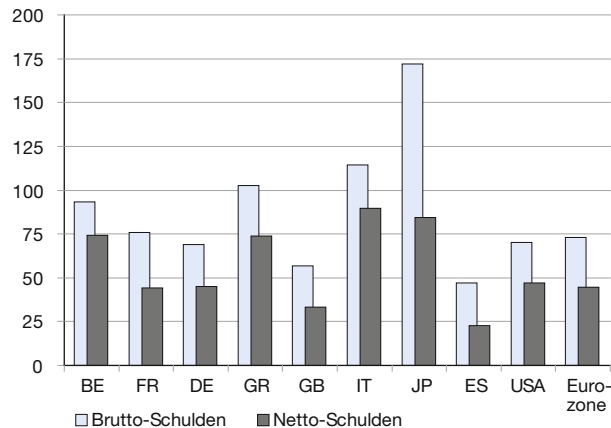
¹ Vgl. jüngst wieder die Ausführungen des Präsidenten der Deutschen Bundesbank A. Weber: Zeitbombe Staatsverschuldung: Was bleibt übrig für Zukunftsausgaben?, in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 24, 9. Juni 2010, S. 3 f.

Prof. Dr. Fritz Helmedag ist Lehrstuhlinhaber an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Chemnitz.

Abbildung 1

Brutto- und Nettoschulden ausgewählter Länder 2008

in % des BIP



Quelle: OECD: Economic Outlook Nr. 86, Annex Tables, <http://www.oecd.org/dataoecd/5/51/2483816.xls>, eigene Grafik.

schulden, den Ländern wird ab 2020 überhaupt kein Defizit mehr zugestanden.

In Wahrheit richtet sich die Rezeptur gegen eine Art Phantomschmerz. Abbildung 2 belegt, dass die Zinslasten auf breiter Ebene in der Tendenz gefallen sind und zum Teil auf einem deutlich geringeren Niveau gegenüber 1993 verharren. Vor diesem Hintergrund entpuppt sich die pauschale Anprangerung der Schädlichkeit ungestopfter Haushaltslöcher als wenig seriöse Stimmungsmache.

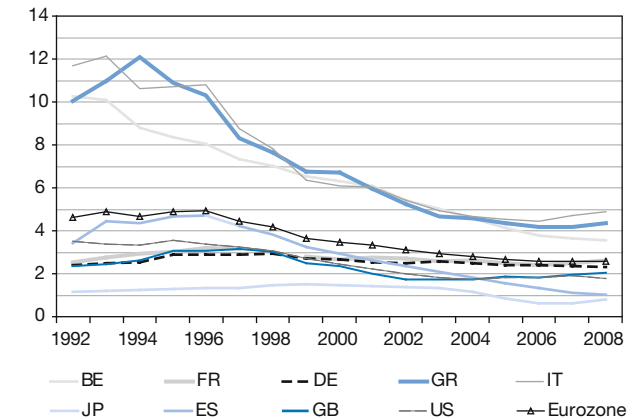
Fallen Kredite als Einnahmen aus, müssen die Steuern erhöht oder die Ausgaben gekürzt werden, um den Haushalt auszugleichen. Angesichts der zu erwartenden Widerstände dürfte beides, wenn überhaupt, nicht im angepeilten Umfang möglich sein. So erscheint die These nicht besonders gewagt, dass „buchhalterische Kreativität“ einen Weg aus der Bredouille weisen wird. Artikel 115 (2) GG erwähnt eine „Bereinigung der Einnahmen und Ausgaben um finanzielle Transaktionen“, welche in einem Ausführungsgesetz näher bestimmt sind. Demnach lassen sich Nettoausgaben für Beteiligungen oder Tilgungen über Kredite finanzieren. Gegebenenfalls können zur Abwicklung entsprechende Gesellschaften gegründet werden. Im Endeffekt kann die Staatsschuld weiter wachsen.³

³ Vgl. C. Magin: Die Wirkungslosigkeit der neuen Schuldenbremse, in: Wirtschaftsdienst, 90. Jg. (2010), H. 4, S. 262-268.

Abbildung 2

Staatliche Zinszahlungen ausgewählter Länder

in % des BIP



Quelle: OECD: Economic Outlook Nr. 86, Annex Tables, <http://www.oecd.org/dataoecd/5/51/2483816.xls>, eigene Grafik.

Die (mit Absicht geschlagene?) Schneise aus der Verbotsfalle dürfte sich aber durchaus als segensreiches Schlupfloch erweisen. Der Abbau von Budgetdefiziten kann nämlich verheerende Konsequenzen nach sich ziehen. Stattdessen ist zu beachten, welche Rolle Haushaltsdefizite im volkswirtschaftlichen Kreislauf spielen und unter welchen Umständen sie das Volkseinkommen und die Beschäftigung fördern.

Einen Hinweis liefert der Blick auf die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung. Es ist ein Charakteristikum der modernen Kreditgeldökonomie, dass jeder Verbindlichkeit simultan eine betragsgleiche Forderung gegenübersteht. Ungeborene können nämlich keine Darlehen ausreichen und sie kassieren oder zahlen weder Zins noch Tilgung. Schulden werden bei lebenden Menschen gemacht; die Volkswirtschaften insgesamt können weder monetäre Aktiva akkumulieren noch reduzieren. Was die Welt kommenden Generationen per saldo hinterlässt, ist Sachvermögen und sonst gar nichts. Die Nachkommen erben nicht nur die Staatsschuld, sondern auch die entsprechenden Anspruchstitel. Die Tabelle bestätigt, dass die Summe der Finanzierungssalden der volkswirtschaftlichen Sektoren Null beträgt.

Offenbar spiegelt ein Finanzierungsplus bei den Privaten ein Defizit des Staates oder des Auslands wider. Die verstärkte Geldvermögensakkumulation der Haushalte (die definitorisch mit der Ersparnis übereinstimmt) und der Unternehmen korrespondiert mit der Steuer(senkungs)politik

Die sektoralen Finanzierungssalden der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

in Mrd. Euro

Jahr	Finanzierungssaldo			
	Haushalte	Unternehmen	Staat	Ausland
2001	97,3	- 38,6	- 59,6	0,9
2002	101,3	23,0	- 78,3	- 45,9
2003	125,1	6,9	- 87,3	- 44,8
2004	133,4	56,6	- 83,5	- 106,5
2005	144,7	46,3	- 74,3	- 116,8
2006	136,8	55,6	- 38,1	- 154,4
2007	136,2	51,8	4,7	- 192,7
2008	141,2	23,4	1,0	- 165,6
2009	150,1	48,9	-79,3	- 119,7

Quelle: Deutsche Bundesbank, http://www.bundesbank.de/download/statistik/finanzierungsrechnung/sachvermoegensbildung_1991_2009.xls, eigene Berechnungen.

nach der Jahrtausendwende. Überdies zeigt die Kreislaufanalyse, dass Fehlbeträge im Budget den Profiten zugute kommen.⁴ Der öffentliche Kredit bzw. die Nettoexporte haben in den letzten Jahren sogar zunehmend die expansive Aufgabe der Unternehmen übernommen. Seit geraumer Zeit verzeichnet dieser Sektor positive Finanzierungssalden, weil die nicht ausgeschütteten Gewinne regelmäßig die Investitionen übertreffen. Eine dem Gemeinwohl verpflichtete Wirtschaftspolitik würde für umgekehrte Verhältnisse sorgen, d.h. Steuersätze erhöhen und Abschreibungsmöglichkeiten verbessern.

Fällt der Fiskus als systematischer Schuldenmacher weg, kommen theoretisch (noch) höhere Ausfuhr in Betracht, um das Niveau der ökonomischen Aktivität und damit der Geldvermögensbildung zu halten. Dies dürfte jedoch praktisch schon am erforderlichen Volumen scheitern, insbesondere wenn im Ausland ebenfalls Sparprogramme aufgelegt werden. Abgesehen davon sollte dem Ziel „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ – gefordert vom immer noch geltenden § 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes – mehr Gewicht eingeräumt werden. Grundsätzlich deutet eine nachhaltig aktive Leistungsbilanz auf einen mangelnden Binnenabsatz hin. Höhere Importe als Folge eines wachsenden Inlandsprodukts verringern Ungleichgewichte im internationalen Handel.

4 Vgl. F. Helmedag: Gesamtwirtschaftliche Bestimmungsgründe der Gewinne und des Arbeitsvolumens, in: Wirtschaftsdienst, 87. Jg. (2007), H. 6, S. 412-416, S. 415 f.

Die zu beantwortende Frage lautet indes, ob und wie man sich die zur Stabilisierung der Kreislaufströme nötigen dauerhaften Haushaltsdefizite leisten kann. Die folgenden Ausführungen zeigen, unter welchen Umständen das gelingt.

Von und mit Schulden leben

Eine der eigenartigsten Tabuisierungen der gemeinhin geißelten öffentlichen Ausgaben auf Pump besteht in der Unterschlagung der Tatsache, dass die Privaten dem Fiskus Geld freiwillig zur Verfügung stellen. Wenn aber beide Partner ohne Zwang an solchen Transaktionen teilnehmen, nimmt deren Wohlfahrt gewiss zu. Warum werden diese Geschäfte dann verteuert? Nun, letztlich sollen dem angeblich ausufernden Sozialstaat Mittel entzogen werden. Der muss aber keineswegs unter den ihm übertragenen Aufgaben zusammenbrechen; vor allem nicht, wenn der Fiskus auch Kredite zur regulären Einnahmeerzielung nutzen kann.

Die Bonität des Schuldners bildet die ökonomisch relevante Obergrenze jeder Darlehensgewährung: Die Kreditwürdigkeit gerät ab einer als kritisch erachteten Marke in Misskredit. Nimmt man dieses Kriterium zum Maßstab, befinden sich die Vermögensverhältnisse Deutschlands in glänzenderer Verfassung denn je: Der bloß scheinbar weit über seine Verhältnisse lebende Staat hat keine Probleme, Darlehen aufzunehmen, obwohl er historisch niedrige Zinsen zahlt! Zweifellos ist die Bundesrepublik eine überaus attraktive Schuldnerin, weil sie im Gegensatz zu allen Kassandrarufern in den Augen der Anleger wie eh und je für herausragende Solidität steht. In den Jahren 2007 und 2008 hat der deutsche Staat gemäß der Tabelle sogar Überschüsse gemacht.

Solange ein Akteur – sei es eine Person, ein privater bzw. öffentlicher Haushalt oder eine Nation – als solvent gilt, kann er sich Geld von anderen leihen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten und die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Auf dieser Idee beruhen alle Schneeballsysteme oder Pyramidenspiele, die im Angelsächsischen oft nach Charles Ponzi (1882-1949) benannt sind. Die Methode funktioniert, wenn der Schuldendienst – das Produkt aus Schuldenstand (D) mit dem (einheitlichen) Zins- inklusive Tilgungssatz (i) – kleiner als der Neukredit (ΔD) ist. Daraus folgt:

$$(1) \quad i < \frac{\Delta D}{D}$$

Die Gläubiger verlieren allerdings irgendwann ihr Vertrauen in die Rückzahlungsfähigkeit des Kreditnehmers. Das Problem bahnt sich an, wenn dessen Schulden für längere Zeit stärker als sein Einkommen (Y) zunehmen:

$$(2) \quad \frac{\Delta D}{D} > \frac{\Delta Y}{Y}$$

Damit wächst die Schuldenquote z . Sie bleibt konstant (\bar{z}), sofern der Zähler sich mit gleicher Rate (g) verändert wie der Nenner:

$$(3) \quad \frac{\Delta D}{D} = \frac{\Delta Y}{Y} = g \Rightarrow z = \frac{D}{Y} = \bar{z} = \text{const.}$$

Die Nettoneuverschuldung ΔD lässt sich überdies als Teil (a) des aktuellen Einkommens interpretieren. Dann gilt:

$$(4) \quad \frac{\alpha Y}{D} = g \Rightarrow \bar{z} = \frac{D}{Y} = \frac{\alpha}{g} < \infty \text{ für } g > 0$$

Offensichtlich konvergiert die Schuldenquote bei einer positiven nominalen Wachstumsrate gegen einen endlichen Wert. Die behauptete unausweichliche Hypertrophie über alle Grenzen entpuppt sich als Tatarenmeldung. Überschreitet die Schuldenquote jedoch ein von den Gläubigern gesetztes Limit, gerät die Anschlussfinanzierung ins Stocken. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus konkret für die Defizitpolitik des Fiskus?

Mit Kredit Staat machen

Im Unterschied zu den Privaten genießen die Gebietskörperschaften Privilegien, die sie bei den Anlegern zu einem äußerst begehrten Schuldner machen:

- Normalerweise erfreut sich das institutionalisierte Gemeinwesen eines ewigen Lebens, womit dem Rückzahlungstermin eines Darlehens keine natürliche Schranke gesetzt ist. Die Kredite der öffentlichen Hand sind daher revolving, sie müssen keineswegs innerhalb einer fixierten (freilich nie genannten) Zeitspanne zur Gänze getilgt werden. Anderslautende Behauptungen sind Fehlinformationen.
- Außerdem besitzt der Fiskus die Besteuerungsmacht, er kann den Schuldendienst aufgrund seines Gewaltmonopols bei den Bürgern eintreiben, sofern dort noch etwas zu holen ist. Kein anderes Wirtschaftssubjekt kann mit solchen Fähigkeiten aufwarten.
- Schließlich verfügt eine Nation über die Währungshoheit. Falls die Kompetenz nicht abgetreten wird, ist damit im Prinzip der Zugang zu Zentralbankgeld als gesetzlichem Zahlungsmittel offen.

Zugleich ist mit dem genannten Kanon klar, dass Schwierigkeiten in der Luft liegen, wenn ein Staat hohe Schulden im Ausland oder in fremder Währung hat, die nicht durch Exportüberschüsse oder Kapitalimporte zu bedienen sind. Island und Griechenland geben Beispiele. Auf Deutschland trifft das Schreckensszenario nicht zu.

Hierzulande vermag ein kluges Schuldenmanagement Wohlfahrtsgewinne zu schaffen. Eine dauerhafte Nettokreditaufnahme lohnt sich bei einem nachhaltigen Primärdefizit (P_d), das es gestattet, den Bürgern weniger Steuern (T) aufzubürden als ihnen an Ausgaben für öffentliche Gütern (G) zugute kommt. Dementsprechend überschreitet die Nettokreditaufnahme (ΔD) den Schuldendienst (iD):

$$(5) \quad P_d = T - G = iD - \Delta D < 0$$

Unterstellt man eine auf den Staat übertragene konstante Schuldenquote (3), dann ergibt sich aus Gleichung (5):

$$(6) \quad P_d = iD - \Delta D = iD - \frac{\Delta D}{D}D = iD - gD = (i - g)D < 0 \text{ für } g > i$$

Der Ausdruck (6) wartet mit einer frohen Botschaft auf: Solange die nominale Wachstumsrate g größer als der Zins- und Tilgungssatz i ist, kann der Staat dem Bürger mehr an Leistungen bieten, als er ihnen in Form von Steuern abverlangt, ohne dass dies mit einem Anstieg der Schuldenquote einhergeht. Gegebenenfalls kann sie sogar gesenkt werden. Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verschließt sich dieser Erkenntnis nicht: „Übersteigt die Wachstumsrate den Zinssatz, ist [...] eine Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben wohlfahrtserhöhend.“⁵ Leider hat sich diese Einsicht weder herumgesprochen, noch wurden daraus die richtigen Konsequenzen gezogen.

Tatsächlich liegt auf der Hand, wie ein erfolgreiches Konsolidierungsprogramm gestrickt sein muss. Statt „Sparen, Sparen, Sparen“ zum an jeder Ecke skandierten Motto zu machen, sind im Gegenteil die Expansionskräfte zu stärken sowie die Finanzierungsbedingungen zu verbessern. Offensichtlich kommt es für den Staat in einer typischerweise von wenig Dynamik gekennzeichneten Wirtschaftslage darauf an, die Kreditzinsen unter die Wachstumsrate zu drücken. Dies lässt sich auf zwei Wegen erreichen.

Obwohl der Fiskus schon mit Abstand die geringsten Zinsen zahlt, ist seine effektive Belastung noch kleiner, da diese Einkommen selbst wiederum steuerpflichtig sind. Allerdings werden in Deutschland nur noch 25% Abgeltungssteuer erhoben. Hier gibt es gewiss Spielraum nach oben, ohne nennenswerte Kapitalflucht heraufzubeschwören. Im Übrigen entzieht der Staat dem privaten Sektor überhaupt keine Ressourcen, wenn er den (inländischen) Schuldendienst über Steuern finanziert. Was aus der linken Tasche genommen wird, fließt in die rechte zurück, freilich nicht immer bei denselben Personen.

5 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Staatsschulden wirksam begrenzen, Wiesbaden 2007, S. 43.

Der zweite Pfad führt nach Frankfurt am Main, von der nationalen zur europäischen Zentralbank. Gerade die Repräsentanten der deutschen Geldpolitik glauben inbrünstig, dass befürchteten Preissteigerungen möglichst früh mit höheren Leitzinsen zu begegnen sei. Diese Überzeugung ist empirisch und theoretisch auf Sand gebaut. Gegenwärtig scheint eher die Sorge vor deflationären Tendenzen berechtigt. Außerdem gibt es begründete Zweifel, ob anziehende Zinsen eine drohende Inflation dämpfen.⁶ Zur Förderung der Realwirtschaft sollten vielmehr die Verwertungsraten in der monetären Sphäre hinter die Renditen im produzierenden Sektor zurückfallen. Eine Politik des teuren Geldes bewirkt das Gegenteil.

Es erhebt sich überdies die Frage, ob dem Staat in Depressionsphasen nicht direkt der Zugang zu Notenbankkrediten offen stehen sollte. Aktuell wird im Euroraum – anders als etwa in den USA – eine besonders irrationale Form der Liquiditätsversorgung praktiziert. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise erhalten die Geschäftsbanken im Rahmen eines Mengentenders mit Vollzuteilung jedes gewünschte Volumen an Zentralbankgeld für 1% Zins. Unterdessen ist es sogar erlaubt, Staatspapiere mit gesenkter Bonitätseinstufung als Sicherheit zu bieten. Damit kauft die Zentralbank auf dem Sekundärmarkt Titel, die sie aber nicht unmittelbar vom Emittenten erwirbt. Dies ist ein Bankenbereicherungsprogramm allererster Güte: Die Kreditinstitute decken sich mit höherverzinslichen Staatsanleihen ein, die sie zur preisgünstigen Refinanzierung an die Notenbank weiterreichen; ein Geschäft ohne Risiko. Vor diesem Hintergrund sollte es der Europäischen Zentralbank erlaubt sein, den Ländern etwa in Proportion zur Unterbeschäftigung unmittelbar zinsgünstige Darlehen zu gewähren. In der Literatur wird sogar an negative Zinsen gedacht.⁷

Wie auch immer: Das Gespenst überbordender Staatsschulden verliert seinen Schrecken, wenn es gelingt, die effektiven Zinsen unter der nominalen Wachstumsrate zu halten. Hierfür stehen Mittel zu Gebote. Die Politik steht vor der Wahl, ein Krisen verschärfendes und schließlich zum Scheitern verurteiltes rigoroses Sparprogramm aufzulegen oder dank eines sachgerecht gestalteten Primärdefizits den Wohlstand breiter Bevölkerungskreise zu mehren. Inhalt und Folge einer Fehlentscheidung wäre, weiter Kredit zu verlieren.

6 Vgl. F. Helmedag: Getrennt marschieren, vereint schlagen: Nationale Geldpolitik im Euro-Raum, in: R. Ohr: Internationalisierung der Wirtschaftspolitik, Berlin 2009, S. 39-51.

7 Vgl. F. Helmedag: Europäische Geldpolitik in der Krise, in: G. Chaloupek, J. Kromphardt: Finanzkrise und Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung als Herausforderung für die Europäische Währungsunion, Marburg 2009, S. 108-121.

6 Mit der Schuldenbremse zum Systemcrash

Fritz Helmedag

6	Mit der Schuldenbremse zum Systemcrash	123
6.1	Deutschland im Sparwahn oder Mainz ist überall.....	124
6.2	Die kapitalistische Kreditgeldwirtschaft: Keine Forderung ohne Verbindlichkeit	128
6.3	Von populären Irrtümern zu einer wohlfahrtsmehrenden Defizitpolitik.....	133
Literatur	137

6.1 Deutschland im Sparwahn oder Mainz ist überall

Einige Personen, die diesen Text vor der Veröffentlichung mit der Bitte um kritische Durchsicht erhielten, haben nach einem Blick auf die Überschrift spontan gefragt, ob hinter dem Titel nicht ein *Fragezeichen* fehle: Das spricht Bände. Der Abbau von Schulden ist offensichtlich allenthalben außerordentlich positiv konnotiert; das gemeinhin als höchst löblich erachtete Vorhaben wird doch nicht zum Zusammenbruch unserer Wirtschaftsweise führen! Doch, so lautet die zentrale These dieser Ausführungen, denn der moderne Kapitalismus ist ein schuldengetriebenes Gebilde, und wenn niemand mehr Defizite verbucht, dann kann auch keiner mehr Überschüsse einstreichen. Damit wäre freilich dem Kommerz in der modernen Kreditgeldwirtschaft das Wasser abgegraben und sein Schicksal besiegelt. Den Stimmungsmachern, die gebetsmühlenartig „ausgeglichene Haushalte“ anmahnen, dürfte allerdings nicht klar sein, dass sie im Kern ein buchstäblich revolutionäres Manifest propagieren.

Aber die Konsolidierungsapostel verfolgen in Wahrheit kein umstürzlerisches Ziel; sie wollen den Kapitalismus nicht überwinden, ganz im Gegenteil, sie trachten danach, „die Wirtschaft“ von in ihren Augen übersteigerten Ansprüchen zu befreien: Der böse Bube im Spiel ist der Moloch Staat, vor allem dessen sozialpolitisches Engagement, das dazu geführt habe, dass – um es auf eine handliche Formel zu bringen – hierzulande wie anderenorts die Armen inzwischen zu reich und die Reichen zu arm seien. Mit dieser Stoßrichtung löst seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts eine von interessierten Kreisen befeuerte Kampagne die andere ab. Wir leben über unsere Verhältnisse, hört die Bevölkerung Tag für Tag, Einschränkungen sind demzufolge unerlässlich. Das aufgeblähte Gemeinwesen müsse schrumpfen und sich auf seine Kernaufgaben beschränken. Unterdessen kann die „konservative Wende“ etliche Vollzugsmeldungen verkünden: Steuern wurden teilweise drastisch gesenkt oder, wie auf das Vermögen, gar nicht mehr erhoben, prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind nunmehr weit verbreitet, Altersgrenzen wurden heraufgesetzt, Renten gekürzt, öffentliche Betriebe privatisiert – eine Reform jagt die nächste.

Und damit sind wir bei Mainz; nein, nicht wie es singt und lacht, sondern wie es stillsteht: Seit 1. August 2013 lief der Hauptbahnhof der Stadt, welche die rheinland-pfälzische Landesregierung beherbergt, für Wochen nur auf Sparflamme. Offensichtlich wurde die Eisenbahn in der Absicht, sie kapitalmarkttauglich zu machen, auf Verschleiß gefahren. Und Mainz ist selbstverständlich nur die Spitze des Eisbergs. Der Anteil der Investitionen in den Budgets der Gebietskörperschaften schrumpft seit geraumer Zeit und deckt längst nicht mehr die Abschreibungen, die deutsche Infrastruktur bröckelt vor sich hin. Ähnliches trifft auf den Staatsdienst zu, die Zahl der Beschäftigten geht seit Jahren zurück. Darunter leiden kommunale Einrichtungen, das Gesundheitswesen, die Sicherheitskräfte und Bildungsstätten, mit einem Wort: Den Bürgern wird eine stark reduzierte Dosis öffentlicher Güter als zwar bittere, aber laut Packungsbeilage lebenserhaltende Medizin verabreicht.

Von einer höheren Warte betrachtet, wirkt die angeblich alternativlose Askese indes selb-

sam anachronistisch. In Zentraleuropa herrscht seit mehr als zwei Generationen *Frieden*, was diese Epoche in der Rückschau als Ausnahmeperiode sondergleichen auszeichnet. Währenddessen hat sich die tatsächliche und potenzielle Wertschöpfung gewaltig erhöht, aber viele bekommen von dem wachsenden Reichtum der Nationen zu wenig mit. Etliche Zeitgenossen leben sogar schlechter als die Eltern, obwohl es dafür keine objektiven Gründe gibt: „In diesem Licht erhebt sich die Frage, ob nicht eigentlich – nachdem man sich historisch gesehen in der Produktionsschlacht auf der Siegerstraße befindet – die *Verteilung* der Arbeit und ihrer Früchte das Hauptproblem der (post-)modernen Wirtschaftsgesellschaft ist.“³⁵⁴ Tatsächlich dient die Durchsetzung einer strengen Haushaltsdisziplin nicht zuvörderst dem gesellschaftlichen Fortschritt, sondern den Interessen der *beati possidentes*.

Wie in anderen Auseinandersetzungen auch, ging es in der ersten Runde um die Kaperung eines gut beleumundeten Begriffs für eine – wie sich herausstellen wird – schlechte Sache: „Sparen“ bedeutet im Alltagsgebrauch wie in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Einkommensteile nicht zu konsumieren, sondern zur Bildung von Reinvermögen zu verwenden, sei es monetärer oder physischer Natur. „Sparen“ als Leitlinie der Haushaltspolitik meint jedoch etwas anderes: Jetzt dreht es sich nicht um die Akkumulation eines Staatschatzes, sondern um verminderte Defizite, also um *Ausgabenkürzungen*, konkret: geringere Sozialleistungen, die „man“ sich einfach nicht mehr erlauben könne. Damit wurde die ehemals etablierte finanzwissenschaftliche Hierarchie vom Kopf auf die Füße gestellt: Früher bestand in der Lehre weitgehende Einigkeit, im ersten Schritt die öffentlichen *Aufgaben* festzulegen, dann die hierfür erforderlichen *Ausgaben* zu ermitteln, um schließlich für die nötigen *Einnahmen* zu sorgen. Die beiden wichtigen Finanzierungsquellen sind die Erhebung von Abgaben und die Aufnahme von Schulden. Wenn im Kommenden die Defizitpolitik des Fiskus besser als sonst üblich abschneidet, heißt das keineswegs, dass die Besteuerung eine Nebenrolle spielen sollte, ganz im Gegenteil, auf diesem Gebiet sind etliche Fehlentwicklungen zu korrigieren.³⁵⁵ Hier geht es allein um Sinn und Unsinn des verordneten, grundsätzlichen Konsolidierungsgebots.

Um das Anliegen „gerichtsfest“ zu machen, wurden entsprechende formale Regelungen getroffen. Gemäß den Prinzipien einer „marktkonformen Demokratie“ erschien es den Akteuren geboten, den Handlungsspielraum künftiger Regierungen möglichst wirksam einzuengen. Zunächst bestimmte der 1992 konzipierte Maastricht-Vertrag Obergrenzen der Staatsschuld bar jeder ökonomischen Fundierung.³⁵⁶ Im Rahmen der Föderalismus-Reform 2009 wurde zudem eine Änderung des deutschen Grundgesetzes beschlossen, welche die Kreditaufnahme auf Sondersituationen und Notfälle beschränkt. Auf europäischer Ebene fand das Bindungs-Projekt seinen krönenden Abschluss mit einem Fiskalpakt, der die Unterzeichnerländer verpflichtet, in den nationalen Verfassungen Schuldengrenzen nach deutschem Vorbild zu verankern.

³⁵⁴ Helmedag/Weber (2004), S. 87 [8].

³⁵⁵ Ebenso wenig wird in diesem Beitrag die Kosteneffizienz, die Besonderheiten der Haushalte von Ländern und Gemeinden sowie die Problematik von Fremdwährungsverbindlichkeiten angesprochen.

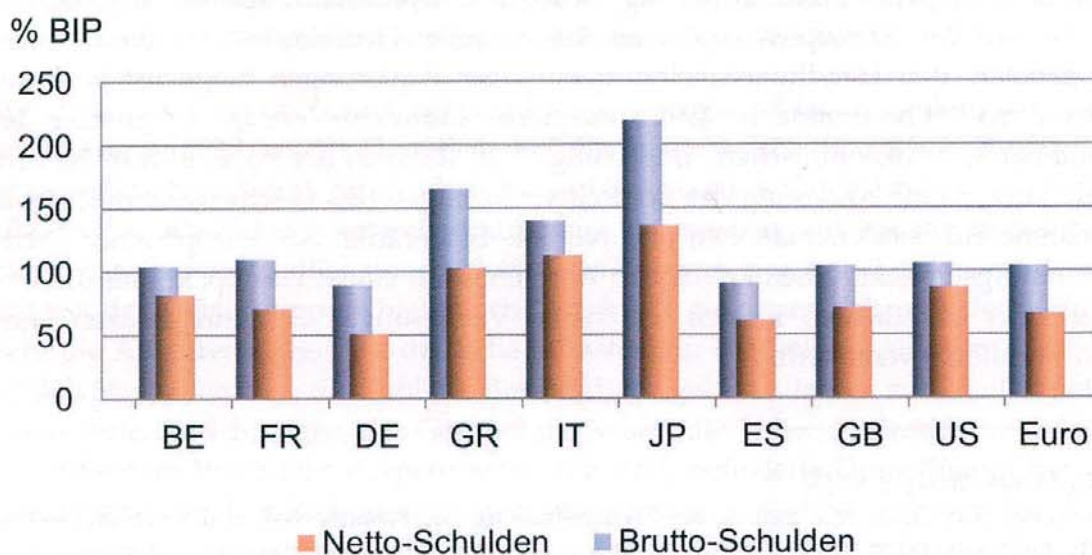
³⁵⁶ Vgl. Helmedag (2004) [4].

Ohne auf die einzelnen Bestimmungen näher einzugehen, ist es erstaunlich und zugleich bestürzend, auf welchem bescheidenen Niveau sich die Diskussion über Notwendigkeit und Zweck der Vorschriften seit je bewegt. Gänzlich außen vor bleibt etwa der Aspekt, dass zum Kredit zwei Seiten gehören, nicht nur ein Nehmer, sondern eben auch ein Geber. Außerdem überlassen die Gläubiger ihr Geld dem Staat *freiwillig*, offenbar, weil sie sich davon einen Vorteil versprechen. Warum soll dieses Geschäft dann prinzipiell anstößig sein? Des Rätsels Lösung liegt auf der Hand: Wie eingangs bemerkt, fungiert die Austeritätsdoktrin in Wahrheit als Mittel zum Zweck, die Obrigkeit mehr und mehr von einer umfassenden Daseinsfürsorgepflicht zu entbinden, „Wohlstand für alle“ ade.

Zum Konzert gehört das regelmäßige Absingen des „Kaufmannslieds“, die Klage ohne Leid. Das Repertoire umfasst neben dem üblichen Tadel am „Hochlohnstandort Deutschland“ das Lamento über den Zustand der Staatsfinanzen. Bemerkenswerterweise werden in der Debatte jedoch nur die Bruttoschulden genannt, während eine ökonomisch korrekte Argumentation auf die Nettogrößen abstellen sollte. Die öffentliche Hand verfügt nämlich über teilweise beachtliche monetäre Aktiva wie Forderungen und Anteile, die von den Verpflichtungsbeständen abzuziehen sind, um ein realistisches Bild zu erhalten. Bei privaten Unternehmen zeugt der Blick allein auf die Passivseiten der Bilanzen gleichfalls nicht gerade von überragendem ökonomischem Sachverstand.

Abbildung 6.1 belegt für etliche Länder, dass gravierende Differenzen zwischen den Brutto- und Nettogrößen bestehen. Japan, das immer wieder mit einer Schuldenquote von mehr als 200 % als abschreckendes Beispiel herhalten muss, steht bei einer Nettobetrachtung erheblich besser da und weicht relativ wenig von anderen Nationen ab. Und Deutschland erfüllt sogar mit etwa 50 % das Maastricht-Kriterium. Welcher Konsument der gängigen Berichterstattung hätte das gedacht?

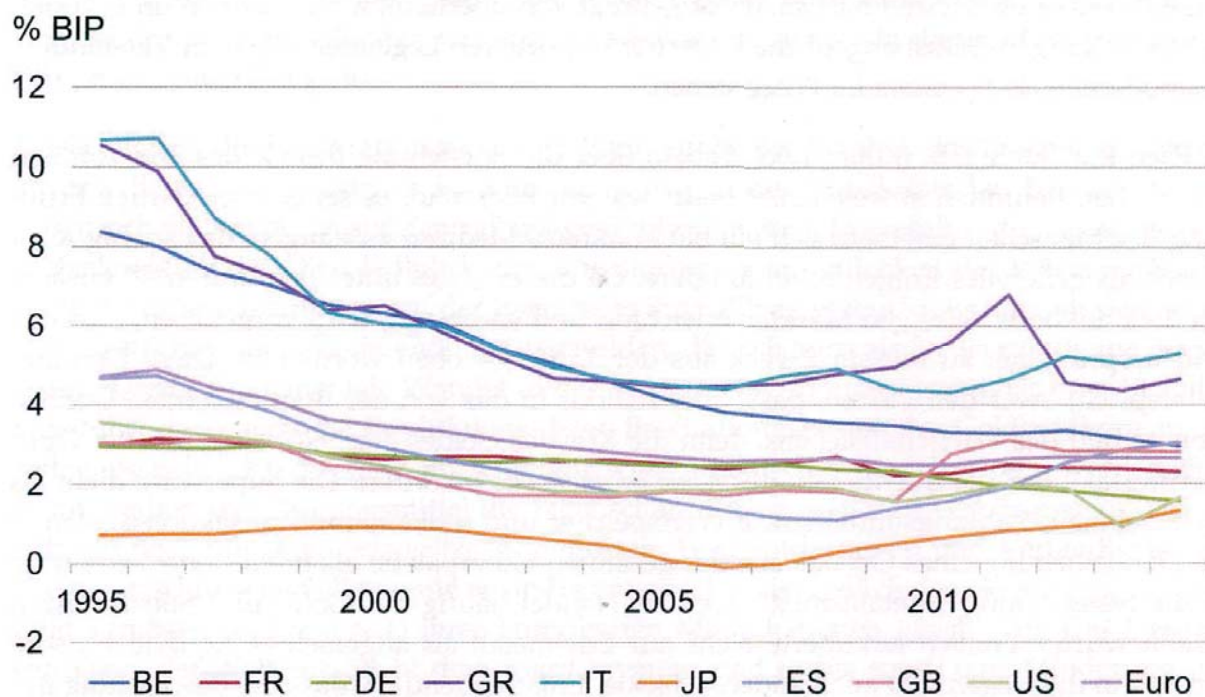
Abbildung 6.1 Brutto- und Nettoschulden ausgewählter Länder 2012



Quelle: OECD Economic Outlook 93, URL: <http://www.oecd.org/eco/economicoutlook.htm>

Es kommt freilich noch besser. Zwar wird immer wieder auf den Bruttoschuldenstand verwiesen, doch die Begründung, warum diese Größe so wichtig sein soll, bleibt im Dunkeln.³⁵⁷ Entscheidend ist schließlich, welche *Lasten* die Verschuldung mit sich bringt. In dieser Hinsicht wird das Publikum ebenfalls hinter die Fichte geführt. **Abbildung 6.2** zeigt, dass die Zinszahlungen aller ausgewählten Länder seit 1995 bis zur „Great Recession“ 2008 ff. *gefallen* sind, manchmal sogar drastisch. Erst die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise hat einige Länder wegen der erforderlichen massiven Hilfen für die schwer angeschlagene „systemrelevante“ Finanzbranche zu höheren Defiziten gezwungen. Es sind jedoch jetzt genau jene neoliberalen Marktschreier, die einst energisch die Deregulierung des Bankensektors einforderten, welche nun, nachdem die Karre aus dem Dreck gezogen werden musste, dem Befreier tadelnd eine „Staatschuldenkrise“ vorhalten.

Abbildung 6.2 Staatliche Zinszahlungen ausgewählter Länder



Quelle: OECD Economic Outlook 93, URL: <http://www.oecd.org/eco/economicoutlook.htm>

Die Darstellung belegt zudem, dass sich für einige Länder nichts Wesentliches geändert hat, obwohl mehr oder weniger umfangreiche Rettungspakete geschnürt worden sind. Der Zinsdienst Japans ist nach wie vor äußerst gering, trotz des hohen Schuldenstandes. Das allein unterstreicht, wie wenig diese Größe für sich genommen etwas über die Finanzlage einer Nation aussagt. Nippon steht hauptsächlich bei inländischen Gläubigern in der Krei-

³⁵⁷ Unterdessen hat sich auch die berühmte 90 %-Marke, ab der Staatsschulden gemäß der Studie „Growth in a Time of Debt“ von Kenneth Rogoff und Carmen Reinhart (2010) [12] wachstumsschädlich sein sollen, als peinlicher Rechenfehler herausgestellt. Unter dem Aufsatztitel gibt es einen (englischsprachigen) Wikipedia-Eintrag, der Einzelheiten bringt und Quellenangaben macht.

de und die Notenbank sowie ihre Zinspolitik tragen maßgeblich zur Entspannung der Situation bei. Der deutsche Fiskus profitierte sogar entgegen allen Hiobsbotschaften von der Finanzkrise, die Zinslast hat abgenommen. In einer solchen Situation erweist sich eine verschärfte Kürzungspolitik als besonders wohlfahrtsmindernd, sie kann indes auch sonst geradewegs von Mainz nach Detroit führen. Um dies zu verstehen, empfiehlt sich ein Blick hinter den Geldschleier.

6.2 Die kapitalistische Kreditgeldwirtschaft: Keine Forderung ohne Verbindlichkeit

Das Geld ist zweifellos eine zentrale Kategorie des Wirtschaftslebens. Umso erstaunlicher sind die Geschichten, die über sein Wesen erzählt und geglaubt werden. Das Alltagsbewusstsein über monetäre Phänomene ist geprägt von überkommenen Mythen und obsoleten Vorstellungen. Selbst angebliche Experten kolportieren Legenden, die dem Verständnis des modernen *nervus rerum* im Wege stehen.

Im Fach kursieren z. B. immer noch Fabeln über die Entstehung des Geldes, die von den historischen Befunden abweichen.³⁵⁸ Nach wie vor hört man, es sei eine großartige Erfindung der Menschen gewesen, sich auf ein konkretes Medium zu einigen, das ab Tag X im Tausch als generelles Entgeltmittel fungiere. Da dieser „Gott unter den Waren“³⁵⁹ tatsächlich die Funktionsweise von Märkten erleichtert und verbessert, wird vorgegeben, dass das Geld ursprünglich zu diesem Zweck aus der Taufe gehoben worden ist. Diese Deutung widerspricht zwar den Fakten, passt aber nahtlos in das von der dominierenden Doktrin gemalte Bild des Wirtschaftslebens, denn die Kür des Geldes erscheint als rationaler Optimierungsakt, der die Intentionen des *homo oeconomicus* befördert: Die Superware dient als Recheneinheit, Zahlungsmittel sowie Wertspeicher und senkt somit Transaktionskosten.³⁶⁰ Die Heraushebung eines Objekts aus der gesamten Güterpalette als *primus inter pares* trägt oft die Bezeichnung „Metallismus“, weil im Handel häufig mit Gold- und Silbermünzen gezahlt wurde. Freilich zirkulierte nicht nur Edelmetall als allgemeines Äquivalent, sondern bis in die Gegenwart auch andere Objekte. Entscheidend ist, dass die Beschaffung des knappen Geldstoffs Transport- bzw. Produktionskosten verursacht, so dass das physische Zahlungsmittel zugleich Geld- und Sachvermögen darstellt.

Im Lauf der Zeit haben sich freilich die Zeiten geändert, was sich gut an der englischen Geldgeschichte studieren lässt.³⁶¹ In der um die Wende zum 19. Jahrhundert ausgefochtenen Bullion-Kontroverse wurde darum gestritten, weshalb auf Barrengold eine Prämie gezahlt werden musste. Offensicht war das englische Pfund in den Augen des Publikums doch kein vollwertiges Edelmetall-Substitut. In der anschließenden, etwa bis 1860 währen-

³⁵⁸ Vgl. Helmedag (1994), S. 56 ff. [2].

³⁵⁹ Marx (1974), S. 132 [11].

³⁶⁰ Vgl. zur Hierarchie der Geldfunktionen Helmedag (1995) [3].

³⁶¹ Vgl. Helmedag 2007 [5].

den Banking-Currency-Debatte ging es um Deckungsanforderungen, welche die Währung erfüllen sollte. Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass zwar mit der Peelschen Bankakte 1844 formal eine hundertprozentige Konvertibilität fixiert worden ist, die aber praktisch wie eh und je durchaus flexibel gehandhabt wurde.

Damit löst sich schon in jener Zeit die Währung von der strikten Bindung an eine stoffliche Substanz, um in Richtung „Chartalismus“ voranzuschreiten; eine Meinung, die im Geld ein sozial akzeptiertes Zeichen sieht, das Kaufkraft dokumentiert. Damit kehrt sich die ehemals obwaltende Charakterisierung des Zahlungs- bzw. Schuldentilgungsmittels ins genaue Gegenteil: Geld wird nicht angenommen, weil es Wert hat, sondern es hat Wert, weil es angenommen wird. Zu den Protagonisten dieser Auffassung zählt Georg Friedrich Knapp (1842-1926) mit seinem 1905 erschienenen Buch „Staatliche Theorie des Geldes“.³⁶² Bemerkenswerterweise verwies der Autor bereits damals auf die zentrale Bedingung zur Geltung jedweden Geldes: Der Emittent muss es selbst zur Zahlung mit befreiender Wirkung akzeptieren, d.h. die Bürger können damit öffentliche Abgaben entrichten. Dieser Gedanke findet sich bei der „Modern Monetary Theory“³⁶³ wieder und nimmt in diesem Lehrgebäude einen prominenten Rang ein.

Tatsächlich ist die Kaufkraft in moderner Form ein bloßes Symbol, das in einer Forderung an eine Bank zum Ausdruck kommt. Sichteinlagen des Publikums bei Kreditinstituten lassen sich als Anspruch auf Zentralbankgeld interpretieren. Doch selbst die bar ausgezahlte Banknote repräsentiert lediglich eine uneinlösbare Verbindlichkeit der Währungsbehörde, welche diese Institution auf der Passivseite ihrer Bilanz verbucht. Es handelt sich, wenn man so möchte, um zirkulierende Staatsschulden, die sich auch als Steuergutscheine deuten lassen. Dieser fundamentale Wandel in der monetären Ordnung gegenüber dem Metallismus führt dazu, dass die Produktions- bzw. Beschaffungskosten des Geldmediums in der zeitgenössischen Kredit- bzw. Buchgeldwirtschaft praktisch bedeutungslos geworden sind. Damit verliert das Zahlungsmittel die Eigenschaft, *Sachvermögen* zu verkörpern, es handelt sich nur noch um einen *pekuniären* Aktivposten. Weil Forderungen und Verbindlichkeiten in einer geschlossenen Ökonomie einander entsprechen, ist freilich das Gesamttaggregat der Geldvermögen und *ipso facto* ihrer kumulierten Modifikationen gleich null: Das Gesamtvermögen der Welt entspricht dem *realen* Inventar und nichts sonst; eine Minderung von Geldvermögen hier, etwa nach einem Ratenkauf, verursacht zwingend einen Zuwachs von monetären Aktiva in gleicher Höhe dort, so dass der Saldo verschwindet. Jene Schuldenkritiker, welche diese *buchhalterische Notwendigkeit* in einer Kreditgeldwirtschaft nicht zur Kenntnis nehmen, bleiben letztlich überkommenen metallistischen Vorstellungen verhaftet und besitzen keinen hinreichenden Sachverstand, um ein fundiertes Urteil in der strittigen Angelegenheit zu fällen.

Die folgende **Tabelle 6.1** gibt die sektoralen Finanzierungssalden ab 2006 für Deutschland wieder. Die Übersicht enthält die Geldvermögensänderungen als Differenz zwischen Gesamt- oder Reinvermögensänderung („Sparen“) und Sachvermögensänderung („Investitio-

³⁶² Knapp (1905) [10].

³⁶³ Vgl. Wray 2012 [13].

nen“) der vier Pole Haushalte, Unternehmen (inklusive finanzielle Kapitalgesellschaften), Staat (Gebietskörperschaften plus Sozialkassen) sowie dem Ausland. Jede Zeilensumme ergibt null, aus globaler Sicht existiert *kein* Nettogeldvermögen.

Die privaten Haushalte und Unternehmen melden in den letzten Jahren einen durchgehenden Überschuss. Unmittelbar vor der jüngsten Krise galt das für den Staat ebenfalls, der sich auf Konsolidierungskurs bewegte, ehe der Finanz- und Wirtschaftseinbruch massive Interventionen auf Pump erforderlich machte. Im Übrigen kamen diese kreditfinanzierten Hilfsmaßnahmen in den Jahren 2009 und 2010 hauptsächlich dem Unternehmenssektor zugute, dem entsprechende monetäre Aktiva zuflossen.

Tabelle 6.1 Finanzierungssalden in Deutschland seit 2006 (Mrd. €)

Jahr	Haushalte	Unternehmen	Staat	Ausland
2006	136,8	51,4	– 38,2	– 150,0
2007	136,2	41,2	5,5	– 182,9
2008	137,0	15,3	– 1,8	– 150,5
2009	151,4	64,8	– 73,0	– 143,2
2010	149,9	107,1	– 103,6	– 153,4
2011	136,0	28,6	– 19,7	– 144,9
2012	141,2	21,8	4,2	– 167,2

Quelle: Europäische Kommission, AMECO Datenbank, URL: http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user/serie/SelectSerie.cfm

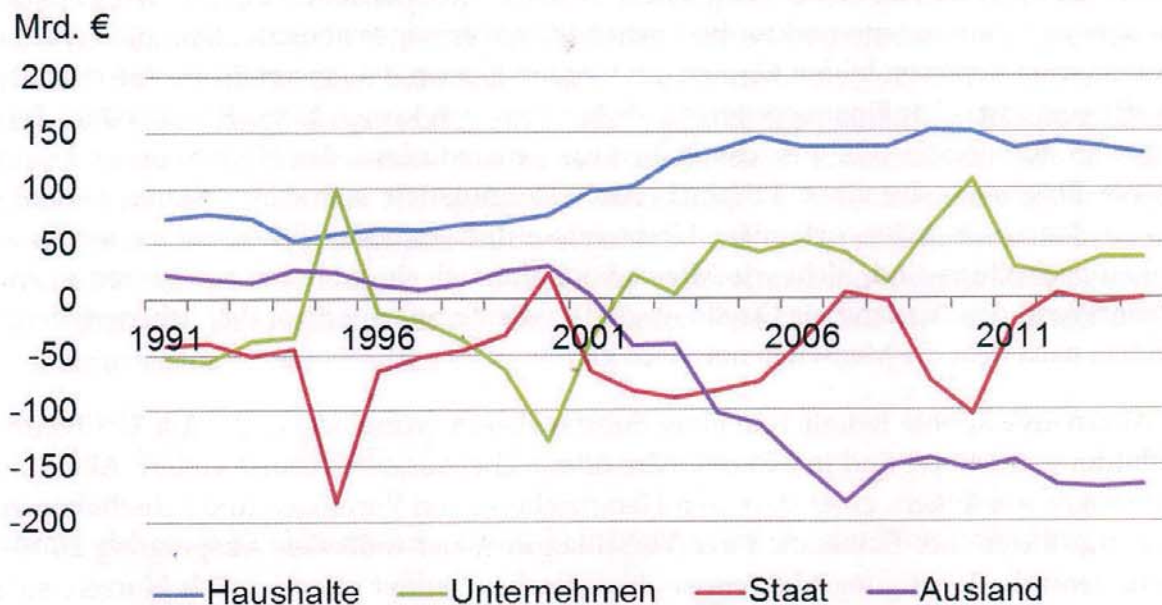
Freilich verbucht der Fiskus 2012 (schon) wieder einen Geldvermögenszuwachs. Vor diesem Hintergrund wirkt das Lamento über die angeblich wuchernden öffentlichen Schulden wie die Klage über einen Phantomschmerz. In Wahrheit entspricht dem Aufbau pekuniären Reichtums in Deutschland die Verschuldung des Rests der Welt. Nur weil das Ausland Defizite in vorher nie gekannter Höhe auf sich geladen hat, kann überhaupt vom deutschen Staat verlangt werden, das Budget ohne Fremdmittel auszugleichen. Diese Konstellation lag aber keineswegs immer vor, wie die **Abbildung 6.3** verdeutlicht.

Nach der Wiedervereinigung wies Deutschland bis zur Einführung des Euro eine leicht passive Leistungsbilanz aus. Da die Haushalte über den gesamten Berichtszeitraum Geldvermögen akkumulierten, haben der Staat und die Unternehmen in dieser Phase Defizite gemacht. Die beiden gegenläufigen Ausschläge dieser Sektoren beruhen auf Sondereinflüs-

sen: 1995 übernahm der Staat die Schulden der Treuhandanstalt („Erblastentilgungsfonds“) und 2000 versteigerte der Fiskus die UMTS-Lizenzen. Jedenfalls wäre in dieser Zeitspanne der Geldvermögensaufbau der Haushalte und in weit geringerem Maße des Auslands ohne Minus bei den Unternehmen oder im Budget nicht möglich gewesen.

Mit dem Abschied von der D-Mark haben sich die Verhältnisse grundlegend gewandelt. Zunächst springt ins Auge, dass seitdem die Unternehmen ebenfalls permanent Geldvermögen anhäufen. Das ist eigentlich nicht ihre volkswirtschaftliche Funktion. Die Betriebe sollten an und für sich Kredite aufnehmen und möglichst kräftig investieren, um Einkommen und Beschäftigung zu mehrten. Sofern der Realvermögenszuwachs die Geldvermögensminderung überkompensiert, werden sie dadurch insgesamt nicht ärmer, vielmehr steigt ihr Reinvermögen. Trotz privatem Überschuss konnte der deutsche Staat ebenfalls mehrfach die Pluszone berühren, weil das Ausland in historisch einmaligem Umfang deutsche Waren auf Pump geordert hat. Vor diesem Hintergrund erscheint es hierzulande auf den ersten Blick durchaus zumutbar, dem öffentlichen Sektor den Kredithahn zuzudrehen. Der populäre Vorschlag führt jedoch früher oder später ins Abseits.

Abbildung 6.3 Finanzierungssalden in Deutschland seit 1991



Quelle: Europäische Kommission, AMECO Datenbank, URL: http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user/serie/SelectSerie.cfm

Die hiesigen Überschüsse im grenzüberschreitenden Güterverkehr korrespondieren mit entsprechenden Defiziten anderer Länder. Dazu gehören die Problemstaaten in der südlichen Peripherie der Eurozone, die wegen passiven Leistungsbilanzen (und Kapitalflucht) zumindest in der kurzen Frist weiterhin Schulden auftürmen werden. Zugleich schreiben

die Verfassungen dieser Nationen jetzt jedoch öffentliche Budgets ohne nennenswerte Kreditaufnahme vor. Um das Dilemma zu lösen, bleibt nur, den gesamten Privatsektor dort in die roten Zahlen zu treiben. Einen anderen Weg gibt es nicht. Da diese Rosskur aus theoretischen und praktischen Gründen weder sinnvoll erscheint noch auf Kommando realisierbar sein dürfte, bedeutet dies wiederum, dass der Fiskalpakt zum Scheitern verurteilt ist, solange beträchtliche Leistungsbilanzungleichgewichte bestehen.

Allerdings sollte man sich grundsätzlich von der neomerkantilistischen Konzeption verabschieden, die dem Rest der Welt dauerhaft die Rolle des verschuldungsbereiten und konsumfreudigen Lückenbüßers zuweist. Mit der Nettoausfuhr von realen Gütern geht Kapitalexport einher, d.h. die Auslandsforderungen wachsen. Die Werthaltigkeit solcher papierenen Vermögenstitel ist freilich zweifelhaft: Schuldner stellen Zahlungen ein, Wechselkurse schwanken und Kurse variieren. Allein in der letzten Krise hat Deutschland Bewertungsverluste in Höhe von 21 % des Nettoauslandsvermögens hinnehmen müssen.³⁶⁴ Schon deswegen wäre es besser, die Exportlastigkeit der heimischen Wirtschaft zu verringern, indem im Zuge einer expansiven Politik die Binnennachfrage und damit die Importe steigen. Im Übrigen gebietet dies das immer noch geltende, wenngleich missachtete Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus dem Jahr 1967.

Doch selbst wenn sich Deutschland als Folge einer sachgerechten und dauerhaft tragbaren Politik künftig eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts erfreute, ist keineswegs garantiert, dass der Unternehmenssektor hinreichend Geldvermögen abbaut, damit die Haushalte gewünschte Reserven bilden können. Im Gegenteil, auch die gewerbliche Wirtschaft legt sich seit geraumer Zeit Finanzpolster zu, sie hat demnach keinen Netto-Kreditbedarf. Fehlt es aber an autonomer, d.h. zunächst geldvermögensreduzierender Nachfrage, droht eine schwere Rezession, die einen Einbruch der Akkumulation monetärer Aktiva heraufbeschwört. Jedenfalls fallen pekuniäre Überschüsse des gesamten Privatsektors, sofern sie denn zu beobachten sind, nicht wie Manna vom Himmel, sie stammen gewiss von irgendwo her. Wenn das Ausland als Quelle wegfällt, vermag nur der Staat das Lebenselixier zu spenden, nach dem die Menschen notorisch gieren.

Die Alternative könnte lediglich in einer Substanzbesteuerung liegen, die *jede* Geldvermögensbildung abschöpft und in diskretionäre öffentliche Ausgaben transformiert. Allerdings dürfte sogar Anhängern einer stärkeren Heranziehung von Vermögen und Erbschaften zur Erzielung öffentlicher Einnahmen der Vorschlag in seiner radikalen Ausprägung zu weit gehen, denn die Verfügung über einen „Notgroschen“ stiftet offensichtlich Nutzen, sonst würde niemand etwas zur Seite legen. Wenn es sonst niemand tut, dann *muss* der Fiskus Haushaltslöcher in Kauf nehmen, damit die Bürger überhaupt Reserven abzwacken können. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und unter welchen Bedingungen der Staat dauerhaft Verbindlichkeiten auftürmen kann, ohne die Funktionsweise des Systems zu gefährden.

³⁶⁴ Vgl. Klär/Lindner/Šehović (2013) [9].

6.3 Von populären Irrtümern zu einer wohlfahrtsmehrenden Defizitpolitik

Der Finanzierung öffentlicher Güter auf Darlehensbasis wird ständig die Verletzung der Generationengerechtigkeit vorgehalten. Eines Tages müssten die Kinder die Schulden ihrer Eltern abtragen. Dies ist ein schönes Beispiel dafür, wie die individuelle Perspektive gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge verdunkelt. Die beharrlich vorgetragene Kritik ist nämlich aus zwei Gründen verfehlt. Einerseits ist die Staatsschuld *revolvierend*, d.h. die Tilgung geschieht regelmäßig durch neue Kredite, denn das Gemeinwesen ist konzeptionell auf ein ewiges Leben ausgerichtet. In dieser Hinsicht ist der öffentliche Sektor gegenüber seinen Bürgern privilegiert. Deshalb existiert *de facto* kein fixierter Rückzahlungstermin für sämtliche Budgetdefizite. Andererseits steht in der Buchgeldwirtschaft, wie erläutert, jeder Forderung eine betragsgleiche Verbindlichkeit gegenüber, so dass die Nachkommen per Saldo keineswegs belastet werden. Im Gegenteil, sie profitieren vom ererbten Sachvermögen, das die Mütter und Väter aus dem Boden gestampft haben. Die alte Grundgesetzschrift („Goldene Regel“), wonach der Fiskus Schulden in Höhe der Investitionen aufnehmen durfte, war deshalb durchaus angemessen und zeugt von weitaus mehr Ökonomieverständnis als die heutigen Bestimmungen.³⁶⁵

Die geforderte Haushaltskonsolidierung zur Schonung der kommenden Generation beruht auf dem weit verbreiteten Fehlurteil, dass bei fortgesetzter Nettokreditaufnahme des Staates die Schuldenquote früher oder später über alle Grenzen steigt. Dies ist ein Irrtum, der eigentlich schon lange ausgeräumt sein sollte.³⁶⁶ Mit einigen einfachen formalen Überlegungen lässt sich leicht beweisen, dass in einer wachsenden Wirtschaft die Schuldenquote (z) konvergiert. Obwohl die Nettogrößen aussagefähiger wären, dominiert in der öffentlichen Diskussion der Quotient aus Brutto-Schuldendstand (D) und Bruttoinlandsprodukt (Y). Der Bruch bleibt konstant (\bar{z}), wenn Zähler und Nenner mit gleicher Rate (g) variieren, wobei ΔD das Haushaltsdefizit der laufenden Periode und ΔY die Änderung der Wirtschaftsleistung symbolisieren:

$$z = \frac{D}{Y} = \bar{z} \quad \text{für} \quad \frac{\Delta D}{D} = \frac{\Delta Y}{Y} = g \quad (6.1)$$

Ferner beträgt die Kreditaufnahme einen (beliebigen) Teil (α) der Wertschöpfung:

$$\Delta D = \alpha Y \quad (6.2)$$

Aus der Bedingung in Gleichung (6.1) ergibt sich unter Berücksichtigung von Ausdruck (6.2) nach einer Umstellung die Schuldenquote, welche im Limit erreicht wird:

³⁶⁵ In der Vergangenheit wurde der Begriff „Investitionen“ meist streng gefasst und auf Infrastruktureinrichtungen wie Verkehrswegebau beschränkt. Allerdings lassen sich gute Gründe ins Feld führen, beispielsweise Bildungsausgaben ebenfalls unter dieser Kategorie zu subsumieren.

³⁶⁶ Vgl. Domar (1944) [1].

$$\frac{\alpha Y}{D} = g = \frac{\alpha}{\bar{z}} \Rightarrow \bar{z} = \frac{D}{Y} = \frac{\alpha}{g} < \infty \quad \text{für } g > 0 \quad (6.3)$$

Die Schuldenquote schießt also allen Unkenrufen zum Trotz nicht beliebig ins Kraut, sofern die nominale Wachstumsrate des Gesamteinkommens positiv ist.³⁶⁷ Selbst bei realer Stagnation kann die endliche Obergrenze durch eine (geringfügige) Preissteigerung gewährleistet werden. So sieht die Europäische Zentralbank (EZB) keine Inflationsgefahren, wenn die Teuerung unter, aber nahe bei 2 % liegt.³⁶⁸ Wenn man so möchte, lässt sich vor dieser Kulisse ein Zwang zum Wachstum ableiten. Tatsächlich haben einige Volkswirtschaften auf diesem Weg ihre relativen Verbindlichkeiten gedrückt, etwa in der Prosperitätsphase nach dem II. Weltkrieg. Sofern Gläubiger dieses Kriterium als Solvenzindikator heranziehen, kann es opportun sein, die Schuldenquote zu senken, um bessere Konditionen zu erhalten. Eine Rotstiftpolitik bei ohnehin schwacher Nachfrage wirkt jedoch kontraproduktiv; im Gegenteil, expansive Maßnahmen sind in einer solchen Situation das Gebot der Stunde. Es wurde allerdings schon bemerkt, dass es nicht so sehr darauf ankommt, wie tief man in der Kreide steht, entscheidend sind vielmehr die daraus resultierenden Belastungen für den öffentlichen Haushalt.

In diese Richtung geht ein verteilungspolitisches Argument, das gegen einen Budgetausgleich auf Pump vorgebracht wird. Angeblich führe der Schuldendienst dazu, dass reguläre Steuereinnahmen an die Gläubiger fließen, statt das Geld zur Versorgung der Bürger mit Leistungen der Gebietskörperschaften einzusetzen. Diese Beanstandung überzeugt allerdings letzten Endes nicht, denn die Besteuerung ließe sich durchaus so gestalten, dass der Fiskus aus der linken Tasche der (inländischen) Bürger zurückholt, was er ihnen zuvor in die rechte gesteckt hat. Otto Normalverbraucher subventioniert dann keineswegs mit seinen Abgaben die ohnehin eher gut betuchten Halter von Staatsanleihen. Eine solche Politik bedarf freilich eines entsprechenden politischen Willens und der erforderlichen Mehrheiten. Davon kann aber keine Rede sein.

Um die viel beschworene Krise zu überwinden, wird den über ihre Verhältnisse lebenden *Sündern* aufgegeben, bußfertig „Primärüberschüsse“ zu erzielen. In diesem Fall übertrifft das Steueraufkommen (T) die Kosten für öffentliche Güter (G). An der Ertragsschraube dreht man freilich seit Jahren eher in die falsche Richtung. Stattdessen werden Leistungskürzungen propagiert und exekutiert. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben soll der Schuldentilgung dienen. Am Ende des steinigen Weges aus den roten Zahlen winkt, so lautet die Verheißung, das Ende allen Übels.

Diese Handlungsempfehlung ist ein weiterer Beleg für das bescheidene volkswirtschaftli-

³⁶⁷ Bei fortgesetzt schrumpfendem Sozialprodukt strebt der Grenzwert gegen den mathematisch unbestimmten Ausdruck $0/0$, da die Verbindlichkeiten im Fall einer konstanten Schuldenquote ebenfalls sinken.

³⁶⁸ Die berühmten Maastricht Kriterien erlauben ein Defizit von 3 % und einen Schuldenstand von 60 % des Bruttoinlandsprodukts. Um diese Schranken einzuhalten, bedarf es eines Wachstums von 5 %, ein Wert der schon lange der Vergangenheit angehört. Die Regeln gelten folglich nur für Schönwetterperioden, wo sie eigentlich überflüssig sind.

che Wissen, das in der Angelegenheit zum Vorschein kommt. Die oktroyierte Sparpolitik wirkt entgegen allen Versprechungen der dominierenden Doktrin kreislaufverengend. Folglich sanken in den betroffenen Südländern Beschäftigung und Einkommen, während die Schuldenquoten im Ergebnis zunahmen.

Tatsächlich zeigt sich die hohe Kunst guter Haushaltsführung gerade nicht in der legendären Beschränkung schwäbischer Hausfrauen auf verfügbare Eigenmittel. Im Gegenteil: Es gilt, ohne Anstieg der Schuldenquote ein Primärdefizit (P_d) anzustreben. Vater Staat nimmt gemäß dieses „Minimumprinzips“ von den Gläubigern mehr Mittel auf, als er an sie zurückgibt.³⁶⁹ Die Bürger erhalten dann geldwerte Leistungen von der öffentlichen Hand, die den Abgabebetrag übertreffen. Die Bevölkerung genießt also nutzenstiftende Güter, ohne dafür zu zahlen. Die Extraausgaben der öffentlichen Hand entsprechen dem Unterschied zwischen dem Schuldendienst, der sich aus dem Produkt eines (uniformen) Zinssatzes (i) mit den Altschulden (D) zusammensetzt, abzüglich des (um die Tilgung bereinigten) Kreditvolumens (ΔD):

$$P_d = T - G = iD - \Delta D < 0 \quad (6.4)$$

Einige Umformungen fördern die Konstellation zutage, die ein dauerhaftes Haushaltsloch zulässt, wobei die Schuldenquote nicht steigt, weil die Bedingung in Gleichung (6.1) beachtet wird:

$$P_d = iD - \Delta D = iD - \frac{\Delta D}{D} D = iD - gD = (i - g)D < 0 \quad \text{für } g > i \quad (6.5)$$

Die entscheidende Voraussetzung einer tragfähigen, wohlfahrtsmehrenden Deckungslücke im Primärbudget verlangt demnach eine Wachstumsrate, die größer als der Zinssatz auf Staatsschulden ist. Diese Sachlage war in der Vergangenheit öfter gegeben und sie gilt gegenwärtig in besonderem Maße für Deutschland. Die Republik bekommt aktuell Kredit fast zum Nulltarif, die realen Zinssätze sind sogar negativ. Ein Finanzminister mit ökonomischem Fachwissen würde in einer solchen Situation auf „deficit spending“ setzen, um damit die nach wie vor beklagenswert hohe Millionenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Überdies ließen sich offenkundige Mängel in der Infrastruktur sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen abbauen. Ein solches Programm finanziert sich übrigens in beträchtlichem Maß selbst, denn eine steigende Wirtschaftsaktivität sorgt für sprudelnde öffentliche Einnahmen.

Die Gleichung (6.5) gilt freilich nicht nur für den Fiskus, sondern trifft auf jeden Haushalt zu. An dieser Formel kann man daher auch ablesen, weshalb der Mann auf der Straße sich vor hohen Schulden normalerweise fürchtet. Die Löhne der abhängig Beschäftigten stagnieren praktisch seit vielen Jahren, teilweise sind sie sogar zurückgegangen. Jedenfalls

³⁶⁹ Vgl. Helmedag (2013), S. 91 [7].

übertreffen die Konsumentenzinsen die Zuwachsraten der Bezüge bei weitem.³⁷⁰ Dementsprechend führt ein Leben auf Pump zu einer steigenden Schuldenquote, bis eines Tages weitere Kreditanträge abgelehnt werden, während die Belastungen für Zins und Tilgung die Einkünfte schmerzlich schmälern. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb die Parole „Raus aus der Schuldenfalle“ beim Volk auf viel Beifall stößt. Politiker schüren diese (und andere) Ängste, um angeblich alternativlose Reformen durchzusetzen.

Die öffentliche Hand verfügt hingegen über einen Gestaltungsraum, um die Verhältnisse den Notwendigkeiten anzupassen, wenn die in Gleichung (6.5) formulierte Bedingung für permanente Primärdefizite bei konstanter oder gar sinkender Schuldenquote zunächst verletzt sein sollte. Der Staat vermag in aller Regel dafür zu sorgen, dass der Zinssatz unter der Änderungsrate des Inlandsprodukts liegt. In dieser Hinsicht befinden sich die Träger der Regierungsgewalt wiederum gegenüber den Bürgern im Vorteil. Abgesehen von einer erfolgreichen Wachstumspolitik kann der Fiskus den effektiven Zinssatz, den er entrichtet, durch Besteuerung der Empfänger mindern. Kein Privater verfügt über eine solche Macht, die sich letztlich auf das Gewaltmonopol gründet. Es existiert indes eine völlig schmerzfreie Methode, um an Geld zu kommen. Diesbezüglich muss man sich allerdings auch von alten Vorurteilen befreien und die Fakten der modernen Kreditgeldwirtschaft zur Kenntnis nehmen.

Die Notenbank ist eine Unterorganisation der Obrigkeit, mit der Aufgabe, die Wirtschaft mit Zentralbankgeld zu versorgen.³⁷¹ Eine unmittelbare Finanzierung des Gemeinwesens widerspricht jedoch den Buchstaben des Europäischen Vertragswerkes. Immerhin hat der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi am 26. Juli 2012 die schlechten Kapitalbeschaffungskonditionen von Italien und Spanien durch die bloße *Ankündigung* merklich verbessert, dass seine Institution Papiere der in Not geratenen Länder auf dem Sekundärmarkt aufkaufen werde. Dies wiederum eröffnet glänzende Gewinngelegenheiten für die Geschäftsbanken. Sie können aktuell dank einer liquiditätssichernden Geldpolitik in beliebiger Menge Zentralbankkredit zu Zinsen nahe Null beschaffen, um die Mittel zum praktisch risikofreien Erwerb von deutlich höher rentierlichen Staatspapieren zu verwenden. Dieser Selbstbedienungsladen ist zu schließen.

Wie in den angelsächsischen Ländern, auf die Neoliberalen ja sonst gern als Musterknaben deuten, sollte die EZB die Befugnis erhalten, *direkt* Anleihen der Regierungen zu kaufen. Damit setzt die Notenbank Kursunter- und so effektive Zinsobergrenzen, die *private* Anleger mit hoher Wahrscheinlichkeit gleichwohl zum Kauf veranlassen: Spargelder vergangener Tage sind schließlich reichlich vorhanden und suchen einen sicheren Hafen. Gegeben-

³⁷⁰ Hierin kommt ebenfalls ein wirtschaftspolitisches Versagen allererster Güte zum Ausdruck. In Westdeutschland hat es bis 1966 Höchstzinsen gegeben, welche damals die gegenwärtig praktizierte Abzockerei vieler Schuldner im Zaum hielten.

³⁷¹ Insbesondere die Deutsche Bundesbank proklamiert zwar permanent, für stabile Preise verantwortlich zu sein, aber sie allein kann diese Aufgabe nicht schultern, da die Kaufkraft des Geldes ein Resultat komplexer Interaktionen zwischen mehreren Beteiligten ist. Stattdessen sollte die Währungsbehörde sich vorrangig um das kümmern, was wirklich in ihrer Macht steht, vgl. Helme-dag (2009) [6].

nenfalls lassen sich mit differierenden Sätzen einer einzuführenden Transaktionssteuer entsprechende Präferenzen schaffen. Wenn die Rendite der Staatstitel unter der nominalen Wachstumsrate liegt, werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Einmal erlaubt dies, dauerhaft wohlfahrtsmehrende Primärdefizite zu machen. Zum andern gewährleisten die permanenten Budgetfehlbeträge den Geldvermögensabbau, der bei den Bürgern zur Zunahme monetärer Aktiva führt. Auf diese Weise eignet sich die Gesellschaft einen Teil der positiven externen Effekte an, die mit dem heutzutage kostenfrei produzierbaren öffentlichen Gut namens Geld in besonderem Maße verknüpft sind. Eine von der Zentralbank erleichterte staatliche Kreditfinanzierung verringert überdies Nachteile der Euro-Länder, die infolge der Übernahme der Gemeinschaftswährung keine Möglichkeit mehr haben, via Wechselkursanpassungen außenwirtschaftliche Schieflagen zu kompensieren.

Festzuhalten bleibt, dass unter den herrschenden monetären Verhältnissen Schulden und Vermögen die beiden Seiten ein und derselben Medaille sind. Deswegen spiegeln all jene falsche Tatsachen vor, die den Verzicht auf Defizite mit Nachdruck verlangen, ohne den daraus resultierenden gesellschaftlichen Wohlfahrtsverlust überhaupt zu erwähnen. Erfahrungsgemäß tragen in erster Linie die kleinen Leute die Kosten der verfehlten Kürzungspolitik; die Ironie der Geschichte liegt indes darin, dass sich die Gewinnbezieher mit dem auch von ihnen eindringlich geforderten Spardiktat ins eigene Fleisch schneiden: Wer nicht hören will, muss fühlen.

Literatur

- [1] Domar, Evsey D. (1944): The 'Burden of the Debt' and the National Income, in: *American Economic Review*, Vol. 34, S. 798-827.
- [2] Helmedag, Fritz (1994): *Warenproduktion mittels Arbeit, Zur Rehabilitation des Wertgesetzes*, 2. Aufl., Marburg.
- [3] Helmedag, Fritz (1995): Geldfunktionen, in: *das wirtschaftsstudium (wisu)*, 24. Jg., S. 711-717, 729.
- [4] Helmedag, Fritz (2004): Ist das starre Festhalten an den Maastricht-Kriterien sinnvoll?, in: *Wirtschaftsdienst*, 84. Jg., S. 601-604.
- [5] Helmedag, Fritz (2007): Geld: Einführung und Überblick, in: *Knapps Enzyklopädisches Lexikon des Geld-, Bank- und Börsenwesens*, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main, Artikel-Nr. 4390.
- [6] Helmedag, Fritz (2009): Europäische Geldpolitik in der Krise, in: *Finanzkrise und Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung als Herausforderungen für die Europäische Währungsunion*, hrsg. v. Günther Chaloupek und Jürgen Kromphardt, *Schriften der Keynes-Gesellschaft*, Bd. 3, Marburg, S. 108-121.
- [7] Helmedag, Fritz (2013): Staatshaushalt und Schulden, in: *DIE ZEIT erklärt die Wirtschaft*, Bd. 1: Volkswirtschaft, hrsg. v. Uwe Jean Heuser und Birger P. Priddat, Hamburg (Murrmann), S. 86-92.
- [8] Helmedag, Fritz / Weber, Urs (2004): Entwicklungslinien und Schwankungen des Sozialprodukts im Überblick, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt)*, 33. Jg., S. 80-87.
- [9] Klär, Erich / Lindner, Fabian / Šehović, Kenan (2013): Investition in die Zukunft? Zur Entwicklung des deutschen Auslandsvermögens, in: *Wirtschaftsdienst*, 93. Jg., S. 189-197.
- [10] Knapp, Georg F. (1905): *Staatliche Theorie des Geldes*, 2. Aufl, München / Leipzig 1918.
- [11] Marx, Karl (1974): *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf)*, 2. Aufl., Berlin.
- [12] Rogoff, Kenneth S. / Reinhart, Carmen M. (2010): Growth in a Time of Debt, in: *American Economic Review*, Vol. 100, S. 573-578.
- [13] Wray, L. Randall (2012): *Modern Money Theory, A Primer on Macroeconomics for Sovereign Monetary Systems*, Palgrave Macmillan.

Fragenkatalog

1. Skizzieren Sie die langfristige Entwicklung der Weltbevölkerung und stellen Sie Bezüge zu den beiden fundamentalen Umwälzungen der menschlichen Produktionsweise her.
2. Inwiefern bewirkte der „Schwarze Tod“ gegen Mitte des 14. Jahrhunderts eine Veränderung der Produktionsweise?
3. Nennen Sie Beispiele bahnbrechender mittelalterlicher Erfindungen.
4. Welche Faktoren haben die Industrielle Revolution begünstigt?
5. Was halten Sie von der Gleichung „Bevölkerungswachstum plus Dampfmaschine gleich Industrielle Revolution“?
6. Taugen das Verbrauchsmuster und die Lebensform der entwickelten Industrienationen als universales Vorbild für die Entwicklungsländer?
7. Was besagt die sog. Verdopplungszeit und wie berechnet man sie? Stellen Sie einen Bezug zum Bevölkerungsgesetz von Thomas Robert Malthus (1766-1834) her.
8. Welchem stilisierten Verlauf folgen Konjunkturzyklen und wie hat sie Joseph Alois Schumpeter (1883-1950) klassifiziert?
9. Platon (427-347 v. Chr.) und sein langjähriger Schüler Aristoteles (384-324 v. Chr.) vertreten Grundpositionen, die in der Staatstheorie immer wieder aufgegriffen worden sind. Worin unterscheiden sich diesbezüglich die beiden Philosophen? Welche Gemeinsamkeit ist Ihnen bekannt?
10. Sind Ihnen neuzeitliche Konzeptionen der Staatstheorie und ihre Begründer bekannt?
11. Die (idealtypische) Anarchie kennt keine Institutionen, die den Akteuren Handlungsbeschränkungen auferlegt. Warum ist eine solche Gesellschaftsform dennoch problematisch?
12. Was versteht man unter „geborenen“ und „gekorenen“ Staatsaufgaben und welche Institutionen sind damit verbunden?
13. Über welche Rechte verfügt der Eigentümer einer Sache theoretisch und praktisch?
14. Welche Vor- und Nachteile bietet die Einstimmigkeitsregel? Welche Aufgabe hat vor diesem Hintergrund eine Verfassung zu erfüllen?
15. Was versteht man unter dem Merkantilismus als wirtschaftspolitische Konzeption? Spielt dieser Ansatz heute eine Rolle?
16. Schildern Sie die Kerngedanken der Physiokratie.
17. Welche Grundposition gegenüber dem Staat vertritt der politische Liberalismus?
18. Der wirtschaftliche Liberalismus lässt sich in drei Varianten gliedern. Beschreiben Sie die Entwürfe.
19. Worüber informiert die sog. Staatsquote und in welcher Bandbreite ist sie in entwickelten Volkswirtschaften anzutreffen?
20. Worin besteht der Unterschied zwischen marktkonformen und marktinkonformen Maßnahmen? Illustrieren Sie Ihre Erläuterung an Hand der Setzung von Höchst- bzw. Mindestpreisen.

21. Wie lautete die „Hauptfrage“ von Walter Eucken (1891-1950) und wie beantwortete er sie? Welche Kritik lässt sich an Euckens Ordo-Typen üben? Gibt es ein überzeugenderes Klassifikationsschema?
22. Das Eucken'sche Modell der Wettbewerbswirtschaft umfasst acht konstituierende und vier regulierende Prinzipien sowie die „Interdependenz der Wirtschaftsordnungspolitik“. Was versteht man darunter?
23. Auf wen geht die Bezeichnung „Soziale Marktwirtschaft“ zurück und was ist damit gemeint?
24. Charakterisieren Sie die beiden grundsätzlichen Ausprägungen von Informationsasymmetrien.
25. Inwiefern ist die Rationalitätenfalle das Gegenstück zur „unsichtbaren Hand“?
26. Wie beurteilen Sie die Kronzeugenregelung?
27. Klassifizieren Sie öffentliche Güter an Hand der Kriterien „Rivalität im Konsum“ und „Ausschluss vom Konsum“. Lässt sich damit die zu beobachtende ökonomische Aktivität des Staates erklären? Kennen Sie überzeugendere Überlegungen?
28. Was besagt das sog. Coase-Theorem? Stimmen die damit propagierten Thesen? Welche Konsequenzen ergeben sich für eine Politik zur Behandlung negativer externer Effekte?
29. Können sich Pareto-Verbesserungen und die Anerkennung individueller Freiheitsspielräume widersprechen?
30. Eine dreiköpfige Familie (I, II, III) hat drei Alternativen der Abendgestaltung: Kino (k), Fernsehen (f) und Theater (t). Die Mehrheit entscheidet, wohin man gemeinsam geht. Die ordinalen Präferenzen lauten:

$$\text{I: } k \succ f \succ t$$

$$\text{II: } f \succ t \succ k$$

$$\text{III: } t \succ k \succ f$$

Zeigen Sie, dass bei geeigneter Abstimmungsreihenfolge alle Aktivitäten gewählt werden können. Gibt es Anreize, sich strategisch zu verhalten?

31. Berechnen Sie das Gleichgewichtseinkommen einer geschlossenen Volkswirtschaft, in der ein jeweils einheitlicher Satz für die direkten und indirekten Steuern gilt. Kommentieren Sie das Ergebnis.
32. Gibt es eine Obergrenze der Staatsverschuldung? Unter welchen Bedingungen ergibt sich ein primärer Überschuss im Budget? Was halten Sie davon, Haushaltsdefizite zu verbieten?
33. Kennen Sie die Bedingungen, aus denen sich faire Durchschnitts- und Mindestlöhne sowie die Arbeitslosengelder I und II bestimmen lassen? Welche Proportionen herrschen zwischen diesen Größen?